

Deutschland:
Die perfekte Zensur durch die Hintertür

Täglich 1000 Milliarden Dollar Währungs-Spekulation erschüttern die hilflose Wirtschaft

Bosnien:
Britische Agenten heizen den Konflikt an

Rußland:
Nachdenken über die Zeit nach Jelzin

Bundeswehr:
Deutsche Soldaten für UNO und NATO

USA:
Die Männer um Bill Clinton

David Rockefeller
Finanzier der Terror-Politik Südafrikas



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE erscheint seit 1987 unter diesem Namen, vorher hieß die Zeitschrit »Diagnosen«. Dem anderen deutschen Nachrichtenmagazin liegt ein Konzept zugrunde, daß den Lesern eine umfassende politische und wirtschaftliche Übersicht über sämtliche nationalen und internationalen Ereignisse vermittelt, wobei das Schwergewicht der Darstellung auf die weltweiten Verflechtungen und Hintergünde gelegt wird.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-71229 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land



Deutschland

8 Die Dunkelmänner unserer Zeit

9 Deutsche Soldaten für UNO und NATO

11 Zensur durch die Hintertür

12 Die Hälfte der DDR-Patente hat Substanz
Nutzung und Vermarktung der Patente aus DDR-Tagen gehören zu den unerledigten Aufgaben im gesamten Transformationsprozeß. Für manches Mitteldeutsche Unternehmen könnte der alte Patentfundus neue Produkt-Ideen liefern. Die Verwertung von rund 70 Prozent der Patente muß noch geklärt werden.

14 Bonns gefährlicher Weg auf dem Arbeitsmarkt

Finanzen

18 Täglich ein Billionen-Geschäft
Auf den internationalen Devisenmärkten werden täglich Gelder in der Größenordnung von rund tausend Milliarden Dollar in andere Währungen getauscht.

19 Die D-Mark dominiert im Europäischen Währungssystem

20 Profite aus öffentlichen Projekten in den USA

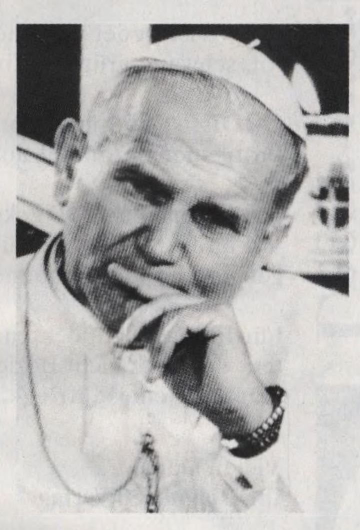
21 Im EG-Binnenmarkt sind die Experten mobil
Im EG-Binnenmarkt werden sich die nationalen Arbeitsmärkte zunehmend angleichen – ein Grund, weshalb es nicht zu einer Massenbewegung auf dem Euro-Arbeitsmarkt kommen wird.

22 Rechtliche und politische Folgen des Maastricht-Vertrages sind verheerend

23 US-Soldaten im Auftrag der Rockefeller auf Ölsuche

Internationales

26 Bomben als Protest gegen Europa?
Man hat den Eindruck, daß es für die Eskalation des Terrors in Italien keine Grenzen gibt. Italien erlebt einen Kampf um sein Überleben als Nationalstaat.



Johannes Paul II. ist zur Zielscheibe geworden für das, was er über Bosnien und über die kürzliche Welle von Selbstmorden in Italien gesagt hat.

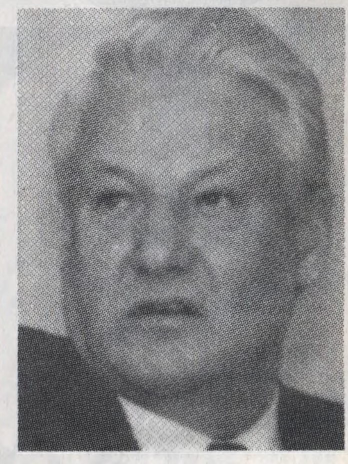
28 Britische Agenten heizen den Konflikt in Bosnien an

31 Befreit Kroatien von der britischen Herrschaft!
Der anhaltende Widerstand Bosniens gegen Lord David Owens Teilungsplan hat in Kroatien eine entschlossene Opposition gegen die anglo-französische Beherrschung ihres Landes auf die Beine gebracht.

33 Papst Pius XII. und seine Rolle im Zweiten Weltkrieg

36 Der Frontmann der »Neuen Weltordung« Butros-Ghali
Jede erfolgreiche Operation hat einen offiziellen Frontmann. Sogar die Internationalen benötigen einen sichtbaren Führer für den Vorstoß zur Weltregierung.

38 Das Nachdenken über die Zeit nach Jelzin
Die Frage, was kommt nach dem russischen Präsidenten Boris Jelzin, dessen politisches Fortune langsam aber sicher dahinschwindet, brach im Sommer in der russischen Presse offen aus.



Der russische Präsident Boris Jelzin kann sich nur halten, indem er den Militärs immer größere Befugnisse einräumt.

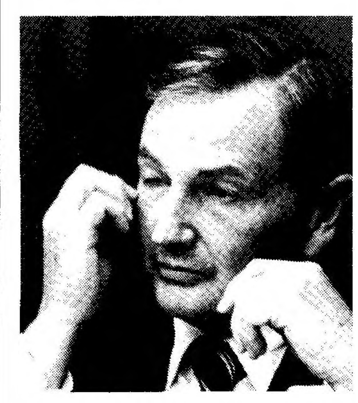
40 Kommt es in Rußland zu einem Konflikt mit Ukraine?

42 Der Fall John Demjanjuk und die Folgen für die Nazi-Jäger-Einheit des OSI

7. Jahrgang Nr. 11 November 1993

44 Amerika organisierte die Machtergreifung für die Kommunisten in Südafrika

46 David Rockefeller, die Macht hinter der südafrikanischen Szene
David Rockefeller, Multimilliardär und führendes Mitglied der Schatten-Weltregierung, die aus den Trilateralen Kommission und der Bilderberg-Gruppe besteht, hat den African National Congress (ANC) zehn Jahre lang finanziert.



David Rockefeller hat zehn Jahr lang den ANC finanziell unterstützt.

47 Der Probelauf in Somalia für eine Weltarmee

48 Eine gefährliche Eskalation der Lage in Somalia

52 Die Männer um Bill Clinton

55 Die Geheimnisse um Fosters Tod
Es werden Fragen aufgeworfen über die unheimlich ähnlichen Umstände der Tode eines Insiders der Clinton-Regierung, eines Journalisten und eines Privatdetektivs.

56 Sessions wurde gefeuert, weil er zuviel wußte
Hinter der demütigenden Entlassung des ehemaligen Leiter des FBI durch US-Präsidenten Bill Clinton lag ein komplexes Gewebe von Täuschung und Betrug zur Tarnung des Machtspiels einer geheimen Gruppe von Politikern vor.

58 Kriegsrecht für Amerika

60 Die Fehler der US-Außenpolitik im Nahen Osten

62 Reaktionen auf den Terrorismus

63 Wer spricht für die Juden in den USA?

Ständige Rubriken

6 Deutschland-Journal
Falsches Spiel um Heitmann?; Ausländer weiter in der Kriminalstatistik; Skandal um RAF-Terroristen.

16 Banker-Journal
Kleine Drachen weiter auf dem Vormarsch; Die Kurse dem Markt überlassen; Die Zoll-Milliarden; Eine Frage des . Preises; Mitteldeutsche Betriebe am Rande der Existenz; Immer mehr Bundesbürger leben auf Pump.

24 Europa-Journal
Für den Schutz des Agrarsektors; Der Preis fürs Studieren; Attraktion Abitur; Zurückweisung der Verleumdung durch US-Außenminister; Kein Ende in Sicht für Rezession in Frankreich; Ukraine übt Kritik an Schocktherapie; Vatikan kritisiert die Macht der UNO; Null-Einwanderung durch neues französisches Gesetz; Oxford-Historiker greift britische »old boys« an.

50 Hintergrund-Journal
China will sein Bahnwesen modernisieren; IWF will auf den Philippinen eine schärfere Sparpolitik betreiben; BIS warnt vor den Folgen des Konjunktur-Einbruchs; Exportwert von Arbeitern kommt gleich hinter dem von Öl; Ein Marshall-Plan für Südafrika; Fragen zum Mord an mexikanischen Kardinal; Bosnischer UN-Botschafter verurteilt britische Hinterlist; Europäische Diplomaten unterstützen pakistanische Armee; Italien ruft zur Beendigung der Kampfhandlung in Somalia auf; Schweden über Krise in Estland beunruhigt.

57 Impressum

64 Vertrauliches
Orthodoxer Bogen soll Balkan-Länder und Rußland überspannen; Vatikan kritisiert US-Politik in Somalia; Kroatien will UNO nach Hause schicken; Es besteht eine furchtbare Bedrohung für Europa; USA fallen hinter die Dritte Welt zurück; Lord Owen vertritt serbische Propaganda; AIDS verschlingt einen Großteil des südafrikanischen Haushalts; König Hussein warnt vor religiösen Konflikten; Mexikanische Kirche soll sich aus der Politik heraushalten.

66 Leserbriefe

Deutschland-Journal

Skandal um RAF-Terroristen

Als Skandal ohnegleichen entpuppt sich das Hin und Her um den Tod des mutmaßlichen RAF-Terroristen Wolfgang Grams. Inzwischen kommen immer mehr Gutachten zu dem Schluß, daß Grams – höchstwahrscheinlich unfreiwillig – durch einen von ihm selbst verschuldeten Schuß aus seiner eigenen Waffe ums Leben gekommen ist. Ein Gutachten der Universität Münster schließt Fremdverschulden grundsätzlich aus.

Sicherlich ist richtig, daß es in einem freiheitlichen Rechtsstaat, der die Bundesrepublik vordergründig auch ist, nicht angehen kann, wenn ein offensichtlicher Terrorist und Mörder von der Polizei oder anderen staatlichen Ordnungsorganen absichtlich umgebracht wird. Tatsache ist aber, daß, wie es wohl aufgrund der ballistischen Untersuchungen als sicher gelten kann, Grams einen GSG 9-Beamten kaltblütig umgebracht hat. Dies wird aber in der öffentlichen Diskussion weitgehend unbeachtet gelassen.

Vielmehr wird Grams von vielen Medien, besonders von linken und linkesten Zeitungen, wie etwa der »TAZ«, als Opfer dargestellt, dessen Tod zumindest billigend in Kauf genommen worden sei.

»Vergessen« wird dabei, daß es überwältigende Verdachtsmomente gegen Grams gibt, daß er an zahlreichen Gewalttaten der RAF teilgenommen hat und zur absoluten Führungsebene zählte, damit also wohl auch Aktionen, an denen er persönlich nicht teilgenommen hatte, zumindest mitplante und an der Ausführung im Vorfeld mitbeteiligt war. Daß bei ihm mehrere Ausweise und Waffen gefunden wurden, unterstreicht seine Gefährlichkeit nur noch zusätzlich.

Während die verantwortlichen Behörden ohne jeglichen Widerspruch und ohne jegliche Einschränkungen Sympathiedemonstranten seitens der RAF-Unterstützerszene und Autonomen zulassen, Gedenkdemonstrationen an einen völkerrechtswidrig über Jahrzehnte inhaftierten und später wahrscheinlich vom britischen Geheimdienst ermordeten Rudolf Heß anläßlich seines Todestages verbieten, dennoch durchgeführte und absolut friedlich verlaufende Demonstrationen als »üble Hetze« diffamieren, ist ein weiterer Skandal.

Man stelle sich vor, da demonstrieren tausende mit Erlaubnis und unter dem Schutz der Behörden für Grams und damit für eine Organisation, die sich die Ermordung von Politikern etablierter Parteien und Bombenanschläge zum Hauptziel ihrer Tätigkeit erhoben hat – und nichts geschieht seitens »dieses unseres Staates«.

Wollen aber sogenannte Rechtsradikale, die heute nur den Standpunkt des früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher einnehmen, zum Beispiel gegen den ungehinderten Zustrom von Asylbetrügern oder gegen das einem Rechtsstaat hohnsprechende Verbot der Reichskriegsflagge demonstrieren, wird dies von den Behörden verboten.

Das fatale an dieser Tatsache ist auch folgendes: Die »rechten« Demonstranten werden hauptsächlich deswegen verboten, weil Gewalt von linker Seite und damit auch »Schaden für Unbeteiligte« nicht auszuschließen ist.

Da die sogenannte rechte Seite, die doch angeblich aus tausenden, wenn nicht sogar zehntausenden gewaltbereiten Jugendlichen bestehen soll, nicht Front gegen linke Demonstrationen macht, das Recht auf Demonstrationsfreiheit damit also akzeptiert, dürfen diese ihre Kundgebungen für offensichtliche Terroristen und Mörder weiter durchführen.

Damit wird also der Bock zum Gärtner gemacht. Hat der Rechtsstaat schon keine Möglichkeiten, eine Demonstration auch rechter Gruppierungen an sich zu verbieten, da man niemandem verbieten kann, zum Beispiel gegen den Asylmißbrauch zu demonstrieren, dann muß also auf den eleganten Umweg umgeschwenkt werden, durch Gegendemonstranten bestehe die Gefahr eskalierender Gewalt, was zu Schäden an Leib und Sachen unbeteiligter Personen führen könne. Dies sei aber höher einzuschätzen als eine Demonstration.

Keiner der Superdemokraten in den Medien, die derartige Entscheidungen in Kommentaren gutheißen, kommt aber zumindest offiziell auf den Gedanken, daß damit rechten Parteien quasi Werbung verboten wird. Denn eine Demonstration etwa der SPD dient nicht nur dazu, der Sache, für die demonstriert wird, zu dienen, sondern gleichzeitig auch Nichtwähler zu veranlassen, sich diesen Argumenten anzuschließen und bei der nächsten Wahl für sie zu stimmen.

Da die Medien aber ohnehin schon Pressemitteilungen tatsächlicher oder auch nur vermeintlicher rechter Gruppierungen ohnehin ignorieren und deren Argumente damit der Öffentlichkeit nicht zugänglich machen, werden diese Parteien und Organisationen nun auch des letzten Mittels, um ihre Ansichten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, beraubt.

Man stelle sich einmal vor: Die PDS, die sich selber als Nachfolgeorganisation der stalinistischen SED bezeichnet, und die auch heute noch offen kommunistische Standpunkte vertritt, wird mit jeder Forderung – und mag diese noch so unsinnig sein – in Presse, Funk und Fernsehen zitiert.

Jede vordergründig rechte Gruppierung – und mag diese noch so gemäßigt sein – wird absolut unbeachtet gelassen. Bestenfalls liest oder hört man einiges von ihrem Standpunkt in Hetzartikeln der etablierten Medien.

Um hier jedem Mißverständnis vorzubeugen: Es ist richtig, daß auch linkeste Gruppierungen ihren Standpunkt offen vertreten können; dies soll auch so bleiben, und die wenigen Einschränkungen auf dieser Seite müssen ebenfalls abgebaut werden.

Gleichzeitig ist aber notwendig, daß das, was diesen Gruppierungen erlaubt wird, generell auch der rechten Seite gestattet wird.

Nur dann kann sich eine Demokratie auch wirklich Demokratie nennen. Alles andere läuft auf Zensur und damit auf das hinaus, was auch den Nationalsozialisten vorgeworfen wird. □

Falsches Spiel um Heitmann?

Fällt der sächsische Justizminister und CDU-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, Steffen Heitmann, einem bösen Ränkespiel von Bundeskanzler Helmut Kohl zum Opfer? Dieser Verdacht drängt sich jedenfalls auf, wenn man die neuesten, in Bonn herumgereichten Gerüchte hört.

Danach soll es Kohl von Anfang an klar gewesen sein, daß Heitmann so gut wie keine Chancen hatte und hat, neues deutsches Staatsoberhaupt zu werden. Seine Einstellung sei einfach zu weit »rechts«.

Plan von Kohl sei es vielmehr gewesen, den wegen seiner streng konservativen Ansichten auch in der CDU unbequemen Heitmann durch eine öffentliche Diskussion zu demontieren.

Und dieses ging, die Richtigkeit dieser Gerüchte vorausgesetzt, bislang auch auf. Mit seinen – unzweifelhaft richtigen – Äußerungen, spätestens seit der Wiedervereinigung müsse sich das Verhältnis Deutschlands zu den anderen Ländern, auch zu Israel, normalisieren und dürfte der Holocaust nicht für immer und ewig ein Sonderverhältnis festschreiben, trat Heitmann – wie nicht anders zu erwarten – voll ins Fettnäpfchen, und eine Protestwelle sondersgleichen trat ein.

Als einer der ersten meldete sich – natürlich – der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, zu Wort und lehnte eine derartige Forderung kategorisch ab. Das Verhältnis zu Israel müsse vielmehr auch in der Zukunft ein besonderes bleiben und es gehe nicht an, zu einer Normalität, wie im Verhältnis zu anderen Ländern zu kommen.

Aus der SPD war gleiches zu hören. Heitmann schütte mit solchen Äußerungen nur Benzin auf das von Rechtsradikalen gezündete Feuer und mache ihre Ansichten tolerabel.

Nicht viel anders klang es aus der FDP. Hier waren und sind es besonders Jürgen Möllemann und Gerhard Baum, die sich vehement gegen Heitmann aussprechen. Inzwischen sprach sich bereits eine Mehrheit des FDP-Präsidiums gegen die Kandidatur Heitmanns aus, und Möllemann kündigte an, in den kommenden Monaten in den Reihen der Liberalen verstärkt für Unterstützung des SPD-Kandidaten Johannes Rau werben zu wollen.

Unterstützung erhält Heitmann – noch – nur von der CSU und von Teilen der CDU, obwohl auch hier sich der linke Flügel nur halbherzig hinter ihn stellt, manche Unionspolitiker sich sogar mehr oder weniger deutlich gegen ihn aussprechen.

Man kann schon heute sagen – und vielleicht ist es sogar schon ganz offiziell, wenn diese Ausgabe veröffentlicht wird –, daß Heitmann mit Sicherheit nicht Bundespräsident werden wird. Ein Kandidat, der nicht nur den Koalitionspartner seiner Partei nahezu geschlossen gegen sich hat, sondern der vor allem auch von den jüdischen Interessengruppen abgelehnt wird, steht nahezu auf verlorenem Posten, zumal auch die linken Medien seit seinen Äußerungen geschlossen auf Suche nach irgendwelchen anderen »rechten« Äußerungen oder sonstigen Verfehlungen sind.

Kohl hätte damit sein nach Auskunft der Informanten erklärtes Ziel erreicht, die rechten Kritiker aus den eigenen Reihen zu stoppen. Denn klar ist es, daß Heitmann auch CDU-intern geschwächt ist, wenn er ganz offiziell seine Kandidatur zurückzieht beziehungsweise zurückziehen muß.

Gleichzeitig hat Kohl damit aber den rechten Teil der CDU und ganz besonders der CSU, aber auch nicht parteigebundene streng konservative Wähler »beruhigt«, da er schließlich nicht irgendeinen linksliberalen Kandidaten aufstellte, sondern einen erzkonservativen. Und schließlich sei es nicht seine Schuld, wenn ein derartiger quer durch alle Gruppen gehender und sogar internationale Dimensionen erreichender Widerstand gegen Heitmann laut werde – ein ähnliches »Spiel« soll mit Bundesinnenminister Manfred Kanther getrieben werden –.

Heitmann sei – ebenso wie Kanther – im Grund genommen nichts anderes als eine Alibiperson, um den rechten Flügel der Union und konservative Teile der Wählerschaft ruhig zu stellen.

Inzwischen mußte Heitmann dann auch seine Äußerungen bereits wieder relativieren. In einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk betonte Heitmann dann am 21. September, er wolle keinen »Schlußstrich« unter die Nazi-Zeit ziehen. »Im Gegenteil, wir müssen mit unserer Vergangenheit leben. Jedes Volk muß mit seiner Vergangenheit leben.« Da er sich hierbei von Bubis mißverstanden fühle, habe er ihn angerufen und einen Gesprächstermin vereinbart.

Heitmann verteidigte allerdings seine Ansicht, die Deutschen müßten aufhören, die Geschichte als Rechtfertigung zu benutzen. Das deutsche Volk könne nur dann ein normales Volk unter normalen Völkern werden, wenn es auch ein ausgeglichenes Verhältnis zu sich selbst habe.

Obwohl Heitmann also selber noch kämpft, läuft – allen Dementis zum Trotz – aber alles auf Hans-Dietrich Genscher als neuen Bundespräsidenten hinaus. Zwar habe dieser mehrfach »unmißverständlich und endgültig« erklärt, für das Amt des Staatsoberhauptes nicht zur Verfügung zu stehen. Etwas anderes sei es natürlich, so die Bonner Information weiter, wenn eine Art »nationaler Notstand« eintrete und das Amt des Bundespräsidenten droht mißbraucht und damit abgewertet zu werden. Bevor es dann zu einer »unseligen Diskussion« komme, müsse er, Genscher, eben seinen Standpunkt nochmals überdenken, um sich dann schließlich doch zu einer Kandidatur bereit zu erklären.

Ein derzeitiges Verhalten, die Bundespräsidentschaft nicht instrumentalisieren zu wollen und dieses Amt nicht mit aller Gewalt anzustreben, mache ihn in den Augen der Bürger sogar noch geeigneter, ein würdiger Nachfolger von Richard von Weizsäcker zu werden.

Sollte Genscher aber wider Erwarten doch bei seinem Nein bleiben, dann läuft alles auf den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD) als neuer Bundespräsident heraus. Zumal es für die CDU dann auch immer schwieriger werde, in den verbleibenden acht Monaten einen geeigneten Kandidaten zu finden, der den größtmöglichen Konsens aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen findet.

Sollte Rau aber wirklich Bundespräsident werden, dann ginge dieses Amt an einen Regierungschef über, der sein Land wie kein anderer in den vergangenen Jahrzehnten regelrecht abgewirtschaftet hat.

Die SPD-Alleinregierung im bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland hat nämlich im wahrsten Sinne des Wortes die Entwicklung regelrecht verschlafen. Anstatt durch eine umsichtige und vor allem weitsichtige Politik die Weichen für den überfälligen und von vielen Wirtschaftsexperten schon lange vorausgesagten Strukturwandel besonders des Ruhrgebiets zu stellen, reagierte die Landesregierung erst dann, als die Krise den Höhepunkt erreicht hatte und es damit schon lange zu spät war, das Schlimmste abwenden zu können. Die Folge waren hunderttausende, im wahrsten Sinne des Wortes überflüssige, Arbeitslose.

Nicht zuletzt auch aufgrund Raus Politik war Nordrhein-Westfalen ein Vorreiter der liberalen Asylantenpolitik. Wenn man nur sieht, mit welcher Nachsicht gegen Zigeuner vorgegangen wurde, die das Recht massiv brachen – zum Beispiel bei dem »Zeltlager« unmittelbar vor dem Landtag am Düsseldorfer Rheinufer –, dann ist es nicht verwunderlich, wenn die in Frage kommenden Personen praktisch eingeladen werden, das Asylrecht zu mißbrauchen.

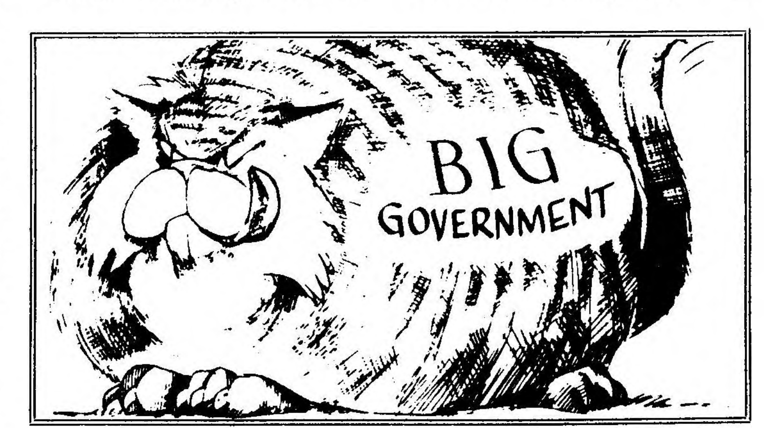
Wie man es dreht und wendet, eines steht aber auf jeden Fall fest: Wie eigentlich auch nicht anders zu erwarten, wird der künftige Bundespräsident ebenfalls jemand sein, der nicht nur vom rechten, sondern auch vom konservativen Lager abzulehnen ist.

Eine wahre, an den Interessen des Volkes ausgerichtete Politik – sofern diese durch das eigentlich nur repräsentative Amt des Bundespräsidenten möglich ist – des neuen Staatsoberhauptes ist dann ebensowenig zu erwarten, wie dies auch in den vergangenen nunmehr fast zehn Jahren auch nicht der Fall gewesen ist. □

Ausländer weiter in der Kriminal statistik

Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) hat sich dagegen ausgesprochen, eine »staatenlose« Kriminalitätsstatistik zu veröffentlichen. Nach seinen Worten soll auch künftig in den Kriminalstatistiken der Anteil der Ausländer an den Verbrechen separat ausgewiesen werden und soll es nicht zu einer, wie von den Linken gefordert, Einheits-Statistik kommen.

Er begründete seine Absicht damit, daß es für die Bekämpfung jedweder Kriminalität von Bedeutung sei, zu wissen, in welchen Deliktgruppen welche Straftäter besonders hervortreten. Nur dies gewährleiste eine zielgerichtete und erfolgreiche Verbrechensbekämpfung. □



Bonn

Die Dunkelmänner unserer Zeit

Martin Jenke

Im Mittelalter, genau in den Jahren 1515 und 1517, erschienen die berühmten Dunkelmännerbriefe: Satirisch und spöttisch geschriebene Briefe, gegen die Kölner Theologen und darüber hinaus gegen die mittelalterliche Wissenschaft und Lehrweise. Längst gibt es in der Zeitgeschichte eine auffalende Parallele, so daß neue Dunkelmännerbriefe überfällig wären, denkt man nur an manche heutigen politischen Obskuranten im Kölner Vorort Bonn. Denn sie stemmen sich gegen jede neue zeitgeschichtliche Erkenntnis; halten krampfhaft an den alten, nach dem Zweiten Weltkrieg von den Alliierten verordneten Umerziehungsthesen fest und haben sie zur Richtschnur in der Geschichtswissenschaft an Universitäten und Schulen gemacht.

Nur ein paar Beispiele: Schreibt heute jemand von den Kriegstreibern Churchill und Roosevelt, wird er von politischen Finsterlingen und ihren Helfershelfern im Fernsehen, Rundfunk und der Lizenzpresse sofort als »Rechtsradikaler« oder gar als »Faschist« oder »Neo-Nazi« verleumdet. Dabei gibt es mittlerweile sogar in der angelsächsischen Welt eine bedeutende Reihe von Büchern, die nachweisen, wie jahrelang Churchill und Roosevelt zum Kriege gegen Deutschland gehetzt und getrieben haben. Gemäß den Worten Churchills in seinem Memoirenwerk »Der Zweite Weltkrieg«, wo er im ersten Band, 1. Buch, Kapitel XII schreibt:

Klare Worte von Winston Churchill

»Seit vierhundert Jahren hat die Außenpolitik Englands darin bestanden, die stärkste, aggressivste, vorherrschendste Macht auf dem Kontinent zu bekämpfen und insbesondere zu verhindern, daß die Niederlande unter die Herrschaft einer solchen Macht fielen.

Zu beachten ist, daß die Politik Englands sich nicht danach richtet, welche Nation die Vorherrschaft von Europa anstrebt. Die Frage ist nicht, ob es Spanien ist oder die französische Monarchie oder das französische Kaiserreich oder das deutsche Kaiserreich oder das Hitler-Regime. Es hat nichts zu tun mit Herrschern oder Nationen, sondern es richtet sich allein danach, wer der stärkste oder möglicherweise dominierende Tyrann ist.«

England, die größte Imperialmacht der Weltgeschichte, die ein Viertel der Erde beherrschte, wagte es, von »Tyrannei« zu sprechen, sobald sich ein starker Staat in Europa bildete!

Laut Duden ist »Tabu« eine »bei Naturvölkern zeitweilige oder dauernde Heiligung eines Menschen oder Gegenstandes mit dem Verbot, ihn anzurühren – folglich etwas, wovon man nicht sprechen darf«. Sind wir inzwischen geistig auf das Niveau einer solchen Primitivkultur gesunken?

Jeder vernünftige Deutsche sagt sich heute, daß die Behandlung bestimmter Personenkreise im Dritten Reich ungerecht und obendrei eine große Dummheit war. Müssen wir aber deshalb immer noch an die jahrzehntelang kolportierten Märchen und Unwahrheiten der Kriegsschuld- und Greuelpropaganda glauben? Und ist nicht endlich eine Korrektur der einseitig gegen Deutschland gerichteten Hetze überfällig?

Nicht derjenige ist ein »Geschichtsfälscher«, der noch bis drei zählen kann, sondern derjenige, der zu Lasten unseres Volkes nach wie vor in Wort und Schrift längst als Unwahrheiten erwiesene Propagandalügen verbreitet und dazu unser Volk mit einer Kollektivschuld belastet, wie es zum Beispiel seitens Englands und der UdSSR mit der Katyn-Lüge der Fall war.

Sprechen all die Umerzieher in Bonn und in den Medien umgekehrt etwa von einer Kollektivschuld beispielsweise der US-Amerikaner wegen ihres Verhaltens gegenüber den Indianern, wegen Hiroschima und wegen der Grausamkeiten im Vietnam-Krieg?

Sogar in Österreich, wo die »große« rot-schwarze Koalition ebenfalls strengen Umerziehungskurs hält, herrscht in der Presse weit größere Meinungsfreiheit als in Rumpfdeutschland. Das könnte an vielen Beispielen nachgewiesen werden.

Schwerwiegende Folgen der Lizenz-»Wahrheiten«

Beim Blick zurück in die Zeitgeschichte sind hier nur zwei Beispiele aus einer Legion herausgegriffen worden, wo gewisse Dunkelmänner mit Hilfe einer Schar von Medien alles tun, um ja nicht neue Erkenntnisse in ihre Lizenz-»Wahrheit« dringen zu lassen. Doch daraus ergeben sich schwerwiegende Folgen. Einer jener hiesigen Umerziehungs-Lehrmeister, der Tübinger Professor



Bundeskanzler Helmut Kohl ließ sich auch von Michael Gorbatschow als der »Kanzler der Wiedervereinigung« feiern, wobei er auf ein Viertel des verbliebenen Restreichs verzichtete.

Eschenburg, erklärte deshalb vor Jahren konsequenterweise: »Wer die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg bezweifelt, zerstört die Grundlage der Nachkriegspolitik.«

Nicht viel anders klang es aus der FDP. Hier waren und sind es besonders Jürgen Möllemann und Gerhard Baum, die sich vehement gegen Heitmann aussprechen. Inzwischen sprach sich bereits eine Mehrheit des FDP-Präsidiums gegen die Kandidatur Heitmanns aus, und Möllemann kündigte an, in den kommenden Monaten in den Reihen der Liberalen verstärkt für Unterstützung des SPD-Kandidaten Johannes Rau werben zu wollen.

Unterstützung erhält Heitmann – noch – nur von der CSU und von Teilen der CDU, obwohl auch hier sich der linke Flügel nur halbherzig hinter ihn stellt, manche Unionspolitiker sich sogar mehr oder weniger deutlich gegen ihn aussprechen.

Man kann schon heute sagen – und vielleicht ist es sogar schon ganz offiziell, wenn diese Ausgabe veröffentlicht wird –, daß Heitmann mit Sicherheit nicht Bundespräsident werden wird. Ein Kandidat, der nicht nur den Koalitionspartner seiner Partei nahezu geschlossen gegen sich hat, sondern der vor allem auch von den jüdischen Interessengruppen abgelehnt wird, steht nahezu auf verlorenem Posten, zumal auch die linken Medien seit seinen Äußerungen geschlossen auf Suche nach irgendwelchen anderen »rechten« Äußerungen oder sonstigen Verfehlungen sind.

Kohl hätte damit sein nach Auskunft der Informanten erklärtes Ziel erreicht, die rechten Kritiker aus den eigenen Reihen zu stoppen. Denn klar ist es, daß Heitmann auch CDU-intern geschwächt ist, wenn er ganz offiziell seine Kandidatur zurückzieht beziehungsweise zurückziehen muß.

Gleichzeitig hat Kohl damit aber den rechten Teil der CDU und ganz besonders der CSU, aber auch nicht parteigebundene streng konservative Wähler »beruhigt«, da er schließlich nicht irgendeinen linksliberalen Kandidaten aufstellte, sondern einen erzkonservativen. Und schließlich sei es nicht seine Schuld, wenn ein derartiger quer durch alle Gruppen gehender und sogar internationale Dimensionen erreichender Widerstand gegen Heitmann laut werde – ein ähnliches »Spiel« soll mit Bundesinnenminister Manfred Kanther getrieben werden –.

Heitmann sei – ebenso wie Kanther – im Grund genommen nichts anderes als eine Alibiperson, um den rechten Flügel der Union und konservative Teile der Wählerschaft ruhig zu stellen.

Inzwischen mußte Heitmann dann auch seine Äußerungen bereits wieder relativieren. In einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk betonte Heitmann dann am 21. September, er wolle keinen »Schlußstrich« unter die Nazi-Zeit ziehen. »Im Gegenteil, wir müssen mit unserer Vergangenheit leben. Jedes Volk muß mit seiner Vergangenheit leben.« Da er sich hierbei von Bubis mißverstanden fühle, habe er ihn angerufen und einen Gesprächstermin vereinbart.

Heitmann verteidigte allerdings seine Ansicht, die Deutschen müßten aufhören, die Geschichte als Rechtfertigung zu benutzen. Das deutsche Volk könne nur dann ein normales Volk unter normalen Völkern werden, wenn es auch ein ausgeglichenes Verhältnis zu sich selbst habe.

Obwohl Heitmann also selber noch kämpft, läuft – allen Dementis zum Trotz – aber alles auf Hans-Dietrich Genscher als neuen Bundespräsidenten hinaus. Zwar habe dieser mehrfach »unmißverständlich und endgültig« erklärt, für das Amt des Staatsoberhauptes nicht zur Verfügung zu stehen. Etwas anderes sei es natürlich, so die Bonner Information weiter, wenn eine Art »nationaler Notstand« eintrete und das Amt des Bundespräsidenten droht mißbraucht und damit abgewertet zu werden. Bevor es dann zu einer »unseligen Diskussion« komme, müsse er, Genscher, eben seinen Standpunkt nochmals überdenken, um sich dann schließlich doch zu einer Kandidatur bereit zu erklären.

Ein derzeitiges Verhalten, die Bundespräsidentschaft nicht instrumentalisieren zu wollen und dieses Amt nicht mit aller Gewalt anzustreben, mache ihn in den Augen der Bürger sogar noch geeigneter, ein würdiger Nachfolger von Richard von Weizsäcker zu werden.

Sollte Genscher aber wider Erwarten doch bei seinem Nein bleiben, dann läuft alles auf den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD) als neuer Bundespräsident heraus. Zumal es für die CDU dann auch immer schwieriger werde, in den verbleibenden acht Monaten einen geeigneten Kandidaten zu finden, der den größtmöglichen Konsens aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen findet.

Sollte Rau aber wirklich Bundespräsident werden, dann ginge dieses Amt an einen Regierungschef über, der sein Land wie kein anderer in den vergangenen Jahrzehnten regelrecht abgewirtschaftet hat.

Die SPD-Alleinregierung im bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland hat nämlich im wahrsten Sinne des Wortes die Entwicklung regelrecht verschlafen. Anstatt durch eine umsichtige und vor allem weitsichtige Politik die Weichen für den überfälligen und von vielen Wirtschaftsexperten schon lange vorausgesagten Strukturwandel besonders des Ruhrgebiets zu stellen, reagierte die Landesregierung erst dann, als die Krise den Höhepunkt erreicht hatte und es damit schon lange zu spät war, das Schlimmste abwenden zu können. Die Folge waren hunderttausende, im wahrsten Sinne des Wortes überflüssige, Arbeitslose.

Nicht zuletzt auch aufgrund Raus Politik war Nordrhein-Westfalen ein Vorreiter der liberalen Asylantenpolitik. Wenn man nur sieht, mit welcher Nachsicht gegen Zigeuner vorgegangen wurde, die das Recht massiv brachen – zum Beispiel bei dem »Zeltlager« unmittelbar vor dem Landtag am Düsseldorfer Rheinufer –, dann ist es nicht verwunderlich, wenn die in Frage kommenden Personen praktisch eingeladen werden, das Asylrecht zu mißbrauchen.

Wie man es dreht und wendet, eines steht aber auf jeden Fall fest: Wie eigentlich auch nicht anders zu erwarten, wird der künftige Bundespräsident ebenfalls jemand sein, der nicht nur vom rechten, sondern auch vom konservativen Lager abzulehnen ist.

Eine wahre, an den Interessen des Volkes ausgerichtete Politik – sofern diese durch das eigentlich nur repräsentative Amt des Bundespräsidenten möglich ist – des neuen Staatsoberhauptes ist dann ebensowenig zu erwarten, wie dies auch in den vergangenen nunmehr fast zehn Jahren auch nicht der Fall gewesen ist. □

Ausländer weiter in der Kriminal statistik

Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) hat sich dagegen ausgesprochen, eine »staatenlose« Kriminalitätsstatistik zu veröffentlichen. Nach seinen Worten soll auch künftig in den Kriminalstatistiken der Anteil der Ausländer an den Verbrechen separat ausgewiesen werden und soll es nicht zu einer, wie von den Linken gefordert, Einheits-Statistik kommen.

Er begründete seine Absicht damit, daß es für die Bekämpfung jedweder Kriminalität von Bedeutung sei, zu wissen, in welchen Deliktgruppen welche Straftäter besonders hervortreten. Nur dies gewährleiste eine zielgerichtete und erfolgreiche Verbrechensbekämpfung. □



Bonn

Die Dunkelmänner unserer Zeit

Martin Jenke

Im Mittelalter, genau in den Jahren 1515 und 1517, erschienen die berühmten Dunkelmännerbriefe: Satirisch und spöttisch geschriebene Briefe, gegen die Kölner Theologen und darüber hinaus gegen die mittelalterliche Wissenschaft und Lehrweise. Längst gibt es in der Zeitgeschichte eine auffalende Parallele, so daß neue Dunkelmännerbriefe überfällig wären, denkt man nur an manche heutigen politischen Obskuranten im Kölner Vorort Bonn. Denn sie stemmen sich gegen jede neue zeitgeschichtliche Erkenntnis; halten krampfhaft an den alten, nach dem Zweiten Weltkrieg von den Alliierten verordneten Umerziehungsthesen fest und haben sie zur Richtschnur in der Geschichtswissenschaft an Universitäten und Schulen gemacht.

Nur ein paar Beispiele: Schreibt heute jemand von den Kriegstreibern Churchill und Roosevelt, wird er von politischen Finsterlingen und ihren Helfershelfern im Fernsehen, Rundfunk und der Lizenzpresse sofort als »Rechtsradikaler« oder gar als »Faschist« oder »Neo-Nazi« verleumdet. Dabei gibt es mittlerweile sogar in der angelsächsischen Welt eine bedeutende Reihe von Büchern, die nachweisen, wie jahrelang Churchill und Roosevelt zum Kriege gegen Deutschland gehetzt und getrieben haben. Gemäß den Worten Churchills in seinem Memoirenwerk »Der Zweite Weltkrieg«, wo er im ersten Band, 1. Buch, Kapitel XII schreibt:

Klare Worte von Winston Churchill

»Seit vierhundert Jahren hat die Außenpolitik Englands darin bestanden, die stärkste, aggressivste, vorherrschendste Macht auf dem Kontinent zu bekämpfen und insbesondere zu verhindern, daß die Niederlande unter die Herrschaft einer solchen Macht fielen.

Zu beachten ist, daß die Politik Englands sich nicht danach richtet, welche Nation die Vorherrschaft von Europa anstrebt. Die Frage ist nicht, ob es Spanien ist oder die französische Monarchie oder das französische Kaiserreich oder das deutsche Kaiserreich oder das Hitler-Regime. Es hat nichts zu tun mit Herrschern oder Nationen, sondern es richtet sich allein danach, wer der stärkste oder möglicherweise dominierende Tyrann ist.«
England, die größte Imperialmacht der Weltgeschichte, die ein Viertel der Erde beherrschte, wagte es, von »Tyrannei« zu sprechen, sobald sich ein starker Staat in Europa bildete!

Laut Duden ist »Tabu« eine »bei Naturvölkern zeitweilige oder dauernde Heiligung eines Menschen oder Gegenstandes mit dem Verbot, ihn anzurühren – folglich etwas, wovon man nicht sprechen darf«. Sind wir inzwischen geistig auf das Niveau einer solchen Primitivkultur gesunken?

Jeder vernünftige Deutsche sagt sich heute, daß die Behandlung bestimmter Personenkreise im Dritten Reich ungerecht und obendrei eine große Dummheit war. Müssen wir aber deshalb immer noch an die jahrzehntelang kolportierten Märchen und Unwahrheiten der Kriegsschuld- und Greuelpropaganda glauben? Und ist nicht endlich eine Korrektur der einseitig gegen Deutschland gerichteten Hetze überfällig?

Nicht derjenige ist ein »Geschichtsfälscher«, der noch bis drei zählen kann, sondern derjenige, der zu Lasten unseres Volkes nach wie vor in Wort und Schrift längst als Unwahrheiten erwiesene Propagandalügen verbreitet und dazu unser Volk mit einer Kollektivschuld belastet, wie es zum Beispiel seitens Englands und der UdSSR mit der Katyn-Lüge der Fall war.

Sprechen all die Umerzieher in Bonn und in den Medien umgekehrt etwa von einer Kollektivschuld beispielsweise der US-Amerikaner wegen ihres Verhaltens gegenüber den Indianern, wegen Hiroschima und wegen der Grausamkeiten im Vietnam-Krieg?
Sogar in Österreich, wo die »große« rot-schwarze Koalition ebenfalls strengen Umerziehungskurs hält, herrscht in der Presse weit größere Meinungsfreiheit als in Rumpfdeutschland. Das könnte an vielen Beispielen nachgewiesen werden.

Schwerwiegende Folgen der Lizenz-»Wahrheiten«

Beim Blick zurück in die Zeitgeschichte sind hier nur zwei Beispiele aus einer Legion herausgegriffen worden, wo gewisse Dunkelmänner mit Hilfe einer Schar von Medien alles tun, um ja nicht neue Erkenntnisse in ihre Lizenz-»Wahrheit« dringen zu lassen. Doch daraus ergeben sich schwerwiegende Folgen. Einer jener hiesigen Umerziehungs-Lehrmeister, der Tübinger Professor Eschenburg, erklärte deshalb vor Jahren konsequenterweise: »Wer die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg bezweifelt, zerstört die Grundlage der Nachkriegspolitik.«



Bundeskanzler Helmut Kohl ließ sich auch von Michael Gorbatschow als der »Kanzler der Wiedervereinigung« feiern, wobei er auf ein Viertel des verbliebenen Restreichs verzichtete.

Wer obendrein davon überzeugt ist, auf dem deutschen Volk liege eine Kollektivschuld wegen der unterstellten Haupt- oder gar Alleinschuld am Kriege oder sonstiger Verbrechen, der wagt logischerweise niemals, öffentlich – beispielsweise in der UNO – vom Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung zu reden, also von unserem selbstverständlichen Recht auf Wiedervereinigung und Souveränität. So haben stets unsere Bonner »Diplomaten« vor dem Weltforum geschwiegen. Logischerweise, wie erwähnt, da sie im Bußgewand wandeln. Denn wenn wir tatsächlich die alleinigen Kriegsverbrecher und sonstigen Kollektiv-Schuldigen sind, müssen wir froh sein, daß wir nach dem Zweiten Weltkrieg überhaupt noch leben und vegetieren durften.

Demgemäß galt noch vor kurzer Zeit für alle Bonner Parteien, was Bundeskanzler Kohl beim Staatsbesuch Honeckers in Bonn im Herbst 1987 seinem ehrenhaft empfangenen »Staatsgast« aus Ostberlin versicherte: »Die deutsche Frage ... steht zur Zeit nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte.«

Heute wollen alle Bonner Parteien von ihrem jahrzehntelangen Nichtstun und Desinteresse hinsichtlich der Vereinigung mit Mitteldeutschland nichts mehr wissen und schlagen jedes Mal um sich, wenn sie jemand daran erinnert.

Heute läßt sich Kohl, für den die deutsche Frage nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte stand, sogar als »Kanzler der Wiedervereinigung« feiern! Wobei er in den staatlich gelenkten Massenmedien auch noch Mitteldeutschland zu Ostdeutschland umfälschen läßt und gleichzeitig auf Ostdeutschland, ein Viertel des verbliebenen Restreiches, »freiwillig«(!) – laut Genscher – verzichtet.

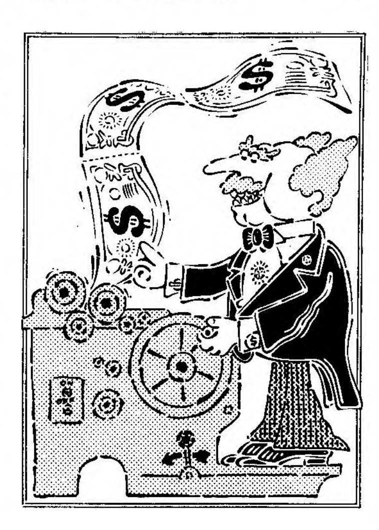
Vernebelung der riesigen Schulden

Nur noch ein weiteres Beispiel für Bonner Obskurantentum in der Gegenwart: Die Vernebelung der ungeheuren staatlichen Verschuldung und die Sündenbock-Suche mit dem »Solidarpakt«. Als ob die notwendige Hilfe für die ehemalige DDR der eigentliche Grund wäre für die jahrzehntelange Schuldenwirtschaft, die nun in Billionen-Höhe führt!

Vom größten Bonner Verdunkelungsmanöver – geschichtlich gesehen – wurde hier noch nicht gesprochen, da es die nächste Zukunft betrifft und noch abgewendet werden kann: Der »Integration«, also der Einschmelzung unseres Volkes in West- und Südeuropa unter dem Etikettenschwindel »Vereinigung Europas«. Danach soll es in den nächsten Jahren nicht nur zur Abschaffung der D-Mark kommen und zu einer gemeinsamen Währung mit anderen chronisch defizitären Ländern, sondern auch zum Schmelztiegel der EG-Völker und zur Geburt des »europäischen Menschen«.

Während rings in der Welt ein Völkerfrühling ausbricht, treiben die ihres Deutschtums müden Bonner Politiker in einer Jahrtausend-Endzeitstimmung auf das Ende unseres Volkes zu. Und die Krönung ihrer dunklen Machenschaften: Sie verschweigen unserem Volke, wohin ihre Absichten führen.

Nun, noch ist nicht aller Tage Abend. Denn beim deutschen Michel dauert es bekanntlich lange, bis er aufwacht. Nehmen wir uns ein Beispiel an den mutigen und klugen Menschen der ehemaligen DDR, die im Herbst 1989 die Stunde nutzten und mit friedlichen Mitteln alle Welt zur Zulassung der Vereinigung von Mittel- und Westdeutschland zwangen. Auch heute kann Aufklärung in einigen wenigen, wirklich unabhängigen Zeitschriften und Zirkeln viel bewirken. Gemäß einem alten Worte: »Ein Sonnenstrahl reicht hin, um viel Dunkel zu erhellen.« □



Bundeswehr

Deutsche Soldaten für UNO und NATO

Rigolf Hennig

Um die Jahreswende 1992/93 gingen die ersten offiziellen Anfragen auf dem Dienstweg im Auftrage des Verteidigungsministeriums an Reservisten, ob sie freiwillig an Auslandseinsätzen teilnehmen wollten. Gedacht war hierbei vor allem an Somalia und an Mosambique.

Zuvor waren reguläre Verbände des Heeres, der Luftwaffe und der Marine bereits in einer Reihe von Ländern, hierunter Iran, Irak, Türkei und Kambodscha teils auf der NATO-, teils auf der UNO-Schiene im Einsatz und sind dies teilweise noch, wobei sich der Einsatz in den Krisenregionen nicht auf die humanitäre Hilfe beschränkt hat beziehungsweise beschränkt.

Das Problem der Feindstaatenklausel

Verfassungsrechtlich sind diese Einsätze zwischen den Parteien strittig.

Unstrittig definiert das Grundgesetz in Artikel 87a und 115a die Bundeswehr als Streitkraft zur Verteidigung des Bundesgebietes. Strittig ist hingegen die Auslegung des Artikel 24 Grundgesetz, welcher durch die mögliche Übertragung von Hoheitsrechten des Bundes auf zwischenstaatliche Einrichtungen den ursprünglichen Verteidigungsgrundsatz der Verfassung verwässert.

Folgerichtig besteht wiederum mehrheitlich im Bundestag Einigkeit darüber, daß das Grundgesetz in diesen Fragen der Überarbeitung bedarf.

Weitgehend unberücksichtigt in der bisherigen Diskussion blieb der völkerrechtliche Aspekt. Dieser verdient jedoch zentrale Beachtung, da er über den Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland entscheidet.

Die »Feindstaatenklauseln«, Artikel 53 und 107 der Charta der Vereinten Nationen, sind unverändert in Kraft. Aus diesen folgt, daß jede der 50 seinerzeitigen Signatarmächte in der Tätigkeit von Mitgliedern der Bundeswehr auf ihrem Territorium einen Bruch des Waffenstillstandes erblicken kann und das Recht hat, unsere Soldaten als Freischärler zu behandeln.

Zu den Signatarmächten zählt zum Beispiel der Irak, und es zählt Serbien insoweit dazu, als sich dieser Balkanstaat völkerrechtlich als Nachfolger Jugoslawiens betrachtet.

Die Rechtswirklichkeit sieht anders aus

UNO-Artikel sind durch UNO-Resolutionen nicht aufzuheben: die Rechtslage ist somit klar.

Die Bundesregierung erklärt demgegenüber, die Feindstaatenklauseln seien nach ihrer Auffassung bereits mit dem Beitritt der beiden deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen im Jahre 1973 gegenstandslos geworden. Sie stützt sich in dieser Ansicht zusätzlich auf eine Aussage des amtierenden UN-Generalsekretärs, Dr. Boutros-Ghali, vom Januar dieses Jahres, derzufolge

Bundeswehr

Deutsche Soldaten für UNO und NATO



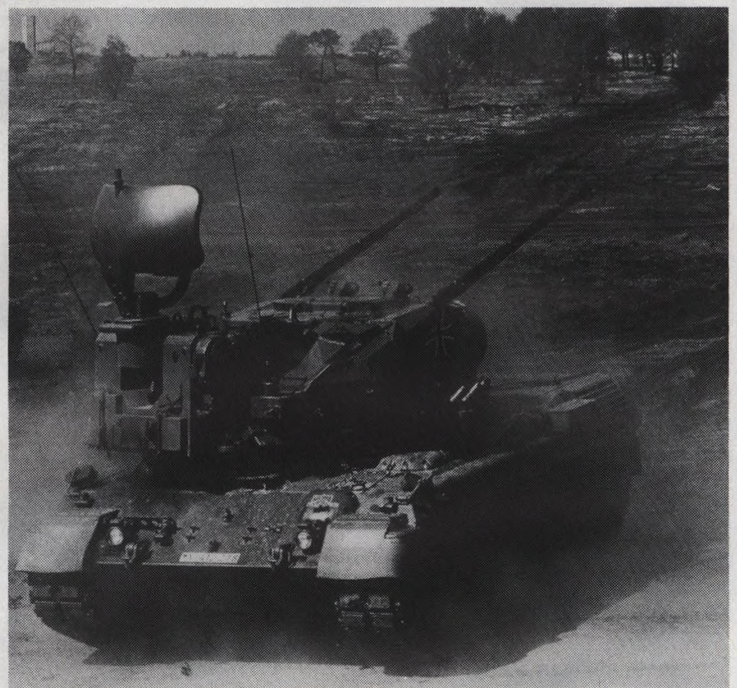
die Artikel 53 und 107 der UN-Charta »überholt und wirkungslos« seien.

Dieser Rechtsauffassung ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten: Sie ist mit der Rechtswirklichkeit nicht in Einklang zu bringen, irreführend und geeignet, unsere betroffenen Soldaten an Leib und Leben zu gefährden. Sollten, wie die Bundesregierung glauben machen will, die Feindstaatenklauseln tatsächlich gegenstandslos geworden sein, so wären sie bereits 1973 nach dem in der Charta vorgeschriebenen Verfahren zu streichen gewesen. Der Hinweis der Bundesregierung, daß diese Streichung möglicherweise Verfahrensschwierigkeiten heraufbeschwören könnte, wäre kein Hindernis, diese nachhaltig zu betreiben. Er erlaubt zudem Rückschlüsse auf die politischen Zusammenhänge.

Der unveränderte politische Zweck der Klausel

Wie Hartmut Krüger in »Reclam«, ISBN 3-15-009801-7, zutreffend feststellt, »war es Deutschland nicht vergönnt, in den weltweiten politischen Zusammenschlüssen der Völkergemeinschaften von Anfang an eine Rolle zu spielen. Sowohl der Völkerbund als auch die Vereinten Nationen wurden von den großen Bündnissen ins Leben gerufen, die 1918 gegen das kaiserliche Deutschland und 1945 gegen die Achsenmächte in Waffen standen«.

Der politische Zweck der Feindstaatenklauseln war und ist daher unverändert, den Signatarmächten der Feindstaatenklauseln die jederzeitige Möglichkeit für Sanktionen gegenüber Deutschland vorzubehalten, wo dieses »den Bereich der Verteidigung aufgibt und zu einem Angriff auf ein fremdes Land übergeht«.



Was wird aus der NATO? Werden ihre Panzer in Zukunft den Amerikaner bei der Erfüllung der Rolle eines Weltpolizisten helfen?

Die Interpretation des Begriffs »Angriff« ist hierbei den Signatarmächten überlassen. Es genügt die Unterstellung einer »Angriffspolitik«.

Da, wie die Bundesregierung richtig erkennt, vor allem die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates einen Eingriff in den Normenbestand der UN-Charta bisher ablehnen, ist die weitere Gängelung Deutschlands durch die Feindstaatenklauseln durch die UNO politische Absicht.
Bei diesem Stand der Dinge ist zwingend die Frage zu stellen, warum Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der UNO an seiner eigenen Gängelung mitwirkt und diese Organisation durch beträchtliche Geldzuwendungen aus Steuermitteln fördert.

Warum bleibt Deutschland in der NATO?

Vollends absurd ist in diesem Zusammenhang jedwede Planung eines Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte jenseits des Verteidigungsauftrages der Bundesrepublik Deutschland. Unsere

Die Soldaten der Bundeswehr dienen künftig als Handlanger zur Durchsetzung amerikanischer Machtinteressen.

Soldaten, im Zwiespalt zwischen einem verständlichen Drang nach Aktionismus einerseits und einer durchaus berechtigten Angst um ihr Leben andererseits – nach jahrzehntelangem Frust und mangelnder Vorbereitung auf den Ernstfall – haben ein Anrecht auf klare Vorgaben.

Wer von den Soldaten unter den gegenwärtigen Umständen einen Einsatzbefehl in das Ausland verweigert, darf nicht voreilig als Feigling disqualifiziert werden, sondern sein Entschluß müßte sich an der herrschenden Rechtslage messen lassen – zumal die Charta der UN über Artikel 25 Grundgesetz das deutsche Bundesrecht überlagert.

In diesem Zusammenhang wäre sinnvollerweise aus den Reihen der Bundeswehr heraus die Frage nach dem Zweck und Sinn eines weiteren Verbleibens Deutschlands in der NATO zu stellen.

Nach dem Ende des Warschauer Pakts und dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums mag niemand bei klarem Verstand nach Abwägung der Rechtsgüter den weiteren Verbleib Deutschlands in der NATO zu begründen, zumal die erheblichen Kosten für die Stationierung fremder Truppen auf deutschem Boden ein wesentlicher Faktor unserer wachsenden Finanzmisere sind. □

Zensur durch die Hintertür

Klaus Hammerstein

Laut dem deutschen Grundgesetz herrscht in der Bundesrepublik Meinungsfreiheit und gibt es keine Zensur. So hat – zumindest in der Theorie – jedermann die Möglichkeit, sich aus allen möglichen Arten von Informationsquellen frei zu informieren. So steht es jedenfalls auf dem Papier, die Wirklichkeit sieht dagegen ganz anders aus.

An dieser Stelle soll nicht darauf eingegangen werden, mit welcher Berechtigung zum Beispiel politische Schriften des Nationalsozialismus nicht frei verkäuflich sind. Auch soll hier nicht näher analysiert werden, warum es in Deutschland zum Beispiel nicht möglich ist, bestimmte Geschehnisse der jüngeren Zeitgeschichte dahingehend zu untersuchen, ob sie stattgefunden haben oder nicht oder zumindest in welchem Umfang sie stattgefunden haben.

Die feinere Art und Weise der Kontrolle

Sinn dieses Artikels ist es, aufzuzeigen, daß selbst heute – in dem angeblich freiheitlichsten Staat, den es je auf deutschem Boden gab – auf viel feinere Art und Weise kontrolliert wird, was veröffentlicht werden darf und was nicht und mit welchen Mitteln der Staat gegen unliebsame Dinge vorgeht.

Die drei wichtigsten Dinge zur Kontrolle der Veröffentlichungen jeglicher Art sind die Bundesprüfstelle (BPS) für jugendgefährdende Schriften – wobei dies gleichzeitig auch für Bild- und Tonträger gilt –, die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und das Jugendschutzgesetz.

Das Jugendschutzgesetz dient dazu, die Kinder und Jugendlichen vor Einflüssen zu schützen, die für sie verderblich sein können. In der Theorie ist diesem Gesetz auch bedingungslos beizupflichten – nicht allerdings der Art und Weise, wie es gehandhabt wird. Überwacher dieses Schutzes sind zum einen die Jugendämter, die sich hierzu der BPS bedienen, während die Filmwirtschaft quasi im Vorfeld von sich aus tätig wird.

Dabei dient das Wort »Freiwillig« im Namen der FSK nur der Ablenkung. Zwar muß kein Film oder Video der FSK vorgelegt werden, nur gilt dann automatisch ein Verkaufs- und Verleihverbot für Personen unter 18 Jahren und müssen diese Videos in den Videotheken in die »Schmuddelecke« gestellt werden, wo Kinder und Jugendliche nicht hinkommen und viele Erwachsene ebenfalls nicht, weil in diesem Bereich in der Regel nur Porno- und härteste Horrorfilme stehen.

Die Neugier des Staates

Das kann im Extremfall zu folgendem führen: Großmutter Klara, die eine hervorragende Köchin ist und einen Kartoffelsalat zaubert, wie er besser nicht sein kann, entschließt sich, ihr Geheimrezept der Öffentlichkeit preiszugeben und läßt darüber eine Videokassette namens »Oma Klaras Wundersalat« herstellen. Wer glaubt, Oma Klara könne damit nun die Kauf- und Versandhäuser abklappern, um einen Vertriebsweg für ihr Kartoffelsalat-Video zu finden, hat zwar theoretisch recht, aber nicht in der Praxis. Der Einzelhandel hat sich nämlich mehr oder weniger dazu verpflichtet – natürlich schön nebulös versteckt –, daß nur solche Filme vertrieben werden, die eine FSK-Freigabe erhalten.

Was macht Oma Klara nun: Sie schickt ihre 45 Minuten-Videokassette der FSK nach Wiesbaden zur Prüfung. Dort kommt sie in das vereinfachte Prüfungsverfahren, das für Mitgliedsfirmen der Filmwirtschaft 1,50 Mark je Minute kostet und für Nichtmitglieder – dazu später mehr – drei Mark je Minute.

Hintergrund dieser Prüfung ist das Jugendschutzgesetz, das vorschreibt, daß jede Kassette, die Kindern oder Jugendlichen zugänglich gemacht werden soll, geprüft werden muß. Per Vereinbarung traten die obersten Jugendbehörden diese hoheitsrechtliche Aufgabe an die FSK ab. Damit ist nun also sichergestellt, daß praktisch jede Kassette, die auf den Markt kommt, auch der FSK vorgelegt wird. Denn soll die Kassette den Vermerk erhalten »freigegeben ab 18 Jahre«, dann kann sie nämlich auch im »anständigen« Teil der Videotheken vertrieben beziehungsweise im Einzelhandel vertrieben werden, dann muß sie auch FSK-geprüft sein. Würde man – so wie es eigentlich logisch wäre – nicht geprüfte Kassetten automatisch ab 18 Jahren freigeben, dann würde der Staat vielleicht erst nach einiger Zeit erfahren, was auf einer Kassette drauf ist und würde diese zu spät indizieren – besonders wenn es sich um zeitgeschichtliche Themen handelt –.

Ein weiteres Unding ist, daß für die Prüfung unterschiedliche Gebühren verlangt werden. Grundsatz eines jeden Staates ist es, daß staatliche Gebühren für alle Betroffenen gleich sein müsen. So kann beispielsweise ein Reisepaß für jemanden, der Mitglied im Bund der Steuerzahler ist, nicht billiger sein als für jemanden, der nirgendwo Mitglied ist.

Die kleinen Firmen werden benachteiligt

Da Paragraph 6 und 7 des Jugendschutzgesetzes eine Muß-Vorschrift ist – zumindest für die Kassetten, die von der Zielgruppe her für Kinder und Jugendliche gedacht sind –, hat der Staat mit der Prüf-Übertragung auf die FSK sogenannte hoheitsrechtliche Aufgaben an eine privatwirtschaftliche Organisation übertragen, was nach geltender Rechtsprechung nichts daran ändert, daß für alle Betroffenen eine einheitliche Gebührenordnung herrschen muß. Es ist vergleichbar mit dem TÜV, der ADAC-Mitgliedern nicht auch Rabatte bei der Prüfung der Autos geben darf, sondern gleiche Gebühren von allen verlangen muß.

Nur für die FSK gilt dies anscheinend nicht. Nach Informationen aus den zuständigen Sozialministerien der einzelnen Bundesländer ist das Problem dort aber überwiegend gar nicht bekannt.

Eindeutig benachteiligt werden durch eine derartige Regelung die kleinen Firmen, für die der Video-Markt die einzige Möglichkeit ist, mit Eigenproduktionen in die Öffentlichkeit zu gehen. Dies ist aber gewollt. Gibt es einen Außenseitermarkt, der sich nur an Erwachsene richtet, dann ist dies den großen Filmfirmen schnurzpiepegal. Denn wegen vielleicht ein paar hundert verkaufter Kassetten rühren sie nicht einmal den kleinen Finger. Gibt es aber einen Markt, wo die Verkaufszahlen vielleicht in die zehn- oder gar hunderttausende gehen, dann sollen die Gebühren so hoch wie möglich angesetzt werden, um sich dann diesen Markt selber zu sichern.

Der Bundesverband Video (BVV) erklärt zwar pathetisch, bei ihnen könne jede Videofirma Mitglied werden, nur sieht dies lediglich auf dem Papier demokratisch aus. Der Mindestjahresmitgliedsbeitrag liegt nämlich bei DM 6000,00, und dieser gilt für Firmen bis zu einem Jahresumsatz von DM 2000,00! Wäre es nicht traurig, dann dürfte lauthals gelacht werden. Der höchste Mitgliedsbeitrag, der sich bereits in einer fünfstelligen Größenordnung bewegt, wird bereits bei einem Jahresumsatz ab DM 40000,00 verlangt. Ein Beitrag, der selbst von kleineren Firmen schnell erreicht wird.

Also werden mit dieser eleganten Lösung die kleinen Firmen draußen gehalten und müssen diese den vollen Satz zahlen. Der ermäßigte Satz liegt zwischen einem Drittel und der Hälfte unter dem normalen Satz.
Für Oma Klaras Kartoffelsalat-Video ist es zwar lächerlich, aber nicht weiter tragisch. Die DM 135,00 wird sie wohl ohne große Probleme aufbringen, da ihr Produkt im vereinfachten Verfahren geprüft wird, wo die Sachen im Schnelldurchlauf angeschaut werden.

Deutschland

Zensur durch die Hintertür

Jedes zeitgeschichtliche Video – dies gilt nach einem entsprechenden Erlaß erst seit wenigen Monaten – sowie zum Beispiel Videos aus dem Bereich des Kampfsportes, also Boxen, Kickboxen, Catchen, Martial Arts, muß aber bereits vor dem Dreier-Ausschuß geprüft werden. Dort kostete eine Minute aber bereits DM 24,00 Prüfgebühren!

Das wundersame ist, daß die FSK laut gesetzlicher Vorschrift nur kostendeckend arbeiten soll. Wenn also zum Beispiel nur vier 90 Minuten-Videos dieser Art an einem Tag angeschaut und bewertet werden, dann erhält die FSK für die drei Prüfer, die hierzu extra an bestimmten Tagen angereist kommen, nicht weniger als knapp DM 10000,00!

Man wundert sich, wo da die Kostendeckung bleibt. Denn selbst wenn man angesichts der zigtausend jedes Jahr geprüfter Videos, davon der absolute Großteil im Dreier-Verfahren, nur DM 300,00 pro Video ansetzen würde, müßte dies allemal ausreichen, die Kosten der FSK reichlich abzudecken.

Rund DM 2500,00 für ein absolut harmloses Video sind für ein junges und/oder kleines Unternehmen aber ein oftmals kaum zu tragender Posten, besonders in den Anfangsmonaten. Zwar gibt es eine Vorschrift, wobei in solchen Fällen die Gebühren reduziert oder erlassen werden können, nur ist dies eine Kann-Vorschrift, und damit liegt es im Ermessen der FSK-Leitung, ob einem entsprechenden Antrag stattgegeben wird oder nicht.

Wird die zur Prüfung vorgelegte Video-Kassette dann aber ab einem Alter freigegeben, mit dem die Firma nicht einverstanden ist, dann besteht die Möglichkeit, vor den Siebener- oder gar den Neuner-Ausschuß zu gehen. Wie die Kosten dort aussehen, kann sich jeder selbst leicht ausmalen.

Damit hat die FSK zumindest die theoretische Möglichkeit, vor allem politisch unliebsame Videos der Jugend vorzuenthalten, wenn man sie schon nicht indizieren kann. Die exorbitant hohen Kosten von um DM 10000,00 machen es kleinen und/oder jungen Firmen zwar nicht de jure, so aber doch de facto unmöglich, den gesamten Instanzenweg auszuschöpfen. Das Wort »Freiwillig« im Namen dieses Vereins ist damit genau der gleiche Hohn, wie seinerzeit das Wort »Demokratisch« im Namen der DDR. Eine weitere Hilfsmöglichkeit des Staates it die BPS. In jüngster Zeit sieht diese ihren Sinn vor allem darin, alles was auch nur den Schein hat, geringfügig rechts zu sein, zu indizieren. Besonders gilt dies bei allem, was auch nur ansatzweise mit Skinheads zu tun hat.

So sind von der BPS jüngst kurzerhand alle sogenannten Fanzines, die von Skinheads herausgegeben worden sind, indiziert worden. Daß die BPS diese gar nicht geprüft haben kann, geht alleine daraus hervor, daß selbst absolut unpolitische Fanzines oder Magazine von antifaschistischen Skinheads, den sogenannten Red- und Ska-Skins, indiziert worden sind. CDs mit absolut unpolitischem Inhalt von Gruppen, die früher einmal politische Texte sangen, werden anscheinend nur wegen ihres Namens indiziert. So geschehen bei den Gruppen Märtyrer und Commando Pernod, auf deren neuen Alben sich nicht ein einziges politisches Lied findet, sondern vielmehr vor allem sogenannte Fun-Texte vorherrschen.

Eine Erklärung hierfür gibt es nicht. Selbst wenn die unpolitische Skinhead-Kultur von Otto Normalverbraucher als Subkultur abgelehnt werden sollte, so müßte dann umgekehrt auch mit der gleichen Entschiedenheit gegen die linke Subkultur, sprich Punker, vorgegangen werden. Dies geschieht aber nicht. Ganz im Gegenteil werden für diese Individuen sogar für teures Geld Jugendhäuser gebaut, werden sogenannte alternative Musik- und Künstlergruppen sogar noch durch staatliche Zuschüsse subventioniert. Frei nach dem Motto: Alles was links ist, ist gut, und alles, was rechts von der CDU ist – die heute bestenfalls noch als Mitte-links-Partei gelten kann –, muß bekämpft werden. □

DDR-Patente

Die Hälfte hat Substanz

Nutzung und Vermarktung der Patente aus DDR-Tagen gehören zu den unerledigten Aufgaben im gesamtdeutschen Transformationsprozeß. Die Voraussetzung dafür, diese Aufgabe anzupacken, schuf das Erstreckungsgesetz vom 23. April 1992 mit der Übertragung des Schutzes für ehemalige DDR-Patente auf das gesamte Bundesgebiet. Für manches mitteldeutsche Unternehmen könnte der alte Patentfundus neue Produkt-Ideen liefern. Die Verwertung von rund 70 Prozent der Patente muß noch geklärt werden.

Der von der DDR erhobene Anspruch, zu den zehn größten Industrienationen zu zählen, wurde mit dem Hinweis auf das eigene Patentwesen untermauert. Wenn es allein nach der Statistik gegangen wäre, hätte die Leistungsfähigkeit der DDR, gemessen an den Patentmeldungen pro Kopf der Bevölkerung, Ende der achtziger Jahre doppelt so hoch sein müssen wie in den USA.

Startkapital für junge Unternehmen

Jetzt, da der ideologische Schleier von der Produktions-Basis gezogen worden ist, müssen die Patente aus alten DDR-Tagen neu bewertet werden und einen Rechtsnachfolger finden. In Zahlen:

Die DDR hat bis zu ihrem Ende einen Fundus von 138000 Patenten angehäuft. Dazu zählen außerdem etwa 7000 Auslandspatente, deren Export in westliche Industrieländer aus Devisengründen forciert wurde. Hinzu kommen schätzungsweise 3000 – weitgehend ungeschützte – Patente auf dem Gebiet des ehemaligen Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Davon entfielen lediglich 800 auf die Sowjetunion. Ergebnis einer Zwischenbilanz:

Gut ein Jahr nach Inkrafttreten des Erstreckungsgesetzes konnten 120000 Patente per Gesetz in das Gesamtdeutsche Patentsystem übergeleitet werden.

Diese Gesamtzahl läßt sich in drei Gruppen aufgliedern:
Etwa 36000 Patente haben einen neuen Rechtsnachfolger gefunden. Sie wurden wirtschaftlich nutzbar gemacht und bilden häufig das innovative Startkapital für junge Unternehmen.

Für etwa 35000 dieser Patente konnten die Rechtsnachfolger festgestellt werden. Offen ist allerdings, ob sie die Patente übernehmen wollen.

Klarheit darüber wird dann herrschen, wenn diese Patente wegen nicht mehr gezahlter Gebühren zwangsläufig gelöscht werden.

Für die restlichen 50000 Patente bemüht sich die Berliner Dienststelle des Deutschen Patentamtes intensiv um die Ermittlung der Rechtsnachfolger.

Schwierigkeiten bei der Neubewertung

Besondere Schwierigkeiten, die nur unter großem Zeitaufwand gelöst werden können, bereitet die Neubewertung der DDR-Patente.

Zahl der Patente: Die Planungsbürokratie hatte sich auch des Patentwesens bemächtigt. Den Erfindern wurden zentrale Vorgaben in Form von Plan-Kennziffern gemacht. Um den Erwartungen zu genügen, sahen sich Betriebe und Forschungsinstitute oft gezwungen, die Zahl der Patente künstlich zu erhöhen – beispielsweise durch Splitting einer Erfindung in mehrere Anmeldungen.

Das erklärt zum einen den sprunghaften Anstieg der Patentanmeldungen in den achtziger

Jahren. Zum anderen macht es den drastischen Rückgang der jährlichen Anmeldungen von Patenten nach der Wende plausibel.

Der Zahl der Patente mißtrauten selbst Betriebe und Forschungsinstitute in der ehemaligen DDR.

Der Rechtsstatus entsprach nicht westlichen Maßstäben. Es dominierten Wirtschaftspatente, die als Erfinderscheine bezeichnet wurden.

Mit gutem Grund: Die Anmeldung der Wirtschaftspatente wurde, entgegen der sonst üblichen Praxis, nur registriert, und sachlich erst dann geprüft, wenn die Frage der Nutzung aufkam.

Mit dem Westen vergleichbar waren lediglich die auch in der DDR geschaffenen Ausschließungspatente. Nach internationalem Standard begründen diese Patente ein Nachnutzungsverbot und geben dem Patentinhaber das ausschließliche Vermarktungsrecht. Aber: Inhaber dieser Art von Patenten waren nur die wenigen privaten sowie ausländische Anmelder.

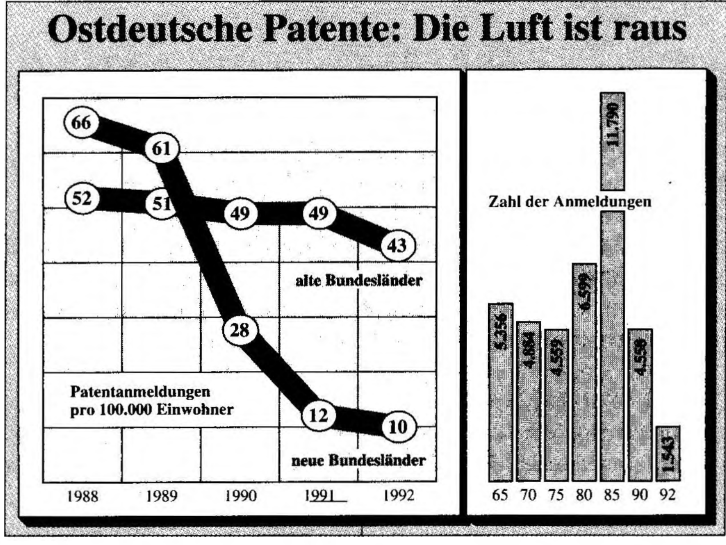
Patente waren Volkseigentum

Lediglich etwa 13 Prozent aller DDR-Patente gehörten zuletzt der Gruppe der Ausschließungspatente. Den großen Restposten stellten mit 87 Prozent die Erfinderscheine, die keine echten Patente waren und heute die Verwertung so schwer machen.

Struktur der Patentanmeldungen: Die in der DDR angemeldeten Patente entsprechen nur teilweise den heutigen Marktanforderungen. So waren im Vergleich zur Bundesrepublik einzelne Bereiche wie Messen, Prüfen, Optik, Elektronik und Werkzeugmaschinen überrepräsentiert. Andere wichtige Bereiche wie Fahrzeugbau, Gesundheitswesen oder Haushaltsgegenstände wurden dagegen völlig vernachlässigt.

Nutzung der Patente: Nach dem Grundsatz des Volkseigentums durften die Betriebe auch die Patente unentgeltlich nutzen. Aufwand und Ertragsaussichten spielten im Patentgeschäft keine Rolle. Daher bestand für die Betriebe kein Anreiz, ausschließlich solche Patente anzumelden, die wirtschaftlichen Erfolg versprachen – und umgekehrt Patente wieder abzumelden, wenn sie wirtschaftlich ausgedient hatten.

Als Folge lag die durchschnittliche Laufzeit von DDR-Patenten bei 18 Jahren und war damit um zwei Drittel länger als in Westdeutschland. Auf diese Weise häufte sich ein Patentberg an, ohne daß der Bestand verjüngt wurde.



Die Überleitung von DDR-Patenten ins gesamtdeutsche Rechtssystem muß nun auch materiell abgesichert werden. Mit dem Erstreckungsgesetz wurde den alten DDR-Patenten der Schutzstatus einer Lizenzbereitschaftserklärung erteilt. Diese Form trägt Übergangscharakter und berechtigt Interessenten zur Nutzung gegen Zahlung einer Vergütung an den Patentinhaber.

Fünfzig Prozent der Patente haben eine Überlebenschance

Weitere Aufgabe des Patentamtes: Es kann die so vorübergehend geschützten Patente auf Antrag und nach vorheriger Prüfung in Ausschließungspatente umwandeln, die den gleichen Schutz wie West-Patente garantieren.

Diesen vollen patentrechtlichen Schutz haben bis Ende 1992 rund 21000 oder 18 Prozent der ehemaligen DDR-Patente erlangt.

Das zeigt, daß in manchem Erfinderschein durchaus innovative Substanz steckt: Nach Einschätzung des Deutschen Patentamts haben etwa 50 Prozent des ehemaligen Patentbestandes eine Überlebenschance. Die Erfahrung gibt diesem Urteil recht:

Westdeutsche Großunternehmen wie Siemens und BASF konnten rund die Hälfte aus dem Patentbestand der von ihnen übernommenen mitteldeutschen Unternehmen verwerten.

Viele der alten DDR-Patente stellen Vermögenswerte dar, die im weiteren Privatisierungsprozeß eine wichtige innovative Rolle spielen können. Patent-Marketing ist das Gebot der Stunde. Hierbei sind sowohl die Unternehmen und Institute als auch die Treuhandanstalt gefordert.

Die Treuhandanstalt muß ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf die mögliche Nutzung der DDR-Patente richten. Das reicht von der Klärung der Rechtsnachfolge der Patente bis hin zur Aufarbeitung des Patentbestandes der noch zu liquidierenden Betriebe.

Die mitteldeutschen Unternehmen und Institute sollten die Möglichkeit ausschöpfen, Patente aus ihrem übernommenen Fundus am Markt zu verkaufen, also als Anbieter auftreten.

Allerdings stößt das noch auf große Hindernisse. Die Abteilungen, die eine Verwertung der Patente in Gang setzen könnten, sind im Zuge der Privatisierung meist aufgelöst worden und müssen nun in neuer Firmenstruktur wieder aufgebaut werden.

Es gibt aber bereits Beispiele für eine gelungene Patent-Vermarktung: Die ehemalige Akademie der Wissenschaften hat sich mit Patenten besonders im Bereich der Grundlagenforschung hervorgetan. Doch wurden zu DDR-zeiten nur 15 bis 20 Prozent aus diesem Bereich tatsächlich genutzt. Mit der Abwicklung der Akademie wurden 10000 Patente in einem Pool zur gezielten Vermarktung zusammengefaßt. Etwa 1000 davon haben inzwischen einen Interessenten gefunden.

Übertragung an die ursprünglichen Erfinder

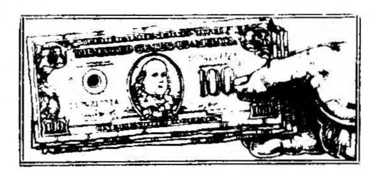
Ein anderer Weg, die von der DDR hinterlassenen Patente zu vermarkten, besteht in der Übertragung an die ursprünglichen Erfinder.

Dieser Weg bietet sich vor allem dann an, wenn damit Erfinder zu Existenzgründungen angeregt werden können.
Mit der Nutzung des harten Kerns der DDR-Patente ist die für die wirtschaftliche Entwicklung nötige Innovationskraft aber nicht gesichert. Entscheidend für den Wirtschaftsstandort Mitteldeutschland sind Patent-Neuanmeldungen. Sie könnten Ausdruck für die mitteldeutsche Wiederbelebung von Forschung und Entwicklung sein.

Die Zahl der Neuanmeldungen ist jedoch, wenn auch abgeschwächt, immer noch rückläufig. Zwischen 1990 und 1991 sank die Zahl der Patentanmeldungen von 4500 auf 1500:

Je Einwohner gerechnet entfallen – auf niedrigem Niveau – die meisten auf Berlin-Ost, Thüringen und Sachsen.

Eine Trendwende ist noch nicht zu verzeichnen. Das darf nicht überraschen. Denn der Transformationsprozeß vom Plan zum Markt macht auch vor einer völligen Neuorientierung in Forschung und Entwicklung nicht halt. Hier ist langer Atem gefordert. □

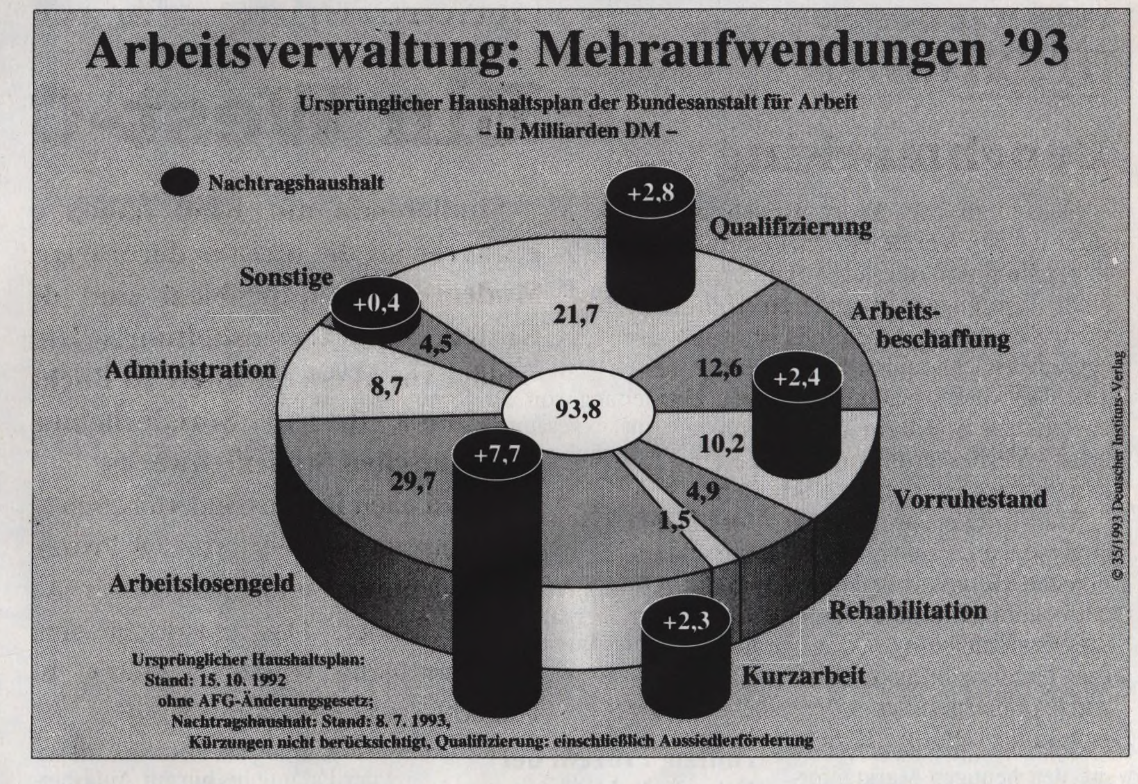


Bonn

Gefährlicher Weg auf dem Arbeitsmarkt

Die industrielle Beschäftigungs-Krise in der Bundesrepublik reißt immer größere Löcher in die öffentlichen Kassen. Auf der Suche nach Rezepten gegen den wachsenden Unterbeschäftigungs-Sockel wird auch ein alter Vorschlag diskutiert: der zweite Arbeitsmarkt. Doch Vorsicht ist geboten: Der erste Arbeitsmarkt darf nicht in den Schatten des zweiten gerückt werden.

Im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe werden 1993 rund 550000 Arbeitsplätze abgebaut. Damit sind dort fast so viele Stellen verlorengegangen, wie zwischen 1985 und 1992 aufgebaut wurden. Inzwischen ist der Beschäftigungsanteil der Industrie erstmals unter die 30-Prozent-Marke gesunken.



Beschäftigungsabbau erfaßt alle Berufsgruppen

Arbeitslosigkeit trifft auch nicht mehr nur die Un- und Angelernten oder andere Risikogruppen des Arbeitsmarktes. Der Beschäftigungsabbau erfaßt inzwischen auch gehobene Angestellte und qualifizierte Facharbeiter in den Fertigungsberufen – diese Berufsgruppen müssen den relativ stärksten Zuwachs an Arbeitslosigkeit verkraften.

Damit aus den Entlassenen von heute nicht die Langzeitarbeitslosen von morgen werden, suchen Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeber nach Lösungen. Das Schlagwort vom zweiten Arbeitsmarkt war schnell gefunden – doch beim Buchstabieren zeigen sich gravierende Unterschiede:

Die Gewerkschaften fordern den zweiten Arbeitsmarkt als Dauereinrichtung – mit Quasi-Rechtsanspruch auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zu Tarifen, die auch auf dem ersten Arbeitsmarkt gelten.

Die Unternehmen halten allenfalls zusätzliche Beschäftigung in Form von Gemeinschaftsarbeiten auf sozialrechtlicher Basis mit niedrigen Tarifen für sinnvoll.

Geboren wurde die Idee vom zweiten Arbeitsmarkt vor rund zehn Jahren in einer Studie der Evangelischen Kirche über die Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen. Damals zielte der Begriff vor allem auf die sozialpolitische Hilfe für Problemgruppen.

Seither jedoch hat der Gedanke auch beschäftigungspolitische Beine bekommen und droht, der Marktwirtschaft davonzulaufen. Als subventioniertes Auffangbecken für alle, die im regulären Arbeitsmarkt nicht unterkommen, wirft der zweite Arbeitsmarkt eine ganze Reihe von Fragen auf.

Erster Punkt: Wenn die Beschäftigungskonditionen des zweiten Arbeitsmarktes nach tarifvertraglichen Spielregeln ausgehandelt werden, droht die gleiche Gefahr wie auf dem ersten Arbeitsmarkt: Der Markt wird wegen tariflicher, gesetzlicher und administrativer Verknöcherungen nicht geräumt.

Zweiter Punkt: Der Ersatz-Markt muß mit Mitteln finanziert werden, die auf den regulären Arbeitsplätzen erwirtschaftet werden. Hier sind aber schon heute die Grenzen der Finanzierbarkeit überschritten.

Dritter Punkt: Die Arbeitsmarktpolitik ist eine Sozialleistung; deren Konditionen werden aber nicht von den Tarifparteien, sondern allein vom Gesetzgeber festgelegt.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?

Sinn oder Unsinn subventionierter Beschäftigung entscheidet sich mit dem Preis der Arbeit, dem Lohn. Die Gewerkschaften beharren auf dem Prinzip: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Ökonomisch gesehen kann diese Forderung allenfalls für gleich produktive Arbeit gelten. Das aber ist bei öffentlich geförderten Beschäftigungen nicht der Fall – ihr fehlen Wettbewerbs- und Leistungsdruck.

Ökonomisch richtig sind daher niedrige Tarife für Ersatz-Arbeit – schließlich wird auch im ersten Arbeitsmarkt unterschiedlich entlohnt. Beispiel Metallindustrie:
Ein Metallarbeiter in Schleswig-Holstein verdient weniger als drei Viertel dessen, was sein Berliner Kollege nach Hause bringt. Ein niedrigerer Teil hätte zudem einen beschäftigungspolitisch erwünschten Nebeneffekt: Mit der geringer entlohnten Beschäftigung werden Leichtlohngruppen wieder eingeführt. Sie sind in Zeiten der mindestlohnorientierten Lohnpolitik nach und nach verschwunden – mit verschärfender Wirkung auf das Beschäftigungs-Problem. Der US-Nobelpreisträger George Stigler prophezeite schon 1946:

Mindestlohngesetze und die Anhebung tariflicher Mindeststandards kosten Jobs für Junge und Unqualifizierte, ohne gleichzeitig das Verarmungsproblem wirksam zu bekämpfen.

Im Grunde genommen ist der zweite Arbeitsmarkt längst Realität. Allein 1993 gibt die Bundesanstalt für Arbeit fast 13 Milliarden DM für die Arbeitsbeschaffung aus. Nach dem Arbeitslosengeld und den Ausgaben für Qualifizierung ist die AB-Politik heute der drittgrößte Posten im Etat der Bundesanstalt.

Mehr ist angesichts eines Haushaltsdefizits der Bundesanstalt für Arbeit von 16,5 Milliarden DM im ersten Halbjahr 1993 nicht möglich. Deshalb ist eine Umschichtung der Gelder unumgänglich. Ansatzpunkt: Anstatt Arbeitslosengeld oder -hilfe zu zahlen, gewähren die Arbeitsämter Lohnkosten-Zuschüsse für gemeinnützige Beschäftigung (»Gemeinschaftsarbeit«). Die Handhabe dazu bietet das Arbeitsförderungsgesetz (AFG):

Nach § 3 AFG soll die Bundesanstalt für Arbeit zuallererst Arbeitsplätze erhalten und schaffen – die Gewährung von Arbeitslosengeld rangiert erst dahinter.

Das Verfahren, Arbeit zu fördern, statt Arbeitslose zu bezahlen, wird bereits in Mitteldeutschland praktiziert. Über eine Ausdehnung auf die alten Länder wird nachgedacht. Die Vorteile gegenüber dem Status quo: Die Arbeitsmarktpolitik wird aktiver, es werden mehr Ersatzarbeitsplätze geschaffen, die Menschen werden sinnvoll eingesetzt und haben bessere Aussichten auf Wiederbeschäftigung im ersten Arbeitsmarkt.

Pflicht- oder Kann-Leistungen?

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind gemäß Arbeitsförderungsgesetz eine Kann-Leistung der Bundesanstalt. Gewerkschaftliche Befürworter eines zweiten Arbeitsmarkts möchten die ABM als Rechtsanspruch verankert wissen – insbesondere für Problemgruppen wie Langzeitarbeitslose.

Das wäre ein gefährlicher Systemwechsel in der Arbeitsmarktpolitik: Das ökonomisch bedenkliche Recht auf Arbeit würde durch die Hintertür eines institutionalisierten ABM-Gemeinschaftswerkes eingeführt. Ersatzarbeitsplätze müssen daher immer im Ermessen der Arbeitsverwaltung liegen – schon weil die finanziellen Spielräume begrenzt sind.

Die Befürworter von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sehen das anders. Sie rechnen vor, daß sich die AB-Politik bis zu 95 Prozent selbst finanziert.

Nach dieser vordergründigen Rechnung würde ein tariflich voll ausgebauter zweiter ABM-Markt für beispielsweise 2,5 Millionen westdeutsche Arbeitslose die öffentlichen Kassen ohne Sachkosten netto mit nur 4,5 Milliarden DM belasten – weniger als zehn Prozent der 93er Gesamtausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in den alten Bundesländern. Nach diesem einfachen Strickmuster wäre »ABM für alle« des Beschäftigungsrätsels Lösung.

Die Probleme der künstlich geschaffenen Jobs

Tatsächlich aber droht eine derartige Förderung des zweiten Arbeitsmarktes die reguläre Beschäftigung an die Wand zu drükken:

Ein voll etablierter zweiter Arbeitsmarkt enthebt die Tarifparteien ihrer Verantwortung für die Gesamtbeschäftigung und die regulär Beschäftigten ihrer Selbstverantwortung. Wer auf jeden Fall durch einen künstlich geschaffenen Job aufgefangen wird, muß die Anforderungen auf dem Wettbewerbs-Arbeitsmarkt nicht mehr allzu ernst nehmen.

Ein voll ausgebildeter zweiter Arbeitsmarkt schafft mehr Spielraum für eine Konkurrenz zwischen subventionierter und nicht subventionierter Arbeit – der Wettbewerb wird zu Lasten der rentablen Arbeit verzerrt.

Ein Beispiel: ABM-Kräfte werden im kommunalen Garten- und Landschaftsbau eingesetzt. Auf den ersten Blick erfüllt diese Aufgabe die an AB-Maßnahmen gestellten Kriterien des öffentlichen Interesses und der Zusätzlichkeit. Fahren die Kommunen aber in der Folge ihre Aufträge an reguläre Unternehmen des Garten- und Landschaftsbaus zurück, verdrängt künstlich geschaffene Arbeit einst wettbewerbsfähige Unternehmen. □

Banker-Journal

Mitteldeutsche Betriebe am Rande der Existenz

Existenzgefährdende Verluste und ein überhöhter Personalaufwand kennzeichnen die Situation der mitteldeutschen Unternehmen. Ihre Finanzstrukturen weichen stark von denen westdeutscher Firmen ab. Freilich ergibt sich für die Betriebe in den neuen Bundesländern je nach Branche, Unternehmensgröße und Rechtsform ein differenziertes Bild.

Die Deutsche Bundesbank hat nun erstmals detaillierte Informationen über die finanzielle Situation deutscher Betriebe vorgelegt. Sie beziehen sich auf das Jahr 1991. Aus den Daten lassen sich Hinweise über die allgemeinen finanziellen Verhältnisse mitteldeutscher Unternehmen ableiten.

Die Ertragslage der mitteldeutschen Unternehmen war zumindest zum Zeitpunkt der statistischen Erhebung katastrophal.

Im Durchschnitt machten die Unternehmen in den neuen Bundesländern pro 100 Mark Umsatz 14 Mark Verlust. Zum Vergleich: Die westdeutschen Unternehmen schafften einen Nettogewinn von immerhin noch zwei Prozent des Umsatzes.

Weitaus am schlimmsten sieht es in der Industrie aus. Weniger düster ist das Bild dagegen für das Baugewerbe und den Handel.

Rote Zahlen mußten insbesondere die großen, umsatzstarken Unternehmen in ihre Bücher schreiben. Zu den Unternehmen, die zumindest einen bescheidenen Gewinn einfahren konnten, gehören überwiegend kleine und mittlere Firmen.

Der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme mitteldeutscher Unternehmen lag mit 26 Prozent deutlich über der westdeutschen Quote von 18 Prozent. Aber: In der Bilanz mitteldeutscher Unternehmen wurden auch Anlagen und vor allem Grundstücke bewertet, die zwar für den früheren Produktionsbetrieb benötigt wurden, heute jedoch, nach der häufig bereits vollzogenen Anpassung oder Umstellung der Produktion, keine Verwendung mehr finden. Diese Werte werden als Vermögen ausgewiesen, obwohl die Unternehmen damit nicht mehr produktiv arbeiten können.

Besonders schlecht war die Finanzsituation im Jahr 1991 bei den Treuhandbetrieben. Ein Teil von ihnen kann überhaupt keine Eigenmittel mehr vorweisen. Darüber hinaus haben sie auch noch Schulden zu begleichen und haben damit ein negatives Eigenkapitalkonto.

Die Personalkosten verursachten den dicksten Kostenblock in der Erfolgsrechnung mitteldeutscher Unternehmen. Gründe dafür sind ein zu hoher Personalbestand und überhöhte Lohnstückkosten.

Die Industrie in den neuen Bundesländern ist der Wirtschaftssektor mit den weitaus größten Problemen. Besonders schlecht steht es innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes um die Textilunternehmen. Sie konnten sich nach der Wende aufgrund von Qualitäts- und Preisproblemen kaum gegen die westliche Konkurrenz behaupten.

Im Bau führte die starke Ausweitung der Produktionstätigkeit zu einem deutlichen Anstieg des Maschinenparks. Zugleich verbesserte sich auch die Ausstattung an Eigenmitteln – gegenüber dem Vorjahr fast um die Hälfte.

Auch im Handel ist die Situation im Laufe der Zeit günstiger geworden. Hierzu hat unter anderem die enge Anbindung vieler Handelsbetriebe an westdeutsche Mutterunternehmen geführt – insbesondere im Einzelhandel. Die Vettern aus dem Westen sorgten sowohl für die Belieferung mit Waren als auch für die finanzielle und sachliche Ausstattung der einzelnen Betriebe.

Für den Dienstleistungssektor liegen noch keine Daten vor. Das ist bedauerlich, weil sich gerade dieser Sektor in den neuen Bundesländern besonders gut entwikkelt hat. Daher fällt die Gesamtsituation aller Unternehmen vermutlich etwas besser aus, als die verfügbaren statistischen Daten nahelegen.

Für 1992 ist erneut mit einem negativen Ergebnis der mitteldeutschen Unternehmen zu rechnen. Aller Voraussicht nach werden die Verluste aber geringer ausfallen. Eine Zufuhr von zusätzlichem Privatkapital aus Westdeutschland und deren Ländern ist zum Aufbau eines leistungsfähigen Kapitalstocks somit nach wie vor erforderlich. □

Eine Frage des Preises

Wenn mehr Menschen eine Arbeit suchen, heißt das noch lange nicht, daß die Jobs knapp werden müssen. In den Jahren 1983 bis 1992 waren immer mehr Menschen erwerbstätig oder haben sich um eine Arbeit bemüht. Folglich sind in sechs der sieben größten Industrieländer die Erwerbsquoten gestiegen – und zwar um 2,3 bis 3,8 Prozentpunkte. Gleichzeitig sind, außer in Frankreich und in Italien, die Arbeitslosenquoten in diesen Ländern zwischen 0,4 und 2,1 Prozentpunkte gefallen.

Warum das so ist, darüber streiten sich die Experten. Eine Erklärung: Ein Anstieg der Beschäftigung motiviert auch viele Menschen zur Arbeitssuche, die sich bislang vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben oder noch gar nicht aktiv waren. Das größere Angebot an Arbeitskräften wiederum wirkt mäßigend auf die Lohnerhöhungen und steigert die Beschäftigungs-Chancen – immer vorausgesetzt, daß die Arbeitsmärkte funktionieren. □

Kleine Drachen auf dem Vormarsch

Der Markt für Elektronik hat sich in den vergangenen Jahren als besonders wachstumsstark erwiesen. In den USA, in Westeuropa, in Japan und in Fernost wurden im Inland 1991 elektronische Bauteile und Produkte für insgesamt 602 Milliarden Dollar verkauft – gegenüber 1988 war das ein Plus von 14 Prozent.

Besonders dynamisch haben sich dabei die Märkte von Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea entwickelt. Der Elektronik-Markt der vier Kleinen Drachen wuchs zwischen 1988 und 1991 um 42 Prozent auf 40 Milliarden Dollar. Der volumenstärkste US-Markt hat im gleichen Zeitraum nur um gut drei Prozent zugelegt.

Westeuropa ist dabei, den USA die Führungsposition zu entreißen: Mit einem Marktvolumen von 220 Milliarden DM haben die Europäer bereits 1991 das amerikanische Niveau nur um knapp drei Milliarden Dollar verfehlt.

Die Japaner konnten für ihren Elektronik-Inlandsmarkt in den Jahren 1988 bis 1991 nur noch ein Wachstum von 13 Prozent vermelden. Experten gehen sogar davon aus, daß der japanische Elektronik-Markt 1992 um 19 Prozent geschrumpft ist.

Einen richtigen Einbruch erlebte der Teilmarkt für Mikroprozessoren, den Herzstücken einer jeden elektronischen Anlage: Hier ging der Inlands-Umsatz um 22 Prozent zurück.

Die Vormachtstellung der USA als weltgrößte Elektronik-Schmiede ist nach wie vor ungebrochen. Die Amerikaner fertigten 1992 Elektronik-Produkte im Wert von 232 Milliarden Dollar. Gegenüber 1988 war das ein Plus von 13 Prozent.

An zweiter Stelle folgt Westeuropa mit einem Elektronik-Ausstoß von 178 Milliarden Dollar (+ 18 Prozent). Die Japaner müssen sich bei einem Output von 176 Milliarden Dollar mit dem dritten Platz begnügen (plus fünf Prozent).

Zu bedeutenden Elektronik-Produzenten haben sich inzwischen die Kleinen Drachen Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan gemausert: Sie produzierten 1992 Elektronik für 67 Milliarden Dollar – und damit ein Drittel mehr als noch 1988. Den Zuwachs haben die Kleinen Drachen vor al-

lem ausländischen Investoren zu verdanken, die in den Niedriglohnländern ihre verlängerten Werkbänke haben – besonders für Unterhaltungs-Elektronik.
Mit einem Produktions-Anteil von knapp 20 Prozent wird in den fernöstlichen Schwellenländern deutlich mehr Konsum-Elektronik gefertigt als in den USA (vier Prozent) und Westeuropa (acht Prozent).

Das Export-Volumen der globalen Elektronikzentren erhöhte sich zwischen 1988 und 1991 um knapp 30 Prozent auf 356 Milliarden Dollar. Hier sind die USA mit einer Exportsteigerung von 44 Prozent Spitzenreiter – dicht gefolgt von den Kleinen Drachen mit einem Ausfuhrplus von 40 Prozent. Selbst Westeuropa hat in diesem Zeitraum mit einer Exportsteigerung von 31 Prozent die klassische Elektronik-Nation Japan deutlich überflügelt: Deren Export-Zuwachs betrug nur knapp 18 Prozent.

Ein wichtiger Grund für das optisch schlechte Abschneiden der Japaner liegt darin, daß diese inzwischen immer mehr vor Ort bei den Kunden produzieren.

Japan besaß 1992 in 41 Ländern 874 Fertigungsanlagen für Elektronik. Dort wurden insgesamt 536000 Menschen beschäftigt.

Die meisten japanischen Transplants liegen mit 514 in Asien, 121 allein in Malaysia. In Nordamerika verfügen die Japaner über 150 Elektronik-Fabriken, in Europa sind es mit 142 kaum weniger. Ein wichtiges EG-Standbein hat Japan mit 50 Fabriken in Großbritannien. Der Standort Deutschland ist dagegen mit 37 Fertigungsanlagen für Elektronik nicht ganz so attraktiv für Japans Investoren.

In Europa stellen die Japaner vor allem elektronische Bauteile und Komponenten her.

Westeuropa ist von Elektronik-Importen abhängig: Die eigene Elektronik-Produktion entsprach 1991 knapp 82 Prozent des Verbrauchs. Die USA sind dagegen praktisch autark – dort betrug die Versorgungsquote 98 Prozent. Die Japaner und die Kleinen Drachen produzierten sogar jeweils rund 60 Prozent mehr an Elektronik, als sie selbst für ihre Produkte benötigten. □

Die Zoll-Milliarden

Die jetzt laufende Uruguay-Runde der GATT soll eine weitere Abrüstung an den Schlagbäumen bringen. Schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der weltweite Zoll-Abbau in Angriff genommen. Innerhalb der Kern-EG, die von Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und der Bundesrepublik gebildet wird, ist der Handel seit 1968 sogar völlig zollfrei. Dieser Euro-Zollunion haben sich seither sechs weitere Länder angeschlossen.

Mit einer Träne im Knopfloch verfolgen die Finanzminister diese Entwicklung: Die Zolleinnahmen fließen absolut gesehen zwar immer noch recht üppig, aber als Finanzierungsquelle der öffentlichen Ausgaben führen sie nur noch ein Schattendasein: In Deutschland ist ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen auf ein einziges Prozent geschrumpft. Das war in der Blütezeit des Protektionismus ganz anders: Runde 400 Millionen Mark kassierte das Deutsche Reich im Jahr 1893 an Zöllen und bestritt damit mühelos ein gutes Drittel des gesamten Reichs-Haushalts. □

Immer mehr Bundesbürger leben auf Pump

Auf die kräftig erhöhte Verschuldung von Privathaushalten hatte die Deutsche Bundesbank in einer Mitteilung am 21. April 1993 hingewiesen. Die Belastung mit Raten- und Konsumentenkrediten sei 1993 auf durchschnittlich 4000 DM gegenüber 500 DM vor 20 Jahren gestiegen. Allein im Jahr 1992 habe sich die jährliche Verschuldung um 18 Prozent gegenüber den siebziger Jahren um mehr als verdoppelt, die Konsumentenkredite zwischen 1970 und 1992 seien um fast 300 Milliarden DM gestiegen.

Diese Ausführungen stimmten mit Forschungsergebnissen in dem von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten zur »Überschuldungssituation und Schuldnerberatung in der Bundesrepublik Deutschland« von 1990 überein. Im Vergleich zu anderen Industrieländern sei die private Verschuldung in Deutschland allerdings geringer. Ferner sei zu berücksichtigen, daß die Feststellungen der Bundesbank nicht auf inflationsbereinigten Zahlen beruhen.

Den Angaben zufolge wird die Zahl der im Jahre 1989 in den alten Ländern durch Bankkredit verschuldeten privaten Haushalte auf 9,1 Millionen geschätzt (33 Prozent aller privaten Haushalte). Schätzungsweise weitere 550000 private Haushalte (zwei Prozent) waren demnach 1989 ausschließlich nicht-bankmäßig verschuldet, rund 1,2 Millionen Privathaushalte (vier Prozent der Gesamtzahl) seien überschuldet gewesen.

Bei rund zwei Dritteln der von Schuldnerberatungen betreuten Überschuldeten sei der Haushaltsvorstand Arbeiter oder arbeitslos gewesen, 23 Prozent dieser Gruppe verfügten über keinen Schulabschluß, 65 Prozent hätten die Hauptschule absolviert. Hinsichtlich der familiären Situation dominierten nach diesen Angaben bei den überschuldeten Haushalten Paare mit Kindern (28 Prozent), Ledige (23 Prozent), kinderlose Paare (21 Prozent) sowie Alleinerziehende (19 Prozent).

Überschuldung definiert die von der Regierung in Auftrag gegebene Studie als Situation, in der ein Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, was ihn ökonomisch und psychosozial destabilisiert. Eine Verschuldung privater Haushalte ist nach Auffassung der Regierung jedenfalls dann »nicht vertretbar«, wenn ein Mitglied oder mehrere Angehörige des betroffenen Haushaltes nicht mehr zahlungsfähig sind oder eine solche Lage droht. Die Grenze zur ausweglosen Überschuldung sei dann überschritten, wenn ein Schuldner in einem normalen Leben nicht mehr in der Lage sei, seine Schulden zu begleichen.

Informationen zur Überschuldungssituation der Menschen in den neuen Bundesländern liegen der Regierung nach eigenen Angaben nicht vor. Eine vom Bundesministerium für Familie und Senioren in Auftrag gegebene Untersuchung der wirtschaftlichen Situation von Familien in den neuen Ländern habe allerdings den Nachholbedarf beim Konsum deutlich gemacht.

Der Repräsentativbefragung von tausend Familien zufolge nahmen in der Zeit zwischen dem 3. Oktober 1990 und Ende 1991 insgesamt 25 Prozent der Familien einen Kredit und vier Prozent der Familien mehrere Kredite auf. Ende 1991 hatten danach insgesamt 39 Prozent der Befragten Kreditverpflichtungen.
Der Gesamtbestand an zurückzuzahlenden Krediten habe damit in den neuen Ländern binnen kurzer Zeit das Niveau der alten Bundesländer erreicht, wo in den Jahren 1989 und 1990 bei 27 Prozent der Familien Verpflichtungen für Kreditrückzahlungen bestanden.

Der größte Anteil der Kreditnehmer in den neuen Ländern fand sich laut Umfrage bei den verheirateten Familien mit drei und mehr Kindern (37 Prozent). Unverheiratete Paare erreichten demnach einen Anteil von 30 Prozent, Alleinerziehende waren am seltensten Kreditverpflichtungen (14 Prozent) eingegangen. □

Die Kurse dem Markt über lassen

Im Zentrum des jüngsten Bebens im Europäischen Währungssystem stand der französische Franc. Am 30. Juli durchbrach er die untere EWS-Auffanglinie von 29,15 DM für 100 FF. Seit dem am 2. August verfügten Übergang zum faktischen Floating hat er gegenüber der D-Mark an Wert verloren, allerdings nur um etwa zweieinhalb Prozent.

Erinnerungen werden wach an frühere Zeiten, als der Franc eine der chronischen Weichwährungen in Europa war: In seinem Geburtsjahr – 1958 – stand er zur D-Mark noch im Verhältnis 1:1; Anfang der Siebziger hatte der Franc bereits ein Drittel an Wert verloren. Bis Mitte der Achtziger kam es zu einer weiteren Halbierung. □

Devisen

Täglich ein Billionen-Geschäft

Im Gebälk des Europäischen Währungssystems (EWS) hat es in den vergangenen zwölf Monaten wiederholt kräftig gekracht. Den Hintergrund dafür bilden die internationalen Devisenmärkte. Hier werden täglich Gelder in der Größenordnung von rund tausend Milliarden Dollar in andere Währungen getauscht.

Der Großteil des internationalen Devisenhandels spielt sich am Telefonhörer zwischen großen Banken und spezialisierten Händlern ab – über die organisierten Devisenbörsen läuft nur wenig. Das genaue Marktvolumen wird daher in keiner Statistik der Welt zuverlässig erfaßt.

Das Licht im Daten-Dunkel

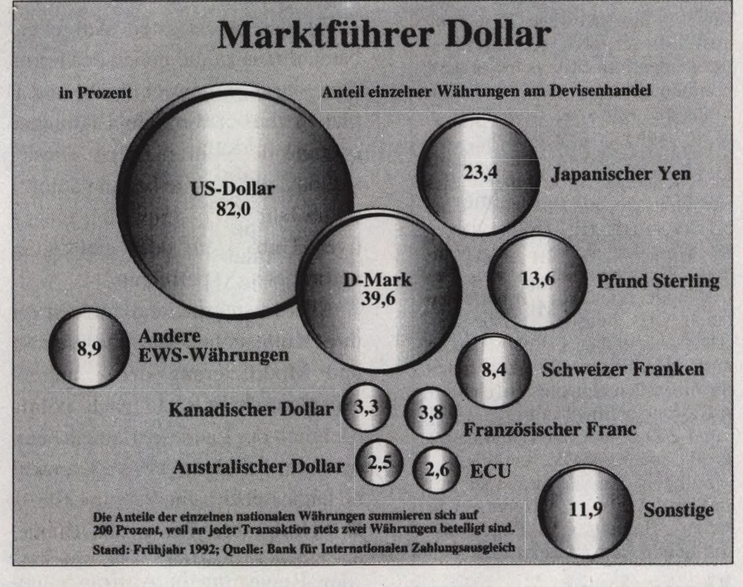
Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), mit Sitz in Basel, bemüht sich jedoch, Licht in das Daten-Dunkel zu bringen: Zuletzt hat sie im April 1992 gemeinsam mit 26 nationalen Notenbanken das Marktgeschehen intensiv verfolgt. Ergebnis:

Pro Tag wurden durchschnittlich Devisenhandels-Umsätze in Höhe von umgerechnet 1354 Milliarden US-Dollar registriert.

Allerdings: Dieser Wert spiegelt die von der BIZ so genannten Brutto-brutto-Umsätze wider. Darin sind aus erhebungstechnischen Gründen eine Reihe von Doppelzählungen enthalten. Sie treten immer dann auf, wenn jeweils beide Partner eines Geschäfts ihre Transaktion an die Behörden melden.

Diese Doppelzählungen können in einem zweistufigen Verfahren ausgeschaltet werden.

Netto-brutto: ohne Doppelzählungen von Geschäften, an denen zwei Inländer beteiligt sind. Daraus ergibt sich das Netto-Umsatzvolumen innerhalb jedes Landes. Für alle Länder zusammengefaßt errechnet sich daraus global ein Wert von 1130 Milliarden Dollar. Netto-netto: zusätzlich ohne Doppelzählung von grenzüberschreitenden Geschäften. Danach bleibt immer noch ein stattliches Umsatz-Volumen an den internationalen Devisenmärkten von 832 Milliarden Dollar pro Tag.



Immer größere Vermögenswerte gehen hin und her

Auf der anderen Seite gibt es Lücken in der statistischen Erfassung – sei es, daß einzelne Transaktionen nicht gemeldet wurden, sei es, daß nicht alle Länder in die Erhebung einbezogen waren. Die BIZ veranschlagt dies Lücken auf 48 Milliarden Dollar.

Unter dem Strich ergibt sich damit ein globales Netto-Umsatzvolumen am Devisenmarkt von täglich 880 Milliarden Dollar – oder etwa 1,5 Billionen DM. Gegenüber der vorausgegangenen BIZ-Erhebung vom April 1989 entspricht dies einer Steigerung um 42 Prozent.

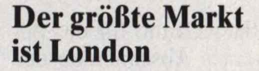
Noch weiter zurückreichende Vergleiche sind auf globaler Ebene mangels Daten nicht möglich. Nur für den Finanzplatz New York beziehungsweise die USA liegen seit 1980 genaue Angaben vor:

Die täglichen Umsätze in den USA stiegen von 18 Milliarden in 1980 auf 192 Milliarden Dollar im Jahr 1992. Das entspricht einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von über 20 Prozent. Offensichtlich schieben die Anleger heute immer häufiger immer größere Vermögenswerte zwischen einzelnen Währungen hin und her. Gründe:

Computergestützte Informations- und Kommunikationssysteme haben den Devisenhandel von der technischen Seite her wesentlich erleichtert und die Transaktionskosten gesenkt.

Die stärkere Integration der nationalen Volkswirtschaften erfordert ein höheres Maß an grenzüberschreitenden Transaktionen aller Art und damit einen steigenden Fremdwährungsbedarf.

Die Politik der Kapitalverkehrsliberalisierung der jüngeren Vergangenheit hat in vielen Ländern erst die Möglichkeit für Devisengeschäfte im Zusammenhang mit reinen Finanztransaktionen (Spekulationsgeschäften) eröffnet. Die Palette der Anlagemöglichkeiten ist durch das Wachstum der supranationalen Kapitalmärkte (Euromärkte) und das Aufkommen zahlreicher Finanzinnovationen stark erweitert worden.



Der größte Markt ist London

Das gesamte Handelsgeschehen konzentriert sich auf einige wenige Märkte. Dabei dominieren vor allem die angelsächsischen Länder:

Großbritannien liegt unangefochten an der Spitze; in London wird im Durchschnitt täglich ein Netto-Volumen von 300 Milliarden Dollar erreicht.

Devisenmärkte: City vor Wall Street

Devisenmarktumsätze (netto) pro Tag, insgesamt 1.130 Milliarden Dollar, darunter

Land	Milliarden Dollar
Großbritannien	300
USA	192
Japan	126
Singapur	76
Schweiz	68
Hongkong	61
Deutschland	57
Frankreich	36

Stand: Frühjahr 1992; Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Die USA, mit 192 Milliarden Dollar auf Platz zwei und Japan, mit 126 Milliarden Dollar auf Platz drei, vereinigen zusammen mit Großbritannien rund 60 Prozent des globalen Geschäfts auf sich.

Die nächsten vier Finanzplätze Singapur, Schweiz, Hongkong und Deutschland bestreiten zusammen ein weiteres Viertel des weltweiten Geschäfts. Der Rest verteilt sich auf zahlreiche kleinere Plätze.

Deutschland beziehungsweise Frankfurt rangiert damit als Markt für den internationalen Währungstausch bestenfalls auf einem Mittelfeldplatz. Ganz anders verhält es sich aber mit der deutschen Währung:

Die D-Mark ist an knapp 40 Prozent aller weltweiten Devisenhandelsgeschäfte beteiligt – Ausdruck ihrer Bedeutung im internationalen Handel und ihrer hohen Wertschätzung bei internationalen Anlegern.

Vor der D-Mark rangiert nur noch der US-Dollar als traditionelle Weltwährung Nr. 1 mit 82 Prozent. Da an jeder Transaktion stets zwei Währungen beteiligt sind, summieren sich die Anteile auf 200 Prozent. Der japanische Yen als nächstplazierte Währung ist nur noch an gut halb so vielen Geschäften beteiligt wie die Mark.

Der Tausch von US-Dollar gegen D-Mark

Dabei ist die Stellung der D-Mark naturgemäß besonders stark an den europäischen Handelszentren.

In Frankfurt ist sie zu 83 Prozent mit von der Partie, der Dollar nur zu 76 Prozent.

An einigen kleineren Finanzplätzen (Luxemburg, Irland, Österreich, Portugal) spielt die D-Mark ebenfalls eine größere Rolle als der Greenback.

Ein weiteres Indiz für die prominente Stellung der D-Mark:

Gut ein Viertel der weltweit getätigten Devisenhandelsgeschäfte besteht aus einem Tausch von US-Dollar gegen D-Mark.

Ähnlich rangiert die D-Mark auch bei den Währungspaaren an der Spitze, bei denen Nicht-Dollar-Währungen unmittelbar gegeneinander getauscht werden.

Allerdings machen DM/Pfund-Geschäfte nur 3,1 und DM/Yen-Transaktionen lediglich 2,5 Prozent aller Deals aus.

Der mit 13 Prozent insgesamt sehr geringe Anteil von Nicht-Dollar- oder Cross-currency-Geschäften hat einen einfachen Grund: Der Dollar fungiert im internationalen Devisenhandel gleichsam als universelle Drehschreibe. Hat beispielsweise ein multinationaler Konzern japanische Yen anzubieten und will gleichzeitig italienische Lire erwerben, wird er in der Regel zunächst die Yen gegen Dollar verkaufen und anschließend in einem zweiten Schritt die Dollar zum Kauf von Lire verwenden.

Das gewaltige Wachstum des Devisenhandels

Dieser Weg erspart Zeit und Geld. Denn: Die Wahrscheinlichkeit, daß ein Interessent gefunden wird, der gerade bereit ist, im gewünschten Umfang Lire abzugeben und Yen zu übernehmen, ist relativ gering; im Händler-Jargon: der Yen/Lira-Markt ist eng.

Leichter findet sich stets ein Geschäftspartner, der irgendeine Währung gegen Dollar kaufen oder verkaufen möchte. So werden aus einem Geschäft faktisch häufig zwei.

Oft werden es sogar noch mehr – wenn etwa die Fremdwährungsbestände sogleich wieder über ein Termingeschäft gegen künftige Wechselkursänderungen abgesichert werden.

Diese hintereinandergeschalteten Ketten erklären gemeinsam mit dem zunehmenden Anteil reiner Finanzgeschäfte das gewaltige Wachstum des Devisenhandels. Daran gemessen verlief die Entwicklung des Welthandels geradezu im Schnecken-Tempo: Im Jahr 1992 hatten die weltweiten Warenströme einen Wert von gut 3800 Milliarden Dollar – gerade einmal rund zwei Prozent der aufs Jahr hochgerechneten Netto-Devisenhandelsumsätze. □



Europäisches Währungssystem

Die D-Mark dominiert

Die führende Rolle der deutschen Bundesbank im Europäischen Währungssystem stößt nicht überall auf ungeteilte Zustimmung. Doch alle Versuche, die D-Mark als Ankerwährung abzulösen, schlugen bislang fehl. Eine ökonometrische Analyse bestätigt: Die Partnerländer sind in hohem Maße von der deutschen Geld- und Währungspolitik abhängig.

Die jüngsten Turbulenzen im Europäischen Währungssystem (EWS) erreichten am 2. August 1993 ihren Höhepunkt: Mit der Erweiterung der Schwankungsbreiten von insgesamt 4,5 auf heute 30 Prozent wurde das einstige Festkurssystem faktisch beurlaubt – wie lange, wird sich zeigen. Dahinter standen handfeste geldpolitische Zielkonflikte der Partnerländer.

Einerseits hätte die konjunkturelle Talfahrt in Europa eine geldpolitische Lockerung nahegelegt. Länder wie Frankreich, Belgien, Dänemark oder die Niederlande wären aufgrund ihrer niedrigen Inflationsraten dazu auch durchaus in der Lage gewesen. Andererseits wird das EWS durch die Ankerwährung D-Mark dominiert. Die Bundesbank aber konnte ihren geldpolitischen Kurs kaum ändern – zu hoch war der Druck durch hohe Inflationsraten und hohe Staatsverschuldung. Das Ergebnis: Das deutsche – und damit das eigene – Zinsniveau blieb aus Sicht der Partnerländer zu hoch.

Frankreich versuchte zwar, sich aus dem deutschen »Zinsdiktat« zu lösen und das heimische Zinsniveau im Alleingang zu senken. Doch die Märkte spielten auf Dauer nicht mit; sie sprachen – trotz höherer Inflation – der Bundesrepublik das Vertrauen aus.

Hinter diesen psychologischen Gegebenheiten des Marktes stekken handfeste Theorien. Eine davon ist die These von der Dominanz der Ankerwährung: In einem Wirtschaftsraum mit festen Wechselkursen und freizügigem Kapitalverkehr nähern sich die Zinsen an – und zwar an das Niveau der Ankerwährung.

Tatsächlich läßt sich für den Zeitraum 1980 bis 1992 eine zunehmende Konvergenz der Zinsen im EWS-Raum nachweisen. Das zeigt sich vor allem in den Niederlanden, in Belgien und in Frankreich – den Ländern, die zusammen mit Deutschland quasi einen D-Mark-Block bilden.

Im Jahr 1980 lagen die Umlaufsrenditen festverzinslicher Wertpapiere in diesen Ländern noch bis zu über fünf Prozentpunkte auseinander – inzwischen hat sich die Differenz der Langfrist-Zinsen auf rund einen Punkt eingependelt.

Die deutsche Geldpolitik war jedoch nicht immer dominierend – sie ist langsam in die Rolle hineingewachsen.

In Belgien gab es in der ersten Hälfte der achtziger Jahre kaum einen Zusammenhang zwischen heimischem und deutschem Zinsniveau. Das änderte sich in der zweiten Hälfte und gipfelte im März 1990 in der Koppelung des Franc an die D-Mark.

Die D-Mark wird zur Ankerwährung

In den Niederlanden dagegen laufen die Zinsen schon seit 1980 praktisch parallel zu den deutschen Zinsen. Der niederländische Gulden ist seit langem eng an die D-Mark gekoppelt.

In Frankreich ist der Zinsverbund mit Deutschland relativ lokker und zudem erst mit zeitlicher Verzögerung zu beobachten. Das dürfte vor allem daran liegen, daß die Franzosen den Markttendenzen bis 1990 noch mit Kapitalverkehrskontrollen entgegenwirken konnten. Danach betrieb Frankreich eine Politik der engen Anbindung des Franc an die D-Mark.

Die D-Mark wurde zur Ankerwährung, weil die Bundesrepublik das Stabilitätsziel während der achtziger Jahre konsequenter und erfolgreicher Verfolgte als die meisten anderen EWS-Länder. Die jüngste Währungskrise hat gezeigt, daß Deutschland von diesem Vertrauensvorsprung – noch – zehren kann. □

Profite aus öffentlichen Projekten

Warren Hough

US-Präsident Bill Clinton hat eine Veränderung versprochen, aber Mitglieder seiner Administration sind eng mit einer Pipeline verbunden, die zum Pumpen für Profite und Schmiergelder für Makler der Macht, die jetzt in Washington sind und mitregieren, benutzt wird.

In einer Untersuchung, die sich von Colorado bis zur Ostküste erstreckte, hat »The Spotlight« zurückverfolgt, wie Helfer Bill Clintons und der Familie Bush die gleichen geheimen Bargeldkanäle benutzen, um aus einem scheinbar legitimen öffentlichen Projekt Profite herauszuschinden: Die Entwicklung eines neuen Flughafens für die Stadt Denver. In Wirklichkeit ist Denver International Airport (DIA), der jetzt, nach zahlreichen Verzögerungen, Mitte Dezember eröffnet, ein sogenannter »porkbarrel«, das heißt, er wird mit staatlichen Zuschüssen in der Größenordnung von mehreren Milliarden Dollar finanziert, die aus politischen Gründen gewährt werden, für ein Projekt, für das eigentlich keine Notwendigkeit bestand.

Gier und politische Zweckmäßigkeit

»Wir, die Luftfahrt-Industrie, wollen es ganz bestimmt nicht«, sagte Robert Grandall, Vorstandsvorsitzender der American Airlines, »DIA ist nur ein Feld der Träume«.

Aber Michael Boyd, der American Airlines in Denver berät, nannte den neuen Flughafen einen Dschungel von »scams« (Maschen). »Es gibt nur zwei Gründe für die Existenz von DIA: Gier und politische Zweckmäßigkeit«, versicherte der führende Berater für den Luftverkehr.

Die Politik spielte bei diesem Projekt die Hauptrolle, stellte unser Mitarbeiter George Nicholas in Colorado fest. DIA schlug im Staatshaushalt zunächst mit 1,5 Milliarden Dollar zu Buche, als das Projekt 1986 von Federico Pena, der seinerzeit seine erste Amtszeit als Bürgermeister von Denver absolvierte, in Angriff genommen wurde. Von Ron Brown, damals ein bedeutender Interessenvertreter in Washington, aggressiv gefördert, sind die Kosten des neuen Flughafens nach Schätzungen im vergangenen Monat inzwischen auf 12,3 Milliarden Dollar in die Höhe geschnellt.

Da ein Drittel der Finanzierung für den neuen Flughafen durch Ausgabe lokaler Bürgschaften, ein Drittel durch die Bundesregierung und ein Drittel durch planmäßige Staatseinnahmen erfolgt, »entstehen keine Kosten für die Steuerzahler von Colorado«, versprach Pena 1986.

Aber in Wirklichkeit hat DIA die Steuerzahler mindestens 3,2 Milliarden Dollar gekostet und wird wahrscheinlich noch viel mehr kosten, meint David Chandler, ein angesehener, selbst recherchierender Autor aus Colorado, der das Unternehmen genau beobachtet hat.

Obwohl die Eröffnung noch Monate auf sich warten läßt, »sind die Landebahnen von DIA bereits buckelig, und Gebäudefundamente weisen Risse auf«, berichtete Chandler kürzlich. Der Grund: Die Baustelle für das neue Terminal wurde, wie sich inzwischen herausgestellt hat, auf Grund von »ungültigen« Bodenproben ausgewählt, gefolgt von mangelhaftem Ausgießen mit Beton.

Diese Enthüllungen veranlaßten die amerikanischen Bundesaufsichtsbehörden, in aller Stille eine Untersuchung einzuleiten, warum DIA überhaupt entwickelt und wann – und wo – das Projekt durch Penas Stadtregierung und die Administrationen Reagans und Bushs gefördert wurde.

Der Dank für Wahlkampfspenden

Obwohl diese Untersuchungen sich noch im Anfangsstadium befinden, wirft »The Spotlight« in seiner eigenen Untersuchung eine Reihe von Schlüssel-Fragen auf. Darunter:

Mitte der achtziger Jahre stand Bürgermeister Pena vor einer Krise: Er bewarb sich um die Wiederwahl, verlor aber bei den Meinungsumfragen Stimmen von ein paar starken Rivalen, einer von ihnen Michael Licht, sein eigener ehemaliger Stadtrechnungsprüfer.

»Wir lagen zeitlich beträchtlich im Rückstand und hatten kein Geld«, gab ein ehemaliger Offizieller aus der Pena-Wahlkampfmannschaft Jahre später gegenüber der »Denver-Post« zu. »Zu diesem Zeitpunkt stellt man halt keine Fragen. Wir kämpften gegen die Situation an, wir mußten schnell sehr viel Geld auftreiben.«

Nach einer Woche von Deals in Hinterzimmern wurde der Wahlkampf Penas verschwenderisch re-finanziert. Aus Beweisen, die im vergangenen Jahr von amerikanischen Bundesfahndern aufgedeckt wurden, geht hervor, daß ein Großteil der Finanzierung von Immobilien-Geldanlegern und Spekulanten stammte, die unter dem Tisch Wetten über den neuen Flughafen abschlossen und Riesengewinne einheimsen wollten, wenn der neue Bürgermeister von Denver sich durchsetzen könnte.

Als nun das Bargeld hereinströmte, wurde Pena wiedergewählt. »Der Preis dafür war das Durchboxen eines neuen Flughafens über jede Opposition hinweg«, sagte ein Vorstandsmitglied der Fluggesellschaft. Pena schaffte es, und die landesweiten Manager der Democratic Party wurden auf ihn aufmerksam als »Feger« – als aufsteigender Regionalpolitiker mit einer Clicque von Geldleuten hinter den Kulissen im Rücken.

Die Spuren führen zu Ron Brown

Im vergangenen Jahr berief die Clinton-Administration Pena als Transportminister in ihr Kabinett. Pena wurde vom US-Senat in seinem hohen Amt bestätigt, trotz vorliegender Berichte, wonach staatliche und Bundesfahnder Beweise für kriminelle Erpressung und Geldwäsche bei der Finanzierung des Pena-Wahlkampfes aufgedeckt hatten. Es erfolgte jedoch keine strafrechtliche Verfolgung dieser Angelegenheit, vorgeblich weil nach dem Gesetz von Colorado die Verjährungsfrist – nur 16 Monate – bereits abgelaufen war.

In Washington unterstützten Regierungsbeamte DIA und stellten eine verschwenderische Finanzierung durch den Steuerzahler dafür bereit, trotz Warnungen ihrer eigenen Wachhund-Agentur, der Federal Aviation Administration (FAA). 1987 stellte ein interner FAA-Bericht fest, daß »mehr als ausreichend Einrichtungen zur Verfügung standen, um die Bedürfnisse der Region gegenwärtig und in vorausschaubarer Zukunft zu befriedigeen«, und warnte davor, daß Penas Pläne für DIA auf »hoch aufgeblähten Schätzungen über eine mögliche Steigerung des Reiseverkehrs beruhen«.

Sprecher der Fluggesellschaften bestätigten die Einschätzung der FAA und warnten davor, daß, wie ein Reiseverkehrsberater es ausdrückte, »DIA wirtschaftlich nur als reichlich sinnlose Arbeit einen Sinn ergibt«.

Sich über jeden derartigen Widerstand von Fachleuten hinwegsetzend, stellte Ron Brown, seinerzeit ein führender Interessenvertreter in der einflußreichen Washingtoner Anwaltspraxis Patton, Boggs & Blow, sicher, daß die Entwicklung des DIA ebenso bereitwillig genehmigt und finanziert wurde, als wenn es sich um ein Ersuchen um Hilfeleistung seitens Israels gehandelt hätte. Als Gegenleistung steckten

Brown und seine Firma sich schätzungsweise sieben Millionen Dollar an »Beratungs«gebühren und Auslagen aus Penas Büro in die Tasche. In Privatgesprächen sagen Untersuchungsbeamte der Aufsichtsbehörden, die das Projekt überprüfen, daß über solche »offizielle Zahlen« hinaus Brown und die anderen mit ihm unter einer Decke stekkenden Interessenvertreter sogar noch höhere Profite aus DIA herausgeschlagen haben könnten.

Den Run auf die Grundstücke

Jedenfalls wurde Brown schließlich die höchste Belohnung zuteil, die ein erfolgreicher Washingtoner Mittelsmann, der durch Schmiergeldzahlungen unlautere geschäftliche Transaktionen ermöglicht, überhaupt anstreben kann: Er wurde zum Handelsminister im Clinton-Kabinett ernannt – und, um das Maß voll zu machen, zum Vorsitzenden einer neuen Bundeskommission gewählt, die eigens ins Leben gerufen wurde, um Sonderabkommen und High-Tech-Subventionen für Israel zu erleichtern.

Hinter solchen prominenten Figuren deckte die Untersuchung unserer Schwesterzeitung »The Spotlight« einen undurchsichtigen Ring von Spekulanten und betrügerischen Finanziers als Drahtzieher auf. Mit Denvers Silverado Savings and Loan Bank (Spar- und Darlehenskasse) als Girostelle im Rücken und einem starken Strom von politischen Schmier- und Bestechungsgeldern als Werkzeug der Macht in ihren Händen, erwarben diese Promotors riesige Trakte auf dem unfruchtbaren mit Gestrüpp überwucherten Land in Adams County – ein Stadtrandgebiet von Denver – kurz bevor Pena verkündete, daß Adams County der Standort des neuen Luftverkehrszentrums sein werde.
»Silverado und damit verbündete Spekulanten waren geradezu verrückt danach, um den Standort des neuen Flugplatzes herum Grundstücke zu erwerben«, berichtete Steven Wilmsen, ein Reporter für die »Denver Post«, der aus der Geschäftswelt berichtet. »Die Grundstücksankauf-Bierreise ging immer weiter, wobei Silverado einen Großteil der Gelder bereitstellte.«

Am Ende »rafften Silverado und zwei eng angeschlossene Grundstücksspekulanten, Bill Walters und die MDC Corp. mehr als 10000 englische Morgen Flugplatzgelände zusammen und pflügten mehr als 70 Millionen Dollar an Geldern, die von Sparern angelegt worden waren, in diesen Deal hinein«, berichtete Wilmsen.

Auch Neil Bush mußte seinen Schreibtisch räumen

Wilmsen kam zu der Schlußfolgerung, daß Silverado und ihre Kumpane durch den Einfluß des Schlüssel-Direktors der Kasse, Neil Bush, des jüngsten Sohnes von George Bush, von einer genauen Inspektion oder dem direkten Eingreifen seitens der Aufsichtsbehörde abgeschirmt wurden.

Was diese Super-Masche, bei der Neil Bush, Silverado und ihre Verbündeten Millionen scheffeln konnten, sobald die Lage des neuen Flugplatzes endgültig geregelt und die Entwicklung begonnen hatte, ganz unerwartet zum Scheitern brachte, war ein langes, hartnäckiges Gerangel unter Bürokraten in Denver, Adams County, der Regierung des Staates Colorado und Washington darüber, wie die Beute aufzuteilen war.
Zu dem Zeitpunkt als DIA Ende 1988 schließlich angelaufen war, hatte eine Schwadron von Beamten der Bundesaufsichtsbehörde, mehr als 100 Mann stark, die ausgeplünderte Spar- und Darlehenskasse Silverados beschlagnahmt und ihre Geschäftsführung hinausgeworfen; Neil Bush mußte unter Eskorte von uniformierten Wachleuten seinen Schreibtisch räumen.

Es stellte sich jedoch heraus, daß von all den leitenden Angestellten, die in diesen Schwindel verwickelt waren, die Steuerzahler – auf städtischer, staatlicher und Bundesebene – zusammen mit allen zukünftigen Flugreisenden die einzigen wirklichen Verlierer sind. Sie müssen Denvers schon sehr lange bestehenden und gut geleiteten Stapleton Airport, unweit der Innenstadt gelegen, mit einem nicht benötigten und defekten neuen Terminal, der fast eine Stunde Fahrt mit dem Taxi von ihrem Hotel entfernt liegt, tauschen. □

EG-Binnenmarkt

Vor allem die Experten sind mobil

Im EG-Binnenmarkt werden sich die nationalen Arbeitsmärkte zunehmend angleichen – ein Grund, weshalb es nicht zu einer Massenbewegung auf dem Euro-Arbeitsmarkt kommen wird.

Der Europäische Binnenmarkt ist mit 128 Millionen Erwerbstätigen der größte Arbeitsmarkt der Erde. Rund 104 Millionen Erwerbstätige (81 Prozent) sind abhängig beschäftigt, weitere 24 Millionen (19 Prozent) sind Selbständige.

Allerdings sind die Arbeitsmarktstrukturen in den EG-Mitgliedsländern in puncto Beruf, Einkommen, Qualifikation und soziale Sicherheit noch recht unterschiedlich.
Den wirtschaftlich hoch entwikkelten Industriestaaten des Nordens stehen die weniger entwikkelten Staaten Südeuropas gegenüber.

Das belegt ein Blick auf die unterschiedlich stark besetzten Wirtschaftszweige. So waren beispielsweise 1990 in Großbritannien 2,1 Prozent der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Fischerei beschäftigt, in Griechenland waren es noch 24,5 Prozent. Weitere Stichworte und Kennzahlen zur Entwicklung des Euro-Arbeitsmarktes:

Strukturwandel: Nicht zu übersehen ist der europaweit anhaltende Trend zur Dienstleistungsgesellschaft. Unabhängig vom Ausgangsniveau hat in allen Mitgliedstaaten die Beschäftigung in der Landwirtschaft abgenommen und im Dienstleistungssektor zugenommen – dazu zählen Finanzdienstleistungen, Unternehmensberatung, Nachrichtenübermittlung, EDV-Beratung, Tourismus, Gastronomie und Gesundheitswesen.
Beschäftigung: Der im Auftrag der EG-Kommission angefertigte Cecchini-Bericht geht von positiven Beschäftigungstrends innerhalb des Binnenmarkts aus: Bis zum Jahr 2000 soll es zwischen 1,8 und 5,7 Millionen zusätzliche neue Arbeitsplätze geben.

Mobilität: Die grenzüberschreitende Arbeitskräfte-Mobilität ist ein wesentliches Merkmal des Binnenmarkts. Die EG-Kommission trägt diesem mit der Ausbildung von Euro-Arbeitsberatern Rechnung.

Bisher leben in den Mitgliedstaaten der EG rund 4,5 Millionen Personen, die aus anderen EG-Ländern zugewandert sind.
Der Höhepunkt der Zuwanderungen von überwiegend wenig qualifizierten Arbeitnehmern aus Südeuropa, vor allem nach Deutschland und Frankreich, ist allerdings bereits in den siebziger Jahren überschritten worden.
Ausnahme: Anhaltende Bewegung ist bei den Mitarbeitern im Hotel- und Gaststättengewerbe festzustellen.
Demgegenüber steht eine internationale und EG-weite Nachfrage nach Fach- und Führungskräften. Die Experten sprechen von einer intra-industriellen Mobilität – das sind Ab- und Zuwanderungen innerhalb einer Branche, die auf bestimmte Berufsgruppen (Führungskräfte, Ingenieure, Wissenschaftler) begrenzt und zeitlich befristet bleiben.

Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung dominieren hierzulande beispielsweise in den unteren Qualifikationsebenen des Verarbeitenden Gewerbes sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe Italiener, Spanier, Portugiesen und Griechen. Anders sieht es auf der Ebene der Führungskräfte aus. Hier bilden Franzosen, Briten, Holländer und Italiener die stärksten Ausländergruppen.

Mit einer Massenbewegung auf dem Euro-Arbeitsmarkt ist jedoch nicht zu rechnen. So führt die zunehmende Angleichung der Arbeitsmarktbedingungen dazu, daß der Anreiz für Arbeitnehmer, in ein anderes Mitgliedsland zu ziehen, sich verringert. □



Maastricht-Vertrag

Rechtliche und politische Folgen sind verheerend

Roberto de Mattei

Das Wesen des Maastrichter Vertrages ist nicht wirtschaftlich sondern politisch. Seine Seele ist zweideutig und widersprüchlich, sein Ausgang unvermeidlich Anarchie und Chaos. Das wird ganz klar, wenn man einen der Hauptpunkte betrachtet, nämlich die Gewährung einer europäischen Bürgerschaft, rechtlich und politisch absurd, mit verheerenden Folgen.

Die europäische Bürgerschaft ist im Vertrag von Maastricht im Artikel 8 vorgesehen, der ausdrücklich sagt:

»Es wird eine Bürgerschaft der Union eingerichtet. Bürger der Union ist Jedermann, der die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaates hat.«

»Die Bürger der Union genießen die Rechte und sind den Pflichten unterworfen, die in diesem Vertrag vorgesehen sind.«

Der sogenannte Bürger der Union

Unter den Rechten der sogenannten »Bürger der Union«, sind die wichtigsten jene, die im Artikel 8 B, Paragraph 2 und 3, vorgesehen sind, wonach jeder Bürger der Union, der in einem der Mitgliedstaaten ansässig ist, dessen Staatsbürger er nicht ist, das Recht hat, bei den Gemeindewahlen oder auch bei den Wahlen zum europäischen Parlament zu wählen und selbst gewählt zu werden, genauso wie die Staatsbürger dieses Staates.

Da die Logik des Prozesses der europäischen Einigung darauf hinausläuft, die Rolle der nationalen Parlamente zum Vorteil der örtlichen und übernationalen politischen Vertretungen zu schwächen, ist es offensichtlich, daß dieser Artikel jedem »europäischen Bürger«, der in irgendeinem Mitgliedstaat der Union wohnhaft ist, jene politischen Rechte einräumen will, die in einer Demokratie das Wesen der »Volkssouveränität« ausmachen.

Ist rechtlich und politisch absurd

Der Begriff der Staatsbürgerschaft hat immer jenen der Souveränität vorausgesetzt.

Seit den Stadtstaaten des Altertums, von Griechenland bis Rom, das ein Stadtstaat im wahrsten Sinne des Wortes war, Symbol und Modell der Kaiserlichen Hoheit durch das ganze Mittelalter hindurch bis zu den modernen Demokratien, kann die Staatsbürgerschaft als das rechtlich politische Bindeglied zwischen dem Einzelnen und dem Staat angesehen werden.

Die erwähnten Artikel 8 und 8 B, die die europäische Staatsbürgerschaft einrichten, sprechen zwar wiederholt von Mitgliedsstaaten der Union, jedoch nehmen sie nie Bezug auf einen europäischen Staat. Übrigens wird im Vertrag die Europäische Union nicht wie ein Staat vorgestellt, sondern als eine einfache internationale Organisation.

Einer der wesentlichen Unterschiede zwischen einem Staat und einer internationalen Organisation besteht – wie der namhafte Rechtswissenschaftler Riccardo Monaco feststellt – darin, daß »die juristische Verfassheit des Staates gegenüber den anderen Staaten unmittelbar mit der Souveränität seiner Befugnisse zusammenhängt, während eine internationale Organisation nicht durch den Besitz von Hoheitsrechten ausgezeichnet ist«.

Der Begriff der Bürgerschaft ist – wie wir feststellen – untrennbar mit dem Begriff der Souveränität verbunden. Es gibt unendlich viele Organisationen in der Welt, aber »Bürger« kann man nur dort sein, wo Souveränitätsrechte bestehen.

Wenn es folglich Sinn macht, von »Bürgern eines Mitgliedstaates der Union« zu sprechen, so macht es keinen Sinn, von »Bürgern der Union« zu sprechen, denn Bürger kann man nur sein als Untertan eines mit Souveränität ausgestatteten Gefüges, und die europäische Union ist weder ein Staat noch eine souveräne Organisation.

Der Maastrichter Vertrag hält auf der einen Seite die Nationalstaaten mit den entsprechenden Staatsbürgerschaften aufrecht, auf der anderen Seite führt er in geradem Widerspruch dazu, eine neue europäische Staatsbürgerschaft ein. Mit dieser Einführung enteignet der Maastrichter Vertrag die Nationalstaaten ihrer politischen Souveränität, ohne jedoch diese Souveränität, einem neuen Staat oder einer höheren souveränen Einheit einzuräumen.

Man täuscht sich, wenn man befürchtet, daß ein neuer Staat oder ein europäischer Überstaat, zentralisiert und mächtig, eingeführt wird. Die Europäische Union, wie sie in Maastricht vorgesehen ist, löst die europäischen Staaten auf, ohne einen neuen Staat zu errichten. Das Ziel ist ein Nichtstaat, Nationen ohne Staat in einem Europa ohne Staaten. Der europäische Kontinent läuft Gefahr, in eine Art verwirrte Genossenschaft verwandelt zu werden, als Vorstufe für eine noch verwirrtere universale Republik, nach den Bestrebungen der Utopisten aller Jahrhunderte.

Was können die praktischen Folgen des Artikel 8 des Vertrages sein, wonach Bürger der Union Jedermann ist, der die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaates hat?

Die verheerenden Folgen

Die Erklärung über die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaates im Anhang zur Schlußakte des Maastrichter Vertrages besagt im ersten Absatz:

»Die Konferenz erklärt, daß jedesmal, wenn im Vertrag, der die europäische Gemeinschaft einrichtet, auf die Staatsbürger der Mitgliedstaaten Bezug genommen wird, die Frage, ob eine Person die Staatsbürgerschaft dieses oder jenes Staates hat, nach dem nationalen Recht des interessierten Mitgliedstaates entschieden wird«.

Das bedeutet, daß jeder Mitgliedstaat seine Staatsbürgerschaft jedem einzelnen verleihen kann, und ab diesem Augenblick kann dieser bei den Gemeinde- und den europäischen Wahlen jedes anderen Mitgliedstaates wählen und kandidieren.

Der Zuwanderungsdruck nach Europa aus dem Süden und aus dem Osten verstärkt sich immer mehr. Viele europäische Staaten hatten Kolonien, sei es im islamischen Maghreb, in Schwarzafrika oder im Mittleren und Fernen Osten. Andere pflegen besondere Beziehungen mit Ländern jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhanges. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß ein x-beliebiger europäischer Staat sich dazu entscheidet, den auf seinem Gebiet lebenden Ausländern sofort die Staatsbürgerschaft zu gewähren. Dann müssen alle anderen Mitgliedstaaten zusehen, wie Millionen von Menschen, die eben noch sogenannte »Extra-comunitari« waren, das heißt, aus außereuropäischen Ländern kamen, nun aber europäische Bürger in jeder Hinsicht wurden, sich in den ihnen wichtigsten Städten unseres Kontinentes konzentrieren, und mit ihrem Wahlrecht das ganze politische, kulturelle und religiöse Leben umstülpen können. □

Professor Dr. Roberto de Mattei ist Direktor des Centro Culturale Lepanto, Via Tribuna Tor de' Specchi 18a, Rom.

US-Soldaten im Auftrag des Rockefeller-Clans

Lawrence Wilmot

Amerikanische Streitkräfte werden wieder in einem geheimen Krieg zum Wohle der internationalistischen Rockefeller-Elite eingesetzt. Sie dienen zur Beherrschung des kürzlich in Kolumbien durch ein von Rockefeller geleitetes Syndikat von Explorern entdeckten Ölfeldes.

Kolumbianische Diplomaten am Hauptsitz der Vereinten Nationen haben bestätigt, daß die in den östlichen Grenzgebieten ihres Landes entdeckten Ölreserven jetzt in Privatgesprächen mit Kuwaits Goldgrube des »schwarzen Goldes« verglichen werden.

Kolumbien wird mit Kuwait gleichziehen

Unabhängige Daten, die in den letzten Tagen zu erfahren waren, haben diesen Vergleich erhärtet. Das Feld Cusiana II an der Grenze von Kolumbien zu Venezuela, das in diesem Sommer in die kommerzielle Produktion gegangen ist, soll voraussichtlich bis Ende 1994 800000 Barrels an Rohölexporten pro Tag – genau die Hälfte der derzeitigen Quote Kuwaits, die von der Organization of Pretroleum Exporting Countries (OPEC) festgelegt wurde – erbringen.

In vier Jahren wird Kolumbiens Exportkapazität mit Kuwaits derzeitigen OPEC-Verkäufen gleichziehen, bekannten Experten. Das durch dieses sprudelnde lateinamerikanische Heizöl erzielte Einkommen wird bis 1997 auf 5,5 Milliarden Dollar in die Höhe schnellen, schätzen diese Experten.

Genau wer diesen neuerdings ausgegrabenen Schatz besitzen und den Löwenanteil an dessen Erträgen beanspruchen wird, ist immer noch ein wohlgehütetes Geheimnis, meinen unsere Informanten. »Offiziell ist die Ölsuche von einem Syndikat gefördert worden, das als Empresе Colombiana de Petroleos (ECOPETROL) bekannt ist«, berichtet Thurman Prescott, ein führender Energie-Experte an der Wall Street. »Aber Ecopetrols Bohrungen werden von einem Kombinat kolumbianischer Regierungsstellen und internationalen Erdölgiganten geleitet. Wenn die Gewinne aufgeteilt werden, steht nicht fest, wer das Geld einstekken wird.«

Krieg zum Schutz der Ölquellen

Was sicher zu sein scheint, daß die Finanzierung für die langfristige und eifrige Ölsuche in Cusiana II weitgehend von einem Syndikat von Geldanlegern kommt, das von David Rockefeller und dem Flaggschiff seiner Familie, das Chase-Manhattan-Konsortium, geleitet wird. Die Technologie und das Engineering wurde von British Petroleum und Exxon, zusammen mit mehreren internationalen Energiegesellschaften, bereitgestellt.



David Rockefeller und das Flaggschiff seiner Familie, die Chase-Manhattan-Bank, sind die Nutznießer der kolumbianischen Ölquellen.

Das einzige noch ungeklärte Problem besteht darin, daß Rockefellers Ölquellen »ein Ziel für Guerilla-Angriffe« sind, äußert Prescott. »Anfang 1988 haben kolumbianische Dschungel-Raiders Cusiana I, das erste in dieser Region eröffnete größere Ölfeld, völlig zerstört.«
Um die Interessen des internationalen Erdölkombinats zu schützen, erklärte die damalige Bush-Regierung dem kolumbianischen Kokain-Kartell den Krieg.

»Es begann als Betrugsmanöver«, meint Xiomara Medina Duran, ein kolumbianischer Journalist, der von New York City aus sowohl über amerikanische Angelegenheiten als auch über solche der Vereinten Nationen schreibt. »Unmittelbar nachdem Cusiana I von Guerillas in die Luft gesprengt wurde, gab Bush bekannt, er werde an Kolumbien Ausrüstung zur Drogenbekämpfung im Werte von etwa 300 Millionen Dollar schicken, zusammen mit Mannschaften von taktischen Beratern, um den Kampf gegen illegale Drogenhändler aufzunehmen. Was er in Wirklichkeit schickte, war Kampfgerät für amerikanische Soldaten auf Streife gegen Guerillas. Deswegen wird Kolumbien jetzt langsam zu einem Großexporteur sowohl von Drogen als auch von Erdöl – eine gefährliche Mischung auf Amerikas Straßen.«

Drogen und Erdöl – eine gefährliche Mischung

Darüber hinaus werden unter einer Direktive des US-Präsidenten über die »Internationalisierung« amerikanischer Streitkräfte, die erwartungsgemäß in nächster Zukunft von der Clinton-Regierung erlassen wird, die amerikanischen Mannschaften für militärische Hilfe in Kolumbien – jetzt, wie berichtet wird, etwa 240 Mann stark – »beträchtlich« verstärkt, verlautet aus Kreisen des US-Verteidigungsministeriums.

»So, wie der Ölausstoß in Kolumbien steigt, wird auch unsere militärische Präsenz dort größer werden«, sagt ein altgedienter Oberst der Special Forces, der in den letzten Tagen der Bush-Regierung »enttäuscht« in den Ruhestand trat. »Im Augenblick wird jeder amerikanische Tote oder Verwundete, der von dort in die Heimat zurückgeführt wird, ›Oper eines Unfalls‹ genannt.

Wir werden hören, was Clinton sagen wird, wenn mit diesen Flügen aus Kolumbien nicht nur Bahren, sondern immer mehr Leichensäcke nach Hause gebracht werden.« □

Oxford-Historiker greift britische »Old boys« an

Es ist völliger Unsinn, zu sagen, Deutschland trage die Schuld an dem Krieg in Ex-Jugoslawien; es ist vielmehr eine Gruppe serbenfreundlicher »Old boys« in britischen militärischen und diplomatischen Kreisen, die zu tadeln sind, schrieb der Historiker an der Oxford University, Norman Stone, in einem Kommentar in der »Frankfurter Allgemeinen«.

In einem Gespräch führte Stone seine Ansichten über die britische Regierung des längeren und breiten aus. »John Majors Problem ist, daß er ein Trottel ist. An Major zu denken erinnert mich daran, was George Orwell über den ehemaligen britischen Premierminister Stanley Baldwin schrieb: ›Er ist nicht einmal ein vollgestopftes Hemd, er ist ein Loch in der Luft‹.«

»Die wirklichen Menschen in Britannien, welcher politischen Couleur sie auch immer sein mögen, sind dafür, Bosnien zu helfen und sind gegen die Serben; es sind nur die plastischen Menschen und Großmäuler, die dagegen sind«, wetterte Stone. »Major ist ein Trottel. Als er in Split (in Kroatien) war und dort mit britischen Soldaten zusammentraf, hatte er keine Ahnung, wo er war, und hatte zu viel Angst, sich in die Konfliktzone zu begeben, daher mußten die Soldaten fünf Stunden fahren, nur um Major zu sehen, und als sie eintrafen, verteilte er Rockmusik-Bänder an sie.«

Stone verurteilte in gleicher Weise den britischen Außenminister Douglas Hurd als »dummer Trottel«.

Stone sagte, die britische Politik gegenüber Jugoslawien habe ihn »vor Zorn erbeben« lassen, da sie unnötigerweise zu »Spannungen zwischen Amerika und Europa« geführt habe. Er verurteilte Versuche des britischen Außenministeriums, Deutschland für die Krise im ehemaligen Jugoslawien die Schuld in die Schuhe zu schieben als »Unsinn« und »Quatsch«, und sagte, der amerikanische Außenminister, Warren Christopher, handele mit seinen jüngsten Angriffen auf Deutschland wie ein »schmuddeliges kleines Arschloch«.

Stone schrieb Lord Carrington eine »geopolitische fixe Idee, Jugoslawien zusammenzuhalten«, zu, zum Teil um eine »Rückzahlung jugoslawischer Schulden« zu gewährleisten, und auch um »alle Arten von behaglichen Beziehungen aufrechtzuerhalten, die davon abhängen, daß Jugoslawien zusammengehalten wird«. Er schrieb französischen Kreisen auf hoher Ebene und Henry Kissinger die Strategie zu, die Serben als »geopolitische« Waffe zu benutzen, um ein vereintes Deutschland in Schach zu halten. □

Null-Einwanderung durch neues französisches Gesetz

Die französische Regierung ist dabei, ein neues Geetz zur Begrenzung der Einwanderung zu verabschieden, berichtete das europäische »Wall Street Journal«. Der Innenminister Charles Pasqua äußerte, der Schritt ziele auf eine »Null-Einwanderung« ab. Die Gesetzgebung trifft die ehemaligen französischen Kolonien, besonders Algerien, am härtesten.

Pasqua meinte weiter, daß die Einschränkungen als »Signal für alle Länder, die Emigranten herschicken, aufgefaßt werden sollten, um die Auswanderung als Bedingung für den Empfang von Entwicklungshilfe aus Frankreich einzudämmen.

Mustapha Souang, ein algerischer Universitätsprofessor, wetterte: »Dies ist die echte Bombe. Sie diskriminieren sehr deutlich, ohne die Konzeptionen, für die die Franzosen zwei Jahrhunderte lang gekämpft haben, und die auf ihren eigenen Münzen eingeschrieben sind: ›Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkkeit‹, in Erwägung zu ziehen.« Das Gesetz würde auch dem Erwerb der französischen Staatsbürgerschaft, um eine »wirkliche Assimilation« zu verlangen, Beschränkungen auferlegen und alle diejenigen davon ausschließen, die als Bedrohung für die »öffentliche Ordnung und Kultur Frankreichs« erachtet werden. □

Für den Schutz des Agrarsektors

Der Agrar-Protektionismus ist der große Hauptstreitpunkt der festgefahrenen GATT-Runde. Im Blair-House-Arrangement von November 1992 haben die Europäische Gemeinschaft und die USA einen Kompromiß ausgearbeitet, den jedoch Frankreich von Anfang an in Frage stellte. Die jüngsten Aktionen der Bauern gegen die Liberalisierung belegen: Die Abschottung des grünen Sektors vom weltweiten Wettbewerb besitzt in Frankreich nicht nur Tradition, sondern auch Aktualität.

Allerdings spielt die Landwirtschaft westlich des Rheins eine deutlich größere Rolle als in Deutschland. Gut vier Prozent der privaten Wirtschaftsleistung, etwa acht Prozent der Beschäftigung und gut 16 Prozent des Exports gehen dort auf das Agrarkonto. Der Preis des Protektionismus ist gewaltig: Das GATT rechnete kürzlich vor, daß die Konsumenten in den Industrieländern allein für den Schutz des Agrarsektors mit 354 Milliarden Dollar pro Jahr zur Kasse gebeten werden. □

Ukraine übt Kritik an Schocktherapie

Die sogenannten Wirtschaftsreformen der »Schocktherapie« von der Art, wie sie der Westen in Ukraine in die Tat umsetzen möchte, würden soziale Explosionen hervorrufen, warnte der ukrainische Außenminister Anatoli Slenko in einem Interview in der österreichischen Tageszeitung »Die Presse«. Nur eine sehr umsichtige Politik, die in anderen östlichen Ländern im Reformprozeß gemachte Fehler nicht wiederholt, wird soziale Unruhen vermeiden, erklärte er.

Slenko führte aus, die Regierung in Kiew sei über die gegenwärtige Streikwelle im Lande sehr besorgt, weil sie zeigt, wo zu schnelle Reformen hinführen können. Er sagte auch, die Regierung wisse, daß ein territorialer Zerfall Ukraines droht, und daß sie hart daran arbeitet, dies zu verhindern.

Ukraine ist durch von Russen manipulierte Streiks heimgesucht worden, die zur Schließung von mehr als 200 Bergwerken führten und die zur Schließung von Fabriken aus Gründen der Energieknappheit zwingen. □

Kein Ende in Sicht für Rezession in Frankreich

Die Wirtschaftsflaute in Frankreich wird noch eine zeitlang andauern, weil drei Jahre rückläufiger Investitionen in die Produktion sich jetzt auswirken, warnt ein kritischer Bericht der CNPF, des Landesverbands der Unternehmer.

Der Bericht straft die Behauptung der neuen konservativen Regierung, es gebe einen Wirtschaftsaufschwung »gleich um die Ecke herum« Lügen.

Investitionen in die Produktionssektoren der Wirtschaft sind seit 1991 um mehr als 30 Prozent gesunken – um 9,9 Prozent 1991, 13 Prozent 1992, und mindestens um weitere 11 Prozent im laufenden Jahr –. Autoverkäufe fielen in den ersten vier Monaten dieses Jahres um 21 Prozent und werden weiter sinken – der Automobilsektor ist einer der Schlüsselindustrien Frankreichs. Die Betriebsleitung von Peugeot gab bekannt, daß 12000 ihrer Belegschaft von 21000 im Juli zwangsweise einen fünftägigen »Produktions-Urlaub« einlegen mußten.

Die Bautätigkeit sank über die letzten vier Monate hinweg um 16 Prozent, was in diesem Jahr 50000 Bauarbeitern ihren Arbeitsplatz kosten wird. Da es einige Zeit in Anspruch nehmen wird, um diese Verluste wieder wettzumachen, wird die sogenannte »Rezession« – das heißt Depression – länger anhalten und tiefgreifender sein als bislang von der Regierung öffentlich zugegeben worden ist, warnt der CNPF-Bericht. □

Attraktion Abitur

Der Trend zur Hochschulreife hat sich in Westdeutschland zu Beginn der neunziger Jahre auf hohem Niveau eingependelt: Im Schuljahr 1991/92 verließen fast 27 Prozent der Schüler die Penne mit Abitur. Nach Bundesländern betrachtet gibt es im Stadtstaat Bremen mit einer Quote von 34,7 Prozent relativ die meisten Abiturienten – in Bayern mit einer Quote von 19,4 Prozent die wenigsten Schüler mit Abi.

Der Spitzenreiter in der Rangliste der großen Kommunen kommt aus dem Süden: Darmstadt ist nach wie vor die Abiturientenstadt Nummer eins in der Bundesrepublik. Dort haben rund 59 Prozent der Schulabgänger das Abitur.

Insgesamt beenden in den westdeutschen Städten drei von zehn Jugendlichen ihre Schulkarriere mit dem Abitur. Der Quervergleich: In den neuen Bundesländern gehen 18,5 Prozent eines Absolventenjahrgangs mit Abi von der Schule – in den kreisfreien Städten sind es im Schnitt 21 Prozent. Die höchste Abiquote hat Potsdam mit 35 Prozent. □

Vatikan kritisiert die Macht der UNO

Die Zeitung des Vatikans »Osservatore Romano« stellte die Zur-Schau-Stellung der Macht der Vereinten Nationen als Reaktion auf den somalischen Kriegsherren Farah Aidid in Frage.

»Die Razzien auf Mogadischu waren ohne Unterlaß – und erfolglos, angesichts der Tatsache, daß es Aidid immer wieder gelingt, der Gefangennahme zu entgehen«, schrieb die Zeitung. »Man muß sich fragen, inweiweit Aidids arrogante Haltung die Anwendung derartiger Gewalt rechtfertigt, oder ob das Bombardement nicht außerhalb jeder Proportion ist.«

Eine leidende Bevölkerung, die auf die Vereinten Nationen schaute, um Frieden und Nahrung zu bekommen, findet sich jetzt mitten in einer Ofensive mit Raketen und Waffen aller Art wieder, schrieb die Zeitung. »Nach sieben Monaten hat sich die Realität der Operation ›Wiederherstellung und Hoffnung‹ völlig geändert.«
Die Zeitung schrieb auch, die Angriffe liefen Gefahr, Aidids Argument, daß der Westen versuche, das ostafrikanische Land wieder zu kolonisieren, zu legitimieren.

»Der Fall Somalia legt uns allen die Pflicht auf, lange und gründlich über die Rolle der Vereinten Nationen in bezug auf Spannungen in der Welt nachzudenken«, kommentiert die Zeitung. »Ein präziser, ethischer und moralischer Rahmen wird benötigt, um nach Lösungen zu suchen, die mit dem Völkerrecht übereinstimmen.« □

Der Preis fürs Studieren

Die monatliche Lebenshaltung eines Studenten in Westdeutschland kostet derzeit rund 1178 DM. Das sind 65 DM oder 4,2 Prozent mehr als zur Jahresmitte 1992. Hoch schlagen vor allem die Mieten zu Buche – mit fast einem Drittel des Studentenbudgets. Nur jeder achte Studierende im Westen lebt in einem preiswerten Wohnheim – meist in Trägerschaft des Studentenwerks.
In Mitteldeutschland dagegen sind sieben von zehn Studierenden in einem Wohnheim untergebracht. Das ist einer der Gründe dafür, daß mitteldeutsche Studenten schon mit 717 DM im Monat über die Runden kommen – rund 58 DM oder 8,8 Prozent mehr als im Sommersemester 1992.

Wichtigste finanzielle Stütze der Kommilitonen Ost ist das BAföG: Neun von zehn Studiosi erhalten einen Scheck vom Staat, der damit 60 Prozent des Mindestbedarfs abdeckt. In den alten Bundesländern stehen die Finanzspritzen aus dem Elternhaus obenan; BAföG bekommt nur jeder Dritte. □

Zurückweisung der Verleumdung durch US-Außenminister

Muhammed Sacirbey, Bosniens Botschafter für die Vereinten Nationen, beschuldigte anläßlich seines kürzlichen Auftretens vor einem Kongreßausschuß den amerikanischen Außenminister Warren Christopher der Verleumdung des bosnischen Volkes. In einem offenen Schreiben an Christopher zitierte Sacirbey ihn, gesagt zu haben: »Es war leicht, dies mit dem Holocaust in Verbindung zu bringen, aber ich habe niemals etwas von einem Völkermord der Juden am deutschen Volk gehört.«
Sacirbey kommentierte, diese »verleumderischen Sätze zielen direkt auf unser Volk ab«, und Christophers Erklärung sei »faktisch, moralisch und juristisch fehlerhaft und eine weitere Verfolgung der Opfer«.

»Nirgendwo, abgesehen von den ultra-nationalen Kreisen in Serbien und Montenegro, sind die Bosnier jemals beschuldigt worden, einen Völkermord geplant zu haben«, meinte er.

Sacirbey sagte, die vom Holocaust bedrohten Juden hätten mutig versucht, Widerstand zu leisten, aber ohne ausreichende internationale Unterstützung oder Zugang zu Waffen waren ihre Anstrengungen in Warschau und in anderen Ghettos in Europa zum Scheitern verurteilt. »Die Bosnier, die den Vorteil hatten, geographisch konzentrierter zu sein und es jetzt mit einem Aggressor zu tun haben, versuchen auch, dem Völkermord Widerstand zu leisten«, meinte er. »Es liegt wieder einmal in Händen der Völkergemeinschaft, zu entscheiden, ob sie helfen will oder nicht.« □

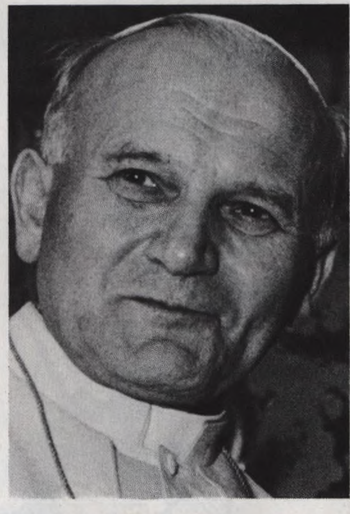


Bomben als Protest gegen Europa?

Peter Blackwood

Am 28. Juli dieses Jahres, genau zwei Monate nach dem Bombenanschlag auf die Uffizi-Galerie in Florenz, erschütterte ein weiterer nächtlicher Terroranschlag Italien. Man hat den Eindruck, daß es für die Eskalation des Terrors keine Grenzen gibt: Dieses Mal gingen drei Bomben fast gleichzeitig hoch, eine in Mailand und zwei in Rom, wobei fünf Menschen ums Leben kamen und 54 verletzt wurden, und es entstand schwerer Sachschaden an historischen Gebäuden und Denkmälern von unschätzbarem Wert.

Alle drei Bomben wurden im inneren Stadtkern gelegt: In Via Palestro in Mailand, außerhalb der Villa Reale, die als Gemeindegedenkstätte benutzt wird; in Rom auf dem der Basilika St. Giovanni de Laterano, dem Amtssitz des Bischofs von Rom, angrenzenden Platz; und in Via St. Teodoro, mitten im Römischen Forum und außerhalb der kostbaren Kirche St. Giorgio in Velabro (1200).



Bomben in Rom sind auch eine Warnung an Papst Johannes Paul II., der durch seine Kritik an der serbischen Aggression den Zorn der Internationalisten auf sich zog.

Die Anschläge sind sehr kostspielig

Es ist unmöglich, sich auf einfache, gerade Art und Weise durch diese terroristischen Handlungen hindurch zu »lesen«. Man muß die interne politische Situation, den internationalen strategischen Zusammenhang und letztendlich den Gesichtspunkt des Kulturkriegs in Rechnung stellen. Wie Kardinal Camillo Ruini, Leiter der italienischen katholischen Bischöfe, sagte, »wollen die Entstabilisierer alles aus unserem Volk ausradieren was echt menschlich und christlich ist.

Natürlich glaubt niemand, daß hinter dem Namen »Bewaffnete Phalange«, die Gruppe, die behauptet, für alle kürzlichen Bombenanschläge verantwortlich zu sein, eine wirkliche terroristische Gruppe im klassischen Sinne steckt. Experten glauben, daß die Phalange die Tarnung für bestens ausgebildete und bezahlte Professionelle ist – die Bombenanschläge in Rom und Mailand, abgesehen davon, daß sie Expertise und Koordination verlangen, kosten sehr viel Geld –, von denen viele aus ehemaligen östlichen Geheimdiensten kommen und jetzt anderen Herren gehorchen.

Italien erlebte einen Kampf um sein Überleben als Nationalstaat, und zentrale Institutionen wie das Parlament stehen unter dem Angriff einer »Partei von Staatsanwälten«, die von außerhalb des Landes gesteuert wird. Eine derartige Zerstörung von Institutionen dient der Entstabilisierung Europas nach 1989, eine geopolitische Strategie mit der die Leser dieses Überblicks vertraut sind. Das Ziel der Entstabilisierung in Italien besteht darin, das Land gegen Mitteleuropa, das heißt, gegen Deutschland zu wenden, in einer neuen Version der Politik vor der Entente Cordiale von 1914.

Die Frage wird noch verwirrender durch die Tatsache, daß Italien auch Sitz der katholischen Kirche ist, die eine klare internationale Rolle spielt, obwohl diese sich oft mit italienischer Außenpolitik und vor allem mit internen Streitigkeiten unter Parteiungen überlappt.

Der Vatikan ist auch das Ziel

Von daher gesehen gibt es keine Entstabilisierung Italiens ohne Entstabilisierung des Vatikans. Eine der Bomben, die hochgingen, die an der Lateranbasilika, ist eine sehr direkte Bedrohung für den Papst, da St. Giovanni die Kathedrale des Bischofs von Rom und der Papst selbst der Bischof von Rom ist.

»Der Papst ist zur Zielscheibe geworden für das, was er über Bosnien und über die kürzliche Welle von Selbstmorden in Italien gesagt hat«, äußerte ein Informant aus Geheimdienstkreisen, die dem Vatikan und dem ehemaligen Chef des italienischen Geheimdienstes, Admiral Fulvio Martini, nahestehen. Er bezog sich dabei auf die scharfe Verurteilung der Untätigkeit des Westens gegenüber der serbischen Aggression durch den Vatikan, und auf das kürzliche Eingreifen des Papstes in die Fragen der Moral der italienischen Innenpolitik, nach den erschütternden Todesfällen des ehemaligen ENI-Vorsitzenden Gabriele Cagliari und des ehemaligen Leiters des Konglomerats Ferruzzi, Raul Gardini.

Das Regime der Staatsanwälte

Sowohl Cagliari als Gardini hatten Selbstmord begangen, unter derart dramatischen Umständen wie die Anklage gegen die von Mailänder Staatsanwälten, die die berühmte »Anti-Korruptions«-Untersuchung leiten, im übrigen vom Londoner »Economist« die »Italienische Revolution« genannt, begangenen Rechtsmißbräuche. Weit davon entfernt, Korruptionsverbrechen zu rechtfertigen, von denen die meisten aus der illegalen Finanzierung von Parteien bestehen, muß man sich darüber im klaren sein, daß sie sogenannte »Revolution« in Wirklichkeit ein progressiver Staatsstreich war, durch den die politische Macht in Italien heute weniger in den Händen des Ministerpräsidenten oder des Parlements, als vielmehr in den Händen von Francesco Saverio Borelli, dem Leiter der Mailänder Staatsanwaltschaft, liegt.

Jedoch hatte ein solcher Prozeß nur eine Woche vor den Bomben in Mailand und Rom einen unerwarteten Rückschlag erlitten, als erst Cagliari und dann Gardini in einem extremen Protestakt gegen die Partei der »Staatsanwälte«, die Haftstrafen als Mittel zur Erpressung von Geständnissen, möglicherweise einschließlich Folterung benutzten, Selbstmord begingen.

Die Umstände, um diese beiden Selbstmorde herum, werden noch weniger durchsichtig durch die Verbindung mit dem Ferruzzi-Montedison-Skandal, ein Fall, der nicht nur illegale Finanzierung von Parteien, sondern auch eine riesige Finanz-Vertuschung betrifft.

Cagliari tötete sich damit, daß er sich einen Plastiksack über den Kopf band. Ein sozialdemokratischer Parlamentarier, Antonio Pappalardo, glaubt nicht an die Selbstmordtheorie, verlangte nach einem Untersuchungsausschuß und brachte den Tod von Cagliari mit dem von Sergio Castellari in Zusammenhang, eines hohen Regierungsbeamten, der vor wenigen Monaten »Selbstmord begangen haben soll«, obwohl die Pistole, die er vorgeblich benutzt haben könnte, gespannt war, als seine Leiche entdeckt wurde; und mit dem ehemaligen Minister Franco Piga, ebenfalls mit dem Fall Montedison in Zusammenhang stehend, der vorher an einem »Herzanfall« starb. Der Aufschrei über den Tod von Cagliari und Gardini

hatte die Staatsanwälte in die Defensive gedrängt, und somit ein konstitutionelles Gleichgewicht der Macht zwischen der Justiz und dem Parlament wiederhergestellt.

»Gott vergibt auch Selbstmorde«

Die Kirche hatte dadurch eingegriffen, daß sie katholische Bestattungen zuließ, und der Papst selbst erklärte, daß »Gott sogar Selbstmorde vergibt«. Obwohl Selbstmord durch eine Person in Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte als Todsünde gilt, ist die Annahme, daß ein Selbstmord vor dem Sterben bereut worden sein könnte, und daß nur Gott den wahren Geisteszustand des Opfers kennt, allgemein akzeptierte katholische Lehrweisheit. Die Tatsache, daß dies so betont wiederholt worden ist, signalisiert die öffentliche Anerkennung der außergewöhnlichen und unmenschlichen Pressionen, denen diese »Selbstmörder« ausgesetzt waren durch den Vatikan.

Die Intervention konnte an sich schon genügen, die neue Welle des Terrorismus zu erklären, da diese danach trachtet, das Gefühl der Impotenz von Institutionen in die öffentliche Meinung einzubringen, und den Ruf nach einer »Veränderung« zu verstärken. Man liest als Bestätigung hierfür Erklärungen anglo-amerikanischer Sprecher, angefangen von dem CIA-Experten Vincent Cannistraro, der sagte, daß die Bomben vom »alten« Establishment gelegt wurden, das gleiche gegen das eine Untersuchung der Mailänder Staatsanwälte läuft; oder des Experten der Yale University Joe La Palombara, der einfach verkündete: »Das Parlament ist entlegitimiert; oder des britischen Experten für Italien, Denis Mack Smith, der alle Verdächtigungen »den italienischen Geheimdiensten« zuordnete. Nach einem solchen Ratschlag sollten die Italiener alle Politiker ins Gefängnis schicken, das Parlament schließen und die Geheimdienste auflösen. Es ist unschwer vorauszusehen, daß das Ziel dieser distinguierten Herren wahrscheinlich mit dem übereinstimmt, das die Terroristen erreichen wollen.

Unter all diesen Leuten ist Edward Luttwack, vom Center for International Strategies in Washington, der Aufrichtigste: »Die Kirche sollte sich aus der Politik heraushalten«, sagte er in einem Interview mit dem landesweiten Fernsehkanal TG2.

Auch Alessandro Mola, der offizielle Historiker der italienischen Grand-Orient-Loge, ist davon überzeugt, daß interne Gründe nicht ausreichen, um die Entstabilisierung zu erklären. »Der Papst ist das Ziel nicht nur für das, was er über Bosnien gesagt hat, sondern auch wegen Irak und Libanon«, sagte Mola in einem Interview.

Eine freimaurerische Auslegung

Der Groß-Orient hat sich kürzlich, unter anderem wegen der Frage der freimaurerischen Politik gegenüber der Kirche, von der britischen Mutterloge abgespalten. »Die italienische Freimaurerei hat mindestens seit den sechziger Jahren mit der Kirche Frieden geschlossen«, meinte Mola, im Gegensatz zu den britischen Freimaurern, »die eine derartige Feindschaft gegen den Vatikan hegen, daß es dem 17. Jahrhundert gleicht«.

Mola stimmt dem zu, daß einige der Drähte der Destabilisierung Italiens von den Banken an der Themse aus gezogen werden. »Das Papsttum hat sich wiederholt von Israel distanziert, und eine sehr schwere Verdammung der ethnischen Säuberung in Israel kommt noch«, sagte Mola. »Sie wird heute, Mittwoch, erwartet, da der Papst immer am Mittwoch spricht.«

An jenem Mittwoch war offensichtlich das Thema der Ansprache des Papstes die Bombardierung in der vorangegangenen Nacht. Der Papst besuchte zusammen mit dem italienischen Präsidenten Oscar Luigi Scalfaro, in einer demonstrativen Geste, die beschädigte Lateranbasilika. Scalfaro unterstrich, daß »das Parlament der einzige Dolmetscher des Volkswillens ist«. □



Bosnien

Britische Agenten heizen den Konflikt an

John Springfield

Zu Beginn des Angriffskriegs der Serben auf dem Balkan waren Kroaten und Moslems gegen den gemeinsamen Angreifer verbündet. Dann änderte sich das. Die kroatische Zeitung »Danas« entlarvte die Rolle der Briten bei der Schürung des kroatisch-bosnischen Konflikts. In einem Artikel vom 16. Juli 1993 berichtete sie: »Die ersten Massaker in moslemisch-kroatischen Konflikten wurden von Einheiten unter dem Kommando von britischen Söldnern begangen – die ersten Bilder von Opfern wurden von britischen Journalisten in die Welt geschickt.« Die nachstehende Übersetzung des Artikels wird mit Genehmigung von »Danas« nachgedruckt.

Vor sieben Monaten entdeckte die kroatische Polizei bei der routinemäßigen Kontrolle eines Busses auf der Route von Zagreb nach Travnik 22 britische Staatsbürger, mit sehr kurzem Haarschnitt und in Sportkleidung. Sie behaupteten, es sei ihre Absicht, sich den Kroatischen Verteidigungs-Streitkräften (HOS), eine irreguläre Formation der Kroatischen Partei der Rechts (HSP) in Mittelbosnien, anzuschließen. Es waren alles Legionäre. Berufsveteranen, zum größten Teil aus der Royal Navy kommend, die, wie sie sagten, in Bosnien im Kampf gegen die Serben Erfahrung zur Verfügung stellen wollten. Sie wurden von einem gewissen Suad Vrazenica angeführt und waren in Paris angeworben worden. Als Grund für ihr Kommen sprachen sie mehr über ihren Willen, »für die richtige Sache zu kämpfen«, wovon sie durch die Medien überzeugt worden seien, und weniger über Abenteuer oder Geld als den wahren Grund.

Die BBC reagierte blitzschnell

Nachdem sie festgenommen worden waren, wußte die kroatische Polizei nicht, was sie mit ihnen anfangen sollte. Es gab zu der Zeit keine Zusammenstöße zwischen Moslems und Kroaten, und der organisatorische Kanal, über den sie hergekommen waren, war unbekannt.

Die Tatsache, daß sie das Hauptquartier der HOS in Travnik als ihren Zielort angaben, weckte Verdacht. Nachdem sie angehalten worden waren, bot der Führer Suad den Polizisten Geld an, damit diese sie laufen ließen, und er war überrascht, als dieses die Polizisten ablehnten. Die Briten wurden ausgewiesen, und die BBC reagierte mit Lichtgeschwindigkeit. Zwei Tage später ging ein Fernsehbericht über diese Söldner über den Äther, und Journalisten gaben ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, was die Kroaten getan hatten, und darüber, daß sie die Hilfe dieser Leute aus dem Westen zurückgewiesen hatten. Und die kroatischen Polizisten waren noch mehr erstaunt, als sie erkannten, wieviel Aufmerksamkeit und Zärtlichkeit die offiziellen britischen Medien einer Handvoll Söldnern zuteilwerden ließen.
Die Verwunderung verschwand als wenige Monate später Dan Damon für die Zeitung »Sky News« eine Story über Norry Phillips, ein britischer Söldner und ehemaliger Soldat der Royal Navy, schrieb, der, wie es in dem Bericht heißt, zwei Jahre zuvor nach Kroatien gekommen war, um kroatische Soldaten auszubilden. Nach der Ankunft der Unprofor in Kroatien trat Phillips dem Kroatischen Verteidigungsrat – die Miliz der Tudjman-Partei, HVO – bei, und als die Zusammenstöße zwischen Kroaten und Moslems in Mostar begannen, wechselte Norry zur moslemischen Seite über. Es wäre nichts Seltsames daran, wenn er nicht selbst derjenige gewesen wäre, der versucht hatte, die Kommandeure der HVO dazu zu überreden, gegen die Moslems in Aktion zu treten. »Mostar kann keine Stadt mit zwei Armeen sein«, pflegte er zu sagen. »Lassen Sie uns mit der bosnischen Armee in zwei Tagen fertigwerden, und die Welt wird das akzeptieren.«

Beide Seiten unter britischem Befehl

Die Leute von der HVO fanden es seltsam, daß er dies vorschlug, während er gleichzeitig Waffen an die Moslems verkaufte. Phillips war ein Mann mit starken Verbindungen zum Waffenhandel und zum »Import« von Söldnern. Wenn es unmöglich zu sein schien, Waffen und Munition zu bekommen, brauchte man nur mit ihm zu reden, genug Geld auf ein ausländisches Konto zu überweisen, und die Ware traf ein. Er schickte gewöhnlich die neuen Söldner nach Mittelbosnien mit der Aufgabe, ausgewählte Kämpfer der kroatischen HVO und der bosnischen Armee zu erbarmungslosen Kommandos auszubilden, die als Kommando-Terroristen in ein von Serben beherrschtes Territorium eindringen sollten. Die Briten waren gewöhnlich die Führer dieser Gruppen, die niemals auch nur eine einzige Aktion gegen die Serben starteten. Stattdessen gingen diese ausgebildeten Kommandos, Kroaten und Moslems, aufeinander los, beide Seiten unter britischem Befehl.

Das Massaker in dem moslemischen Dorf Ahmici in der Nähe von Vitez wurde von einem dieser Kommandos unter dem Befehl eines britischen Staatsbürgers begangen. Die Entweihung des kroatischen Klosters Guca Gora und das Massaker in dem Dorf gleichen Namens wurden von einer Gruppe von Mudjahedin unter dem Befehl eines Söldners namens Rose – ein britischer Staatsbürger – verübt. Unmittelbar nach einem Massaker gingen die britischen »Blauhelme« [UNO-Streitkräfte] in diese Dörfer hinein, zusammen mit britischen Journalisten, die dann schreckliche Bilder vom Krieg und leidende Zivilbevölkerung in alle Welt schickten, und dabei stets hervorhoben, daß das, was dort zwischen Kroaten und Moslems vorging, keine »sporadischen Zusammenstöße«, sondern ein richtiger Krieg sei. Bilder von blutigen Massakern und ausgebrannten Dörfern lösten sowohl unter den Kroaten als auch unter den Moslems gegenseitige Haßgefühle aus, was so weit ging, daß sie gegeneinander zu schlimmeren Feinden wurden als gegenüber dem wirklichen Angreifer, und in der Weltöffentlichkeit entstand der Eindruck, daß in Bosnien und Herzegowina jeder gegen jeden kämpft, daß es nicht mehr eine Aggression der Serben, sondern ein Bürgerkrieg ist.

Die seltsame Rolle Lord Owens

In einem kürzlichen Interview mit der BBC erklärte Lord Owen: »Die Amerikaner dachten anfangs, daß das Problem in Bosnien ein einfaches sei: Eine Partei ist der Angreifer, die andere sind die Opfer. Wir wußten von Anfang an, daß das Problem komplexer ist, da es keine Aggression, sondern ein Bürgerkrieg ist.«

Selbst ein so erfahrener Diplomat wie Owen hatte sich mit einer solchen Erklärung verraten. Der Konflikt zwischen Kroaten und Moslems kam ihm wie ein »Gottesgeschenk«, als Bestätigung seiner ursprünglichen These, mit der er in die Position eines Friedensvermittlers gelangte, obwohl das Ziel der These darin bestand, keine entscheidenden Maßnahmen gegen Serbien zu treffen, ganz zu schweigen davon, Serbien durch den Einsatz von Militär für seine Aggression zu bestrafen.

Da es zu dieser Zeit keine Konflikte zwischen Kroaten und Moslems gab, war es schwer, den Be-



In Sarajewo sorgen britische Agenten und Söldner dafür, daß der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina nicht zur Ruhe kommt.

mühungen der Vereinigten Staaten zu widerstehen, auf dem Balkan eine Neuauflage von »Wüstensturm« vom Stapel zu lassen. Nachdem die Konflikte begannen, stimmte jedermann darin überein, daß man zu jedem Preis versuchen sollte, sich aus einem solchen Krieg, einem Bürgerkrieg, herauszuhalten. Jedoch die Tatsache, daß die ersten Massaker von Einheiten unter dem Befehl von britischen Söldnern verübt wurden, und daß britische Journalisten die ersten Bilder der massakrierten Menschen in alle Welt sandten, bringt in die ganze Geschichte über den Krieg in Bosnien und Herzegowina eine neue Dimension hinein.
Das Territorium des ehemaligen Jugoslawien, das heißt des Balkans, ist strategisch gesehen die kürzeste Landroute zum Osten. Deswegen ist das Gebiet unter europäischen und Weltmächten aufgeteilt, die darüber hinaus den kürzesten Zugang zu Warmwasserhäfen beherrschen wollen. Deswegen sind in Konflikten und Kriegen in diesem Gebiet ihre Interessen stets miteinander verknüpft. Als es für jene Mächte nicht mehr möglich war, ihre Interessen mit politischer oder wirtschaftlicher Macht wahrzunehmen, wurden ihre Geheimdienste aktiviert, und durch ihre Männer oder die Instrumentierung einer gewissen politischeen oder militärischen Gruppe leiteten sie Ereignisse in die Wege, die die Geschichte verändern sollten.

Die Rolle von MI-6 auf dem Balkan

Es ist heute bekannt, daß die Demonstration, die am 27. März 1941 zum Sturz der jugoslawischen Regierung führten, vom britischen Geheimdienst dirigiert wurde. Während des ganzen Krieges waren Offiziere des britischen Geheimdienstes bei Tito. Britische Offiziere und Söldner sind auch aktiv im Krieg gegen Kroatien, und besonders jetzt im Krieg in Bosnien. Es gibt auch britische Soldaten innerhalb der Unprofor Waffenhändler, die sich als Geschäftsleute oder Journalisten ausgeben, die auf Grund der Natur ihrer Arbeit ganz legal Informationen einholen können. Einige dieser Leute gehören zum Auslandsdienst des britischen Geheimdienstes, Militäry Intelligence Six, kurz MI-6 genannt.
Heute setzen viele ernsthafte Analysten den MI-6 an die oberste Spitze der Geheimdienste. Einige schätzen, daß er gleichwertig mit dem amerikanischen CIA ist, und einige sagen, in gewissen Abteilungen sei er diesem sogar überlegen. Sie erinnern uns auch an die »glorreiche« Vergangenheit britischer Agenten. Im gesamten Verlauf des Zweiten Weltkriegs hatte der MI-6 seine Männer in der höchsten Spitze der Wehrmacht und unter den höchsten russischen Offizieren.

Der MI-6 ist in Abteilungen gegliedert. Lange Zeit, speziell während des Kalten Krieges, war die stärkste von ihnen die russische Abteilung, und daher, als Kim Philby, Chef dieser Abteilung, nach Rußland überlief, war dies für den Dienst einer der schwersten Schläge. Philby, der Chef, war ein russischer Agent. Der britische Geheimdienst ist nicht so groß wie der KGB, er enthüllt sich nicht der Öffentlichkeit wie es der CIA tut. Offiziell ist er nicht einmal vorhanden. Sein Ziel ist es, unbemerkt zu handeln. Er wendet subtile Methoden an und handelt über Leute, die hohe Positionen bekleiden. Er legt es darauf an, wertvolle Informationen für die britische Politik und Wirtschaft einzuholen, so daß sie Erfolg haben. Sie wollen, daß Britannien in der Welt ein ehrenhafter Faktor ist, aber von dem, was vom britischen Weltreich übriggeblieben ist, ist der MI-6 das Einzige, was in der Welt noch geehrt wird. Die Aufmerksamkeit dieser Organisation war, nach Rußland, zum größten Teil auf jene Regionen gerichtet, die traditionell britische Einflußsphären waren: Afrika, der Nahe Osten und neuerdings Asien.

In der europäischen Abteilung des MI-6 gibt es eine Unterabteilung Balkan, die für Britannien zur Beherrschung der Route durch Suez wichtig war. Heute besteht das Ziel dieser Unterabteilung darin, den Einfluß Deutschlands auf dem Balkan zu stoppen. Dies wird auch in den Statements von Politikern auf hoher Ebene offensichtlich. Zum Beispiel sagte der deutsche Außenminister Klaus Kinkel am 6. Juli dieses Jahres zu seinen Verbündeten, daß »es trotz der Konflikte zwischen bosnischen Kroaten und Moslems in Bosnien-Herzegowina nicht der richtige Zeitpunkt zur Verhängung von Strafen gegen Kroaten ist«.

Beendigung des deutschen Einflusses

Am 14. Juli sagte der britische Außenminister Douglas Hurd vor dem Parlament: »Wir glauben, daß für die Europäische Gemeinschaft die Zeit gekommen ist – vielleicht am Montag –, die Verhängung von wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Kroatien zu erörtern, solange Kroatien in Aktivitäten verwickelt ist, die gegen das Völkerrecht verstoßen«.
Minister Hurd sagte dies zu einem Zeitpunkt heftiger militärischer Aktionen der moslemischen Armee in Mittelbosnien und im nördlichen Herzegowina. Ein Großteil der Verantwortung für Hurds Erklärungen liegt bei britischen Geheimdienstagenten, deren Ziel es ist, einen Durchblick deutscher Interessen zu verhindern und Konflikte zwischen Kroaten und Moslems zu provozieren.

Zusammen mit direkt angeworbenen VIPs sind die Hauptwerkzeuge des britischen Geheimdienstes Journalisten, Geschäftsleute und Söldner. Der MI-6 sendet seine Nachrichten in die Welt über die BBC, die sie in 60 Sprachen ausstrahlt. Nur zum Vergleich: Die Voice of America sendet nur in 16 Sprachen. Amerika ist jedoch wirtschaftlich viel stärker; es kann Satelliten und verschiedene Lauschapparate einsetzen um Informationen einzuholen, während der britische MI-6 sich immer noch auf klassische Methoden des Einholens von Informationen konzentriert, bei denen der menschliche Faktor wichtig ist.
Neben den politischen Gründen für gewisse Aktivitäten des Dienstes gibt es auch Marktgründe.

Bosnien

Britische Agenten heizen den Konflikt an

Es ist nicht nur einmal geschehen, daß zwei arabische Stämme nach britischer »Vermittlung« schließlich gegeneinander Krieg führten, beide mit britischen Waffen ausgerüstet. Bosnische Moslems kaufen auch hauptsächlich britische Waffen über den Schwarzmarkt und illegale Waffenhändler. Die Verbindung ist völlig logisch. Die Mehrheit der arabischen Länder kaufen ihre Waffen von Britannien, und in moslemischen Übersee-Fonds ist das meiste Geld arabischen Ursprungs.

Selbst Norry Phillipps, britischer Söldner in Mostar, beschaffte hauptsächlich britisches Kriegsgerät. Britische Politiker waren von Anfang an gegen die Aufhebung des Waffenembargos und gegen eine militärische Intervention gegen die bosnischen Serben.
»Das bedeutet, den Krieg zu wählen, und wir haben bislang den Frieden angestrebt. Wir tun alles in unserer Macht stehende, um die Kämpfe zu beenden und nicht um sie zu verlängern. Wir haben die Angelegenheit oft mit den europäischen Zwölf erörtert, und die Meinung herrschte vor, daß das Embargo nicht aufgehoben werden sollte«, sagte Douglas Hurd zu »Le Monde«.

Die Rolle der Unprofor

Britannien hat aber nicht alles getan, um den Frieden zu erreichen, sonst hätte es seine Söldner, die nur zum Krieg aufstachelten, nicht entsandt, und es hätte auch keine große Mengen seiner Waffen durch den Schwarzmarkt geschleust. Commander Rose, Führer der Mudjahedin in Travnik, der Gruppe, die in umliegenden kroatischen Dörfern Massaker verübte, weiß das ganz genau. »Ich befehlige sie«, sagte er stolz in die Kamera eines britischen Journalisten. Britannien hat sich beharrlich und nachdrücklich einer militärischen Intervention gegen die Serben widersetzt. Als amerikanische Flugzeuge den somalischen Himmel durchkreuzten, dachten viele Beobachter, Clinton würde sein vor der Wahl abgegebenes Versprechen halten. Dann waren jedoch wieder einmal die Erklärungen des entschlossenen Douglas Hurd zu hören, der da sagte: »Die Aktivitäten der Warlords in Somalia machen die humanitäre Aktion unmöglich. In Bosnien und Herzegowina herrscht ein durch die Serben von außen unterstützter Bürgerkrieg.«

Diese Erklärung wurde am 9. Dezember des vergangenen Jahres abgegeben, als es lediglich sporadische Zusammenstöße zwischen Kroaten und Moslems gab. Für Hurd war dies selbst damals ein Bürgerkrieg. Da er nicht eskalierte, kümmerte sich sein Geheimdienst MI-6 darum. Jedenfalls ist es sehr bedeutsam, daß die ersten Konflikte zwischen Kroaten und Moslems in dem Gebiet erfolgten, wo britische Unprofor-Streitkräfte stationiert waren, in Mittelbosnien um Vitez herum. Und schon lange zuvor, im November vergangenen Jahres, trat Lord Owen in seinem Interview für Channel 4 für die Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen gegen Kroatien ein. Jetzt bringt Außenminister Hurd dieses Thema wieder aufs Tapet.

Heute, nach den heftigen und blutigen Kämpfen zwischen Kroaten und Serben, muß im Hauptquartier des MI-6 eitel Freude herrschen. Der Dienst hat für die Politiker seines Landes erfolgreiche Arbeit geleistet. Er blieb mit Serbien befreundet, verhinderte den Durchbruch deutscher Interessen und verkauft vor allem gewaltige Mengen von Kriegsgerät an beide kriegführende Parteien.

Norry Phillipps ist ebenfalls entzückt. Die Konflikte entwickeln sich goldrichtig, und wenn die Dinge hart auf hart gehen, dann wird er wieder einmal die Seiten wechseln und diesen Konflikt überleben, so wie er schon viele frühere Konflikte gut überstanden hat. Der MI-6 schätzt besonders den menschlichen Faktor. Er wird schließlich nicht ohne Grund als höchste Elite unter den Geheimdiensten der Welt erachtet. In Bosnien und Herzegowina leistete er ganze Arbeit. Die Gräber bestätigen das.

Die Aufgabe im Hauptquartier

Norry Phillipps verbrachte fünf Monate in den Wohnungen kroatischer Offiziere auf hoher Ebene in Zagreb. Sein Status war nicht außergewöhnlich, er war nur einer der zahlreichen ausländischen Legionäre, die sich wegen ihrer Erfahrung in der Ausbildung von Sondereinheiten das Vertrauen eines gewissen inneren Kreises hochrangiger kroatischer Offiziere erschlichen hatten. Zu der Zeit, vor einem Jahr, strömten viele ausländische Söldner, meistens Briten, aber auch Franzosen und Niederländer ins Land hinein. Zur gleichen Zeit hatte sich nach der großen Zwangseinwanderung von Moslems in Ostbosnien die Arbeit ausländischer humanitärer Organisationen, die ihre Zweigstellen in Kroatien, meistens in Zagreb, eröffneten, intensiviert. Die Mehrheit jener Arbeiter kümmerte sich um die vertriebene Bevölkerung. Es gab aber andere, die unter dem Vorwand gekommen waren, die gleiche Arbeit zu verrichten, aber es war bereits bekannt, daß sie verschiedenen arabischen militanten Organisationen angehörten.

Dann, im Juli vergangenen Jahres, fand in Zagreb eine Zusammenkunft der Hisbollah statt. Mitglieder dieser Organisation, die in Zagreb wohnten, Hassan Haidar Dzabom und Radwan Khatounom, Bürger des Libanon, betreuten eine große Gruppe britischer Staatsbürger arabischer Herkunft, und einige von ihnen reisten später nach Split, von wo aus sie mit verschiedenen Mitteln versuchten, das von der HVO beherrschte Territorium von Bosnien-Herzegowina zu durchqueren. Einigen von ihnen gelang dies nicht, aber die Mehrheit kam durch, meistens mit Hilfe einer bewährten Methode: Bestechung. Und als sie Schwierigkeiten bekamen, tauchten britische Söldner, oder Briten, die mit humanitären Organisationen zusammenarbeiteten, als Mittelsmänner auf und besorgten ihnen die Durchfahrterlaubnis. Dies war damals gar nicht so seltsam, denn es gab noch keine Anzeichen von möglichen Konflikten zwischen Moslems und Kroaten. Man glaubte, daß jede neu angekommene Einzelperson sich am Kampf gegen den serbischen Angreifer beteiligen werde.

Die täglichen Berichte nach London

Der zweite Sekretär der Botschaft von Großbritannien in Zagreb, Dough Houston, hat sich in Bosnien und Herzegowina besonders bei humanitären Missionen ausgezeichnet, speziell in jüngerer Zeit, seitdem sich moslemische Angriffe auf Kroaten in Mittelbosnien verstärkt haben.

Er verbringt ziemlich viel Zeit in dem Gebiet von Mittelbosnien, wo die britische Unprofor in Vitez stationiert ist, hilft vertriebenen Zivilisten, sowohl Moslems als auch Kroaten. Oft zwischen Split und Vitez hin- und herpendelnd, traf Houston mit sehr vielen Kommandeuren der HVO zusammen, die ihm für seine Besorgnis um die vertriebenen Personen dankten. Sie waren jedoch über seine Reiseberichte, die er regelmäßig über die Botschaft in Zagreb zum Overseas Department for Aid (ODA) beim Foreign Office (britisches Außenministerium) versandte, überrascht.

Da auf Grund der Heftigkeit der moslemischen Aktionen und weil den Moslems sehr gut bekannt war, wo die kroatischen Streitkräfte lagen – was dazu führte, daß immer die schwächsten Stellen der kroatischen Verteidigung in Mittelbosnien angegriffen wurden –, die HVO die Neutralität britischer Friedenskräfte anzweifelte, begann diese damit, alle Berichte, die von dem Stützpunkt aus ausgestrahlt wurden, zu kontrollieren.

Die Mission des Sekretärs Houston

Houston berichtete in der ersten Juni-Hälfte von Vitez aus: »Es wird damit gerechnet, daß sie (die Streitkräfte von Bosnien-Herzegowina) das ganze Tal von Travnik bis Busovaca einnehmen werden.« Er berichtete seinem Vorgesetzten, daß die Armee von Bosnien-Herzegowina bereits Travnik und einen Großteil von Vitez eingenommen habe und nun entlang der Hauptverbindungslinie weiter vormarschiere,

und er setzte hinzu, daß sie leider dabei seien, die Gegend ethnisch zu säubern.

Houston ist ein Professioneller und nimmt nicht zu Ereignissen Stellung. Die HVO-Arbeiter waren über die Tatsache bestürzt, daß keiner der Berichte aus dem britischen Unprofor-Stützpunkt eine Absicht dieser Streitkräfte erkennen ließ, wenigstens zu versuchen, etwas zur Rettung der Zivilisten zu unternehmen, da sie die Offensive der Moslems mit militärischen Mitteln nicht stoppen konnten. Stattdessen weiß Doug Houston genau, daß die Moslems die Munitionsfabrik in Vitez – die Waffenfabrik in Novi Travnik ist schon seit langen in ihren Händen – in Besitz nehmen wollen, aber das Einzige vor dem er sich fürchtet ist, daß »die sich zurückziehenden Kroaten die Straßen verminen werden, und wir wollen sie daran hindern«.

Dem britischen Unprofor-Bataillon gelang das auch. Die Kroaten, die sich bemühten, die Bevölkerung aus Travnik heraus nach Vitez zu verlagern, stellten, von den »Blauen« überredet, die versprachen sich zwischen die beiden Armeen zu stellen, die Verminung ein.

Die Kämpfe in Mittelbosnien gingen weiter, und die Armee von Bosnien-Herzegowina konnte entlang der Straßen, die jetzt minenfrei waren, weiter vormarschieren. Auf Grund der ungeheuren Überlegenheit an Personal haben die Moslems bereits Fojnica eingenommen, als Nächstes ist Bugojno an der Reihe, während Kakanj und Kraljeva Sutjeska bereits eingenommen sind.

Houston meldete seinem Chef: »Die HVO-Streitkräfte in Kakanj haben kapituliert, was für uns eine gute Nachricht ist. Hadzihasanovic sagte, diese Kroaten brauchen sich keine Sorgen zu machen.«

Enver Hadzihasanovic ist Korps-Kommandeur der Armee von Bosnien-Herzegowina in Zenica, und Unprofor kann im Gefängnis Rudnik in Zenica überprüfen, wie er die Kroaten behandelt.

Der zweite Sekretär der Britischen Botschaft berichtete, daß die Mudjahedin den jüngsten mit den Kroaten vereinbarten Waffenstillstand nicht eingehalten haben, und Houston hatte das auch selbst sehen können, da der britische Staatsbürger Rose Kommandeur einer wegen ihrer Massaker berüchtigten Formation der Mudjahedin ist.

Die Herbeiführung des Krieges

Die Rolle der Briten in dem Krieg in Bosnien und Herzegowina hat auch ihre offizielle Seite. Außer den Söldnern, Geschäftsleuten und verschiedenen Humanitären waren offizielle Repräsentanten der britischen Regierung auch darin verwickelt, über den zweiten Sekretär der britischen Botschaft in Zagreb in Bosnien-Herzegowina Krieg zu schüren. »Die Kroaten in Kakanj haben kapituliert und das ist gut für uns«, ist nicht die Haltung eines neutralen Überwachers und eines Mannes, der humanitäre Arbeit leistet. Sicherlich auch nicht die Tatsache, daß britische Blauhelme die Kroaten daran gehindert haben, die Straßen zu verminen, als sie sich zurückzogen.

Um ihre Interessen auf dem Balkan zu schützen, hat die britische Politik unannehmbare Mittel angewendet. Durch seine politische Aktivität und Ausgangsthese, daß dies hier ein Bürgerkrieg und keine Aggression sei, wodurch seine derzeitige intensive Fürsprache für Sanktionen gegen Kroatien, und speziell seine aktive Beteiligung an der Herbeiführung des Krieges mit Hilfe seiner Söldner, hat sich Britannien tatsächlich auf seine eigene deutlich erkennbare Art und Weise selbst in diesen Krieg verstrickt. Dies wird bei Nacht und bei Tage durch seine Berichte aus den Schlachtfeldern bestätigt. Man braucht sich nur die Auswahl der Nachrichten anzusehen, die von der BBC ausgestrahlt werden, um den Mangel an Logik festzustellen. Die Nachrichten beziehen sich meistens auf Mostar und das Gebiet südlich von Mostar, wo es in den letzten Tagen so gut wie keine Kämpfe mehr gab, während die in Flammen stehenden Städte in Mittelbosnien kaum jemals erwähnt werden. Die Städte in Mittelbosnien werden nur dann erwähnt, wenn sie von Moslems eingenommen worden sind, und das wird lediglich als Tatsache bekanntgegeben. □

Kroatien

Befreit das Land von der britischen Herrschaft!

John Springfield

Der anhaltende Widerstand Bosniens gegen Lord David Owens Teilungsplan hat in Kroatien eine entschlossene Opposition gegen die anglo-französische Beherrschung ihres Landes auf die Beine gebracht.

In einer am 25. August dieses Jahres abgegebenen Erklärung beurteilten neun kroatische Oppositionsparteien mit den deutlichsten Worten jede Teilung Bosniens, entlarvten die Aktivitäten des extremistischen, chauvinistischen Mate Boban und seine sogenannte Republik Herzog-Bosnia als kroaten-feindlich, und verurteilten die von Lord Owen geleitete Genfer »Friedens«-Konferenz als gegen die fundamentalsten Interessen Kroatiens verstoßend. In der Erklärung wird noch einmal die Notwendigkeit für ein Bündnis der Opfer – Kroatien und Bosnien – gegen den Angreifer, die Großserben und ihre internationalen Unterstützter, die von ihren »geopolitischen Interessen in dem Gebiet« getrieben werden, hervorgehoben.

Susak, Boban und Owens mörderisches Spiel

Die Erklärung – die, wie Informanten in Zagreb sagen, die Zustimmung bedeutender Schichten innerhalb der regierenden Partei Kroatische Demokratische Union (HDZ) hat – bricht möglicherweise zum ersten Mal die Herrschaft der anglo-französischen Entente Cordiale über Bosnien. »Kroatien war bis jetzt ein besetztes Land«, stellte ein kroatischer politischer Führer fest. »Präsident Franjo Tudjman und sein Entourage, speziell der Verteidigungsminister, der finstere Goiko Suzak, haben nicht im Interesse Kroatiens sondern in denen der internationalen Kräfte gehandelt, die sie als kommende Macht begreifen. Somit hat Kroatien schamlos zu jedem Diktat von Cyrus Vance, David Owen, Butros-Ghali, der Franzosen, der Briten, der Russen und wer sonst noch mit einer Stimme, die laut genug ist Befehle zu erteilen, Ja gesagt. Wir haben das Massaker von Vukovar, die Übergabe unseres Territoriums an den Angreifer akzeptiert; wir haben die Aktivitäten und Manipulationen des britischen Military Intelligence 6 hingenommen.«

»Es war zum Beispiel bekannt, wie die Zeitschrift »Danas« kürzlich berichtete, daß der britische Geheimdienst in die Provokation eines Zusammenstoßes zwischen Bosnien und Kroatien verwickelt war, um die Aggression der Großserben zu unterstützen.

Viele wußten sehr genau, wie gefährlich die wahnsinnigen Aktivitäten des Mate Boban in Herzegowina für Kroatien waren. Boban versuchte, Owen und den ›Vermittlern‹ auf Schritt und Tritt zu gefallen. Aber Owen und die Briten werden niemals erfreut genug sein, sie spielen ein Spiel der Zerstörung. Während sie mit der rechten Hand die Aktivitäten der Bobaniten anspornen, das ihnen durch den sogenannten Friedensplan ›zugeteilte‹ Territorium zu übernehmen, ermuntern sie mit der linken Hand die Kampagne gegen Kroatien und beschuldi-

Kroatien

Befreit das Land von der Britischen Herrschaft!

gen die Kroaten, wie die Serben und noch schlimmer zu sein. Ein perfektes Beispiel für das Prinzip teile und herrsche.«

Die Briten drohen den Deutschen

»Inzwischen haben wir den Punkt erreicht, wo diese Macht Sanktionen fördert, und vielleicht eine militärische Intervention gegen Kroatien, wegen dem, was die Führer Kroatiens taten, um ihnen zu gefallen und sie günstig zu stimmen!«

In der Tat, genau dies geschieht. Das Verlangen der Briten, gegen Kroatien Sanktionen zu verhängen, ist bislang von Deutschland blockiert worden, aber jetzt setzen die Briten nach und drohen mit einer erneuten Verleumdungskampagne, in der sie das besiegte Deutschland Helmut Kohls mit einem wiedererwachenden »Vierten Reich« gleichsetzen.

Am 24. August trat Mate Boban vor das kroatische staatliche Fernsehen und verkündete offiziell die Gründung von »Herzeg-Bosna« mit einer Hauptstadt in der im südwestlichen Bosnien-Herzegowina gelegenen Stadt Mostar. Das Territorium des imaginären Gebildes entspricht den geographischen Linien, die der Owen-Plan den Volkskroaten zuerkennt. Bobans Provokation sollte die Verwirklichung des Alptraums der nach dem Owen-Plan geforderten ethnischen Teilung durchsetzen. Und dennoch war ihr Hauptziel nicht Bosnien, sondern Zagreb, die Hauptstadt Kroatiens. Hier hat sich, mindestens seitdem der Erzbischof von Zagreb, Kardinal Franjo Kuharic, öffentlich versicherte, daß ein Christ und ein Kroate sich niemals der durch den Feind praktizierten Methode der ethnischen Säuberung bedienen könne, ein intensiver Kampf zwischen Parteiungen entwickelt. Mate Boban reagierte persönlich mit einem beleidigenden Schreiben, in dem er die moralische Autorität des Kardinals zurückwies. Bobans Methoden stimmten mit denen des britischen Geheimagenten Norry Phillips überein, der, wie die Zeitschrift »Danas« berichtete, zunächst versuchte, die Kroaten in einen Krieg mit den Bosniern in Mostar zu lokken. »Lassen Sie uns mit der bosnischen Armee in zwei Tagen fertig werden, und die Welt wird das akzeptieren« und dann zur anderen Seite »überlief und zu einem Befürworter der schärfsten Methoden gegen die Kroaten wurde. Boban – und Owen über Boban – hatten versucht, die Methode des fait accompli anzuwenden: Das Territorium an sich reißen und eine Welle des Chauvinismus und des Hasses gegen Bosnien in Zagreb zu provozieren, darauf hoffend, wieder einmal die patriotische Reaktion so vieler politischer, intellektueller und militärischer Schichten aus Furcht vor der »moslem-feindlichen« öffentlichen Meinung lahmlegen zu können.



David Owen (links) und Cyrus Vance sorgen dafür, daß die britischen Pläne in Kroatien durchgesetzt werden.

Aber Bobans Strategie funktionierte nicht. Stattdessen kamen die Oppositionsparteien in Zagreb aus ihren Katakomben heraus und gaben nach drei Stunden ihre Erklärung ab. Darin werden »alle Parteien aufgefordert, gemeinsam zu erklären, daß das, was in Bosnien geschieht, ein Angriff Großserbiens sowohl gegen Bosnier als auch gegen Kroaten ist«.

»Wir weisen die Teilung von Bosnien-Herzegowina, wie im Genfer Friedensplan gefordert, zurück. Wir verurteilen die HDZ in Bosnien-Herzegowina und weisen die Entscheidung, den Staat Herzeg-Bosna auszurufen, als illegal und als gegen die Interessen des kroatischen Volkes verstoßend zurück. Wir weisen jede Verantwortung zurück, wenn dieses Gebilde tatsächlich geschaffen wird.«

Dann folgen zehn Punkte. Unter anderem: »1. Die gegenwärtige Situation ist ausschließlich die Folge der Aggression Großserbiens sowohl gegen das kroatische als auch gegen das moslemische Volk. 2. Wir verurteilen den Genfer Plan für Bosnien-Herzegowina als unannehmbar für das kroatische Volk. Der Plan und die Entscheidung in Genf sind für das kroatische Volk nicht bindend, weil keine rechtmäßigen Vertreter des kroatischen Volkes Bosniens an den Verhandlungen beteiligt sind.«

Kljuic, ein echter kroatischer Führer

Es gibt eine direkte Zurückweisung des Anspruchs von Mate Boban auf Legitimität. Obwohl er sich Führer der Kroaten in Bosnien nennt und als solcher unrechtmäßig von Owen und den Leuten um Owen herum anerkannt wurde, ist niemals für Boban abgestimmt und er selbst niemals gewählt worden. Das Gleiche gilt für den »Führer« der Volksserben in Bosnien, den Kriegsverbrecher Radovan Karadzic – für den niemals abgestimmt und der niemals gewählt, lediglich von Owen unterstützt wurde. Der gewählte Führer der Kroaten in Bosnien ist ein immer noch sehr geliebter Führer, Stjepan Kljuic. Kljuic gehörte auch dem kollektiven Präsidium von Bosnien an. Es war die kroatische Präsidentschaft aus Zagreb – die Frage lautet immer noch in wessen Namen? – die Kljuic »aus Gesundheitsgründen« zwang, von beiden Posten zurückzutreten, womit der Weg zur Eskalation der Macht Bobans und für die Auseinandersetzung zwischen Kroaten und Bosniern freigelegt wurde.

Aber kürzlich erhob der alte Führer wieder in der Öffentlichkeit seine Stimme.

Es gärt gegen die britischen Pläne

In einem Interview am 13. August 1993 mit Sarajevos »Vecernje Novine« erklärte Kljuic, daß sein Hinauswurf aus dem bosnischen Präsidium und seine Ablösung durch einen Nichtgewählten »illegal« ist. Und nach der bosnischen Verfassung sei er völlig im Recht. Er sagte auch voraus, daß Tudjman bald als Präsident abgelöst wird. Wenn Kljuic tatsächlich ins öffentliche Leben zurückkehrt – Gerüchte besagen, er sei ständigen Bedrohungen gegen sein Leben ausgesetzt –, dann zweifeln nur wenige daran, daß er unverzüglich die Führung der kroatischen Minderheit übernehmen wird.

Es gärt immer stärker gegen Owen und die britischen Pläne. Der berüchtigte Dr. Tod besucht eine wachsende Anzahl europäischer Regierungen – zunächst die Niederlande und Deutschland –, die ihrem Argwohn Ausdruck verleihen, daß sein Plan tatsächlich den Krieg verlängern wird. In Den Haag argumentieren Bosniens Anwälte, Botschafter Muhammed Sacirbey und Professor Francis Boyle vor dem Weltgericht dahingehend, daß die Verhandlungen über die Teilung, die »mit einer auf den Kopf Bosniens gerichteten Waffe« geführt werden, für »null und nichtig« erklärt werden. Ein bosnischer Beamter auf hoher Ebene in Washington meinte: »Den Owen-Plan unterzeichnen? Nun, ich sage Ihnen, Gott ist barmherzig und er kann den Stichtag, die Ultimata und Diktate noch lange hinausziehen...« □

Papst Pius XII. und seine Rolle im Zweiten Weltkrieg

Mary Ball Martinez

Seit den sechziger Jahren ist es immer modischer geworden, Papst Pius XII. (Eugenio Pacelli) – der von 1939 bis 1958 Papst war – wegen seiner angeblichen Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal europäischer Juden während des Zweiten Weltkriegs zu verurteilen. Rabbi Marvin Hier vom Simon-Wiesenthal-Center in Los Angeles zum Beispiel erklärte kürzlich: »Papst Pius XII. saß mit eisigem Stillschweigen auf dem Thron von St. Peter, als die Züge mit Millionen von ahnungslosen Opfern auf dem Wege zu den Gaskammern kreuz und quer durch Europa fuhren ... Nicht einmal erhob der Papst unzweideutig seine Stimme, um gegen die Deportationen und den Mord an Juden zu protestieren.«

Sicherlich ist der Vatikan nicht das einzige Ziel einer derartigen Kritik. Die führenden Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten, Britannien und anderer Länder während des Zweiten Weltkriegs sind in den letzten Jahren wegen ihrer angeblichen Gleichgültigkeit gegenüber der Verfolgung der Juden Europas im Krieg in die Schußlinie geraten. Wie Dr. Arthur Butz ausgeführt hat, handelte Papst Pius XII. – zusammen mit den alliierten Regierungen und sogar mit den großen internationalen jüdischen Organisationen – nicht so, als ob er ernsthaft an die Massenvernichtung von Juden geglaubt hatte.

Die Wahrheit sieht anders aus

Kritik, wie die des Rabbiners Hier, legt grausame Undankbarkeit für die umfangreiche Hilfe des Vatikans für verfolgte Juden während der Kriegsjahre zu Tage. In einem 1967 herausgekommenen Buch »Drei Päpste und die Juden« verteidigte der jüdische Historiker und israelische Regierungsbeamte Pinchas Lapide mit starken Worten den guten Ruf des Vatikans. »Die katholische Kirche unter dem Pontifikat von Pius XII. hat maßgeblich dazu beigetragen, mindestens 700000, wahrscheinlich aber 800000 Juden, zu retten«, schreibt Lapide.

In dem nachstehenden Essay vertritt eine erfahrene Beobachterin des Vatikans eine völlig andere Ansicht über die Rolle des Heiligen Stuhls während des Krieges. Im Gegensatz zu der weithin vertretenen Auffassung vertritt sie die Meinung, daß Pius XII. ein scharfer Gegner des nationalsozialistischen Deutschland war, alles in seiner Macht getan habe, um Europas verfolgten Juden zu helfen und während des Krieges aktiv die Sache der Alliierten unterstützt habe.

Der hartnäckige Mythos bezüglich der Gleichgültigkeit des Vatikans gegenüber den europäischen Juden während des Zweiten Weltkriegs hatte seinen Ursprung in den sechziger Jahren, und besonders in dem Stück »Der Stellvertreter«, ein Drama des deutschen Protestanten Rolf Hochhuth, und in einem Buch des jüdischen Historikers Saul Friedländer.

Als Reaktion auf diese Beschuldigungen gab Papst Paul VI. die Aufzeichnungen im Archiv des Vatikans aus der Kriegszeit zum Studium durch vier jesuitische Historiker frei und erlaubte ihnen, Dokumente zur Veröffentlichung auszuwählen. Der Amerikaner unter ihnen, Robert A. Graham, sortierte eine große Anzahl von diesen Dokumenten aus, die schließlich in einer Reihe von Bänden veröffentlicht wurden. Diese gewichtigen Dokumente beweisen eindeutig, daß vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten im Jahre 1939 Außenminister Pacelli, der zukünftige Papst, tief darin verwickelt war, das Wohlergehen europäischer Juden zu fördern.

Für das Wohlergehen der Juden

Adolf Hitler war noch kein halbes Jahr Reichskanzler, als Kardinal Pacelli Papst Pius XI. dringend nahelegte, prominenten Juden, die darum baten, Gastfreundschaft in Vatikan-Stadt zu gewähren. 1937, als er an Bord des italienischen Passagierschiffs »Conte di Savoia« im Hafen von New York eintraf, bat er den Kapitän des Schiffes, zu Ehren der, wie er sagte, 600 deutschen Juden, die sich an Bord befanden, ein improvisiertes Banner mit dem sechszackigen Stern des zukünftigen Staates Israel zu hissen.

Ein Jahr später waren Bürger von München erstaunt darüber, zu sehen, wie die Torah und andere rituelle Gegenstände im Auto des Erzbischofs zur »sicheren Aufbewahrung« aus der Hauptsynagoge der Stadt entfernt wurden, und zu erfahren, daß dieser Transfer von Kardinal Pacelli in Rom angeordnet worden war.

Eine seiner letzten Handlungen, bevor er 1939 Papst wurde, bestand darin, amerikanischen und kanadischen Bischöfen gegenüber sein Mißfallen über die Weigerung katholischer Universitäten, in ihren Ländern mehr europäische jüdische Gelehrte und Wissenschaftler in ihrem Mitarbeiterstab aufzunehmen, zum Ausdruck zu bringen, und er verlasse sich auf die Bischöfe, in dieser Situation Abhilfe zu schaffen.

Unterstützung für den Zionismus

Als Papst Pius XII. begriff er schon frühzeitig die Bedeutung Palästinas für die jüdische Seele. 1939, sobald die Nachricht von dem Vormarsch der Deutschen nach Polen hinein Rom erreichte, telegrafierte er an Nuncio Paccini in Warschau, zu »versuchen, polnische Juden für einen Übergang nach Palästina zu organisieren«.

Indessen wies Pius XII. den Nuncio Angelo Roncalli – den späteren Papst Johannes XXIII. – in Istanbul an, Tausende von Taufurkunden für ankommende Juden zu erstellen, in der Hoffnung, daß diese Papiere die britische Polizei in Palästina veranlassen würden, die Juden ins Land zu lassen.

Roncalli protestierte. »Sicherlich«, schrieb er an den Papst, »ist ein Versuch, die antiken Königreiche Judäa und Israel wieder zu errichten, utopisch. Wird dies den Vatikan nicht Beschuldigungen aussetzen, den Zionismus unterstützen zu wollen?«

Der Außenminister, Kardinal Maglione, war kaum weniger beunruhigt. »Wie«, fragte er den Papst, »können Sie historisch das Kriterium rechtfertigen, ein Volk nach Palästina zurückzubringen, ein Territorium, das sie vor 19 Jahrhunderten verließen. Es gibt bestimmt geeignetere Orte wo sich die Juden niederlassen können.«

Der Vatikan war nicht neutral

Als er sein Projekt zur Hälfte fertiggestellt hatte, sagte Pater Graham zu »The Washington Post«: »Ich war über das, was ich las, bestürzt. Wie kann man Handlungen, die so im Gegensatz zum Prinzip der Neutralität stehen, erklären?«

In den ersten Monaten des Krieges, stellte Graham fest, ordnete der neue Papst selbst die scharf deutsch-feindlichen Texte an, die von Radio Vatikan um den ganzen Erdball herum ausgestrahlt

Vatikan

Papst Pius XII. und seine Rolle im Zweiten Weltkrieg

wurden. Obwohl Pius XII. persönliche Verwicklung darin seinerzeit nicht bekannt war, waren diese Erklärungen so stark formuliert und parteiisch, daß sie heftige Proteste seitens des deutschen Botschafters für den Vatikan und sogar von polnischen Bischöfen auslösten. Als Folge davon wurden die Rundfunksendungen vorläufig eingestellt, sehr zum Kummer der britischen Regierung, die, wie Pater Graham es nennt, »eine formidable Propagandaquelle« verloren.

Pius XII. stellte in Rom einen katholischen Flüchtlings-Ausschuß zusammen, den er unter die Leitung seines Sekretärs, Pater Leiber, und seiner Haushälterin, der jungen Mutter Pasqualina, stellte. In seinem Buch »Pie XII. avant l'Histoire« berichtete Monseigneur Georges Roche, daß dieser Ausschuß Tausenden von europäischen Juden die Möglichkeit gab, als »Katholiken« in die Vereinigten Staaten einzureisen und ihnen einen tüchtigen Dokumentationsdienst, unter anderem für Taufscheine, Finanzhilfe und andere transnationale Arrangements, zur Verfügung stellte. Der französische Historiker schätzt, daß bis 1942 mehr als eine Million Juden auf Anweisung des Vatikans in Klöstern überall in Europa untergebracht wurden.

Der britische Historiker Derek Holmes berichtet, daß Juden sowie auch italienische Mitglieder von Untergrund-Guerilla-Bewegungen als Mönche und Nonnen verkleidet wurden und ihnen beigebracht wurde, gregorianische Lieder zu singen.

Der Papst selbst setzte ein Beispiel, indem er 15000 Juden und italienischen Dissidenten im Kastell Gandolfo, der Sommerresidenz des Papstes, sowie Tausende in Vatikan-Stadt betreute. Unter denen, denen auf diese Weise geholfen wurde, befand sich der Führer der italienischen Sozialisten, Pietro Nenni, der nach seiner Rückkehr aus dem vom Krieg heimgesuchten Spanien, wo er bei den Internationalen Brigaden als Kommissar gedient hatte, einen Unterschlupf benötigte. Unterdessen arbeitete in Frankreich, direkt unter der Nase der sogenannten Vichy-Regierung, Kardinal Tisserant mit dem Joint Distribution Committee zusammen, um die Emigration von Juden zu erleichtern. Sein Sekretär, Monseigneur Roche, hat eine Untergrund-Druckpresse in Nizza, geschützt vom Bürgermeister der Stadt und dem Erzbischof, beschrieben, wo 1915 falsche Kennkarten, 136 falsche Arbeitserlaubnisse, 480 falsche Ausmusterungskarten und 950 falsche Taufscheine hergestellt wurden, bevor der Betrieb entdeckt wurde.



Kardinal Pascelli, der von 1939 bis 1958 als Papst Pius XII. im Vatikan saß, wurde wegen seiner angeblichen Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Juden verurteilt.

Ein Komplott gegen Hitler

In Ungarn arbeitete Pater Giovanni Battista Montini, der spätere Papst Paul VI., mit Behörden an einem Plan zusammen, der den 800000 Juden des Landes Sicherheit bieten sollte, unter der Bedingung, daß sie sich der Taufe unterziehen.

Zu ihrer Verwunderung stießen die vier jesuitischen Historiker auf Unterlagen, in denen die persönliche Entwicklung Papst Pius XII. in einen Komplott zum Sturz Hitlers dokumentiert wird. Im Januar 1940 trat der Agent einer bestimmten Clique deutscher Generale an ihn heran und bat ihn, der britischen Regierung zu sagen, daß sie es in die Hand nehmen würden, Hitler zu »beseitigen«, falls ihnen Zusagen gemacht werden könnten, daß die Briten sich mit einem gemäßigten deutschen Regime einigen. Papst Pius XII. leitete diese Botschaft unverzüglich an Sir D'Arcy Osborne, Britanniens Gesandter am Heiligen Stuhl, weiter. Das Angebot wurde abgelehnt.

Die Vorliebe des Papstes für die alliierte Seite wurde nach Juni 1941, als dies zur sowjetischen Seite wurde, schwieriger. Zu der Zeit war Hitlers »Festung Europa« überwiegend katholisch. Zu Deutschland gehörten die vorwiegend katholischen Regionen Österreichs, des Saarlands und des Sudetenlands, sowie Elsaß-Lothringen und Luxemburg. Darüber hinaus waren die mit Deutschland verbündeten Länder Italien, Slowenien, die Slowakei und Kroatien ganz katholisch, und Ungarn war ebenfalls hauptsächlich katholisch. Frankreich – einschließlich der von Deutschen besetzten nördlichen Zone und des von Vichy regierten Südens – kooperierte mit Deutschland. Gleichermaßen waren das katholische Spanien und Portugal den Deutschen wohlgesonnen.

Der sowjetische Faktor

Ein katholischer Priester, Josef Tiso, war zum Präsidenten der von Deutschland unterstützten Republik Slowakei gewählt worden. In Frankreich, das ein von der Achse erlassenes Verbot der Freimaurerei übernommen hatte, gingen an allen öffentlichen Gebäuden Kruzifixe hoch, und auf französischen Münzen wurde das alte offizielle Motto der Französischen Revolution »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« durch »Familie, Vaterland, Arbeit« ersetzt.

Somit befand Papst Pius der XII. sich in der schwierigen Lage, sich auf die Seite des atheistischen Sowjetrußlands, des überwiegend protestantischen Britanniens – mit seinem riesigen, vorwiegend nichtchristlichen Empire –, und den vorwiegend protestantischen Vereinigten Staaten von Amerika, gegen die weitgehend katholische »Festung Europa« zu stellen. Sein Dilemma erreichte nach dem Angriff auf Pearl Harbor und Amerikas vollem Eintritt in den Weltkrieg seinen Höhepunkt. Die meisten katholischen Amerikaner – die von italienischer, irischer, deutscher, ungarischer, kroatischer und slowakischer Abstammung – betrachteten sich als »Isolationisten«. Darüber hinaus waren kommunistische Greueltaten gegen Priester, Nonnen und Kirchen während des Spanischen Bürgerkriegs (1936 bis 1939) noch frisch in ihrer Erinnerung.

Als ausgebildeter Diplomat nahm Pius XII. die Herausforde-



Papst Pius XII. spricht zu Gläubigen in Rom, nach einem amerikanischen Luftangriff auf die Stadt im August 1943.

rung an. Er ernannte den dynamischen jungen Hilfsbischof von Cleveland, Michael Ready, zum Leiter einer Kampagne zur »Neuauslegung« der »Divini Redemptoris«, der anti-marxistischen Enzyklika des vorangegangenen Papstes, Pius XI., und gab die Parole heraus, daß der sowjetische Diktator Stalin in der UdSSR den Weg zur religiösen Freiheit bereite.

Das Schweigen des Papstes zur Kriegszeit

Daß es dem Oberhaupt der katholischen Kirche teuer zu stehen kam, sich als begeisterter Unterstützer ihrer Feinde zu vielen Millionen europäischer Katholiken gegenüber zu sehen, wird augenscheinlich durch einen beißenden Brief, den Pacelli an Myron C. Taylor schrieb, der in New York sein Gastgeber gewesen und der jetzt Roosevelts Gesandter am Heiligen Stuhl war. Zum Teil »auf Ersuchen des amerikanischen Präsidenten Roosevelt hat der Vatikan jede Erwähnung des bolschewistischen Regimes eingestellt. Aber dieses Schweigen wiegt schwer auf Unserem Gewissen, wird von den sowjetischen Führern, die die Verfolgung gegen Kirchen und Gläubige weiterbetreiben, mißverstanden. Gott gebe, daß die freie Welt nicht eines Tages Unser Schweigen Bedauern wird«. Es gab in der Tat ein »Schweigen des Papstes Pius XII.«, aber das war nicht das von Hochhuth und Friedländer erfundene Schweigen.

Kooperation zwischen Vatikan und Kommunisten

Die Bemühungen des Papstes gingen dennoch weiter. Als es zur Gewißheit wurde, daß deutsche Truppen Rom besetzen würden, ordnete er an, daß das päpstliche Siegel am Eingangstor der Großen Synagoge Roms eingeschnitzt wurde, und im Juli 1944 genehmigte er eine Zusammenkunft zwischen seiner rechten Hand, Monsigneur Montini, und dem unbestrittenen Führer des italienischen Kommunismus, Palmiro Togliatti, der kurz zuvor nach 18 Jahren Exil aus der Sowjetunion zurückgekehrt war.

Laut Dokument JR1022, vor einigen Jahren von den Nachfolgern des US-Office of Strategic Services (OSS) zur Kriegszeit freigegeben, war das Gespräch zwischen Monseigneur Montini und Togliatti der erste unmittelbare Kontakt zwischen einem hohen Prälaten des Vatikans und einem Führer des Kommunismus. Nachdem sie die Lage erörtert hatten, erkannten sie potentielle Möglichkeiten einer unvorhergesehenen Allianz zwischen Katholiken und Kommunisten in Italien, die den drei Parteien – Christliche Demokraten, Sozialisten und Kommunisten – eine absolute Mehrheit verleihen und sie somit in die Lage versetzen könnte, jede politische Situation zu beherrschen. Ein vorläufiger Plan wurde entworfen, um die Basis zu schmieden, auf der die Vereinbarung zwischen den drei Parteien getroffen werden konnte.

Dieser »vorläufige Plan«, vor 49 Jahren geschmiedet, wurde zum Fundament der unheiligen Allianz, die große Teile der italienischen Bevölkerung entchristianisierte, mehrere Jahrzehnte des blutigen Tumults in Schulen und Fabriken hineintrug und das Land der Mafia eröffnete, eine Entwicklung, die heute ihren Höhepunkt in der nationalen Forderung nach einer umfassenden sozialpolitischen Reform, »Mani Puliti«, »Saubere Hände«, genannt, erreicht hat.

In seiner ersten größeren Rede nach dem Kriege verteidigte der Papst die einseitige Haltung, die er den ganzen Konflikt hindurch beibehalten hatte. Er sagte vor dem Kolleg der Kardinale: »Wir als Oberhaupt der Kirche weigerten uns, Christen zu einem Kreuzzug aufzurufen.« Er bezog sich dabei auf den Besuch des französischen Kardinals, Boudrillat, während des Krieges in Rom, um den päpstlichen Segen für die Freiwilligen-Regimenter von Franzosen, Spaniern, Italienern, Kroaten, Ungarn, Slowenen – fast bis auf den letzten Mann Katholiken – zu erbitten, die sich mit den bewaffneten Streitkräften Deutschlands und seiner Verbündeten anschickten, die Sowjetunion zu erobern, oder, wie der Kardinal es ausdrückte, »das russische Volk zu befreien«.

Zusammen mit den »Kreuzzüglern« sollte ein beträchtliches Kontingent russisch- und ukrainisch-sprechender Priester, junger Absolventen des Russikums, Roms russisches Seminar, die hofften, die seit langem geschlossenen Kirchen auf dem Weg dorthin wieder zu eröffnen, mit hinausziehen.

Die Erwartungen des Kardinals wurden schnell zerschlagen, als der Papst den sofortigen Widerruf der Bitte um seinen Segen verlangte. Außerdem durfte Boudrillat keinerlei Kontakt zur Presse aufnehmen.

Als der Krieg sich dahinschleppte, wurde mehr Druck auf den Papst ausgeübt, sich dem vormarschierenden Marxismus zu widersetzen. Nuntius Roncalli schrieb aus der Türkei und brachte seine »Panik« über die sowjetische Offensive zum Ausdruck. Er hatte vergeblich versucht, berichtete er, von seinem kürzlichen Besucher, Kardinal Spellman aus New York, zu erfahren, was Roosevelt Stalin alles versprochen hatte.

Aus Bern berichtete der Nuntius Bernardini, daß die Schweizer Presse, »bis jetzt mit der deutschen Hegemonie vollbeschäftigt, plötzlich damit begonnen habe, einer weit größeren, einer tödlichen Gefahr, nämlich, daß Deutschland in die Hände der Sowjets fallen könnte«, Rechnung zu tragen. Im Namen der katholischen Mehrheiten in Polen und Ungarn plädierend, bat er den Papst, jeder vernünftigen Friedensinitiative Rückendeckung zu verleihen.

Im März 1944 drängte der Außenminister Maglione – es ist anzunehmen ohne Wissen des Papstes – Britanniens Gesandten am Heiligen Stuhl dazu, zu versuchen, Churchill davon zu überzeugen, daß das Empire ein nichtkommunistisches Deutschland in einem stabilen Europa benötige. Schließlich kam im April der Premierminister von Ungarn, Dr. Kallay, nach Rom mit einer verzweifelten Bitte an Papst Pius XII., »sich an die Spitze einer Friedensinitiative zu stellen, die in der Lage wäre, den sowjetischen Vormarsch, der kurz davor stand, die christlichen Völker Europas zu überrollen, zu stoppen«. Wie sich Pius XII. 1946 vor dem Kolleg der Kardinäle brüstete, widerstand er jedem Druck und wies jede Bitte ab. □

Neue Weltordnung

Der Frontmann Butros-Ghali

William Carmichael

Jede erfolgreiche Operation hat einen offiziellen Frontmann. Sogar die Elite der Internationalen benötigen einen sichtbaren Führer für den Vorstoß zur Weltregierung.

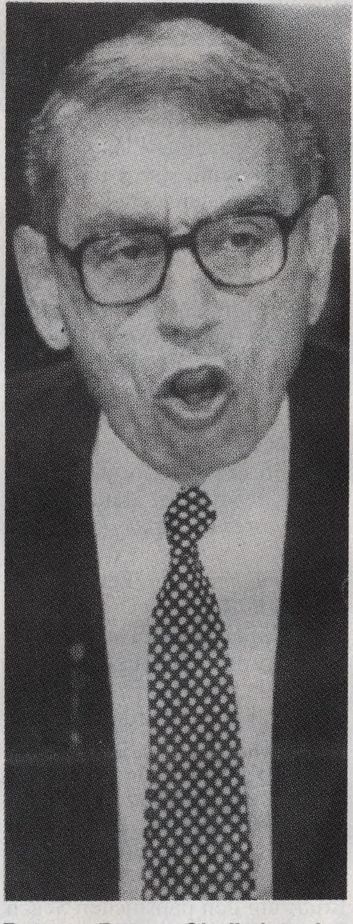
Eine der weniger angenehmen Pflichten einer Regierung besteht darin, die Angehörigen über den Tod eines Soldaten zu unterrichten. Seit Ende des 18. Jahrhunderts wird Angehörigen von amerikanischen und protoamerikanischen Soldaten Amerikanern mitgeteilt, daß ihre Jungs »im Dienste ihres Landes gestorben sind«. Nichts weiter.

Im Einsatz für die Weltregierung

Jetzt setzen Amerikaner ihr Leben für die Weltregierung und die sichtbare Repräsentanz dieser internationalistischen Macht, die Vereinten Nationen, aufs Spiel. Der Weichensteller für die Vereinten Nationen ist Butros Butros-Ghali, der 1991 als Nachfolger des untüchtigen Javier Perez de Cuellar zum Generalsekretär der UN gewählt wurde.

Wenn also jemand an die Tür der Wohnung einer Soldatenfamilie klopft, um die Angehörigen vom Tod eines amerikanischen Soldaten zu informieren, dann werden das keine Beileidsbezeugungen vom Präsidenten der Vereinigten Staaten sein, die die Besucher mit sich führen, sondern die von Butros-Ghali. Und der US-GI hat sein Leben nicht im Dienste seines Landes, sondern im Dienste der internationalistischen Elite hingegeben.

Mit Zustimmung des US-Präsidenten Bill Clinton sind amerikanische Soldaten jetzt den Grillen eines wenig bekannten Politikers ausgeliefert, der bei dem Vorstoß in Richtung auf eine Weltregierung die Befehle der internationalistischen Elite ausführt.



Butros Butros-Ghali ist der Frontmann der Internationalisten zur Durchsetzung der Pläne einer Weltregierung.

Ein Mann für alle Fälle

Wer ist Butros-Ghali? Er ist der ehemalige ägyptische stellvertretende Ministerpräsident. Er ist ein Afrikaner, der nicht schwarz ist; ein arabischer koptischer Christ, dessen Frau Jüdin ist. Als Mann für alle Fälle stellt er unter Beweis, daß er einer Sache ohne nachzudenken zustimmen kann. Ägyptens Anwar Sadat führte ihn 1974 in die Politik ein, und Butros-Ghali war einer der Schlüsselunterhändler bei den Abkommen von Camp David, die Milliarden Dollar an amerikanischen Steuergeldern als Gegenleistung für gewisse Anpassungen der Außenpolitik im Nahen Osten versprachen. George Bushs Operation Wüstensturm spiegelte die in Camp David eingegangenen Verpflichtungen wider, das heißt, Ägypten in, Israel out.

Butros-Ghali wurde zum Kandidaten der Dritten Welt für den Spitzenposten bei den Vereinten Nationen, als offensichtlich wurde, daß die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich der Ernennung eines Schwarzen aus der Sub-Sahara für diesen Posten einfach nicht zustimmen wollten oder konnten. Einen Europäer in dieses Amt zu wählen war politisch zweifelhaft.

Was steht auf der Tagesordnung des Ägypters und der Vereinten Nationen? Man braucht nur die Seiten von »Foreign Affairs«, die einflußreiche – kein Wunder – Publikation des Council on Foreign Relations (CFR), durchzublättern. In der Winter-1992/93-Ausgabe des Blattes stellte Butros-Ghali die »Erweiterung der Anforderungen« für die »friedenserhaltenden Kräfte« in den letzten Jahren fest.

»Erweiterung der Anforderungen« durch wen?, könnte man fragen. Gewiß nicht durch vaterlandsliebende Amerikaner, die es nicht schätzen, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, besonders wenn dadurch amerikanische Menschenleben zum Wohle der Internationalisten aufs Spiel gesetzt werden. Ende 1992 hatten die Vereinten Nationen mehr als 50 000 Soldaten an verschiedenen Stellen überall in der Welt, eine Situation zu der sich noch Mazedonien und Somalia hinzugesellten.

Im Herbst 1987 rief der damalige sowjetische Diktator Michail Gorbatschow zur Verstärkung der Rolle des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu »friedenserhaltenden« Zwecken um den Erdball herum auf. Klingt das nicht vertraut?

Ein Vorwand zur Intervention

Politisch angeheizter Tumult und Hungersnot in vielen Ländern dient als Vorwand, um neue Präzedenzfälle für die Expansion der Macht der Vereinten Nationen zu schaffen. In Somalia, zum Beispiel. Bei früheren Eingriffen der Vereinten Nationen hatte man es mit der angeblichen Aggression eines Landes gegen ein anderes zu tun, aber das Somalia-Abenteuer der UNO, so sagt Butros-Ghali, »ist das erste Mal, daß eine kollektive Intervention wegen eines humanitären Problems durchgeführt wird. Wir setzen hiermit einen Präzedenzfall, der für die Zukunft der Vereinten Nationen sehr bedeutsam sein wird…«

Seitdem er im Januar 1992 sein Amt übernahm, übt Butros-Ghali Druck aus, um die Vereinten Nationen mehr in »humanitäre« Notfälle – wie Somalia – zu verwickeln, und schlug sogar eine besondere Abteilung der Vereinten Nationen vor, die sich damit befassen soll. Eine solche Abteilung könnte aus »humanitären« Gründen eine multinationale Streitmacht zu irgendeiner Stelle in der Welt entsenden, vermutlich ohne die ausdrückliche, explizite Genehmigung derjenigen Länder, die diese Soldaten zur Verfügung stellen.

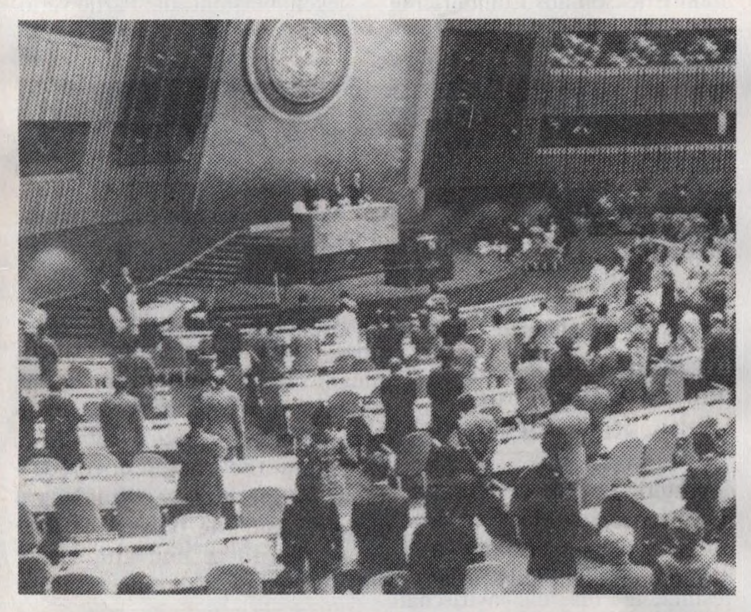
Auf George Washington hören

George Washington warnte in seiner berühmten »Abschiedsrede«, daß »Einfluß vom Ausland her einer der verderblichsten Feinde republikanischer Regierungen« ist, und sagte, »die große Verhaltensregel für uns, in bezug auf das Ausland, besteht darin, daß wir bei der Erweiterung unserer Handelsbeziehungen so wenig wie möglich politische Verbindungen mit ihnen haben«.

Am 31. Januar 1992 fand in New York City das allererste Gipfeltreffen der Führer der 15 im Si-



Die Wirtschafts- und Finanzkonferenz von Bretton Woods von 1. bis 22. Juli 1944 diente dazu, die Völker der Welt in den Griff zu bekommen.



Die Vereinten Nationen spielen mit Hilfe der USA den Weltpolizisten, dahinter stehen die Banker und ihre Computer-Netzwerke, die das Fundament für die neue Weltregierung bilden.

cherheitsrat der Vereinten Nationen vertretenen Länder statt. Die 13 Staatsoberhäupter und zwei Außenminister gelobten, die UNO zu stärken und ihre Rolle bei der Erhaltung des »Friedens« in aller Welt zu erweitern. Sie stimmten darin überein, dem Generalsekretär die Macht zu verleihen, für solche »friedenserhaltenden« Operationen »präventive Diplomatie« zu betreiben, und beauftragten Butros-Ghali, einen Bericht über dieses Thema auszuarbeiten.

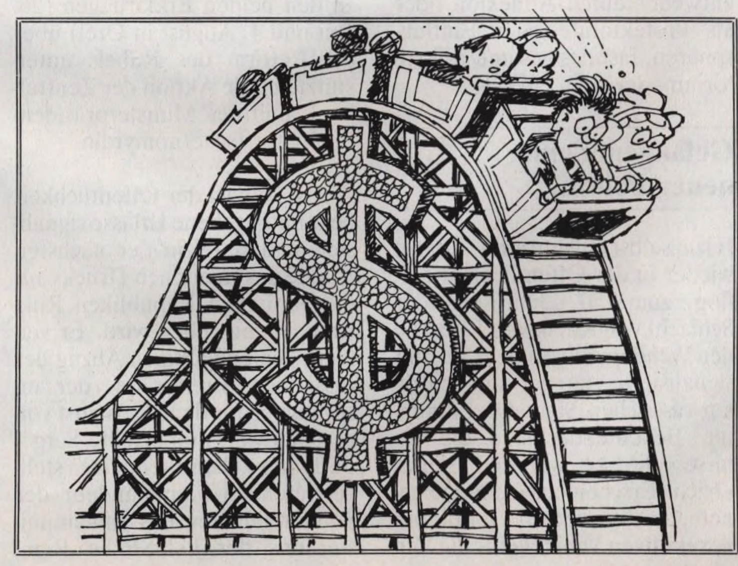
Butros-Ghali nannte seinen Bericht »An Agenda for Peace« (»Eine Tagesordnung für den Frieden«). Er wurde im Juni 1992 herausgegeben. Darin stellt er fest, daß, während in der Vergangenheit »Operationen der Vereinten Nationen in Krisengebieten im allgemeinen erst dann durchgeführt wurden, nachdem der Konflikt stattgefunden hatte«, die »Zeit gekommen ist, für Umstände zu planen, die den präventiven Einsatz von Soldaten rechtfertigen«. Er wies darauf hin, daß Artikel 42 der Charter der Vereinten Nationen dem Sicherheitsrat »die Befugnis gibt, sofort in Aktion zu treten, um den Völkerfrieden zu erhalten oder wiederherzustellen«, und daß »die Option, in Aktion zu treten, von wesentlicher Bedeutung für die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen als Garant für internationale Sicherheit ist«.

Und hier liegt der Hase im Pfeffer: Um die Vereinten Nationen glaubwürdig zu machen, bedarf es besonderer Vereinbarungen, »wonach Mitgliedstaaten sich verpflichten, dem Sicherheitsrat bewaffnete Streitkräfte und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, ... nicht auf einer ad hoc-Grundlage, sondern auf Dauerbasis«.

Wie »The Spotlight« und CODE schon oft ausgeführt haben, ist der Gedanke an eine internationale Autorität – in der Tat eine supranationale Autorität, die auf Kosten der staatlichen Souveränität eine eigene Souveränität ausübt – keineswegs voll erwachsen aus den Hallen des Hauptsitzes der Vereinten Nationen entsprungen. Butros-Ghali sagte nämlich selbst in den oben erwähnten »Foreign Affairs«: »Der Gedanke, daß die Vereinten Nationen sich um wirtschaftliche und soziale Fragen kümmern sollten, entstand aus dem, was sich ›Wohlfahrts-Internationalismus‹ nennt, der sich aus der Planung während des Krieges für den Frieden entwickelte und einen bildenden Einfluß auf die Bretton-Woods-Institutionen ausübte, die aus dieser Zeit stammen.«

Wenn bei den Wörtern »Bretton Woods« der Groschen fällt, dann sollte das auch so sein. Der Zweite Weltkrieg war im Juli 1944 auf seinem Höhepunkt als hundert Männer aus 44 Ländern sich fast einen ganzen Monat lang zusammensetzten, um ein internationales Geldsystem zu entwerfen. Die zehn Delegierten aus den USA auf dieser Konferenz, die unter anderem den Internationalen Währungsfonds schufen, waren Harry D. White, Fred Vinson, Dean Acheson, Edward Brown, Marriner Eccles, Jesse Wolcott, Senator Robert F. Wagner, Brent Spence, Finanzminister Henry Morgenthau jun. und Senator Charles Tobey.

Butros-Ghali handelt nicht in der Schwebe, oder ohne Richtung. Er ist der Weichensteller für die Internationalisten bei dem Vorstoß zur Weltregierung. Und er leistet erstklassige Arbeit. □



Rußland

Das Nachdenken über die Zeit nach Jelzin

John Springfield

Die Frage, was kommt nach dem russischen Präsidenten Boris Jelzin, dessen politische Fortune langsam aber sicher dahinschwindet, brach im Sommer in der russischen Presse offen aus. Die Flut von Artikeln, die auch Fragen über Jelzins Gesundheit aufwarfen, begann am 29. Juli in der »Prawda«, »Rossiskaja Gazeta«, Organe, die der alten kommunistischen beziehungsweise der russsichen ultra-nationalistischen Opposition gegen Jelzin nahestehen. Und dennoch war dies nicht nur ein bloßes Dreckschleudern der Opposition. Ein Sprecher für die Pro-Jelzin-Bewegung Demokratisches Rußland bestätigte am 2. August, daß die Gestaltung der Nachfolge für diese Organisation zu einer vordringlichen Aufgabe geworden sei.

Die sich intensivierende Diskussion um die Nachfolge spielt eine tiefgehende Umwandlung wider, die in der russischen Politik im Gange ist. Diese Verschiebung ist an zwei Angelpunkten erkennbar: Erstens, der Beginn eines abrupten Bruchs mit der Politik der »Schocktherapie«, die die Wirtschaft in den letzten 18 Monaten verwüstet hat; und zweitens im typisch russischen Stil, die Beschleunigung einer »großrussischen« Politik der Wiederherstellung des Imperiums durch stufenweises An-sich-Reißen, entweder durch Annexion oder als Protektorate oder Einflußsphären, fast des gesamten Territoriums der alten UdSSR.

Gefangener einer neuen Politik?

Jelzin selbst tauchte am 4. August wieder in der Öffentlichkeit auf, flog zum 50. Jahrestag der Schlacht von Kursk von 1943, die den Wendepunkt an der Ostfront signalisierte, zu der süd-zentralen russischen Stadt Orel hinunter. Bedeutender sind die Erlasse, die er während seines »Nicht-Erscheinens« unterzeichnete, die ihn seit dem 13. Juli zum »exekutiven Vehikel« für die Veränderung in der Politik machten. Einige Höhepunkte:

Jelzin gab dem Militär die Befugnis, im Krieg in Tajikstan jede erforderliche Gewalt anzuwenden.

Ende Juli befahl er als Reaktion auf Forderungen des Militärs, vorsorglich die Entsendung von weiteren 5000 Soldaten in die explosive Region Nordossetia und Inguschetia des nördlichen Kaukasus, in der Erwartung neuer Ausbrüche völkischer Konflikte.

In den beiden Erklärungen (26. Juli und 4. August in Orel) über die Reform des Rubels unterstützte er die Aktion der Zentralbank und des Ministerpräsidenten Victor Tschernomyrdin.

Am 4. August der Öffentlichkeit bekanntgegebene Erlasse signalisieren, daß Jelzin der nächsten Runde des russischen Drucks auf die baltischen Republiken Rükkendeckung geben wird. Er vertagte den endgültigen Abzug der russischen Streitkräfte, der ursprünglich für den 31. August vorgesehen war, und erteilte Sergej Parfyonow, dem ehemaligen stellvertretenden Kommandeur der Sondereinheiten des Innenministeriums der UdSSR in Riga, OMON, der für den Angriff auf das Gebäude des lettischen Innenministeriums im Januar 1991, bei dem mindestens fünf Menschen ums Leben kamen, sein präsidentiales Pardon. Unter starkem russischem Druck wurde Parfyonow am 31. Juli vorzeitig aus einem lettischen Gefängnis entlassen und nach Rußland deportiert.

Hochrangige westliche Rußland-Experten und die seriösesten Blätter der kontinental-europäischen Presse sind sich darüber klar geworden, daß die Veränderung unumkehrbar ist, ungeachtet von Betrachtungen über Persönlichkeiten in der russischen Führung. Das zweite, oder beherrschende Merkmal dieser Veränderung wurde von Professor John Erickson aus Edinburgh in einem Artikel für das »World Policy Journal« als »Versammlung der russischen Länder um Moskau herum« zum Ausdruck gebracht. Dieser Satz, »die Versammlung der russischen Länder« wurde benutzt, um die russische Politik in dem Leitartikel der »Süddeutschen Zeitung« vom 4. August mit der Überschrift: »Das Imperium kommt zurück« zu beschreiben.

Zurückweisung oder »Schocktherapie«

Der stärker werdende Bruch mit der Schocktherapie – den radikalen Freimarkt-Maßnahmen, um alle Direktiven und jegliche Untestützung für die Wirtschaft durch die Regierung zu beseitigen – wurde durch die Rubel-Reform in die Wege geleitet. Das Muster kann mit zwei neuen Entwicklungen, die im Westen kaum Beachtung gefunden haben, dokumentiert werden. Die erste war die Ankündigung des Ersten Stellvertretenden Premierministers Oleg Lobow, ein lautstarker Gegner der Schocktherapie, vom 29. Juli, daß Rußland sein größtes infrastrukturelles Programm seit Jahren, mit einem Budget von 1,2 Billionen Rubel für den Bau von Wohnungen und Straßen, auf die Beine stellen werde. Dieser Ankündigung folgte eine Bekanntgabe der russischen Regierung, die am 1. August ohne großes Aufheben von Radio Moskau verbreitet wurde, die berichtete, daß »Bauarbeiten an der Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen St. Petersburg und Moskau« begonnen haben, und daß »die Fertigstellung für 1999 geplant ist«.

In einem Interview mit Radio Moskau, das am 2. August ausgestrahlt wurde, verteidigte der stellvertretende Direktor des höchsten Wirtschafts-Beraterstabs IMEMO die Rubel-Reform als etwas, was »getan werden muß«, obwohl er sagte, daß man »es besser hätte machen können«. Der Interviewer sprach von der Opposition des Finanzministers Boris Fyodorow und fragte: »Ist das Kabinett nicht gespalten?«. Die Antwort lautete: »Das Kabinett war immer gespalten, von Anfang an«, wodurch klar wurde, daß die Gruppe um Fyodorow, die dem internationalen Währungsfonds (IWF) loyal gegenübersteht, die Partie verloren hat.

Der Fragesteller wandte ein, daß »westliche Regierungen nicht für die Rubel-Reform sind« und angedeutet hätten, daß sie die von der Gruppe der Sieben versprochene Hilfe zurückhalten könnten. »Riskiert Rußland nicht«, abgeschnitten zu werden? Die Antwort lautete rundheraus: »Nein«, Rußland riskiert nichts, weil »Rußland keinen Pfennig von der zugesagten Hilfe bekommen hat«, und »wenn hier überhaupt jemals Geld eintrifft ... wird es viel weniger als versprochen sein, und wir werden nicht einmal anfangen, es zu sehen, bevor viele Monate ins Land gezogen sind«.

Die Frage der Nachfolge von Jelzin

»Prawda« und »Rossiskaja Gazeta« berichteten über gewisse unbestreitbare Tatsachen, die darauf hindeuten, daß Jelzin entweder in einem politischen Zwielicht steht oder sehr krank ist, oder beides: »In den letzten drei Wochen im Juli ist Jelzin nicht in der Öffentlichkeit aufgetreten. Fernsehberichte über ihn waren auf Archivbilder angewiesen, mit zwei Ausnahmen. Auf der Sitzung des russischen Sicherheitsrats am 26. Juli waren im Hintergrund Bilder eines Jelzin mit einem bemerkenswert aufgeblähten Gesicht kurzzeitig zu sehen. Das Gleiche trifft auf den 29. Juli bei seinem Zusammentreffen mit Führern der Regionen Nordosse-

tia und Inguschetia im nördlichen Kaukasus zu.

Eine Zusage vom 27. Juli, in Moskau vor einem Jugend-Kongreß zu sprechen, wurde in letzter Minute annulliert, und die üblichen Fernseh-Interviews fielen aus, zunächst wegen eines »Urlaubs«, und dann nach seiner Rückkehr nach Moskau am 25. Juli ohne daß ein Grund dafür angegeben wurde.

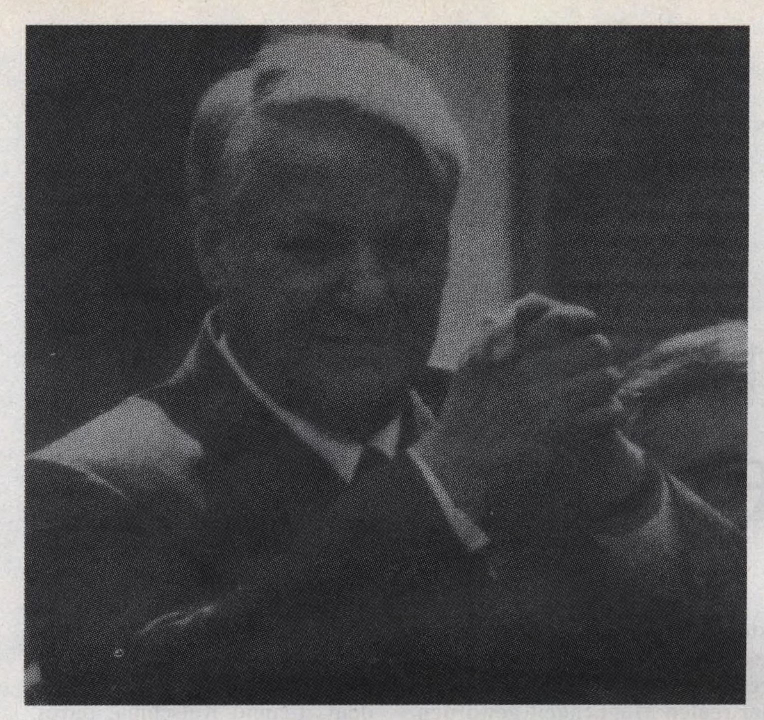
»Prawda« hatte über eine Dringlichkeitssitzung der Führung der Pro-Jelzin-Bewegung Demokratisches Rußland berichtet und mitgeteilt, daß Jelzin indisponiert sein könnte und dabei die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß unter der gegenwärtigen Verfassung die Macht automatisch an den Vize-Präsidenten Aleksandr Rutskoj, einer der härtesten Kritiker Jelzins, übergehen könnte.

Sprecher für die Bewegung Demokratisches Rußland bestritten die Gerüchte um Jelzins Gesundheit auf das heftigste, bestätigten jedoch, daß die Frage der Nachfolge gestellt werde. Sie erklärten, daß Demokratisches Rußland den baldigen Abschluß und Ratifizierung der neuen Verfassung als vordringlich vorantreibe, mit besonderer Betonung auf die darin enthaltene Klausel über die Nachfolge, die sofortige Wahlen verlangt und damit Rutskojs Machtpläne durchkreuzt.

Am 2. August geriet das Gerangel um die Nachfolge Jelzins erstmals in die »Nezawisimaja Gazeta«, in einem Leitartikel von Viktor Marsow, der Jelzins neuerliches Verhalten als »mehr als seltsam« bezeichnete und die Überschrift trug: »August 1993: Nervöses Abwarten. Wer hat die Lage in Rußland im Griff? Wieder einmal gibt es keine Antwort darauf.«

Marsow schrieb: »Gerüchte, die für den Präsidenten höchst unerfreulich und für das Land gefährlich sind, machen in ganz Moskau die Runde. Diese Gerüchte kursieren zwar schon seit Monaten, sind aber neuerdings zu einem realen Faktor des wirklichen, aber immer noch im Untergrund stattfindenden politischen Kampfes geworden.«

»Wer beherrscht die Situation hierzulande und wie? Es gibt keine Lösung für diese Situation und durch diese Verantwortungslosigkeit ähnelt die Lage im August 1993 sehr stark der des August 1991«, ein Hinweis auf den Putschversuch während Gorbatschows Regierungszeit. »Die Entfaltung der Kräfte ist anders – die Bedenken und Zweifel sind die gleichen.«



Der russische Präsident Boris Jelzin steht inzwischen voll unter der Kontrolle der Internationalisten.

Wer beherrscht die Situation?

Marsow setzte hinzu, daß Jelzins »Entscheidungen entweder völlig glanzlos oder widersprüchlich waren. Man hat den Eindruck, daß niemand weiß, wie der Präsident über bestehende Probleme denkt.«

Eine große Schlagzeile in der führenden Tageszeitung »Frankfurter Allgemeine« verkündete: »In Moskau vermehren sich die Anzeichen für eine schwere Krankheit Jelzins.« Der Artikel, der gut informierten Moskauer Korrespondentin der Zeitung, Elfie Siegl, beginnt wie folgt: »Erstzunehmende Anzeichen sprechen für die Tatsache, daß der russische Präsident Jelzin ernsthaft erkrankt und in seiner Fähigkeit zu arbeiten und Entscheidungen zu treffen, eingeschränkt ist. Wie von verschiedener Seite zu hören ist, hat sich in den letzten drei Wochen ›entgegen den Erwartungen‹ Jelzins Gesundheitszustand so verschlechtert, so daß er kaum noch Herr über die Situation im Lande ist.«
Am 3. August sah sich das Amt des Präsidenten gezwungen, ein Dementi herauszugeben, und zu sagen, die Gesundheit des Präsidenten sei »normal«. Dieser Erklärung folgten Bekanntgaben, daß Jelzin am 4. August Moskau zu einem Besuch in Orel zur Feier des 50. Jahrestages des Sieges in der Schlacht von Kursk verlassen werde. Dann, so wurde berichtet, werde Jelzin am 5. August in Moskau auf einer Sitzung zur Planung eines Gipfeltreffens zentralasiatischer Staatsoberhäupter und Ministerpräsidenten Gastgeber für den Präsidenten von Kasakstan, Nursultan Nazarbajew, sein.

»Die Barannikow-Affäre« boxt Jelzin hinein

Die zweifache Tagesordnung für diese Sitzung soll sich auf die von Rußland dominierte »Wirtschafts-Union« erstrecken, über die man sich unter den drei slawischen Republiken – Rußland, Ukraine und Weißrußland – geeinigt hat und die einen Großteil oder alle zentralasiatischen Republiken der ehemaligen UdSSR umfassen soll, und um Aktionen bezüglich des Krieges in Tajikistan zu koordinieren.

Die scharfe Kante des Machtspiels um Jelzin, wenn er politisch überlebt, zur Gallionsfigur der neuen Politik zu machen, ist die ungelöste »Barannikow-Affäre«. Dies bezieht sich darauf, daß Jelzin Ende Juli den russischen Sicherheitsminister, der harte Beweise eingeholt hatte, die belegen, daß die führenden Persönlichkeiten um Jelzin herum ihre Taschen durch illegale Finanz-Deals vollstopfen, gefeuert hatte. Wie es in einem Artikel in der »Frankfurter Allgemeine« heißt, sickerten Informationen dahingehend durch, daß der Erlaß mit dem Barannikow gefeuert wurde, von Jelzins Entourage entworfen und Jelzin lediglich zur Unterschrift vorgelegt worden sei.

Zu den darin Angesprochenen, außer denen, die der Korruption beschuldigt werden, gehören der Leiter des Präsidialamts, Sergej Filatow, und Jelzins engster Mitarbeiter, Suchanow, der ihn auf allen offiziellen Reisen wie auch im Urlaub begleitet. Die anderen Zielscheiben, über die Barannikow Akten führte, sind die stellvertretenden Ministerpräsidenten Wladimir Schumeiko und Serjey Schakhrai, ebenso der Leiter des russischen Informationsbüros, Michail Poltoranin, und der ehemalige Außenminister Gennadi Burbulis – alles enge Freunde von Jelzin.

Außerdem wurde Andrej Makarow, ein Moskauer Anwalt, den Jelzin im Juli zum Leiter »Zwischeninstitutioneller Kommission des Sicherheitsrats zur Bekämpfung von Verbrechen und Korruption« ernannt hatte, von der Korrespondentin Siegl als Kumpel von Schakhrai, Burbulis und Poltoranin identifiziert. Die Ernennung Makarows war ein eindeutiger Versuch, Barannikow zu umgehen, um die Jelzin-Clique zu schützen, und spielte eine Schlüsselrolle bei der Entfachung der »Barannikow-Affäre«.

Die Zeitung hob auch hervor, daß sich das Fallout der Barannikow-Affäre auch auf das Militär erstreckt, und die Tageszeitung des Verteidigungsministeriums »Krasnaja Zwezda« wird dahingehend zitiert, daß die Entfernung Barannikows aus dem Amt das Sicherheits-Ministerium hart getroffen und »Konsternation und ein panikartiges Schlamassel« hervorgerufen habe. □

Rußland

Kommt es zu einem Konflikt mit Ukraine?

Peter Blackwood

Seit Ende August dieses Jahres ist die alptraumhafte Bedrohung, daß bewaffnete Konflikte zwischen Rußland und Ukraine, den beiden größten Staaten der ehemaligen Sowjetunion, zu einem richtigen Krieg führen könnten, zu einer realen Möglichkeit geworden. Ein solcher Krieg, in den die beiden Länder mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als 200 Millionen verwickelt wären, würde alles bisher auf dem Balkan, im Kaukasus oder in Zentralasien Erlebte in den Schatten stellen. Er würde die größte internationale strategische Krise seit dem Zweiten Weltkrieg auslösen. Selbst, wenn eine Eskalation bis zu einem Weltkrieg abgewendet werden könnte, würde ein Krieg zwischen Rußland und Ukraine beide Staaten verheerend schwächen. Was auch immer gewisse kurzsichtige und stupide imperiale Russen in Moskau denken mögen, ein russisch-ukrainischer Krieg wäre ein Wahnsinn, der nur britischen Interessen dienen würde, deren geopolitische Doktrin eine längere, vernichtende Entstabilisierung und Schwächung führender eurasischer Staaten verlangt.

Die Gefahr ist durch eine bedeutsame, häßliche Veränderung in den Berichten der Tageszeitung des russischen Verteidigungsministeriums »Krasnaja Zwezda« über Ukraine ins Rampenlicht der Öffentlichkeit getreten, vor allem in Artikeln Ende August, vorgeblich über die Abschwächung des Krieges in der georgischen Region Abchasien. In den Artikeln wird der Einsatz von etwa 1000 ukrainischen »Freiwilligen«, ausschließlich aus der Westukraine (Galizien) angeworben, die auf der Seite Georgiens gegen den »russischen Imperialismus« kämpfen, hervorgehoben. »Krasnaja Zwezda« berichtete, daß diese Ukrainer, jetzt wo der Krieg in Abchasien zuende ist, planen, 600 aus ihren Reihen zur Krim zu entsenden, um den nächsten Kampf gegen den »russischen Imperialismus« in Sewastopol, dem Hauptstützpunkt und Hauptquartier der Schwarzmeer-Flotte, zu führen, und setzte hinzu, daß derartige Kämpfe schon bald ausbrechen könnten. Das von »Krasnaja Zwezda« geschilderte Szenario, wie der Konflikt beginnen könnte, ist von ausschlaggebender Bedeutung. Der Krieg wäre nicht die Folge eines allgemeinen »inter-ethnischen« Konflikts zwischen Ukraine und Ukraines zehn Millionen starker russischer Minderheit: Bis heute gab es nicht einmal einen einzigen Zwischenfall »inter-ethnischer« Gewalt in Ukraine.

Verdeckte britische Operationen

Stattdessen schreibt »Krasnaja Zwezda« über einen Konflikt der von zwei Banden von Provokateuren ausgelöst werde, eine »ukrainische« mit dem Geruch einer verborgenen britischen Hand hinter sich, und eine andere moskowitische. Wie »Krasnaja Zwezda« schreibt, wird die »ukrainische« Komponente ausschließlich in Westukraine angeworben, und die russische Komponente sei die Flotte, womit zugegeben wird, daß nicht ein einziger Einwohner der Krim in die anfänglichen Kämpfe verwickelt sein wird.

Wir haben es hier mit einer drohenden Wiederholung jener Art von verdeckten Operationen zu tun, die von Britannien in Bosnien durchgeführt werden, um einen Krieg zwischen bosnischen Moslems und bosnischen Kroaten zu entfachen, wie in der kroatischen Wochenzeitung »Danas« dokumentiert wurde.

Ukraine selbst befindet sich in den Klauen eines internen wirtschaftlich-politischen Zusammenbruchs, der dieses strategisch wichtige Land von 54 Millionen Einwohnern an den Rand der Katastrophe gebracht hat. In einer Ansprache vor dem ukrainischen Parlament am 31. August 1993 warnte der Ministerpräsident, Leonid Kutschma, davor, daß Ukraine sich »direkt am Rande des Abgrunds« befinde, und sein Schicksal werde sich möglicherweise in wenigen Tagen entscheiden.

»Direkt am Rande des Abgrunds«

Ukraines Krise der nationalen Existenz ist zum größten Teil durch Verlangsamung und Einstellung der lebenswichtigen Lieferung von Öl und Benzin, kombiniert mit einem eisenharten Kredit- und Hilfsleistungs-Embargo seitens des Westens verursacht und verschlimmert worden. Die äußerst verwundbare Position Ukraines verlockt Moskauer Kräfte, die sich zur Wiederherstellung des Imperiums verpflichtet haben, dazu, ihrem Repertoire der Einschüchterungs- und Epressungsmaßnahmen gegen das ukrainische Volk militärische Optionen hinzuzufügen, wobei russische Streitkräfte dazu eingesetzt werden sollen, Teile von Ukraine, wie zum Beispiel die Krim, zu annektieren.

Ministerpräsident Kutschma, der seit Mai Notstandsvollmacht verlangt, um die zusammenbrechende Wirtschaft zu stabilisieren, sagte dem Parlament, dies sei Ukraines letzte Chance. Er legte dem Parlament ein Krisenbekämpfungsprogramm zur Stabilisierung der Wirtschaft« vor und rief dazu auf, einen »Notstand für die Wirtschaft ... ohne weitere Verzögerung« auszurufen, in dem der Ministerpräsident durch Erlaß regieren würde. Dem Parlament, von »ehemaligen« Kommunisten dominiert, die die alte Nomenklatura repräsentieren und das wiederholt alle Versuche Kutschmas, Ukraine eine starke Regierung zu geben, sabotiert hat, wurde gesagt: »Dies ist eine harte Maßnahme, aber wenn wir die Dinge auf morgen verschieben, werden wir alles verlieren.«

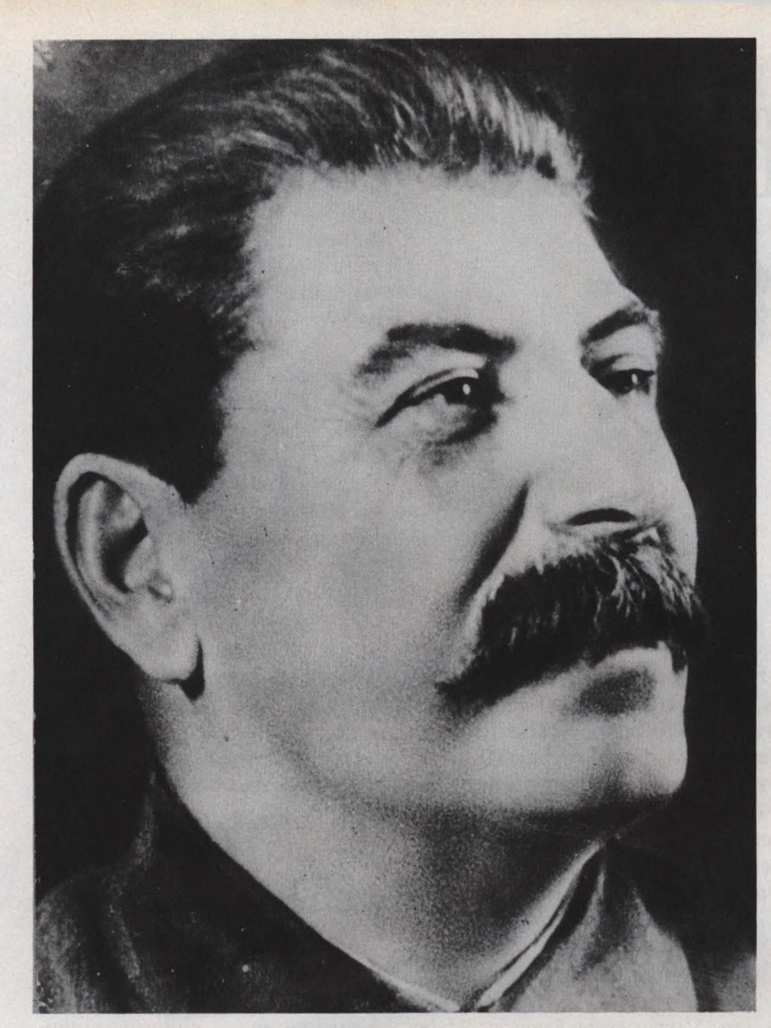
Ein bitterer Schlag für die Souveränität

Die Elemente des Kutschma-Pakets stimmen mit gewissen Schlüsselforderungen der nationalen Unabhängigkeitsbewegung Rukh überein, wie zum Beispiel Abhaltung von vorgezogenen Wahlen, und bilden somit die Grundlage für eine Anstrengung durch die Parteien hindurch, das Land zu retten.
Das Paket beinhaltet im Einzelnen: 1. Der Ministerpräsident regiert durch Erlaß, bis vorzeitige Wahlen stattfinden. 2. Alle Strukturen der Exekutive und der präsidentialen Verwaltung sollten dem Ministerpräsidenten unterstellt werden. Die Zentralbank soll aus der Kontrolle des Parlaments in die des Ministerpräsidenten übergehen, und 4. der Ministerpräsident behält sich das Recht vor, jeden Minister, außer dem Außenminister, Verteidigungsminister oder Sicherheitsminister, zu feuern.

Schließlich bestand Kutschma auf ein Mandat vom Parlament, den entgültigen Entwurf und die Unterzeichnung einer Wirtschaftsunion mit Rußland zuende zu bringen. Kutschma hatte am 17. Juni 1993 in Moskau die Vereinbarung über eine Slawische Wirtschaftsunion zwischen Rußland, Weißrußland und Ukraine unterzeichnet, und diese Vereinbarung legt fest, daß der endgültige Vertrag im September unterzeichnet werden sollte. Dieser von Rußland geführten Wirtschaftsunion beizutreten ist ein bitterer Schlag für die ukrainische Souveränität, aber es könnte der einzige sofortige Weg sein, einen bewaffneten Konflikt und/oder den Zerfall der ukrainischen Wirtschaft, die so stark von Rußland abhängt, abzuwenden.
Der erste Punkt, Gefahr des bewaffneten Konflikts, ist allzu gut

bekannt, man spricht jedoch nicht darüber, zumindest nicht in der Öffentlichkeit. Der zweite Punkt, der wirtschaftliche Aspekt, wurde von Kutschma herausgestrichen. Er sagte, daß weder eine Stabilisierung der Wirtschaft noch der Interimswährung, des Karbowanets, möglich ist, es sei denn ermäßigte Preise für russische Energielieferungen könnten ausgehandelt werden. Dies war ein direkter Angriff auf die wenige Tage zuvor von Präsident Leonid Krawtschuk verordneten Stabilisierungsmaßnahme, die den Kubowanets mit 5970 zum Dollar festlegte. Sein tatsächlicher Handelskurs belief sich auf 19000 zum Dollar, und verblieb seit der »Stabilisierung« auf diesem Stand.

Kutschma hat auch eine Säuberung des Kabinetts von Freimärktlern in Angriff genommen, was den stellvertretenden Ministerpräsidenten für Wirtschaftsreformen, Viktor Pynsenik am 27. August 1993 zum Rücktritt veranlaßte und am 30. August zur Entlassung des Wirtschaftsministers Juri Bannikow führte. Diese Maßnahmen werden sich jedoch als zwecklos erweisen, falls das Parlament weiterhin die Regierung sabotiert.



Ukraine war schon für Josef Stalin eine Republik, die massiven Widerstand gegen die Moskauer Politik leistete.

Das imperiale Rußland debattiert

Der nächste Knotenpunkt ist das Gipfeltreffen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), das in Moskau stattfand. Die Parteiung in Moskau, die für militärische Aktionen eintritt, ist noch nicht hegemonisch. Ihr Plan – der wie bereits erwähnt haargenau mit dem der britischen geopolitischen Interessen übereinstimmt – besteht darin, Konfliktpunkte zu provozieren unter Einsatz kleiner organisierter Banden von Provokateuren auf beiden Seiten, um eine Reihe von faits accomplis zu schaffen, die dann zu einem allgemeinen Konflikt führen. Die immer noch dominierende Meinung in Moskau ist, daß Ukraine durch Maßnahmen fast bis zum Krieg »wieder in den Schoß des Mutterlandes zurückgebracht« werden kann, und diese brutalen Methoden wirtschaftlicher Erpressung werden mit voller Kraft zur Anwendung kommen.

Anfang September hatte Rußland die internationale Isolierung Ukraines vervollständigt. Die Besuche Boris Jelzins Ende August in Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei sind Beispiele dafür, vor allem die in Warschau getroffenen Vereinbarungen. In einem Akt scheinbarer Großmut ließ Jelzin alle Bedenken russischerseits bezüglich des Beitritts Polens und der Tschechischen Republik zur NATO fallen. Diese Kursänderung signalisierte jedoch eine neue ost-westliche Teilungslinie, die mit den Westmächten ausgearbeitet wurde, die Polen und die Tschechische Republik in die westliche Sphäre versetzt und somit der NATO ein östliches Glacis beschert. Als Gegenleistung dafür wurde die Slowakei aus dem Westen ausgeschlossen und Rußland zugeworfen.

Obendrein wurde alles was östlich der polnischen Ostgrenze, die historisch als die Curzon-Linie bekannt ist, liegt, nämlich die ganze ehemalige Sowjetunion, als sich in der russischen Interessenssphäre befindlich erklärt, und das quid pro quo für Polen war, seine Unterstützung für die unabhängige Ukraine aufzugeben. Somit verlor Ukraine, bereits von den Westmächten aufgegeben, den letzten Stützpfeiler eines größeren europäischen Staates.

Im Herbst wird Moskau den Druck auf Ukraine von einer anderen Richtung aus verstärken, dadurch, daß es die andere slawische nichtrussische Republik, Weißrußland, dazu veranlassen wird, ihre Unabhängigkeit zu beenden und eine »Konföderation« mit Rußland anzustreben.

Die Politik der Wiedereroberung

Weißrußland ist im Gegensatz zu Ukraine seit August 1991 nur dem Namen nach unabhängig. Mit Ausnahme des Präsidenten Schuschkewitsch, der nur eine Galionsfigur ist, befand sich die ganze Führung, die Regierung von Ministerpräsident Kebitsch und die überwältigende Mehrheit des Parlaments, stets völlig in Händen der ehemaligen sowjetischen Nomenklatura. Dies wurde am 25. August, Weißrußlands Unabhängigkeitstag, deutlich, als es keine Feier oder Gedenkstunde gab. Im September wird Weißrußland nicht nur der Wirtschaftsunion beitreten, sondern Schuschkewitsch wird dazu gezwungen werden, den GUS-Verteidigungspakt zu unterzeichnen.

Alle Gruppen in der russischen Elite unterstützen die Politik der Wiedereroberung der »verlorenen« Territorien. Entschärfend gegen einen Krieg wirkt die vorherrschende kesse Ansicht, daß Moskau Ukraine Bedingungen ohne Krieg diktieren kann. Diese »aufgeklärte« imperialistische Ansicht war Ende August in der Wochenzeitung »New Times«, No. 34 präsent: »Ukraine scheint bereits in die Periode einer sich lange hinziehenden Unstabilität eingetreten zu sein, und viele erachten es als logisch, von dieser Situation Gebrauch zu machen, um erstens die Krim zurückzubekommen, und zweitens Ukraine mit der Krim zu zerschlagen. Aber ist es nicht wahrscheinlicher, daß aggressive Handlungen und Aufwiegelung seitens Moskau extreme Nationalisten in Ukraine wieder an die Macht bringen wird?«

»Und was ist wichtiger für Rußlands Außenpolitik als eine enge Union mit Ukraine? Nichts, ganz gleich von welchem Standpunkt aus gesehen: geopolitisch, wirtschaftlich, strategisch, psychologisch oder moralisch ... Während die meisten anderen Konflikte für Rußland und Eurasien Randerscheinungen sind, könnte dieser sich als tödlich erweisen.«

Die russische Elite weiß, daß eine bewaffnete Intervention auf dem Territorium von Ukraine zu einem bewaffneten Konflikt eskalieren könnte, der alles bislang auf dem Balkan oder in einem der Konflikte der ehemaligen UdSSR Erlebte in den Schatten stellen wird.

Dies träfe selbst dann zu, wenn keine Atomwaffen zum Einsatz kommen – eine Gefahr die keineswegs ausgeschlossen werden kann. □

John Demjanjuk

Folgen für die Nazi-Jäger-Einheit des OSI

Peter Blackwood

Der Freudentanz für das Office of Special Investigations (OSI) des amerikanischen Justizministeriums, die sogenannte Nazi-Jäger-Einheit, die wegen ihrer Rolle bei der versuchten »legalen« Hinrichtung John Demjanjuks nackt und bloß dasteht, wird bald vorbei sein. Am 29. Juli 1993 faßte das Oberste Gericht Israels den längst überfälligen Beschluß, daß Demjanjuk, ein naturalisierter Amerikaner ukrainischer Herkunft und im Ruhestand lebender Automechaniker aus Cleveland, der Kriegsverbrechen, für die er 1988 von einem israelischen Gericht der unteren Instanz zum Tode verurteilt wurde, nicht schuldig ist.

Innerhalb von Stunden nach diesem Beschluß hielt der Leiter des OSI, Neal Sher, eine grauenerregende Pressekonferenz ab, in der er den Beschluß des israelischen Gerichts als »technischer Natur« beiseitefegte und gelobte, verhindern zu wollen, daß Demjanjuk jemals wieder nach Amerika zurückkehrt.

Ohne Genehmigung des Generalstaatsanwaltes

Aus Kreisen, die der Clinton-Administration nahestehen, verlautet, daß Sher diese Pressekonferenz ohne Genehmigung des Generalstaatsanwalts Janet Reno abgehalten habe, eine Handlungsweise für die er gefeuert werden könnte.

Shers Wutausbruch, der in den nachfolgenden 72 Stunden durch Sprecher für die Anti-Defamation League der B'nai B'rith (ADL) sein Echo fand, wurde für die Clinton-Regierung sogar noch peinlicher, als das US-Sixth Circuit Court of Appeals in Cincinnati, am 4. August 1993 bekanntgab, es werde einen Vorführungsbefehl im Haftprüfungsverfahren (writ of habeas corpus) erlassen, in dem gefordert wird, daß Demjanjuk von der israelischen Regierung freigelassen und den Vereinigten Staaten überstellt wird.

Der Beschluß des Berufungsgerichts des 6. Bezirks erfolgte nach Abschluß einer Anhörung über einen Antrag des Verteidigers von Demjanjuk, diesem zu erlauben, zeitweilig in die Vereinigten Staaten zurückzukehren, während das Gericht seine Petition zur Wiederherstellung seiner amerikanischen Staatsbürgerschaft auf der Grundlage des ungeheuren Fehlverhaltens seitens der OSI-Staatsanwälte im Verlauf seines Ausbürgerungs- und Ausweisungsverfahrens überprüfte. Für das dreiköpfige Richtergremium des Berufungsgerichts sprechend, äußerte sich der Gerichtspräsident Gilbert Merritt mit starken Worten über Demjanjuks Recht, von den israelischen Behörden freigelassen zu werden, die ihn vom 6. August ab vorbehaltlich einer Entscheidung, ob gegen ihn Anklage wegen anderer Kriegsverbrechen erhoben werden soll oder nicht, immer noch in Gewahrsam halten.

Justice Merritt erklärte: »Unser früherer Gerichtsbefehl in dieser Sache erfolgte ausdrücklich vorbehaltlich des Einvernehmens, daß Demjanjuk nur wegen der in dem Haftbefehl aufgeführten Anklagen gegen ihn und nach denen er ausgewiesen wurde, das heißt, Anklagen auf Grundlage der Behauptung, er sei ›Iwan der Schreckliche‹ von Treblinka gewesen. Das Völkerrecht verbietet, daß er wegen anderer Anklagen vor Gericht gestellt wird.«

Aber das Völkerrecht bedeutet den OSI-Staatsanwälten oder dem National Director der ADL, Abe Foxman, offenbar nichts. Dieser tobte vor dem Berufungsgericht des Sechsten Bezirks herum. »Ich bin verblüfft über den Gerichtsbeschluß«, sagte Foxman am 5. August zu Reuter.

»Es gibt keinen Zweifel daran, daß er in Nazi-Konzentrations- und Todeslagern diente ... Daher sollte Demjanjuk nicht gestattet werden, in die Vereinigten Staaten zurückzukehren.«

Foxmans Lügen und KGB-Fälschungen

Foxman lügt. Das kritische Beweisstück, das John Demjanjuks Aufenthalt in irgendwelchen Nazi-Lagern, außer einem Kriegsgefangenenlager für sowjetische Soldaten, die während des Zweiten Weltkriegs in Gefangenschaft gerieten, beweisen soll, ist ein Dienstausweis aus dem Ausbildungslager Trawniki, Polen, für SS-Wachleute.

Laut Bericht in einer kürzlichen Ausgabe des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel« haben deutsche Polizeibeamte schon vor dem Demjanjuk-Prozeß in Israel nachgewiesen, daß dieser Trawniki-Ausweis eine vom KGB hergestellte Fälschung ist. Laut Aussage eines ehemaligen hohen Beamten des Bundeskriminalamts (BKA), Louis-Ferdinand Werner, enthält der Ausweis ein gefälschtes Foto von Demjanjuk, handgeschriebene SS-Runen, der Ausweis habe kein Ausstellungsdatum und weise mehrere ins Auge stechende grammatikalische Fehler auf. Demjanjuks Unterschrift, obwohl echt, sei einem anderen Dokument entnommen und in den Ausweis hineinkopiert worden.

Werner sagte zum »Spiegel«, daß, als er israelische Beamte davon in Kenntnis setzte, daß der Ausweis eine Fälschung ist, diese erwidert hatten: »Wie sollen wir das unserem Volk daheim klarmachen?«

Die Tatsache, daß amerikanische und israelische Staatsanwälte das in Mißkredit geratene Dokument weiterhin verwendeten, unterstreicht, wie weit diese Beamten bereit sind zu gehen, um ihre Verbrechen zu vertuschen. Seit Beginn des »Nazi-Jagd«programms der amerikanischen Regierung, das Anfang der siebziger Jahre als Teil der Protokolle Henry Kissingers mit dem sowjetischen Regime ins Rollen gebracht wurde, akzeptieren Beamte des US-Immigration and Justice Department (Einwanderungsbehörde und Justizministerium) blindlings vom KGB angefertiges Beweismaterial und bringen es regelmäßig als Beweis in amerikanische Gerichtsverfahren ein.

Als israelische Staatsanwälte zu dem Schluß kamen, daß die Anklage gegen John Demjanjuk auf schwachen Füßen stand, war es der Sympathisant mit dem Kommunismus, Armand Hammer, der sich den gefälschten SS-Ausweis von sowjetischen Behörden besorgte und ihn mit der Privatmaschine seiner Firma nach Israel flog.

Ein Muster von Regierungsverbrechen

Seit Ende der siebziger Jahre, als die OSI-Einheit des amerikanischen Justizministeriums durch einen von der Abgeordneten Elizabeth Holtzman durchgesetzten Kongreßbeschluß ins Leben gerufen wurde, leitet eine Kommandostruktur mit starken Bindungen zur ADL und zu Freunden der ADL im KGB und im israelischen Mossad diese Jagd auf Nazis. Mark Richard, der höchstrangige Karriere-Bürokrat im amerikanischen Justizministerium, diente als Verbindungsmann zu ausländischen Regierungen und galt als hartnäckiger Verteidiger der OSI-Operationen. Vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion reiste er häufig nach Moskau und arbeitete eng mit der sowjetischen Generalstaatsanwaltschaft zusammen, um eine Pipeline für »Beweise« zur Verwendung in den OSI-Verfahren zu errichten.

Wie ein Wunder, als das Sowjetregime zusammenbrach und die

KGB-Akten geöffnet wurden, tauchten plötzlich 15000 Seiten von Dokumenten auf, aus denen hervorgeht, daß sowjetische Beamte von Anfang über die wirkliche Identität von »Iwan der Schreckliche von Treblinka« Bescheid wußten und diese Informationen amerikanischen und israelischen Staatsanwälten vorenthalten hatten.

Die Verbrechen des amerikanischen Justizministeriums im Falle Demjanjuks werden jetzt durch das Berufungsgericht des Sechsten Bezirks sorgfältig überprüft.

Die jüngsten Entwicklungen in Sachen Demjanjuk kommen jedoch in einem größeren Zusammenhang. An einer Reihe von unterschiedlichen Fronten werden Beamte des Justizministeriums jetzt wegen einer großen Breite von Verbrechen entlarvt:

Weitere ungeklärte Fälle in den USA

Der jüngste Freispruch des Überlebenskünstlers Randy Weaver durch ein Geschworenengericht, der angeklagt war, einen US-Marshall ermordet zu haben, entfachte einen Feuersturm des Protestes gegen Aktivitäten von »Todesschwadronen« auf Betreiben der US-Bundesregierung. Weavers Frau und sein halbwüchsiger Sohn wurden von Scharfschützen des FBI, des Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms (ATF) des amerikanischen Finanzministeriums und des US-Marshal, die Weavers Gebirgswohnung in Idaho stürmten, nachdem er sich geweigert hatte, ein Zuträger für Beamte der Drogenbehörde zu werden, erschossen.

Ein ähnlicher Angriff auf die religiöse Sekte Branch Davidian in Waco, Texas, forderte mehr als 80 Todesopfer. Der Generalstaatsanwalt Janet Reno führt noch immer die Oberaufsicht über eine Untersuchung dieser Tragödie, die damit begann, daß ATF-Beamte im Februar vergangenen Jahres das Feuer auf den Hauptsitz dieser Gruppe eröffnete. Anfängliche Behauptungen von Bundesbeamten, die Branch Davidian hätte die ersten Schüsse abgegeben, stellten sich später nachweislich als falsch heraus, als Ferngesprächs-Aufzeichnungsbändes des örtlichen Sheriffs »991«, die an das ABC-Magazin »Nightline« freigegeben wurden, bewiesen, daß die Bundesbeamten einen unprovozierten Angriff begonnen hatten.

Ein weiterer Skandal im Justizministerium

Wie bei der vorhergegangenen Schießerei im Falle Weaver, waren Bundesbeamte mit falschen und aufrührerischen Berichten über Gewalttaten, Kindesmißhandlung und kriminelles Verhalten anderer Art durch »Experten« des ADL und des mit dem ADL verbundenen Cult Awareness Network (CAN) vergiftet worden. Sowohl die ADL als auch das CAN stecken jetzt selbst in einem Ermittlungsverfahren beziehungsweise stehen unter Anklage wegen Verbrechen, die sich von Diebstahl von als geheim eingestuften Regierungsakten bis zur zwischenstaatlichen Entführung erstrecken.

Generalstaatsanwalt Reno führt auch Untersuchungen in der Inslaw-Affäre, ein weiterer Skandal des Justizministeriums, der aus den Reagan- und Bush-Jahren übernommen wurde, in dem Beamte des Justizministeriums beschuldigt werden, Computer-Software im Werte von Millionen Dollar gestohlen und sich verschworen zu haben, den Hersteller als Mittel zur Vertuschung des Verbrechens in den Bankrott zu treiben. Im Juni dieses Jahres wurde dem Generalstaatsanwalt Reno durch den im Ruhestand lebenden Bundesrichter Nicholas Bua eine vom Justizministerium unter Bush beauftragte Studie vorgelegt.

Am 3. August berichtete die »Washington Times«, daß ein anderer pensionierter Bundesrichter, George Bason, der den Vorsitz über ein früheres Inslaw-Konkursverfahren geführt hatte, an Frau Generalstaatsanwalt Reno einen Brief geschrieben und darin den Bua-Bericht als komplette Reinwaschung scharf angegriffen habe. Inslaws Anwalt, der ehemalige Generalstaatsanwalt Elliot Richardson, legte eine Punkt-für-Punkt-Widerlegung des Bua-Berichts vor, die ebenfalls Gegenstand einer Untersuchung durch den Generalstaatsanwalt ist.

John Demjanjuk wird in Begleitung von zwei israelischen Polizisten zu einem Termin des obersten Gerichts Israels geführt.

Wahlkampfversprechen können jetzt erfüllt werden

Unter immer häufiger werdenden Aufrufen an Präsident Clinton, den Fall des Lyndon LaRouche wieder aufzugreifen, taucht immer wieder bedeutsames neues Beweismaterial für Korruption von Beamten der Federal Election Commission (FEC), des Internal Revenue Service (IRS) – Einkommensteuerbehörde – und anderer Stellen auf, die darin verwickelt sind, LaRouche und einige seiner politischen Weggefährten über den Tisch gezogen zu haben. Eines der denkwürdigsten Merkmale des Justizskandals gegen LaRouche war die von einem 400 Mann starken paramilitärischen Aufgebot aus Bundes-, Staats- und Provinzeinheiten durchgeführte Razzia auf Larouches Wohnung und Büros im Oktober 1986. Die Razzia fand am Vorabend der Gipfelgespräche von Reykjavik zwischen den US-Präsidenten Ronald Reagan und kurz nachdem sowjetische Regierungsbeamte die Ausschaltung LaRouches als Maßnahme des »guten Willens« gefordert hatten statt. Die gleiche Kommandokette des Justizministeriums hinter dem OSI stand auch im Mittelpunkt des amerikanisch-sowjetischen Deals: »Bringt LaRouche zur Strecke.«

Mit diesem und anderen Fällen wird die Clinton-Regierung in den nächsten Wochen mindestens eine wichtige Entscheidung treffen: Ob sie sich dem Druck der ALD beugen und gegen den Vorführungsbefehl im Haftprüfungsverfahren des Berufungsgerichts im Falle Demjanjuk vorgehen soll, oder nicht. Immer mehr Amerikaner wachen jetzt auf und erkennen die furchtbare Korruption, die über das letzte Jahrzehnt hinweg innerhalb des amerikanischen Justizministeriums geschwebt hat und weiter eitert.

Der Fall Demjanjuk bietet eine willkommene Gelegenheit für die Clinton-Regierung, wenigstens eines ihrer Wahlkampfversprechen zu erfüllen – nämlich die Korruption in der Bundesregierung hinwegzufegen. Es gibt vielleicht keinen besseren Ort, um damit zu beginnen, als im Office of Special Investigations. □

Amerika organisiert Machtergreifung für die Kommunisten

Alyn Denham

Die nachfolgenden Informationen wurden dem Verfasser des Beitrages von einem ehemaligen Mitglied des südafrikanischen Geheimdienstes zur Verfügung gestellt. Denham beschreibt, wie die Vereinigten Staaten die Übernahme der Regierung Südafrikas für die Kommunisten organisiert und dirigiert.

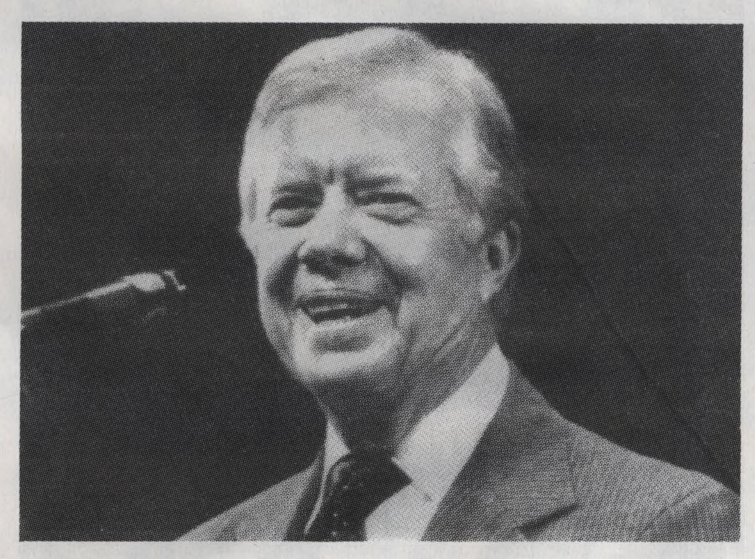
Die Übernahme Südafrikas durch die Kommunisten begann bei Jimmy Carter, setzte sich über die gesamte Reagan-Präsidentschaft hinweg fort und kam zur vollen Entfaltung als das amerikanische Außenministerium unter George Bush William Lacy Swing 1989 zum US-Botschafter für Südafrika ernannte. Swing ist derzeit Botschafter für Nigeria und sein Nachfolger ist Nathan Lyman von der Princeton University. Swing, seit 1963 Karriere-Bürokrat im Auswärtigen Dienst, war von 1976 bis 1977 ein Fellow im Center for International Affairs an der Harvard University.

Keine Kosten werden bei der Hilfestellung gescheut

Botschafter Swings erste Tagesordnung bestand darin, den African National Congress (ANC) und den Council of South African Trade Unions (Rat der Gewerkschaften) unter der Flagge und Leitung der South African Communist Party (SACP) zu vereinigen. Diese erste Entwicklung wurde von George Bush persönlich gebilligt.

Bush ging noch einen Schritt weiter, als er den CIA anwies, bei seiner Hilfeleistung für Swing »keine Kosten oder Arbeitskräfte zu scheuen«. Als Folge dieser präsidentialen Direktive arbeiten derzeit 58 CIA-Agenten und Verwaltungsangestellte aus Swings Botschaft/Festung heraus. Siebenundzwanzig dieser Agenten sind die versiertesten Kommunikations- und Computer-Experten auf diesem Planeten.

Ihre erstrangige Mission ist die Überwachung und Aufzeichnung von Ferngespräch-, Telegraph- und Fax-Verbindungen südafrikanischer Einzelpersonen. Ein Großteil dieser Zielpersonen stehen auf den Listen des CIA, Personen, die sich der Übernahme der Regierung durch den von der SACP dominierten African National Congress (ANC) widersetzen.



Schon Jimmy Carter als US-Präsident bereitete die Übernahme Südafrikas durch die Kommunisten vor.

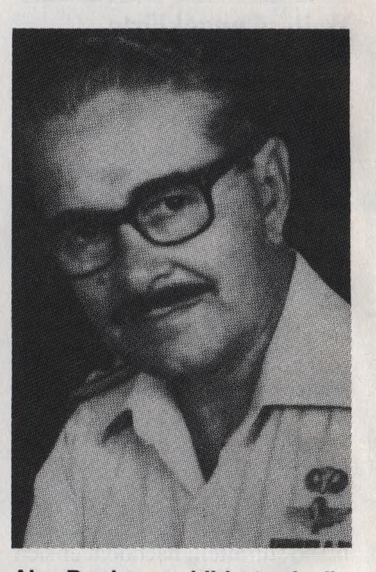
Was ist nun mit den übrigen 31 Agenten? Elf von ihnen überwachen alles auf hoher Regierungsebene, einschließlich der Dienststelle des Präsidenten F.W. De Klerk und die von Außenminister Pik Botha getroffenen Entscheidungen. Sie sind auch tief in die Auflösung der South African Defense Force (SADF) und die Eingliederung kommunistischer-terroristischer Elemente in die Führung und Reihen der South African Police (SAP) verwickelt.

Während noch vor zehn Jahren das Verbrechen in Südafrika kein Problem war, grassieren heute Mord, Vergewaltigung und Raub im Lande. Dies gehört zu Swings Plan, ein unregierbares Land zu schaffen, in dem verschreckte Bürger jede Form von Diktatur akzeptieren, die eine Wiederherstellung von Ordnung und Stabilität verspricht.

Ein anderer von Swing und seiner Gruppe von Marxisten ausgeheckter Plan bezog sich auf die Freilassung aller schwarzen Verbrecher, darunter zum Tode verurteilte Mörder, aus jedem südafrikanischen Gefängnis. Er und seine CIA-Agenten wiesen auf einer Sitzung vom 9. Juli 1992 die Hierarchie der SACP an, die sofortige Freilassung »aller politischen Gefangenen« aus den Gefängnissen zu fordern. Die dem Staatspräsidenten De Klerk vorgelegte Liste enthielt die Namen von Gefangenen, die selbst vom ANC niemals als politische Gefangene erachtet worden waren.

Swing setzte De Klerk davon in Kenntnis, daß diese Forderung unverzüglich zu erfüllen sei. Wie üblich gehorchte De Klerk ohne Fragen zu stellen oder Protest einzulegen.

Die SADF und die SAP sind so vollständig entmachtet worden, daß diese freigelassenen, bösartigen Menschen mit scheinbarer Straflosigkeit auf unschuldige Schwarze Jagd machen können. Swing, der CIA, das US-Außenministerium und die höchsten Ebenen der amerikanischen Regierung sind zu 100 Prozent dafür verantwortlich, dieses einst schöne und friedliche Land in eine Höllengrube zu verwandeln, und sie tun dies mit US-Steuergeldern.



Alyn Denham schildert, wie die USA die Übernahme der Regierung Südafrikas durch die Kommunisten organisierten.

Mit Billigung des ehemaligen Präsidenten Bush führt der CIA die Oberaufsicht über den Bau von vier riesigen Militärstützpunkten, darunter Luftstützpunkte. Drei dieser Stützpunkte liegen knapp 240 km von Pretoria und Johannesburg entfernt, der vierte wird an einem Standort nahe am Caprivi-Streifen in An-

gola vermessen und wird zum Auftanken und Wiederbewaffnung von Flugzeugen auf Flugzeugträgern entwickelt. Dies ist ein Hinweis darauf, daß die Vereinigten Staaten planen, auch Maschinen auf Flugzeugträgern zu benutzen, um mögliche Aufstände nichtkommunistischer Südafrikaner niederzuschlagen.

Der Bau riesiger Militärstützpunkte

Derzeit sind etwas mehr als 3,5 Milliarden Dollar für drei fast fertiggestellte Stützpunkte ausgegeben worden. Sie liegen in der Nähe von Molepole, Botswana, weniger als zwei Minuten – Düsenjäger-Flugzeit – von Pretoria und Johannesburg entfernt.

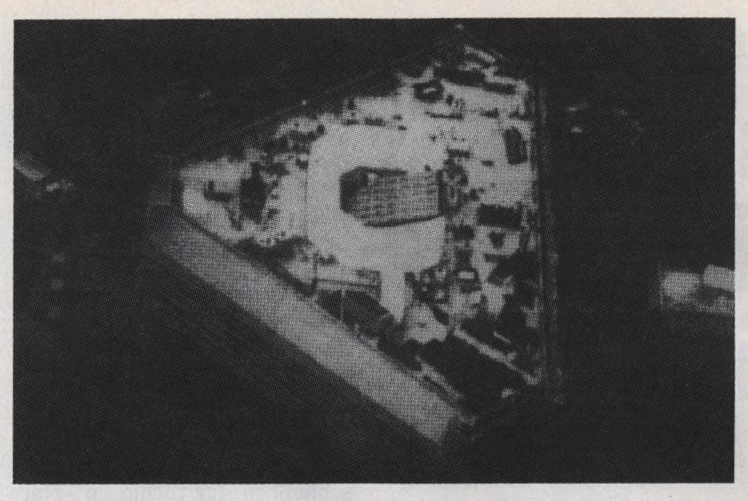
Unser Informant, der früher im Geheimdienst war, sagt: »Es gibt keine Stützpunkte in der Welt, die moderner oder fähiger zur offensiven Kriegsführung sind.«

Aus Kreisen des amerikanischen Kongresses verlautet, daß die Vereinigten Staaten für die Erlaubnis, diese Stützpunkte auf botswanischem Boden bauen und betreiben zu dürfen, an die Regierung von Botswana über zehn Milliarden Dollar zahlen. Um diesen Deal unter Dach und Fach zu bringen, führt der CIA zwei hochstehende Mitglieder der Regierung von Botswana auf seiner Gehaltsliste, die viel Geld verdienen.

Der Brennpunkt all dieser von den USA eingeleiteten Verschwörungen und pro-kommunistischer Komplotts ist die amerikanische Botschaft/Festung in Pretoria. Einen großen Wohnblock einnehmend, ist diese dreieckige Festung die teuerste – 800 Millionen bis jetzt, mit steigender Tendenz – und am kunstvollsten konzipierte Botschaft der Welt. Sie verfügt über unterirdische Einrichtungen, die gegen chemische und/oder nukleare Angriffe geschützt sind.

Ein Spionage-Satellit über Pretoria

Zehn Monate vor George Bushs Niederlage im Präsidentschafts-Wahlkampf ordnete er an, daß ein Fernmelde-Satellit gebaut, gestartet und direkt über Pretoria stationiert im Raum wird. Heute



Die US-Botschaft in Pretoria, eine Festung, die über unterirdische Einrichtungen verfügt, die sie gegen chemische und nukleare Angriffe schützt.

besteht eine der Funktionen dieses von amerikanischen Steuergeldern finanzierten Milliarden Dollar teuren Satelliten darin, die Gespräche und Verbindungen zwischen südafrikanischen Bürgern, Mitglieder der Regierung und jedem anderen im ganzen südlichen Afrika, der ein Feind des Staates wird, zu überwachen.

Die meisten dieser Zielpersonen sind von CIA-bezahlten Spionen und Informanten ausfindig gemacht worden, die in jede Ebene der südafrikanischen Gesellschaft und Regierung, einschließlich Führer der Zulu Inkatha Party, der Regierung und des Militärs des unabhängigen Staates Bophuthatswana und der obersten Ebenen der Regierung und des Militärs des unabhängigen Staates Ciskei eingedrungen sind.

Von Januar 1993 ab stellte der in Südafrika stationierte CIA dem Personal der amerikanischen Botschaft und Spitzenfunktionären der SACP/ANC die Namen von Bürgern und Organisationen zur Verfügung, die sich der Übernahme des Landes durch Kommunisten widersetzen. Tausende dieser mutigen Südafrikaner werden sang- und klanglos verschwinden, wenn es dem CIA gelingt, den von der Südafrikanischen Kommunistischen Partei gesteuerten Afrikanischen National-Kongreß an die Macht zu bringen.

Die Verbindungs-, Operations- und Planungsräume liegen auf dem unteren D-Level der Botschaft. Der Botschafter, der Stationschef des CIA und sein Assistent und drei der höchsten Funktionäre der Südafrikanischen Kommunistischen Partei haben auf dieser Etage Notdienststellen und Wohnräume.

Es wurde an alles gedacht

C-Level ist ein Lagerbereich für Lebensmittel, Wasser, Waffen und allgemeines Lagergut. Der Hauptgenerator liegt im südöstlichen Mittelbereich, mit einem Ersatz-Notgenerator in einem Raum, der im südwestlichen Mittelbereich liegt. Ein weiterer Notgenerator steht im nordöstlichen Mittelbereich des B-Level.

Zwei unterirdische und zwei weit auseinanderliegende Treibstofftanks versorgen diese Generatoren über ein riesiges Netzwerk von Rohren und Absperrventilen. Wenn ein Tank zerstört wird, kann er schnell von dem anderen ersetzt werden. Tatsächlich sind alle diese Tanks mit Schalen aus 1,5 Meter dickem Stahlbeton ummantelt und liegen so tief in der Erde, daß es höchst unwahrscheinlich ist, daß einer von ihnen Schaden aus irgendeiner Quelle erleidet, die möglichen Angreifern zur Verfügung steht. Außer dem Notgenerator besteht der B-Level aus Büros, Funkräumen, einer Not-Telefonvermittlung, Versammlungsräumen und einem Vorführraum, in dem 72 Personen in bequemen, dick gepolsterten Sesseln sitzen können. Die Frontreihe der Sitze ist mit einer internen Sprechanlage ausgerüstet, von der aus man mit jedem Raum, einschließlich der Schlafräume und Wohnquartiere, auf jeder Ebene dieses Komplexes, in Verbindung treten kann.

B-Level ist die einzige Ebene, die keine Wohnquartiere aufweist. Dort befindet sich ein Schnellfahrstuhl von B-Level zum Operationsraum im D-Level. Außer diesem Schnellfahrstuhl befinden sich Fahrstühle in jeder Spitze des Dreiecks. Obwohl es auf jeder Ebene kleine Küchen und Speisebereiche, einschließlich Lagerräume für Wasser und Lebensmittel gibt, weist B-Level die Hauptküche und den allgemeinen Speisebereich auf, wo jeder in der Botschaft in zwei Schichten speisen kann.

Übung zur Machtergreifung in Südafrika

Jeder marxistischen und kommunistischen politischen sowie terroristischen Organisation im südlichen Afrika, einschließlich der Palestine Liberation Organisation (PLO), wurde Wohnraum und begrenzter Zugang zu den umfangreichen Fernmeldeeinrichtungen und Computer-Netzwerken des CIA zugestanden. Sie haben auch Zugang zur Datenbank des CIA, in der die Namen, Adressen, Bekannten und Lebensgeschichte von Antikommunisten und anderen Einzelpersonen aufgezeichnet sind, die als gefährlich für ihre jeweilige Sache angesehen werden.

Es ist erwähnenswert, daß nur Mitglieder des ANC/SACP in der amerikanischen Botschaft Büros haben. Mitglieder der antikommunistischen Inkatha Party dürfen die Botschaft/Festung nur mit besonderer Erlaubnis betreten, während Mitglieder des ANC/SACP mit ihren roten, weißen und blauen Pässen kommen und gehen, wie sie wollen.

Waren Rhodesien, und jetzt Südafrika, nur Übungseinsätze für die Kommunisierung der Vereinigten Staaten und schließlich der ganzen Welt? Haben die Vereinigten Staaten den Stab dort übernommen, wo die alte Sowjetunion ihn abgegeben hat? Wird die Wahl einer pro-sozialistischen, pro-marxistischen Clinton-Administration das scheinbar Unvermeidliche beschleunigen? □

David Rockefeller

Die Macht hinter der südafrikanischen Szene

Mike Blair

David Rockefeller, Multimilliardär und führendes Mitglied der Schatten-Weltregierung, die aus der Trilateralen Kommission und der Bilderberg-Gruppe besteht, hat den African National Congress zehn Jahre lang finanziert.

David Rockefeller, der ein Jahrzehnt lang den terroristischen African National Congress (ANC) in Südafrika finanziell unter die Arme gegriffen hat, hilft jetzt dessen Führer, Nelson Mandela, bei seiner Bemühung, Präsident der Regierung von Südafrika zu werden, wenn die Schwarzen im kommenden Jahr das strategisch wichtige Land übernehmen dürfen.

Unterstützung einer terroristischen Gruppe

Am 5. Juli dieses Jahres war Rokkefeller der Gastgeber, als 75 amerikanische Firmenchefs sich zu einem Essen an der Rockefeller Plaza in New York zu Ehren Mandelas versammelten und mindestens 250000 Dollar aufbrachten, um die politische Tagesordnung des ANC in Südafrika zu unterstützen. Mandela befand sich auf einer zweiwöchigen Rundreise durch die USA, um Millionen für die Kriegskasse des ANC aufzubringen.

Angeblich versuchte Mandela, zehn Millionen Dollar aufzubringen, um den ANC von einer Guerilla-Bewegung in eine politische Partei umzuwandeln, die sich am 27. April 1994 an Südafrikas ersten Wahl unter Einschluß seiner 75prozentigen schwarzen Mehrheit beteiligen will.

Thabo Mbeki, der Sekretär für auswärtige Angelegenheiten des ANC, der mit Mandela an dem Essen teilnahm, sagte, Rockefeller habe »den Kongreß mehr als ein Jahrzehnt lang finanziell unterstützt«, heißt es in einem Bericht über das Essen in der »New York Newsday«.

»Er ist ein Freund, mit dem wir seit langem in Verbindung stehen, und er hat auf seine Art Beiträge geleistet« sagte Mbeki über Rockefeller.

Für Reagan und Bush eine Terror-Gruppe

Der ANC wurde 1988, im letzten Jahr der Reagan-Administration, in »Terrorist Group Profiles«, veröffentlicht vom amerikanischen Verteidigungsministerium, als eine der hauptsächlichen terroristischen Gruppen aufgeführt.

Der Bericht enthielt ein Vorwort des damaligen Vizepräsidenten George Bush, der als Leiter von Reagans Task Force on Combating Terrorism (Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus) gedient hatte.

Die Mittel des ANC

Über den ANC und andere terroristische Gruppen sprechend, meinte Bush: »In ihrem Bestreben, Freiheit und Demokratie zu zerstören, nehmen sich Terroristen willkürlich Nicht-Kombattanten für ihre zynischen Zwecke zum Ziel. Sie töten und verstümmeln hilflose Männer, Frauen und Kinder. Sie ermorden Richter, Zeitungsberichterstatter, gewählte Beamte, Mitglieder der Regierung, Gewerkschaftsführer, Polizeibeamte, Priester und andere, die die Werte der zivilisierten Gesellschaft verteidigen.«

Als der Bericht veröffentlicht wurde, befand sich der ANC mitten in einigen seiner brutalsten Aktivitäten in Südafrika, einschließlich der ruchlosen »Halsband«-Praxis – des Umlegens eines mit Benzin gefüllten Autoschlauchs um den Körper eines Opfers. Der Schlauch wird dann in Brand gesetzt und macht das Opfer zu einer menschlichen Fakkel. Diese Praxis wurde öffentlich von Winnie Mandela, Ehefrau des ANC-Führers, der von Rockefeller mit auserlesenen Speisen und Weinen bewirtet wurde, vertreten.

Sie ist derzeit im Zuge ihrer Berufung gegen ihre Verurteilung wegen Folterung und Mord an einer Anzahl von schwarzen Kindern in Südafrika auf freiem Fuß.

In dem Bericht über den Terrorismus heißt es weiter, daß der ANC Unterstützung aus dem Sowjet-Block, aus Kuba und einigen anderen afrikanischen Ländern »zusätzlich zu Beiträgen aus dem Westen«, vermutlich auch von Rockefeller, erhielt, obwohl dieser natürlich nicht erwähnt wird.

Aus der Liste der Terror-Akte

Rockefellers finanzielle Unterstützung, die schon ein Jahrzehnt lang gewährt wird, versetzt diese in den Zeitraum, als der ANC seine Praxis von der Vermeidung ziviler Ziele umstellte und »wahlloser« wurde, heißt es in dem Bericht, »was schwarze sowohl als weiße Opfer zur Folge hatte«.

Während des Zeitraums, in dem Rockefeller den ANC finanziell unterstützte, gehörten zu den Aktivitäten der Gruppe: Inszenierung eines Autobombenanschlags in Prätoria, wobei 19 Personen getötet und 200 andere verletzt wurden (Mai 1983); Bombenanschlag auf ein Einkaufszentrum bei Durban, wobei fünf Zivilpersonen getötet wurden (Dezember 1985); zwei Autobomben anschläge in Johannesburg, wobei mehrere Menschen getötet und viele andere verletzt wurden (Juni 1986); Hochgehenlassen einer Autobombe in der Innenstadt von Johannesburg, wobei 68 Personen verletzt wurden (Juli 1987).

Auch: Hochgehenlassen dreier Bomben in Prätoria, wobei ein Theater in der Nähe eines Holiday Inn-Hotels beschädigt und mehrere Menschen verletzt wurden (April 1988); Zündung einer Haftbombe in einem Blumenkasten außerhalb einer Bank in Roodeport, wobei vier Menschen getötet und 19 andere verletzt wurden (Juni 1988); Hochgehenlassen einer Autobombe in Johannesburg außerhalb eines Stadions, als Tausende von Menschen es gerade nach einem Rugbyspiel verließen, wobei zwei Menschen getötet und 35 verletzt wurden (Juli 1988).

Mandelas Bemühungen zur Auftreibung von Geldern in den Vereinigten Staaten schlossen Kollekten in Kirchen der Schwarzen im ganzen Land ein, heißt es in dem »Newsday«-Bericht.

Der Geldgeber Rockefeller hatte sich an einer Aktion des South Africa Free Election Fund, der von Anthony J. F. Reilly, Präsident und Vorstandsvorsitzender von H.J. Heinz Co. geleitet wird, beteiligt.

»Mandela, der früh am Morgen des gestrigen Tages (5. Juli) auch von Führern des American Jewish Committee anerkannt wurde, bricht heute nach Chicago auf, wo andere Firmenchefs weitere Geldgeber zu seinen Ehren zu Gast haben werden«, berichtete »Newsday«. □



Somalia

Der Probelauf für eine Weltarmee

Warren Hough

Die katastrophale Intervention der USA in Somalia, die einer friedenserhaltenden Streitmacht, die jetzt damit beschäftigt ist, bewaffneten Widerstand niederzuschlagen, den Weg ebnete, ist der Probelauf für eine neue Armee der Vereinten Nationen.



Somalis protestieren gegen das Vorgehen der US-Soldaten in ihrem Land. Die Situation erinnert an Vietnam.

Die von den USA angeführte multinationale Intervention in Somalia, weithin als humanitäre Anstrengung zur »Wiederherstellung der Hoffnung« und der Lebensmittelversorgung unter den hungernden Menschen gelobt, ist in Wirklichkeit eine weit weniger wohlwollende Übung, sagen Beamte der Vereinten Nationen. Es ist eine geheime Feldübung für die Weltarmee der Zukunft, in der amerikanische Streitkräfte, vermischt mit Truppen aus der ganzen Welt, unter dem Kommando fremder Offiziere und einer Eine-Welt-Flagge dienen werden.

Dies sind die Ergebnisse einer umfangreichen Untersuchung durch unsere Schwesterzeitung »The Spotlight«, mit Aussagen von Privatgesprächen mit diplomatischen Beobachtern, Zeitungsleuten, die gerade aus Afrika zurückkommen, und eines hochrangigen Verwaltungsbeamten der Vereinten Nationen, der für die Anfangsphase des Somalia-Projekts verantwortlich war.

Botschafter Mohammed Sanoun, ein algerischer Diplomat, der im vergangenen Jahr die Einsatzgruppe der Vereinten Nationen in Somalia leitete, versicherte rund heraus: »Während ich glaubte, daß unsere Mission in Somalia darin bestehe, Hilfe zu leisten, sahen andere, das heißt, andere UNO-Offizielle, sie als willkommene Gelegenheit an, eine multinationale Legion unter unserem Kommando zu entwickeln. Jetzt beginnt die unterschwellige militärische Zielrichtung die wohlwollenden Ziele unserer Präsenz in Somalia hinwegzuwischen.«

Mit einer kleinen Gruppe diplomatischer Korrespondenten am Hauptsitz in New York sprechend, setzte er hinzu, daß »der somalische General Farah Aidid, der in der amerikanischen Presse immer wieder als Kiegsherr« dargstellt wird, ein »lokaler Held ist, der den Kampf zum Sturz des verhaßten Diktators Siad Barre anführte und dann an der Spitze seiner Soldaten Mogadischu einnahm. Eine Auseinandersetzung mit seinem Klan, was jetzt amerikanische Strategie ist, bedeutet sicherlich einen langen Guerilla-Krieg«.

Andere UNO-Experten, die weniger als Sanoun dazu entschlossen sind, für ihre Einschätzungen geradezustehen, bestätigten nichtsdestoweniger seine Bewertungen.

»Dieses Projekt ›Hilfe für Somalia‹ zu nennen, ist jetzt ein Fehlbegriff«, sagte ein Flüchtlings-Verwalter der Vereinten Nationen, der kürzlich aus Afrika nach New York zurückkehrte. »Wir haben es hier mit dem gleichen Morast zu tun, den wir in Beirut und Vietnam antrafen.«

Unter dem Kommando des türkischen Generalleutnants Civic Bir, Oberkommandierender der UNO-Streitkräfte in Somalia, sind drei Kampfbrigaden amerikanischer Soldaten, etwa 7000 Mann stark – eine gewöhnliche Mischung aus Teilen der Armee, Kriegsmarine, Marines und Luftwaffe –, derzeit bei dem Versuch eingesetzt, Somalia zu »befrieden«.

Bislang gingen die meisten Verluste, wie berichtet insgesamt 89, zu Lasten pakistanischer, italienischer und französischer Kontingente. Aber der Feldzug ist »noch lange nicht beendet«, räumte der US-Admiral i.R. Jonathan Howe, der zivile Leiter der UNO-Einsätze in Somalia, ein.

Planer der Eine-Welt-Politik, die das Leiden Somalias als vielversprechendes Element der globalistischen Militäreinsätze betrachten, machen jedoch kein Geheimnis daraus, daß sie ihre bislang gemachten Fortschritte in Richtung auf die Abschaffung aller nationalen Armeen weiter vorantreiben werden.

Streitkräfte, die jetzt als »Hüter und Flaggenträger souveräner Nationalstaaten« angesehen werden – wie zum Beispiel die amerikanische Armee – werden »bald aufhören, zu bestehen und in multinationale militärische Organisationen abtauchen«, meinte Sir Brian Urquhart, langjähriger – jetzt im Ruhestand lebender – Leiter der friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen.

Um derart große, altmodische nationale Armeen als bewaffnete Streitkräfte der Vereinten Nationen zu absorbieren, benötigen die Eine-Welt-Kommandeure, die aus allen Teilen der Welt rekrutiert werden, nicht nur eine, sondern drei separate Militärorganisationen: Eine gewaltige stehende Reserve-Friedensstreitmacht, eine Schnelleinsatz-Friedensstreitmacht und eine ständige friedenserhaltende Streitmacht, schlußfolgerte Dr. Alan K. Henrikson, einer der einflußreichsten Politikplaner unter den Befürwortern der Weltregierung. »In Zukunft sollten derartige friedenserhaltende Einheiten als routinemäßige und unerlässliche Merkmale einer neuen Weltordnung betrachtet werden«, stellte Henrikson, Kopf des »Fletcher Roundtable on a New World Order« (»Runder Tisch über die Neue Weltordnung«) in einem Papier über Politik, das ursprünglich als Richtlinie für US-Präsident Bill Clinton zusammengestellt wurde, nachdrücklich fest. □

Somalia

Eine gefährliche Eskalation der Lage

Mike Blair

Ohne Zustimmung des US-Kongresses oder Billigung des amerikanischen Volkes haben die Vereinten Nationen den Umfang der militärischen Mission in Somalia erweitert, amerikanische Menschenleben in Gefahr gebracht und US-Truppen für ein Ziel verpflichtet, das nicht erreicht werden kann.

Mit der Erklärung des Verteidigungsministers Les Aspin, daß amerikanische Soldaten »für unbestimmte Zeit« in Somalia bleiben und dem Kommando der Vereinten Nationen helfen werden, das Land »wiederaufzubauen«, ist das Militär diesem Land »mit Unterschrift, Siegel und Zustellung« ausgeliefert.

Noch mehr Widerstand gegen die Amerikaner

Dies war die Schlußfolgerung eines Offiziers der Army Special Forces (Sondereinheiten der Armee), der sagte, daß unter dem Deckmantel 400 »Army Rangers« nach Somalia zu entsenden, um eine sich bereits dort befindliche 1167 Mann starke amerikanische Schnelleinsatztruppe zu verstärken, das US-Verteidigungsministerium mindestens eine Mannschaft der super-elitären Delta-Force in das heimgesuchte afrikanische Land entsandt hat. Ihre Mission, sagte er, besteht darin, »den somalischen Kriegsherrn General Mohammed Farah Aidid zu beseitigen«.

Dies, sagte er voraus, wird nur das somalische Volk noch mehr gegen Amerikaner in Wut bringen und die bereits entmutigende, selbst auferlegte Aufgabe, in Somalia eine »Demokratie« zu errichten und eine nationale Polizeimacht« ins Leben zu rufen, um später die Gewalt über das Land von den Vereinten Nationen zu übernehmen, möglich machen.

»Wir haben ganz einfach aus Vietnam keine Lehren gezogen«, sagte dieser Informant. »Jetzt versuchen wir, das somalische Volk zu befrieden, genau so wie wir versucht haben, dies mit den Vietnamesen zu tun und dabei gescheitert sind.«

»Nun, ich kann Ihnen sagen, daß die ›Befriedung‹ in Somalia bereits jetzt in die Toilette hinuntergespült worden ist.«

Der Offizier der Sondereinheiten meinte, daß die Bildung einer »nationalen Polizeimacht«, um die Ordnung in Somalia aufrechtzuerhalten, bedeutet, daß das amerikanische Militär, von Steuerzahlern unterstützt, »für deren Ausbildung, Gesundheitsfürsorge, Verpflegung und möglicherweise sogar Unterkunft verantwortlich sein wird. Wir werden dort furchtbar lange bleiben müssen«.

Er sagte, die Kommandostruktur der Rebellenstreitkräfte des Generals Aidid sei immer noch intakt, und es sei Aufgabe der Soldaten der Delta Force, diese Kommandostruktur zu zerstören und Aidid »herauszuholen«.

»Diese Kerle – Soldaten der Delta Force – sind Jäger, gut ausgebildet für den Haus-zu-Haus-Krieg in Stadtbezirken«, berichtete der ehemalige Offizier. »Es wird genug Arbeit für Scharfschützen bei derartigen Einsätzen geben.«

US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Madeleine Albright unterstützt den Einsatz von US-Truppen zur Verteidigung von Öl-Interessen in Somalia.

Er sagte jedoch voraus, daß diese Bemühungen keinen Erfolg haben werden, und daß das US-Militär immer tiefer in den somalischen Sumpf hineingezogen wird.

Die Schnelleinsatztruppe in Somalia bestand vor der Abstellung von 400 Soldaten der 75th Rangers, in Fort Benning stationiert, zum größten Teil aus Soldaten der in Fort Drum oberhalb von New York stationierten 10th Mountain Division.

Diese Streitmacht, vermutlich die zusätzlichen Rangers, gehören nicht zur Kommandostruktur der Vereinten Nationen und unterstehen direkt dem Oberkommando der US-Streitkräfte.

Die Soldaten der Delta Force werden außerhalb dieses Oberkommandos operieren, erklärte der ehemalige Offizier der Söldnereinheiten.

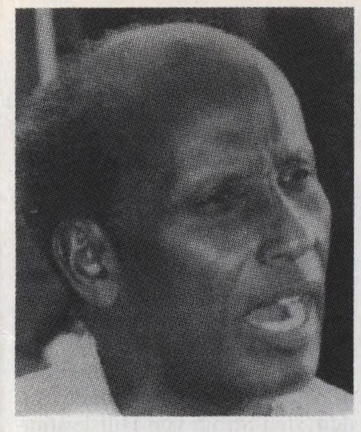
»Sie werden unabhängig eingesetzt und über ihren eigenen Einsatz-Nachrichtendienst verfügen und nur den höchsten Ebenen des US-Verteidigungsministeriums unterstehen«, meinte er.

Derzeit sind die US-Soldaten in Somalia, darunter etwa 4000 Soldaten, die für die Logistik zuständig sind, zum größten Teil in befestigten Teillagern verschanzt. Wenn sie sich zum Streifendienst oder zur Beschlagnahme von Waffen bei den Rebellenstreitkräften einmal herauswagen, werden sie von Steine werfenden Zivilisten oder durch Feuer von Scharfschützen der Guerillas gewöhnlich gezwungen, sich wieder in ihre Enklaven zurückzuziehen.

Bislang sind acht Amerikaner in Somalia ums Leben gekommen, darunter vier Soldaten, die starben als ihr Allzweckfahrzeug von Typ Humvee durch eine Landmine in die Luft flog. Sechs andere wurden kürzlich verwundet, als der Lkw, in dem sie fuhren, von einer ferngesteuerten Sprengvorrichtung zerstört wurde.

Insgesamt haben die unter dem Kommando der Vereinten Nationen stehenden Streitkräfte 39 Tote und 165 Verwundete zu beklagen. Die pakistanischen Streitkräfte mußten die schwersten Verluste hinnehmen – 24 Tote in einem einzigen Hinterhalt von Rebellenstreitkräften.

Als Vergeltung für diesen Angriff aus dem Hinterhalt befahl das Oberkommando der Vereinten Nationen einen Hubschrauber-Angriff gegen Aidids Stützpunkte in der somalischen Hauptstadt Mogadischu, was nur sehr wenig dazu beitrug, die Guerillatätigkeit einzudämmen und zum Tod von Dutzenden von somalischen Zivilisten führte. Seitdem werden jedesmal, wenn sich Soldaten aus ihren Lagern her-



Mohammed Aidid steht den amerikanischen Interessen in Somalia im Weg und soll darum beseitigt werden.

auswagen, diese von wütenden Somalis begrüßt, die gewöhnlich Steine werfen und UNO-feindliche und USA-feindliche Slogans skandieren.

Amerikaner werden zur Zielscheibe

In ganz Somalia wurden gedruckte Flugblätter in Umlauf gebracht, in denen gewarnt wird, daß amerikanische Soldaten von Rebellen besonders aufs Korn genommen werden.

Unter dem Vorwand, verhindern zu wollen, daß Waffen hinunter zu den Rebellenstreitkräften geflogen werden, wurde der Flughafen von Mogadischu für den gesamten Flugverkehr, außer dem militärischen unter dem Kommando der Vereinten Nationen, geschlossen.

Informanten haben jedoch die wahren Gründe für die Schließung des Flughafen für den kommerziellen Verkehr und für die weißen Hubschrauber, die UNO-Beamte von ihren Lagern zum Flughafen hin- und herfliegen, enthüllt. Die Rebellen seien in den Besitz einiger von der Schulter abzufeuernden Flak-Raketen vom Typ SA-7, ähnlich den amerikanischen Stinger-Raketen, gekommen, die von Rebellen in Afghanistan so wirkungsvoll gegen sowjetische Hubschrauber und Bodenangriffsflugzeuge eingesetzt wurden.

Früher oder später wird eine dieser Raketen einen amerikanischen Hubschrauber oder Transportflugzeug abschießen, und es wird beachtliche Verluste an Menschenleben geben, meinte ein Informant voraus. Inzwischen ist diese Voransage Wirklichkeit geworden. Anfangs wurden im vergangenen Dezember durch den ehemaligen US-Präsidenten George Bush 20000 amerikanische Soldaten nach Somalia entsandt, um dort »Gottes Arbeit« zu leisten, wie er es nannte, und ihnen wurde die Aufgabe zuteil, das Land für die Lieferung von Nahrungsmitteln an das somalische Volk sicher zu machen. Dies wurde seinerzeit so verstanden, und der Präsident sagte das auch, daß die amerikanischen Soldaten nur solange im Lande bleiben würden, bis die humanitären Bemühungen, das »hungernde Volk von Somalia« zu retten, erfolgreich beendet sind. Dies sollte bereits im Frühjahr erreicht sein.

Im Grunde geht es um das Öl

Nun aber bleiben einer kürzlichen Erklärung der amerikanischen Botschafterin für die Vereinten Nationen, Madeleine K. Albright, zufolge amerikanische Soldaten in Somalia, weil »Kombattanten entwaffnet, neu ausgebildet und eingesetzt werden müssen. Entwicklungshilfe müsse geliefert und wirkungsvoll verwendet werden. Demokratische Institutionen müssen ins Leben gerufen werden. Diejenigen, die den Frieden stören, müssen gestoppt werden.«

Es liegt klar auf der Hand, der Spielplan ist von den Vereinten Nationen geändert worden, ohne den amerikanischen Kongreß zu Rate zu ziehen und ohne Unterstützung des amerikanischen Volkes, das, nach den jüngsten Volksbefragungen zu urteilen, mit überwältigender Mehrheit gegen die weitere Präsenz amerikanischer Soldaten in dem ostafrikanischen Staat ist.
Es ist klar, daß der wirkliche Plan der Plutokraten, die Amerikas Außenpolitik beherrschen, darin besteht, Somalia zu unterjochen und jegliche einheimische Opposition auszulöschen. Der Grund scheint darin zu bestehen, daß Somalia auf einem riesigen Pool von Öl sitzt, und Öl hat schon immer die »humanitären Instinkte« des Weißen Hauses, ungeachtet dessen wer in dem jeweiligen Land lebt, herausgekehrt. □

Hintergrund-Journal

China will sein Bahnwesen modernisieren

China organisierte in Peking eine fünftägige Konferenz über das Bahntransportwesen, um sich um ausländische Investitionen zur Aufmöbelung des »überlasteten Bahnwesens« zu bemühen, berichtete die »China Daily«. China versucht, die derzeitige Kapazität seines Bahnnetzes durch Einführung einer »Schwertransport-Technologie« für die meisten vorhandenen Bahnlinien zu verdoppeln. »Schwertransport-Technologie« ist eines der wirksamsten Mittel zur Erhöhung der Welt-Beförderungskapazität, erklärte die China Railway Society. In den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Südafrika können solche Systeme bis zu 30000 Tonnen bewältigen, und in Indien und Brasilien Züge mit 10000 Tonnen fahren lassen. China hat bereits eine solche Linie, die Datong-Quinghuangdoa-Linie.

Chinas Bedarf an Bahnlinien ist so groß, daß fünf führende Stahlwerke »angeboten« haben, in diesem Jahr 1,5 Millionen Tonnen Spezialstahl für den Bau von Eisenbahnschienen zu stiften, obwohl dies ein Gesamtverlust von 175 Millionen Dollar an Gewinnen bedeutet, berichtete die »China Daily«. Das Eisenbahn-Ministerium hat 500000 Arbeiter zum Bau von zehn Hauptlinien quer durch das Land organisiert, was eine Erhöhung der Nachfrage nach Spezialstahl um 50 Prozent mit sich bringt. China hat gerade die Elektrifizierung der Bahnstrecke Peking-Guangzhou, die Haupt-Nord-Süd-Ader, fertiggestellt.

Die chinesische Bahnfracht-Kapazität ist in diesem Jahr gesunken, wodurch »die Verstopfung des Eisenbahnnetzes weiter verschlimmert wird«, berichtete die »China Daily«. Experten des zuständigen Ministeriums berichten, daß die Bahn bis Ende Mai 631 Millionen Fracht befördert habe, 14 Millionen weniger als geplant, und dies sei ein Rückgang um 0,2 Prozent im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Vorjahr. Das Volumen an Kohle – Chinas Hauptenergiequelle –, das befördert wurde, lag um 9,6 Millionen Tonnen unter dem für dieses Jahr geplanten, und um 2,4 Prozent niedriger im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Die Züge waren stattdessen mit 25 Millionen mehr Reisenden als im Vorjahr vollgestopft, da Chinas gewaltiger »mangliu«, der »blinde Strom« der Arbeitslosen, sich durch das ganze Land bewegte. Reisekilometer liegen im Vergleich zu 1992 bereits um 13,7 Milliarden höher. □

BIS warnt vor den Folgen des Konjunktur-Einbruchs

Der Generaldirektor der Bank for International Settlements (BIS) Alexandre Lamfussy äußerte in seinem Bericht an Mitglieder-Zentralbanken der BIS auf deren Jahresversammlung in Basel, daß der derzeitige wirtschaftliche Abschwung, der in einigen BIS-Ländern 1989-90 begann, »ungewöhnlich lange anhält«. Er räumte ein, daß die meisten OECD-Regierungen durch das traditionelle »Ansaugen der Pumpen« zur Erhöhung der Ausgaben zur Bekämpfung der Wirtschaftsflaute, um die Erholung anzukurbeln, gelähmt sind.

»Gegen-zyklische Steuerpolitik ist auf wenig Gegenliebe gestoßen, und in einigen Ländern mit schweren steuerlichen Belastungen konnten sogar automatische Stabilisierer angesichts des Vermächtnisses angesammelter Schulden nur im begrenzten Umfang wirken«, meinte er. »Das Nichtvorhandensein eines realen gegen-zyklischen Aktivismus war keine Reflektion der Gelassenheit oder einer zuversichtlichen Erwartung, daß einem Abschwung der Aufschwung folgt. Vielmehr zögerten die Regierungen, einen Weg zu beschreiten, der ein langfristiges Ungleichgewicht auf dem öffentlichen Sektor noch mehr verschlimmern würde.« □

Italien ruft zur Beendigung der Kampfhandlungen in Somalia auf

Die italienische Regierung rief zur vorläufigen Einstellung der Kampfeinsätze der Vereinten Nationen in Somalia auf und sagte, die Ziele der friedenserhaltenden Mission dort sollten überprüft werden. In einer Erklärung nur wenige Stunden, nachdem amerikanische Hubschrauber-Kanonenboote das Kommandozentrum des Kriegsherrn Farah Aidid in die Luft sprengten, sagte der Verteidigungsminister Fabio Fabbri, die Mission laufe Gefahr, zu »einer langen Periode des Konflikts« zu werden.

»Eine Wahl dieser Art, mit ihrem extrem hohen Risiko, ja sogar Gewißheit, daß Menschenleben verloren gehen, wird weder durch die öffentliche Meinung, noch durch das Parlament in unserem Lande gutgeheißen«, meinte Fabbri. »Wir sollten das den Vereinten Nationen und den USA mit Loyalität und Klarheit sagen. Wir haben um eine Neubetrachtung der Ziele der Mission gebeten, die sich bis auf das Verhältnis zwischen den Zielen – Befriedung, Versöhnung und humanitäre Hilfe – und den Mitteln erstreckt. Kampfeinsätze sind vorrangig geworden und haben, zusammen genommen, immer noch nicht die Türen zum Dialog und zur Versöhnung geöffnet. Wir schlagen eine Periode des Abkühlens vor, um die Spannung zu verringern, die vorläufige Einstellung der Kampfhandlungen, die Wiederherstellung des Dialogs, eine Aufforderung zur Entwaffnung.« □

Ein Marshall-Plan für Südafrika

Ein »Marshall-Plan« für Südafrika stand bereits auf der Tagesordnung für das Gipfeltreffen der Gruppe der Sieben (G-7) in Tokio, berichtete die französische Tageszeitung »Libération«. Das Blatt stellte fest, daß der südafrikanische Präsident F. W. De Klerk und der Führer des African National Congress Nelson Mandela Präsident Clinton baten, ein »Marshall-Plan-Programm für Südafrika zu unterstützen«. Über weitere Einzelheiten zu diesem Vorschlag wird jedoch nichts gesagt.

»Libération« berichtete, daß De Klerk und Mandela auch auf den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank eindringen werden, den Strom von Hilfsleistungen an Südafrika wieder fließen zu lassen, jetzt, wo die Länder des Commonwealth damit anfangen, ihre Politik der Sanktionen gegen Südafrika zu beenden. □

Exportwert von Arbeitern kommt gleich hinter dem von Öl

Der Exportwert von Arbeitern im Welthandel wird nur noch von dem des Öls übertroffen, und ist weit mehr wert als Entwicklungshilfe an Länder der Dritten Welt, enthüllt der Bevölkerungsbericht des UN-Population Fund (UNFPA).

»Einige Entwicklungsländer verlassen sich auf internationale Wanderung, um die Entwicklung zu finanzieren«, heißt es in dem Bericht. Überweisungen in die Heimatländer machten 1989 66 Milliarden Dollar aus, im Vergleich zu 46 Milliarden Dollar für Entwicklungshilfe. Ein solcher Export von Arbeitskräften beraubt natürlich das Heimatland seiner am besten ausgebildeten Facharbeiter, so daß die rein wirtschaftliche Auswirkung auf das exportierende Land negativ ist.

In dem UNFPA-Bericht wird auch zugegeben, daß, »obwohl die derzeitige Quote des Bevölkerungswachstums wichtig ist, sie für die Festlegung der Quote der internationalen Wanderungsbewegungen nicht entscheidend ist«. Es ist der Fehlschlag der Entwicklung, speziell der »Überschuß des Angebots an Arbeitskräften im Vergleich zu vorhandenen Arbeitsplätzen, steigende

soziale und daher politische Turbulenzen und anhaltende oder sich verschlimmernde Ungleichheiten zwischen reicheren und ärmeren Ländern«, der Wanderungsbewegungen stimuliert. □

Schweden über Krise in Estland beunruhigt

Die schwedische Außenministerin Margaretha af Ugglas äußerte in einem Zeitungsinterview, daß Regierungskreise über die Krise im nahegelegenen Estland, das immer mehr unter Druck aus Moskau gerate, sehr beunruhigt seien. »Moskau muß zu einer besonnenen Lösung aufrufen« meinte sie, und setzte hinzu, daß das schwedische Außenministerium die Lage in Estland sehr genau verfolge, weil die dortige Situation jeden Augenblick sehr unstabil werden könnte.

Indessen forderte Andres Kueng, ein in Schweden im Exil lebender Este, der Mitglied des Landesvorstands der Schwedischen Liberalen Partei sowie Mitglied des estnischen Parlaments ist, daß »die Planung für ein russisches Reich aufhören muß«. Kueng sagte, daß der gegen sein Land gezogene Dolch von der russischen Elite außerhalb Estlands komme, die ein russisches Imperium neu errichten wolle. □

Fragen zum Mord an mexikanischem Kardinal

Der mexikanische Bischof Alamilla äußerte, daß »die Hierarchie der katholischen Kirche niemals aufhören wird, zu fordern, daß der Mord an Kardinal Juan Jesus Posadas Ocampo aufgeklärt wird«. Kardinal Posadas wurde am 25. Mai dieses Jahres auf dem Flugplatz in Guadalajara ermordet, vermutlich weil illegale Drogenhändler ihn mit einem rivalisierenden Drogen-Lord verwechselten.

Wie die Tageszeitung »El Universal« schrieb, sagte Bischof Alamilla, daß eine der Fragen, die die mexikanische Regierung beantworten muß, lautet, wer half den mutmaßlichen Mördern zu entkommen. Manuel Talams Camandari, Bischof Emeritus, meinte, der Generalstaatsanwalt Jorge Carpizo stelle die amtliche Version als absolute Wahrheit dar, obwohl »es viele Gesichtspunkte gibt, die nicht überzeugend sind«, die einen veranlassen, zu glauben, daß Kardinal Posadas das beabsichtigte Opfer war. Der Vorsitzende der mexikanischen Bischofskonferenz, Adolfo Suárez Rivera, sagte, der Fall könne nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Ein Bischof ging so weit, zu einem Marsch von der Basilika der Jungfrau von Guadalupe zur Generalstaatsanwaltschaft aufzurufen, um gegen die Vertuschung durch die Regierung zu protestieren.

Nur Geronimo Prigione, der päpstliche Nuntius, hält die Version des Generalstaatsanwalts aufrecht und meint, daß gegenteilige Gedanken »Vermutungen ohne Grundlage, Erfindungen, Hirngespinste sind«. □

IWF will auf den Philippinen eine schärfere Sparpolitik betreiben

Der Internationale Währungsfonds (IWF) fordert, daß die Regierung der Philippinen von Fidel Ramos eine härtere Sparpolitik durchsetzt.

Christopher Browne, Repräsentant des IWF in Manila, sagte in einem Interview mit Reuter, daß die philippinische Regierung drastische Maßnahmen ergreifen müsse, um das Staatseinkommen zu erhöhen und damit aufhören müsse, die Lüge zu verbreiten, daß die Stromausfälle, die in einigen Gebieten bis zu zehn Stunden pro Tag andauern, nur eine vorübergehende Erscheinung seien. Browne prophezeite, daß die Stromknappheit vor 1998 nicht vorüber sein wird. »Ich glaube, sie müssen reinen Tisch machen und den Geldanlegern die Wahrheit sagen ... Ich weiß nur, daß sich die Wirtschaft seit 12 Monaten nicht bewegt, und das finde ich frustrierend«, meinte Browne. »Am Ende wird es ganz an ihm [Ramos] liegen, aber ich hoffe, daß er sich in den kommenden vier Wochen nach vorne bewegt und mit einigen Initiativen in Erscheinung treten wird.«

Präsident Ramos wies seinen neuen Finanzminister an, die Gespräche mit dem IWF wiederaufzunehmen, aber bislang ist noch nichts geplant worden. Japan und die Europäische Gemeinschaft haben Manila gesagt, daß es ohne das IWF-Siegel der Zustimmung keine Darlehen geben wird. □

Bosnischer UN-Botschafter verurteilt britische Hinterlist

Bosniens Botschafter bei den Vereinten Nationen, Mohammed Sacirbey beschuldigte Britannien, der Hauptverfechter der Teilung und der Zerstörung der Nation Bosnien-Herzegowina zu sein.

In einem Interview im National Public Radio in den Vereinigten Staaten meinte Sacirbey, daß die Briten Bosnien zu sagen scheinen, daß, falls sie die Teilung nicht akzeptieren, sämtliche Hilfsleistungen eingestellt werden. »Britannien hat nicht das Recht, im Namen der Völkergemeinschaft zu sprechen, und hat dies zu oft getan und seine eigene Vision von Bosnien gefördert, die, wie ich sagen möchte, eine Vision der Teilung ist.«

Sacirbey sagte weiter, falls die Briten über ihre Soldaten besorgt seien, »fühlen Sie sich frei, das Mandat zu ändern oder sogar Ihre Soldaten abzuziehen«. Über die von Präsident Alija Izetbegovic am Tage zuvor abgegebenen Erklärungen, die einzigen Auswahlmöglichkeiten für Bosnien bestünden darin, zur Annahme der Teilung gezwungen zu werden oder »Krieg ohne Ende«, meinte Sacirbey, Izetbegovic habe lediglich auf die Optionen geschaut, von denen keine sehr attraktiv sei. »Wir haben eigentlich keine militärische Option«. Das Beste, was Bosnien tun könne, sei, bis zu einer verfahrenen Situation zu kämpfen und dann über eine gerechte und funktionsfähige Regelung zu verhandeln; aber jede Verhandlung zum jetzigen Zeitpunkt wäre nur eine Tarnung für die Zerstückelung und völlige Beseitigung des bosnischen Staates.«

»Schlägt der Westen den Tod eines Staates vor?«, fragte Sacirbey. Er scheint uns sagen zu wollen: »Wenn ihr unsere Option nicht akzeptiert, erlauben wir euch nur, zu ersticken.« □

Europäische Diplomaten unterstützen pakistanische Armee

Die Botschafter der Europäischen Gemeinschaft in Islamabad gaben in einer privaten Sitzung einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen in Pakistan und kamen zu dem Konsens, daß der monatelange Machtkampf zwischen Ministerpräsident Nawaz Sharif und Präsident Ghulam Ishaq Khan Pakistan praktisch »unregierbar« gemacht habe, heißt es in einem Bericht des Press Trust of India.

»Wir werden die Armee unterstützen, den Zug der Demokratie wieder auf die Schienen zu setzen«, soll einer der Diplomaten gesagt haben.

Die pakistanische Armee hat sich jedoch bislang sehr zurückgehalten und nicht direkt in den Machtkampf eingegriffen. Ein Grund dafür ist, daß die Armee immer amerika-freundlicher geworden ist und auf ein Signal aus Washington gewartet hat. Washingtons scheinbar bevorzugte Persönlichkeit, der ehemalige Ministerpräsident Benazir Bhutto, der den pakistanischen Präsidenten bei dessen illegaler Entlassung der Regierung unterstützt hatte, wird vermutlich von dem Schritt des Präsidenten profitieren. Die Entscheidung des Obersten Gerichts, den Präsidenten zu brüskieren und Nawaz Sharif wieder einzusetzen, hatte einen Schraubenschlüssel in Washingtons Pläne geworfen. □

USA

Die Männer um Bill Clinton

Michael Collins Piper

Man kann einen Mann nach der Gesellschaft, die er pflegt und die ihn umgibt, beurteilen, und die Leute, mit denen der amerikanische Präsident Bill Clinton sich umgeben hat, sind zum großen Teil engagierte Internationalisten.

US-Präsident Bill Clinton versprach eine »Veränderung«, aber die Zusammensetzung seines Kabinetts deutet darauf hin, daß er von Anfang an geplant hat, weiterhin das Gleiche zu liefern wie seine Vorgänger. Seine Auswahl von Personen für das Kabinett und als Berater auf der obersten Etage war fast einhellig an das internationale Geld-Establishment gebunden.

Im Hintergrund Rockefeller

Während Clintons Berater von den liberalen Medien wegen ihrer rassischen und ethnischen Vielfalt gelobt wurden, tritt die feine Hand des weltweiten Firmenimperiums der Familie Rokkefeller sehr stark in Erscheinung, genau so wie das in der Reagan-Bush-Ära der Fall war. Obwohl die von Clinton Ernannten, als Ganzes betrachtet, leicht links von den »gemäßigteren« Mitgliedern des ausscheidenden Bush-Kabinetts stehen, haben die beiden Administrationen in Wirklichkeit sehr viel gemeinsam: Sie haben sich zur Loyalität gegenüber einer sehr ausgewählten Gruppe von Sonderinteressen verpflichtet. Nicht wenige der auf Schlüsselposten Berufenen sind Mitglieder einer oder gleich mehrerer der von der Familie Rockefeller finanzierten Machtgruppen: der Council on Foreign Relations (CFR), die Trilaterale Kommission (TK) und die Bilderberg-Gruppe.

Nachstehend eine Auflistung der für die hereinkommende Administration ernannten Spitzenbeamten, mit einem Überblick über ihre jeweilige Vorgeschichte.

Außenminister Warren M. Christopher: Als Anwalt in Los Angeles ist Christopher Mitglied sowohl des Council on Foreign Relations als auch der Trilateralen Kommission. Christopher verkehrt seit Jahren in Kreisen des Establishments. Er diente als stellvertretender US-Außenminister unter Jimmy Carter und als stellvertretender Generalstaatsanwalt unter Lyndon Johnson. Christopher, der Clintons vizepräsidentiale Suche nach Mitarbeitern und seine Übergangsmannschaft leitete, stand auch an der Spitze eines Untersuchungsausschusses, der die Unruhen in Los Angeles von 1992 untersuchte. Obwohl gesagt wurde, daß die Israel-Lobby Christopher gegenüber feindlich gegenüber stehe, wurde er dennoch von Clinton auf diesen Schlüsselposten berufen.

Stellvertretender Außenminister Clifton R. Wharton jun.: Der erste Schwarze, der auf diesen wichtigen Posten berufen wurde. Wie Warren Christopher ist Wharton Mitglied sowohl des CFR als auch der TK. Er diente unter vier Präsidenten und wurde zum Leiter eines »unparteiischen« Dienstes in der Regierung ernannt. Typischerweise können CFR- und TK-Mitglieder wie Wharton in jede Administration, demokratisch oder republikanisch, ein- und aussteigen. Wharton personifiziert das Establishment durch und durch. Er repräsentiert ganz gewiß nicht den durchschnittlichen schwarzen Amerikaner der Mittelklasse. Sein Vater war einer der ersten hochrangigen schwarzen Diplomaten.

Das Establishment ist gut vertreten

Finanzminister Lloyd Bentsen: Als langjähriger demokratischer Senator aus Texas bewegte sich Bentsen seine ganze politische Laufbahn hindurch in Kreisen der Hochfinanz. Von dem Untersuchungsreporter Peter Brewton von der »Houston Post« mit gewieften Spar- und Darlehenskassen-Ganoven in Verbindung gebracht, die ihrerseits mit dem organisierten Verbrechen und dem CIA in Verbindung stehen, ist Bentsen, soweit es das Establishment betrifft, ein »alter Zuverlässiger«.



US-Präsident Bill Clinton hat in seine Regierung eine Reihe von engagierten Internationalisten aufgenommen.

Dies wird durch Bentsens Auswahl als Mitbewerber für den Nominierten der Demokraten im Präsidentschaftswahlkampf von 1988, Michael Dukatis, belegt. Bentsen, der 1992 der Bilderberg-Sitzung in Evian, Frankreich, beiwohnte, wird das Boot nicht zum Schwanken bringen.

Stellvertretender Finanzminister Roger C. Altman: Als Kommilitone von Clinton an der Georgetown University ist Altman ebenfalls Mitglied des CFR. Als assistierender Minister für das binnenländische Finanzwesen unter Jimmy Carter ist Altman dem internationalen Spezialunternehmen für Emissionen Goldman, Sachs & Co. angeschlossen. Robert Rubin, ein hochrangiger Partner und Mitglied des Vorstands der Firma, ist zum Vorsitzenden des National Economic Council ernannt worden.

Verteidigungsminister Les Aspin: Als demokratisches Mitglied des Hauses seit 1971 ist Aspin, der Vorsitzender des Ausschusses für bewaffnete Streitkräfte des Repräsentantenhauses war, Mitglied von Rockefellers CFR. Er hat eine lange Vorgeschichte als Bundesbürokrat, der während der Kennedy-Administration im US-Verteidigungsministerium und als Wirtschaftswissenschaftler in John-F. Kennedys Council of Economic Advisors diente.

Auch zum CIA führen Spuren

Innenminister Bruce Babbit: Obwohl seine Ambitionen zum Weißen Haus bei den Vorwahlen der Demokraten zur Präsidentschaftskandidatur von 1988 erst einmal auf Eis gelegt wurden, ist Babbit noch jung – gerade 54 –. Der ehemalige Gouverneur von Arizona ist ein enger Freund des Präsidenten und Mrs. Clinton und ist ebenfalls, wie Clinton, Mitglied sowohl des CFR als auch der TK. Außerdem hat Babbit exklusiven Sitzungen der Bilderberg-Gruppe beigewohnt.
In den letzten Jahren, nachdem er 1987 als Gouverneur von Arizona ausgeschieden war, diente Babbit als Partner in der mächtigen, mit dem CIA in Verbindung stehenden Anwaltspraxis Steptoe & Johnsohn.

Landwirtschaftsminister Mike Espy: Als einer der ersten schwarzen Führer, der Clinton unterstützte, diente Espy vor seiner Wahl zum Kongreß auf zwei Staatsposten auf hoher Ebene in Mississippi. Espy war keinesfalls ein radikaler Extremist im Kongreß. Er verärgerte nämlich die Waffenerwerber, indem er sich dazu bereit erklärte, in einer von der National Rifle Association, deren Mitglied der neue Landwirtschaftsminister ist, geförderten Anzeige gegen das Waffenbegrenzungsgesetz zu erscheinen. Espys Ernennung mag einer der Lichtpunkte in einer sonst ziemlich trostlosen Personenauswahl für das Kabinett sein.

Handelsminister Ron Brown: Als ausscheidender Vorsitzender des Democratic National Committee ist Brown ein Washingtoner Insider durch und durch. Obwohl er als einer der »schwarzen« Ernannten – einer der vier, darunter der stellvertretende Außenminister Clifton Wharton – gehandelt wird, hat Brown, ein hochbezahlter Anwalt, mit dem durchschnittlichen schwarzen Amerikaner überhaupt keinen Kontakt mehr.

Brown ist mehr daran gewöhnt, in Kreisen, wie denen des gestürzten Tyrannen Haitis, Jean-Claude »Baby Doc« Duvalier, zu verkehren, dem er als hochbezahlter Washingtoner Lobbyist diente. Browns Zahlmeister Duvalier und dessen Vater, François »Papa Doc« Duvalier, töteten während ihres korrupten Regimes Zehntausende ihrer haitischen Mitbürger. In jüngster Zeit wurde Brown unethischer Deals mit der Regierung von Vietnam bezichtigt.

Die Schüler der Eine-Welt-Philosophie

Arbeitsminister Robert Reich: Als Harvard-Professor auf dem Gebiet der Wirtschaft, studierte Reich zusammen mit seinem Kommilitonen und ebenfalls Rhodes-Stipendiaten Bill Clinton zusammen. Wie CODE mehrfach ausführte, werden Rhodes-Schüler von ihren englischen Professoren mit einer »Eine-Welt«-Philosophie indoktriniert.

Minister für Gesundheit und humane Dienste Donna Shalala: Als Kanzler an der University of Wisconsin in Madison ist Frau Shalala nicht nur eine langjährige

USA

Die Männer um Bill Clinton

Freundin von Hillary Clinton, sondern sie hat außerdem sehr gute Verbindungen. Sie ist Mitglied beider von der Familie Rokkefeller finanzierten Klubs: des CFR und der TK. Frau Shalala ist dafür bekannt »politische Korrektheit« auf Universitätsgeländen durchsetzen zu wollen. Das von ihr zur Verhinderung von verbalen »Haß-Verbrechen« an der University of Wisconsin entworfene »Redegesetz« wurde wegen Verstoßes gegen die First Amendment gerichtlich verworfen.
Minister für Wohnungsbau und ländliche Entwicklung Henry Cisneros: Als ehemaliger Bürgermeister von San Antonio, Texas, ist Cisneros einer der Alibi-hispanischen Führer, der zur Mitgliedschaft sowohl im CFR als auch in der TK ausgewählt wurde. Er wird von den Medien des Establishments seit Jahren als möglicher Kandidat für die Präsidentschaft oder Vizepräsidentschaft gehandelt.

Mächtige auf Grund von Geld und Verbindungen

Transportminister Federico Pena: Als ehemaliger Bürgermeister von Denver und zwei Amtsperioden hindurch Staatsrepräsentant von Colorado, war Pena schon früh ein Anhänger von Clinton und gehörte den Beratern der Übergangsmannschaft Clintons für das Transportwesen an. Er soll eine Auswahl in »letzter Minute« – sogar »Überraschungs«-Auswahl – gewesen sein als der Voranwärter für den Posten aus dem Wettbewerb hinausgedrängt wurde.

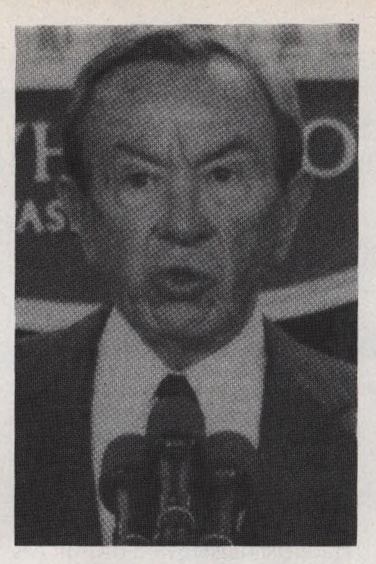
Energieminister Hazel O'Leary: Als weiterer »letzter Eintrag« in dem Personalauswahl-Roulette für das Kabinett, war Frau O'Leary, Präsidentin der Northern States Power Co. in Minneapolis. Insider sagen, daß Frau O'Learys Ernennung eine Bestechung für die in Minnesota ansässige politische Maschine, Democratic Farmer-Labor Party, des vom organisierten Verbrechen dominierten Gebildes ist, das solche internationalistischen Machtpolitiker wie den verstorbenen Hubert H. Humphrey und den ehemaligen Vizepräsidenten Walter Mondale hervorgebracht hat.
Erziehungsminister Robert Riley: Als ehemaliger Gouverneur von South Carolina soll Riley auf Clinton einen großen Einfluß gehabt haben, soweit dies die Bildungspolitik betrifft. Seine politischen Aktivitäten spielten sich vorwiegend auf Staatsebene ab. Dies ist seine erste landesweite Ernennung. Er befindet sich im allgemeinen außerhalb der »Insider-Schleife« des Establishments, obwohl sein neuer Kabinett-Status ihn schließlich zu einem Insider machen wird.

Minister für auswärtige Angelegenheiten Jesse Brown: Als ehemaliges Vorstandsmitglied der Disabled American Veterans ist Brown für den Posten bestens geeignet, da er selbst ein schwerbeschädigter Kriegsteilnehmer ist. Er hatte niemals einen Regierungsposten inne und unterhält keine bekannten Beziehungen zum Establishment. Er hat sich diese Position durch Dienste in Vietnam schwer erarbeitet.

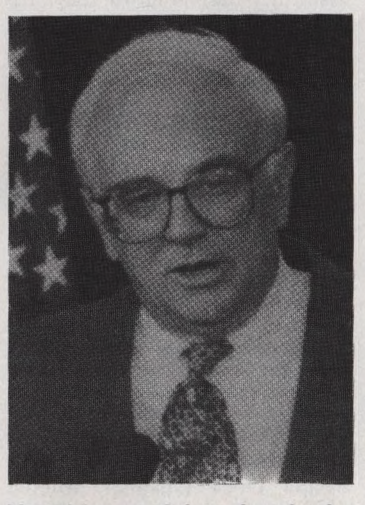
Botschafterin für die USA bei den Vereinigten Nationen Madeleine Albright: Mit guten Verbindungen zur Israel-Lobby ist Frau Albright Professor an der School of Foreign Service der Georgetown University (Bill Clintons Alma Mater) und Mitglied des CFR. Als Tochter eines prominenten jüdischen Überläufers aus der kommunistischen Tschechoslowakei ist Frau Albright eine langjährige Braterin der Demokratic Party für Fragen der Außenpolitik.

Berater für Nationale Sicherheit Anthony Lake: Als ausgekochter Insider, sowohl Mitglied des CFR als auch eines der ersten Mitglieder der TK, ist Lake einer der Verbindungsmänner für die »unparteiische« Außenpolitik des Rockefeller-Imperiums, der unter Jimmy Carter im Außenministerium und als Sondergehilfe Richard Nixons für Angelegenheiten der nationalen Sicherheit diente und Henry Kissinger unterstand.

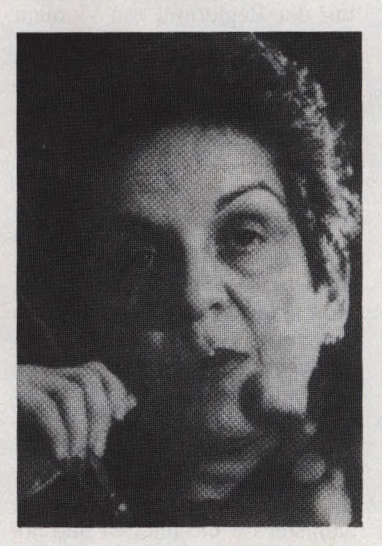
Lake war auch Diplomat in Vietnam von 1963 bis 1965, während der Jahre der verdeckten Aktivitäten des CIA dort, die nach dem vom CIA orchestrierten Mord an Präsident John F. Kennedy zu einem Einsatz des Militärs in der Region führten.



Außenminister Warren M. Christopher diente bereits unter Jimmy Carter als stellvertretender Außenminister.



Verteidungsminister Les Aspin, Mitglied von Rockefellers CFR, hat eine lange Vorgeschichte als Bundesbürokrat.



Minister für Gesundheit Donna Shalala ist eine langjährige Freundin von Hillary Clinton und Mitglied des CFR.

Stellvertretender Berater für Nationale Sicherheit Samuel R. »Sandy« Berger: Als Mitglied des CFR ist Berger ein internationaler Handelsanwalt, der als Lobbist in Washington japanische Firmeninteressen vertrat. Seine politische Orientierung ist viel liberaler und internationalistischer. Er arbeitete sogar an dem Präsidentschaftswahlkampf des ultraradikalen George McGovern im Jahre 1972 mit.

Vorsitzender des nationalen Wirtschaftsrats Robert Rubin: Als ehemaliger hochrangiger Partner und Vorstandsmitglied von Goldman Sachs & Co. ist Rubin einer der mächtigsten Finanziers der Welt. Sein Spezialunternehmen für Emissionen und dessen Partner und Geschäftsfreunde waren die größten Mitfinanzierer für Clintons Präsidentschaftswahlkampf. Goldman Sachs & Co. leistet einigen der reichsten Familien der Welt Finanzdienste.

Vorsitzende des Rates für Wirtschaftsberater Laura D'Andrea Tyson: Obwohl sie niemals einen Regierungsposten innehatte, gehört diese Professorin für Wirtschaftswissenschaft und Geschäftsführung an der University of California dem CFR an.

Leiter des zentralen Nachrichtendienstes R. James Woolsey: Als Mitglied des CFR diente Woolsey im Verteidigungsministerium und im Stab des National Security Council. Wie der Präsident, ist er auch ein Rhodes-Stipendiat und Absolvent der juristischen Fakultät an der Yale University. Als weitere »unparteiische« Persönlichkeit des Establishments war Woolsey Staatssekretär während der Carter-Administration und diente während der Bush-Administration als Botschafter und Repräsentant der USA bei den Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte.

Stabschef des Weißen Hauses Thomas »Mack« McLarty: Dieser Geschäftsmann aus Arkansas und ehemalige Präsident des Staates könnte Insider des Establishments in Angst und Schrekken versetzen. □

Die Geheimnisse um Fosters Tod

Andrew Arnold

Es werden Fragen aufgeworfen über die unheimlich ähnlichen Umstände um den Tod eines Insiders der Clinton-Regierung, eines Journalisten und eines Privatdetektivs.

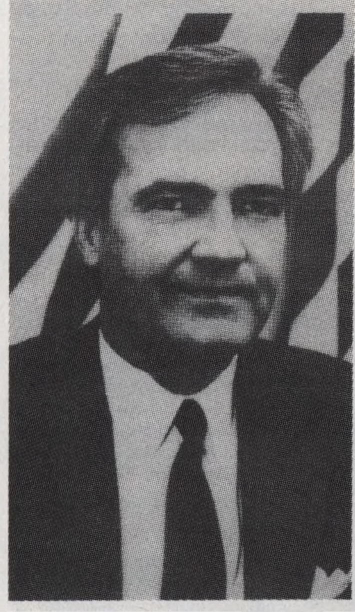
Washingtoner Insider weisen nachdrücklich darauf hin, daß sie sehr verwundert darüber sind, wieso ein Anwalt des Weißen Hauses, Vincent Foster, ein Mann, der anscheinend die höchste Sprosse seiner Laufbahn erklommen hatte und ein wunderbares Familienleben genoß, sich getötet haben soll.

Ein faules Spiel des CIA

Die unmittelbare Reaktion von Freunden und Weggefährten, nachdem sie Mitte Juli dieses Jahres erfahren hatten, daß Foster sich erschossen haben soll, war, daß hier offenbar ein »faules Spiel« getrieben wurde, sagte ein Washingtoner Zeitungskorrespondent.

Fosters Leiche wurde im Fort Marcy Park – eine kurze Autofahrt von der Hauptdienststelle des CIA entfernt und ein Ort, der wie berichtet wird, ein bekannter Treffpunkt für CIA-Leute sein soll, aufgefunden. Einige haben sich die Frage gestellt, wieso Foster, der sein Leben lang in Arkansas gewohnt hat und erst seit den letzten paar Monaten in Washington lebte, überhaupt von der Existenz dieses Parks wußte, der ziemlich versteckt in Nordvirginia liegt.

Foster, 48 Jahre alt, wurde mit einem 0,38-Kaliber-Colt der US-Armee, hergestellt 1913, erschossen. Wie es heißt, war die Pistole aus Teilen von zwei verschiedenen Schußwaffen zusammengesetzt, aber es wurde keine zweite Waffe gefunden.



Vince Fosters Tod ist Anlaß für viele Spekulationen in diesem faulen Spiel, in das der CIA verwickelt sein soll.

Untersuchungsbeamte sagen, sie seien nicht sicher, wem die Pistolen gehörten, auch nicht, ob Foster sie am Morgen des gleichen Tages bei sich im Weißen Haus hatte oder später in ihren Besitz gelangt ist.

Wem gehörten die Pistolen?

Foster, ein langjähriger Freund von Bill und Hillary Clinton, folgte diesen nach Washington und verließ die gleiche angesehene Anwaltspraxis in Little Rock, Arkansas, wo auch Mrs. Clinton beschäftigt war.
Trotz der, von denen die Foster kannten, zum Ausdruck gebrachten Zweifel, scheinen die Polizei und Mitarbeiter des Weißen Hauses in erster Linie darum besorgt zu sein, Gerüchte um seinen Tod zu zerstreuen. »Wir sind zu 99 Prozent sicher, daß es ein Selbstmord war«, behauptete der Major der US-Park Police Robert Hines. Aber auch das amerikanische Justizministerium ist jetzt in diesen Fall verwickelt.

»Wenn es ein Selbstmord war, will das US-Justizministerium herausfinden, warum der Mann sich getötet hat« sagte ein Sprecher. »Das Ministerium untersucht auch die Möglichkeit – eine schwache Möglichkeit –, daß er ermordet wurde.«

Als die Fahnder Fosters Büro im Weißen Haus durchsuchten, waren Repräsentanten von vier Bundesbehörden zugegen. Dies ist ein Anzeichen für die »heiklen Informationen«, die Foster bekannt waren, schreibt die »Washington Times«.

Vor der Polizei verborgen

Der Chefanwalt für das Weiße Haus, Bernard Nussbaum, war der einzige Beamte, der Fosters persönliche Computer-Akten durchsuchte. Aus veröffentlichten Berichten geht hervor, daß Nussbaum zu bestimmen hatte, welche Akten Beamte des Bundesgesetzesvollzugs nach Spuren durchsuchen durften. Nussbaum fand, verbarg aber 30 Stunden lang vor der Polizei eine Notiz, die Foster in seiner Aktentasche zurückgelassen hatte, in der angeblich seine verzweifelte Lage geschildert wird. Bevor diese Notiz übergeben wurde, war sie das Thema von Sitzungen im Weißen Haus auf hoher Ebene, bei denen auch Generalstaatsanwalt, Frau Janet Reno, zugegen war.

Wenige Wochen zuvor war ein Privatdetektiv, der an einem Fall arbeitete, der die sogenannte Oktober-Überraschung-, Inslaw und Iran-Contra-Skandale miteinander in Zusammenhang brachte, in seiner Wohnung in Washington tot aufgefunden worden. Dieser Todesfall wurde auch als Selbstmord erklärt.

Freunde beklagten sich bitter über das vermutlich faule Spiel in dieser Sache und über deren Abschirmung durch die örtliche Polizei. Washingtoner Behörden haben noch nicht auf den Antrag der Familie auf eine Obduktion der Leiche reagiert. Auch in diesem Fall behaupten einige Beobachter, es sei ein faules Spiel getrieben worden.

Die Verbindungen der Clintons zum CIA

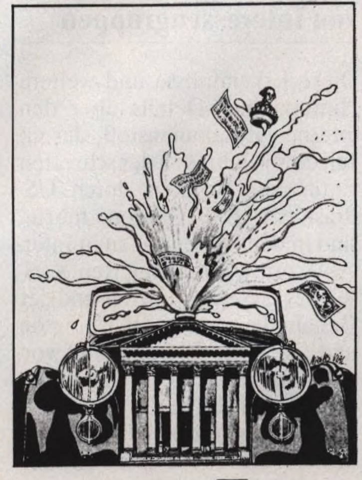
Der Mann, Paul Wilcher, und der Journalist Danny Casolaro waren miteinander bekannt.

Casolaro war dabei, die Zusammenhänge zwischen dem Skandal um die Bank of Credit and Commerce International und dem Inslaw-Skandal zu untersuchen, als er vor zwei Jahren in einem Motelzimmer in Martinsburg, West Virginia, wohin er sich begeben hatte, um sich mit einem Informanten zu treffen, tot aufgefunden wurde, und seine Leiche wurde feuerbestattet bevor seine Familie überhaupt benachrichtigt worden war. Es fand keine Obduktion statt.

Einige Verschwörungs-Theoretiker in Washington versuchen nun – bislang erfolglos – die verschiedenen Todesfälle miteinander in Verbindung zu bringen.

Es waren vorher Gerüchte über die internationalen und CIA-Verbindungen der Anwaltspraxis Rose Law Firm in Umlauf. Außerdem sollen beide Clintons – Bill und Hillary – enge Verbindungen zum CIA unterhalten haben.

Foster hatte über 15 Jahre lang mit Hillary in der Anwaltspraxis in Littl Rock zusammengearbeitet. □



USA

Sessions wurde gefeuert weil er zuviel wußte

Lawrence Wilmot

Hinter der demütigenden Entlassung des ehemaligen Leiters des FBI, William Sessions, durch US-Präsident Bill Clinton, lag ein komplexes Gewebe von Täuschung und Betrug zur Tarnung des Machtspiels einer geheimen Gruppe von Politikmachern vor, die sich den Interessen eines fremden Landes verschrieben haben.

Alarmiert durch den Bericht einer britischen Rechtskommission, der die »Handels«verbindungen zwischen Israel und dem Kokain-Kartell aufdeckte, unternahmen Israel-freundliche Beamte im amerikanischen Justizministerium im vergangenen Jahr alle Anstrengungen, um diesen zu unterdrücken. Als der ehemalige Leiter des FBI, William Sessions, sich gegen die Vertuschung – und andere wie diese – stellte, wurde er zur Zielscheibe einer geheimen Gesellschaft von Washingtoner Bürokraten mit dualer Loyalität, die danach trachteten, ihn zu beseitigen.

Die verborgene Rolle von Interessengruppen

Diese Erkenntnisse und weitere Hinterzimmer-Details über den internen Zusammenstoß, der im Juli dieses Jahres zu der schroffen Entlassung Sessions durch US-Präsident Bill Clinton führte, sind in den letzten Tagen in Interviews mit gut informierten Kreisen des Gesetzesvollzugs und der Geheimdienste in Washington und New York bekanntgeworden. Ihre Berichte brachten die verborgene Rolle, die die israelische Interessengruppe und deren unsichtbares Netzwerk von Alliierten in der staatlichen Sicherheitsbürokratie bei dieser Auseinandersetzung spielen, ans Tageslicht.

»Zuerst hatte Sessions von dem durchdringenden Einfluß, den die Israel-Zuerst-Leute über Staatsangelegenheiten ausüben, keine Ahnung«, berichtete Charles Horner, ein kürzlich in den Ruhestand getretener Sicherheitsbeamter des US-Justizministeriums. »Er wäre über die Entdeckung erschüttert gewesen, daß er seine eigene Ernennung zum Leiter des FBI dem Machteinfluß Israels verdankt.«

Wie Journalisten herausfanden, wurde die geheime Allianz 1985 durch hochrangige Regierungsbeamte der Reagan-Ära, die ihr persönliches Engagement, »Israels Interessen über denen irgendeines anderen Landes zu »fördern«, miteinander teilten, gegründet.

Mitte 1991 führten die Differenzen zwischen Sessions und seinen Kollegen mit der dualen Loyalität zu einer scharfen Auseinandersetzung über ein Dokument, das den meisten gewöhnlichen Amerikanern unbekannt war: der Blom-Copper-Bericht.

Die Untersuchung wurde einer besonderen britischen Rechtskommission unter Lord Louis Blom-Cooper, ein ehemaliger Londoner Richter und eminenter Prozeßanwalt vor höheren Gerichten, anvertraut. Nach fast einem Jahr von Anhörungen und peinlich genauen Untersuchungen von Beweisen gab die Kommission das heraus, was die »London Sunday Times« eine »Affenhitze« von Bericht nannte.
Er enthielt unter anderem folgende Untersuchungsergebnisse: Die Regierung von Antigua, unterwandert durch »ungesetzliche Schmiergelder, die in die Millionen von Dollar gingen«, gestattete dem Mossad, Israels Geheimdienst, die Insel als geheimes Reservat zur Ausbildung und Bewaffnung der Privatarmeen kolumbianischer Drogenmagnate zu benutzen.

General Manuel Noriega war Mitarbeiter von George Bush, als dieser den amerikanischen Geheimdienst CIA leitete.

Ein heißer Bericht

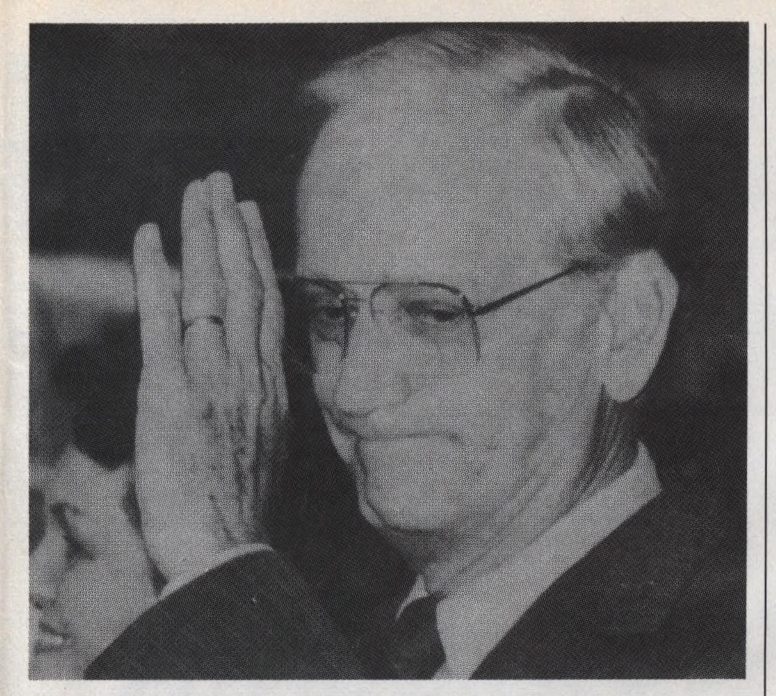
Um diese kriminelle Operation des Mossad abzuschirmen, führte der CIA das Weiße Haus mit Berichten darüber hinters Licht, daß geheime israelische Lager in Antigua eingerichtet würden, um Streitkräfte der Rebellen für den Sturz des starken Mannes Panamas, Manuel Noriega, der bereits obenan auf der Liste der Feinde der Reagan-Regierung stand, auszubilden.

Von 1987 bis 1989 machte eine Gruppe israelischer Offiziere, geführt von Oberstleutnant Yair Gal Klein, in geheimen Ausbildungszentren in Antigua »Hunderte von unausgebildeten Mördern zu ausgebildeten Mördern« für die »mörderischen Legionen der Drogenbarone des Medellin-Kartells«, erklärte Blom-Cooper. Die Regierungen Israels und Antiguas verschworen sich, diese paramilitärischen Kokain-Kontingente mit zwei Schiffsladungen der neuesten Infanteriewaffen, »genug schweren Geschützen, um die eigenen Streitkräfte der Insel – für die das Waffengerät vorgeblich nach Antigua verfrachtet wurde – um das Zehnfache wiederaufzurüsten«, zu bewaffnen, stellte die Blom-Cooper-Kommission fest.

Die langjährige Praxis der amerikanischen Behörden, die Verbrechen des Mossads zu vertuschen, zog eine beißende Kritik seitens der Blom-Cooper-Kommission nach sich, besonders angesichts dessen, was sie »den viel-publizierten ›Krieg gegen Drogen‹ nannte, der von aufeinander folgenden US-Regierungen gegen die kolumbianischen Kartelle geführt wurde«.

Wie von einer Tarantel gestochen

Obwohl mehr als 75 Millionen Dollar zum Einkauf von Waffen für das Kokain-Kartell »von israelischen Agenten über eine US-Bank überwiesen wurden ... zeigten amerikanische Behörden überraschend wenig Interesse an



William Sessions wurde unter demütigenden Umständen von US-Präsident Bill Clinton als FBI-Chef entlassen.

diesen kriminellen Transaktionen«, schreiben die britischen Fahnder zum Schluß.

Durch diese Kritik wie von einer Tarantel gestochen und ängstlich darum bemüht, eine Auseinandersetzung mit der bereits aufsässigen Israel-Lobbby zu vermeiden, entschloß sich die Bush-Regierung dazu, den Blom-Cooper-Bericht als »irrelevant« und »belanglos« zu ignorieren. Das amerikanische Justizministerium lobte die Untersuchungen hinüber zum Außenministerium – »Dies ist eine auswärtige Angelegenheit« –, während das Außenministerium sie wieder an das Justizministerium zurückverwies – »Dies ist eine Strafsache« –.

Ein bitterer Streit brach hinter den Kulissen zwischen Sessions und dem damaligen Generalstaatsanwalt William Barr über die Rolle aus, die der israelische Generalmajor Pinchas Shachar, der offizielle Repräsentant des Wirtschaftsgiganten Israel Military Industrie in den Vereinigten Staaten, in diesem Skandal gespielt hatte. Als hoch akkreditierter militärischer Delegierter einer verbündeten Regierung hatte Shachar besonderen Zugang zum US-Verteidigungsministerium und zu anderen streng bewachten Verteidigungseinrichtungen. Der Blom-Cooper-Report entlarvte jedoch Shachars Schlüsselrolle bei der Beschaffung von Waffen und Bereitstellung von militärischer Ausbildung für die Soldaten des Kokain-Kartells.

Zielscheibe für falsche Beschuldigungen

Sessions glaubte, daß, General oder nicht, dieser Mann ein Verbrecher sein könnte, und wollte zumindest die relevanten britischen Untersuchungsergebnisse in die persönliche Akte des Generals einbringen und somit dessen Sonderprivilegien vorläufig aufheben lassen. Barr, ein ehemaliger CIA-Beamter, verwarf Sessions Empfehlung und vertrat die Ansicht, daß dies den Vorgang, der Israel vor ungünstiger Publicity in den Vereinigten Staaten schützt, durchlöchern würde. Ein solcher Schutz, der darauf abzielt, schwere israelische Untaten zu tarnen, könnte an sich schon eine kriminelle Tat sein, erwiderte Sessions.

Aber mit Unterstützung durch das Weiße Haus wurde die Vertuschung zur Abschirmung Israels gegen eine Verdammung durch die Öffentlichkeit beibehalten. Sessions, der jetzt von den Israel-Zuerst-Leuten eher als »herumstehende Kanone« als eine Stütze erachtet wird, wurde zur Zielscheibe einer langen Heimsuchung mit falschen Beschuldigungen des Fehlverhaltens und haltlosen Verleumdungen. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Christine Olschewski.

INTERNATIONALE REDAKTION: Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-juo Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Ron Gostik; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nicholas, Alec de Montmorency, James P. Tucker.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Nicole Franke-Gricksch.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

USA

Kriegsrecht für Amerika

Mike Blair

Ist Puerto Rico ein Versuchsgelände für die Übernahme der Vereinigten Staaten von Nordamerika durch das Militär? Verfechter der vollen bürgerlichen Freiheit sind über die derzeitige Verwendung von Soldaten der amerikanischen National-Garde in Puerto Rico zur Durchsetzung von bürgerlichen Gesetzen beunruhigt und fürchten, daß das Gemeinwesen der USA in der Karibik der Regierung des US-Präsidenten Bill Clinton als Versuchsgelände zum Einsatz des Militärs dienen soll, für den Fall, daß in den Vereinigten Staaten der Staatsnotstand ausgerufen wird.

»The Spotlight« war der Empfänger eines Project Censored Award (Belohnung) für die Veröffentlichung eines der obersten zehn, der am meisten in der Berichterstattung zu kurz gekommenen oder zensierten Berichte des Jahres 1990. Der betreffende Exklusiv-Artikel der populistischen Wochenzeitung befaßte sich mit den von US-Senator Phil Gramm und dem Abgeordneten Newt Ginrich 1990 eingebrachten Gesetzesentwurf, wonach die vorläufige Aufhebung des Bill of Rights (Erklärung über Grundrechte) des Landes durch Ausruf eines Staatsnotstands zulässig sein soll.

Eine Hilfe für die örtliche Polizei

Durch Verordnung kann der Präsident einen Staatsnotstand ausrufen, der im Falle der Gramm-Gingrich-Gesetzgebung den weitverbreiteten Verkauf und Verbrauch illegaler Drogen kontrollieren soll. Das geplante Gesetz ermöglicht die Einrichtung von Gewahrsams-Zentren für zivile Häftlinge und die Festnahme von Zivilisten ohne begründete Ursache und ohne ordnungsgemäßes Verfahren. Der Gesetzesentwurf kam jedoch niemals über die zuständigen Ausschüsse des Repräsentantenhauses oder des Senats hinaus, und auf Grund seiner Enthüllung durch »The Spotlight« ist er auch in keines der beiden Häuser des amerikanischen Kongresses erneut eingebracht worden.



US-Präsident Bill Clinton benutzt Puerto Rico als Versuchsgelände für den Einsatz der National-Garde.

Derzeit gibt Puerto Rico eine Million Dollar pro Monat für den Einsatz von Soldaten der National-Garde zur Verstärkung der zivilen Polizei aus. Es wird über Amtsmißbräuche, wie zum Beispiel illegale Durchsuchungen und Beschlagnahmen, berichtet. Während diejenigen auf dem amerikanischen Festland, die über einen derartigen Mißbrauch des Militärs entsetzt wären, nichts von diesem Experiment zur Durchsetzung der bürgerlichen Gesetze wußten, patrouillierten Soldaten der National-Garde zu Fuß an Puerto Ricos Stränden, bewaffnet mit vollautomatischen M-16 Sturmgewehren, und fuhren mit Militärfahrzeugen durch Einkaufs-Plazas, Parkplätze und Straßen der Hauptstadt des Gemeinwesens, San Juan, als seien es zivile Polizeiautos. Die Garde befindet sich dort seitdem Puerto Rico 1989 durch den Hurricane Hugo verwüstet wurde.

Obwohl die National-Garde über die Jahre hinweg eingesetzt wurde, um Aufstände niederzuschlagen, wie der kürzliche Ausbruch von Gewalttätigkeiten in Los Angeles, und um Opfer von Naturkatastrophen zu helfen, ist dies das erste Mal, daß solche Einheiten ausgeschwärmt sind, um die zivile Polizei beim Vollzug der bürgerlichen Gesetze zu unterstützen. Der Einsatz des Militärs zum Vollzug der bürgerlichen Gesetze in den Vereinigten Staaten wirft nämlich ernsthafte Fragen über Verstöße gegen den Posse Comitatus Act (Gesetz über den Einsatz der Bevölkerung eines Kreises als Hilfspolizisten) auf, da es ein Verstoß gegen die Verfassung ist, das Militär zur Durchsetzung des bürgerlichen Gesetzes zu benutzen.

Verordnungen, die seit dem Zweiten Weltkrieg von jedem amerikanischen Präsidenten erlassen wurden, gestatten bereits einem Präsidenten, das Land mit dem Aufruf zum Staatsnotstand praktisch in eine Militärdiktatur zu verwandeln.

Der Terrorismus als Vorwand

Beispielsweise könnte Präsident Bill Clinton angesichts des kürzlichen Bombenanschlags auf das World Trade Center in New York City und der anschließenden Entdeckung eines Komplotts zur Bombardierung mehrerer anderer Ziele im Bereich der Metropole New York und zur Ermordung einiger politischer Persönlichkeiten, darunter US-Senator Alfonse D'Amato, den Staatsnotstand erklären, um den Terrorismus in den Griff zu bekommen.

Wenn eine solche Aktion durchgeführt würde, wären damit die bürgerlichen Gesetze, so wie die Amerikaner sie kennen, vorläu-

fig aufgehoben, und das Militär würde unter der Leitung der Federal Emergency Management Agency (FEMA), der während der Präsidentschaft Jimmy Carters durch den Erlaß der Executive Order No. 12148 solche Vollmachten verliehen wurde, die Macht übernehmen.

Dieser finstere Zweck der FEMA wurde während der kürzlichen Verwüstung in den Südstaaten als Folge des Hurricane Andrew für alle erkennbar entlarvt. Es wurde entdeckt, daß FEMA völlig unvorbereitet darauf war, mit einer ausgewachsenen Naturkatastrophe fertigzuwerden, und Anrufe bei dieser Behörde wegen Fernverbindungsausrüstungen brachten die Tatsache ans Tageslicht, daß es viele Millionen Dollar teure Kommandozentralen gibt, deren Zweck es ist, die Ordnung aufrechtzuerhalten und während eines Staatsnotstands die Regierung der Vereinigten Staaten durch die FEMA zu koordinieren.

Ein klarer Verstoß gegen die US-Verfassung

Beamte der National-Garde von Puerto Rico sagen, daß jederzeit 1000 bis 8000 Mitglieder der National-Garde, darunter Soldaten, die am Persischen Golf kämpften, zur Verbrechensbekämpfung in dem Gemeinwesen eingesetzt werden konnten, mit Waffen und Ausrüstungen, die von der amerikanischen Regierung gestellt werden.

In Puerto Rico wendet sich eine Koalition, die sich aus dem Ausschuß für Menschenrecht, der Puerto Rican Bar Association (Anwaltschaft) und über ein Dutzend anderer bürgerlicher und religiöser Gruppen zusammensetzt, gegen die Verwendung von Soldaten. Sie weisen nachdrücklich darauf hin, daß der Einsatz der National-Garde als inländische Polizeimacht illegal ist und bereits solche Machtmißbräuche wie Durchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl ermutigt habe, was ein klarer Verstoß gegen die Verfassung sei.

»Der Mißbrauch der National-Garde für diese Art von Aktivitäten ist ein gefährlicher Schritt in Richtung auf die Militarisierung einer demokratischen Gesellschaft«, sagte Sonia Maldonado, eine Anwältin des Instituts für Bürgerrechte in Puerto Rico.

»Dies verstößt nicht nur gegen die Verfassung und die Grundsätze der Zivilverwaltung«, sagt sie, »es ist ein Affront gegen demokratische Werte. Es liegt hier keine Bedrohung gegen die Staatssicherheit vor, daher kann es keine Rechtfertigung dafür geben.«

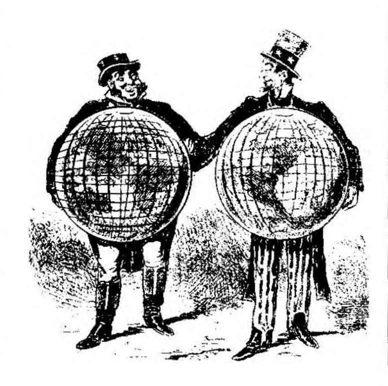
Wie Dan Donohue, ein Sprecher für das National Guard Bureau im US-Verteidigungsministerium, sagt, hat laut Gesetz sowohl der Präsident als auch der Gouverneur eines Staates die Befugnis, die National-Garde zu aktivieren.

Er versäumte jedoch hinzuzufügen, daß das Gesetz einen derartigen Einsatz der National-Garde zum Gesetzesvollzug nur bei Staatsnotständen oder nach einer Erklärung des Kriegsrechts zuläßt.

Donohue kommentierte, obwohl kein Staat bisher Pläne zur Verwendung seiner Einheiten zur Verbrechensbekämpfung ausgearbeitet hat, hat ein Inspekteur der National-Garde Puerto Rico im Juni besucht und bestimmt, daß die Verwendung von Soldaten dort »mit allen Bundesnormen übereinstimmt«.

Dies erweckt den Anschein, daß die Clinton-Regierung es dem US-Verteidigungsministerium, nicht dem Justizministerium, überläßt, zu entscheiden, was einen groben Verstoß gegen die bürgerlichen Gesetze darstellt.

Die Koalition für Menschenrechte in Puerto Rico plant, einen Modellprozeß gegen die Regierung des Gemeinwesens wegen deren Verstoßes gegen die Verfassung zu erheben. □



Die Fehler der US-Außenpolitik

Unser Mitarbeiter Tom Valentine sprach mit dem Experten für den Nahen Osten, Dr. Alfred Lilienthal«, Verfasser der Bücher »What Price Israel?«, »There Goes the Middle East« und »The Zionist Connection«, über die amerikanische Politik hinsichtlich Frieden im Nahen Osten. Die Fragen von Valentine sind halbfett gedruckt.

Amerikas Politik ist ein Trümmerhaufen, besonders im Nahen Osten. Die Friedensgespräche waren ein Fehlschlag. Was sehen Sie als Hauptursache dieser ganzen Entwicklung an?

Lilienthal: Hauptursache ist der gleiche Fehlschlag seit Gründung des Staates Israel – eine Kumpanei seitens des US-Außenministeriums, das eine Begünstigung seitens der Öffentlichkeit gegenüber Israel unter Vernachlässigung der Palästinenser hervorgerufen hat, das Versagen, dieser Politik auch nur den Anschein des Rechts auf Selbstbestimmung zu verleihen.

Eine sehr verfahrene Situation

Es war leicht vorauszusagen, daß die Nahost-Friedens-Gespräche in die Hose gehen würden. Seit wann führt man Gespräche, wenn man von vornherein die Bedingungen festlegt, und mit wem man verhandeln will? Sie ließen nicht zu, daß die Palestine Liberation Organization (PLO) dort repräsentiert wurde. Der Fehlschlag konnte daher von Anbeginn an vorausgesagt werden.

Um jetzt zu versuchen, die verfahrene Situation zurechtzuflikken, schickten wir die gleichen Leute los, die diese Politik in den letzten zehn Jahren geformt haben.

Ich lese in den Zeitungen, daß Dennis Ross – ein von Bush für das US-Außenministerium Ernannter – und Martyn Indyk – ehemaliger Leiter des dem AIPAC (American-Israel Public Affairs Committee) angeschlossenen Middle East Institute, ein israelfreundlicher Beraterstab, und jetzt ein von Clinton Ernannter –, die beide wohlbekannte Zionisten sind, hinausgeschickt werden, um den Stillstand dieser sogenannten Friedensgespräche zu überwinden.

Dr. Alfred Lilienthal: »Es besteht ein großer Unterschied zwischen Judentum und Zionismus.«

Wir haben diese Politik, die über politische Parteien hinausgeht. Diese beiden Personen – ein republikanischer und ein demokratischer Politikmacher – sind offensichtlich pro-israelisch eingestellt. Wie können sie überhaupt amerikanische Interessen vertreten?

Lilienthal: Sie können das nicht. Die Repräsentation amerikanischer Interessen war ein völliger Fehlschlag. Zuerst bei der Gründung Israels, aber Israel existiert. Als die Palästinenser schließlich zu dem Zeitpunkt als Jassir Arafat die Existenz des Staates Israel anerkannte und er darauf hinarbeiten wollte, daß die Palästinenser das Recht auf Selbstbestimmung und darauf, schließlich einen eigenen Staat zu bekommen, haben wir alles blockiert.

Wir reden hier über Selbstregierung. Wozu ist Selbstregierung gut, wenn man die Gesetze zur Selbstregierung und eine eigene unabhängige Regierung zu haben nicht festlegen kann?

Damals in den fünfziger Jahren standen Sie mit Ihrer Kritik an der Nahost-Politik der USA fast allein da. Rund 40 Jahre später, rückschauend betrachtet, sehen Sie, daß die Flut der öffentlichen Meinung sich nun auf Sie zubewegt, in Richtung auf eine gerechtere Politik im Nahen Osten?

Lilienthal: Zwei Dinge haben diese Bewegung, die man vor drei oder vier Jahren spüren konnte, verhindert. Da ist zunächst einmal der Golf-Krieg, wo die Verbindung Jassir Arafats zu Saddam Hussein hochgespielt wurde, obwohl Arafat erkannte, daß dieser ihm die Hauptverantwortung in die Schuhe schieben wollte.

Nr. 2: Wir leben in einer Welt der Etikette. Man hängt einem ein Etikett wie zum Beispiel »Antisemit« oder »Reaktionär« an, und die Leute schauen nicht hinter dieses Etikett.

Hat man erst einmal dieses Etikett angehängt bekommen, kann man es nicht mehr bekämpfen. Damit ist dann die Debatte zuende. Dies ist eine der Hauptursachen für unsere andauernden Rückschläge auf dem Weg zum Frieden im Nahen Osten.
Die »New York Times« brachte die Schlagzeile: »USA hoffen, die Friedensgespräche in hoffnungsvollem Ton beenden zu können.« Was meinen die mit »hoffnungsvollem Ton«? Es ist ein völliger Fehlschlag.

Kritik an jedem, der gegen Israel ist

Die Anti-Defamation League der B'nai B'rith – die ADL – ist oft für diese Etikettierung, von der wir reden, verantwortlich. Jetzt ist die ADL wegen der Ausspionierung von Leuten jeglicher politischer Couleur in den USA in die Schußlinie geraten.

Lilienthal: Der Spion in Kalifornien wurde verhaftet, und die Polizei hat die Papiere darüber, aber sie scheint die Enthüllung des gesamten Inhalts aufhalten zu wollen. Ich warte darauf, wann die Polizei den Hauptteil der Ermittlungen an der Ostküste offenlegen wird. Als ich zuerst »What Price Israel?« und alle meine Bücher schrieb, wurde ich sofort von der ADL angegriffen. Sie widmeten mir 1953 sieben Seiten in einem Überwachungsbericht.

Was ist die Verbindung zwischen der ADL und dem Staat Israel?

Lilienthal: Die ADL stürzt sich sofort auf jeden, der gegen Israel

ist. Sie ist weit mächtiger als der KGB jemals war. Sie bringt diese Berichte gegen jeden heraus und versucht fortwährend, abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen – sowohl innerhalb der jüdischen Gemeinde, wo sie sehr erfolgreich war, als auch außerhalb der jüdischen Gemeinde.

Zum-Schweigen-Bringen, Druckausübung und Interessenvertretung auf Capitol Hill. Wenn AIPAC, die politische Lobby, dies nicht vollbringt, dann kommt die ADL zum Zuge.

Der Unterschied zwischen Judentum und Zionismus

Als ich meinen ersten Artikel schrieb, gab sie einen vierstelligen Bericht heraus, aus dem hervorging, daß man mich überallhin verfolge. Zwanzig Jahre später, als Arafat nach Amerika kam und ich ihm bei den Vereinten Nationen ein Exemplar von »What Price Israel?« überreichte, gelangte diese Tatsache in den Bericht hinein.

Sie sind selbst Jude. Sie sagen, Sie seien in erster Linie Amerikaner.

Lilienthal: Es besteht ein großer Unterschied zwischen Judentum und Zionismus. Judentum hat nichts mit Politik zu tun. Wohingegen der Zionismus eine politische Bewegung ist, die sich der Gründung Israels und seines Schutzes an allen Fronten widmet.

Mein Blick auf den Zionismus ist, daß er innerhalb des Judentums fast ein Kult ist.

Lilienthal: Es ist ein Kult. Und der beherrschende Kult. Und er ist rassistisch, ungeachtet der Tatsache, daß die UNO ihre einschlägige Resolution wieder zurückgenommen hat. Der Zionismus ist rassistisch.

Was geschieht mit Jerusalem?

Wie würden Sie das Nahost-Problem lösen?

Lilienthal: Ich habe das schon gesagt. »Time« zitierte mich schon vor zehn Jahren. Notwendig ist eine Zwei-Staaten-Lösung – ein Staat Palästina, bestehend aus dem Westufer und Gaza, verbunden durch einen Korridor, und einen Staat Israel, die nebeneinander ko-existieren. Aber Israel denkt gar nicht daran. Israel kommt jetzt wieder auf den Gedanken an eine Autonomie zurück.

Nach den jüngsten Friedensgesprächen zu urteilen, will man den Palästinensern gewisse Regierungsfunktionen zugestehen.

Man will dem Volk von Palästina aber keineswegs das von Gott gegebene Recht auf Selbstbestimmung zugestehen. Die meisten anderen Völker haben dieses Recht.

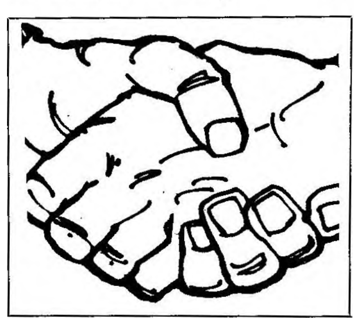
Was würden Sie mit Jerusalem tun?

Lilienthal: Es internationalisieren. Beide Seiten hätten dann ihren Anteil unter einem gemeinsamen Rat. Das ist, was die UNO schon 1948 sagte. Dies ist natürlich das größte Hindernis. Sie werden Jerusalem niemals aufgeben. Es sei denn, wir üben Druck aus. Wir geben ihnen jedes Jahr annähernd fünf Milliarden Dollar, plus viele, viele andere Wohltaten. Wir sollten daher das Recht haben, ihnen zu sagen, was sie tun sollen. Und wir sollten in den Vereinigten Staaten das Recht haben, frei und offen über diese Dinge zu reden.

Sehen Sie die Möglichkeit, daß eines Tages ein amerikanischer Politiker mit einem ausgeglichenen Wahlprogramm in bezug auf den Nahen Osten kandidieren wird?

Ich glaube, meine deutschen Ahnen würden sagen: Wo ist ein solcher Mann?

Sie katzbuckeln alle, sie gehen den Schwierigkeiten aus dem Weg: Die sich prostituierenden Medien, der gesteuerte Kongreß – es ist sehr schwierig. □



USA

Reaktionen auf den Terrorismus

Victor Marchetti

Jetzt, wo sich das Drama eines Komplotts des islamisch-fundamentalistischen Terrorismus in Amerika weiter ausdehnt – mit Plänen zur Bombardierung berühmter Gebäude und Einrichtungen in New York City und zur Ermordung prominenter Politiker –, ist die Reaktion der jüdischen pro-israelischen Gemeinde ganz anders als die des durchschnittlichen Amerikaners.

Die meisten Amerikaner sind durch diese erschreckenden Ereignisse schockiert, und es wird viel davon gesprochen, die Einwanderungsgesetze zu verschärfen, um die Einreise von noch mehr potentiellen Terroristen ins Land zu verhindern. Aber es gibt keinen hysterischen Aufschrei der Empörung oder Forderung nach drastischen Maßnahmen in der allgemeinen Öffentlichkeit. Wäre jedoch einer dieser Komplotts erfolgreich gewesen, dann hätte die Öffentlichkeit vielleicht anders reagiert.

Den Eiferern geht es um mehr Geld

Die Verschwörer in der jüngsten Entwicklung wurden augenscheinlich von Anfang an von den Behörden des Gesetzesvollzugs überwacht, und der Plan hatte kaum Chancen, in die Tat umgesetzt zu werden. Die Verschwörer waren alles andere als professionell. Sie gingen nämlich ziemlich ungeschickt vor und wollten die Operation gleichzeitig beschleunigen, um nicht noch einmal eine Monatsmiete für das von ihnen benutzte Apartment bezahlen zu müssen.

Die jüdische Gemeinde ihrerseits reagiert auf die Affäre auf unterschiedliche Weise. Einige Opportunisten versuchen, die Kuh zu melken, solange sie etwas hergibt, und versuchen, die öffentliche Meinung gegen den Islam sowohl als auch gegen den radikalen Fundamentalismus aufzuwiegeln. Dies geschieht natürlich im Rahmen der Kampagne pro-israelischer Eiferer, um eine weitere militärische und wirtschaftliche Unterstützung Israels durch die USA zu rechtfertigen. Sie suchen nach einer neuen Weltklasse-Bedrohung gegen den Judenstaat – und nach einem neuen Feind der Freiheit, auf den Amerikaner sich beziehen können – jetzt, wo die Sowjetunion zusammengebrochen ist.

Neil Kressel, Herausgeber von »Political Psychology«, der in der jüngsten Ausgabe von »Forward«, der in New York ansässigen, landesweit erscheinenden jüdischen Zeitung Artikel veröffentlicht, vertrat ebenfalls diese Gedankengänge, wenn auch etwas subtiler. Er glaubt, daß die USA jetzt ein »realistischeres Verständnis für die Ursprünge des nahöstlichen Terrorismus entwickeln werden«, das »Amerikaner von der Vorstellung abbringt, daß Amerikas israel-freundliche Politik Kernstück der arabischen Feindseligkeit sei«.

Beschneidung persönlicher Freiheiten

Darüber hinaus, schreibt er, die Warnungen des Oberbürgermeisters von New York, David Dinkins, des arabisch-amerikanischen Sprechers James Zogby und der Redaktion der »New York Times« vor einer Gegenreaktion, die sich gegen alle Nahöstler oder Moslems richtet, gehen an dem Punkt vorbei, daß »ein Großteil der amerikanischen Feindseligkeit gegen den radikalen Islam sehr wohl seine Berechtigung haben könnte. Für viele Amerikaner wird es zweifellos schwierig sein, diesen Rat zu befolgen.«

Kressel vertritt die Ansicht, daß die »Gurus ›langfristiger‹ Lösungen«, die fordern, »daß Amerika sich der wirtschaftlichen und politischen Belange der Unterdrückten annimmt« jetzt unglaubwürdig geworden seien. Diese blutenden Herzen »scheinen vielsagend jeglichen Kontakt zur augenblicklichen Situation verloren zu haben«. Anstatt jene »überholten« Methoden, mit diesem Problem fertigzuwerden, anzuwenden, sollten die USA die israelische Technik – brutale Gewalt und Beschneidung bürgerlicher Freiheiten – übernehmen. »Die einzigen vernünftigen Reaktionen auf den Terrorismus kommen von FBI und dem Militär – nicht vom US-Außenministerium«, schreibt er.

Folge der US-Hilfe für Ägypten

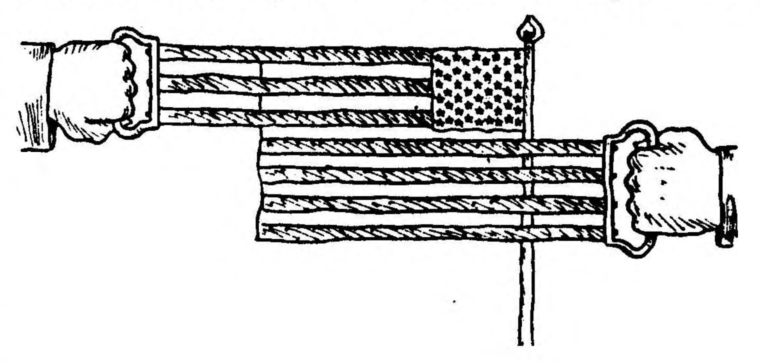
Es gibt eine weitere, noch vielsagendere Reaktion seitens der jüdischen Gemeinde: Ein kollektiver Stoßseufzer der Erleichterung. Die Jewish Telegraphic Agency (JTA) berichtet über eine »ohrenbetäubende Abwesenheit jeglicher Besorgnis innerhalb der jüdischen Gemeinde über die Möglichkeit einer antisemitischen Gegenreaktion innerhalb der Vereinigten Staaten. Dies mag eines der wenigen Male in der jüngsten Erinnerung sein, daß eine größere amerikanische Krise – besonders eine solche, die im Nahen Osten ihre Wurzeln hat – sich nicht mit einem Anstieg der Besorgnis innerhalb der jüdischen Gemeinde messen kann.«

Außerdem stellt die JTA fest, ist Israel nicht der Brennpunkt irgendeiner der Berichte über den Terror-Komplott gewesen, noch wurde Israel von einem der Medien für die Verärgerung des Islam über die USA verantwortlich gemacht. Es scheint nämlich so zu sein, daß die Unterstützung der USA für Ägyptens Unterdrückungsregierung und ihr Aufruf zur Festnahme des Scheichs Omar Abdel Rahman, des geistigen Beraters der Verschwörer, die Verschwörung auslöste.

Sicherheit ist immer ein Problem

Die Ölkrise der siebziger Jahre, die Skandale um Ivan Boesky-Michael Milken und der Spionagefall Jonathan Jay Pollard der achtziger Jahre riefen unter amerikanischen Juden große Angst vor einer Gegenreaktion hervor, die sich aber niemals verwirklichte. In der bislang genauesten Einschätzung der Situation sagte der Soziologe Steven M. Cohen vom Melton Center for Jewish Education an der Hebräischen Universität in Jerusalem, daß amerikanische Juden glauben, »die übrige Welt sei Tag und Nacht damit beschäftigt, alle Nachrichten auf Juden und Israel zu beziehen, aber zu unserem Bedauern haben die meisten Amerikaner und die Welt ganz andere Sorgen«.

Selbst der permanent hysterische Abraham Foxman, Leiter der Anti-Defamation League (ADL), war leicht darüber ermutigt, daß die angeblichen Terroristen amerikanische Juden und Israel als den »kleinen Satan im Vergleich zum großen Satan«, die USA, ansehen. Aber er warnte, daß es noch zu früh sei, einen Stoßseufzer der Erleichterung auszustoßen. Juden sollten sich in irgendeiner Art nationaler Krise niemals zu sicher fühlen. »Wir sind stets ängstlich und besorgt. Sicherheit ist immer ein Problem für uns«, sagte er. □



USA

Wer spricht für die Juden?

Victor Marchetti

In den letzten Jahren herrschte in der organisierten jüdischen Gemeinde ein wachsender Konsens darüber, daß Mischehen und Assimilation die größten Bedrohungen für das Überleben der Juden sei. Aber da die Gemeinde Schritte unternommen hat, um diesen Bedrohungen entgegenzutreten, wird es immer offensichtlicher, daß ihre Führer keine Ahnung haben, wie das zu bewerkstelligen ist. Und was noch bedeutsamer ist, gerade diejenigen Juden, die sie retten wollen, scheinen sich dieser Gefahren überhaupt nicht bewußt zu sein, oder, schlimmer noch, kümmern sich überhaupt nicht darum.

Führer des Judentums reiten ständig auf der Tatsache herum, daß die Juden als Volk innerhalb der nächsten Generationen vom Aussterben bedroht seien. Dies werde eintreten, nicht wegen irgendwelcher Kräfte von außen, sagen sie, sondern wegen einer Mischehenquote, die höher als 50 Prozent liegt, und wegen eines allgemeinen Rückgangs des Besuchs der Synagoge.

Amerikanische Juden sind Opfer eines eigenen Erfolges geworden. Die USA sind wahrhaftig ihr verheißenes Land. Hier haben sie das Niveau des wirtschaftlichen Erfolges und der gesellschaftlichen Akzeptanz erreicht, die in ihrer langen Geschichte keine Parallele finden. Trotz des unaufhörlichen Anschlagens der Alarmglocken seitens der Anti-Defamation League (ADL) und anderer professioneller anti-antisemitischer »Verteidigungs«verbände haben Juden in Amerika nichts zu befürchten, wohl aber die organisierte Judenheit.

Israel und der Holocaust, lange Zeit die großen einigenden Punkte für das amerikanische Judentum, sind für die jüngeren Generationen nicht mehr so wichtig, wie sie es einst für ihre Eltern und Großeltern waren.

Ein weiterer bedeutsamer Faktor bei dem Problem, mit dem jüdische Führer es zu tun haben, ist, daß sie sich nicht entscheiden können, was genau es bedeutet, ein Jude zu sein. Bedeutet »Jude« sein, einer Religion, einer Volksgruppe, einer Rasse oder einer Sondergruppe anzugehören, die sich nicht katalogisieren läßt?

Obwohl in den letzten Jahren zahlreiche Warnungen in bezug auf die Notwendigkeit, sich der Flut der Assimilation entgegenzustemmen, ausgesprochen worden sind, war die Reaktion jüdischer Institutionen eher zögerlich. Shoshana Cardin, ehemalige Leiterin der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations und »einer der prominentesten Führer der organisierten Judenheit«, griff kürzlich das organisierte Judentum scharf an, weil es bislang noch keine wirksame Lösung für das immer größer werdende Problem gefunden habe.

Das Geschäft geht weiter

Auf einem Symposium über »Die Wiederbelebung des jüdischen Volkstums in Amerika« am Bostoner Hewbrew College, beklagte sich Frau Cardin darüber, daß, obwohl Assimilierung und Mischehen auf der General Assembly of the Council of Jewish Federations im November letzten Jahres als »das Problem Nr. 1« erklärt wurde, es für jüdische Gruppen um den Globus herum immer noch »business as usual« sei, das heißt, »das Geschäft geht weiter«.

Cardin und andere Judenführer sind sich schließlich darüber klar geworden, daß sie, um das »Judesein« zu fördern, es erst einmal definieren müssen. Ihr Fehler in der Vergangenheit, sagt Jonathan Sama, ein Historiker an der Brandeis University, war »angeboren und unveränderlich, von einer Generation zur anderen weitergegeben«.

Sama argumentiert so: »Die größere Gesellschaft erkennt das Judesein überhaupt nicht mehr als ethnische Kategorie an.« Das Volksbewußtsein unter allen Amerikanern schwindet dahin, behauptet er. Daher, wenn Juden von jüdischen Institutionen, sowohl religiöse als auch weltliche, abwandern, dann muß der Fehler bei jenen Institutionen liegen, die es nicht verstehen, Mitglieder anzuziehen und zu behalten.

Der doppelte Zweck der Verbände

Die Unfähigkeit der Judenführer, Lösungen für ihr Problem zu finden, kommt in den von Frau Cardin gemachten Vorschlägen deutlich zum Ausdruck. Sie fragte, warum es keine gebührenfreie Telefonnummern für diejenigen gibt, die dringend nach jüdischem geistigen Beistand verlangen, so wie sie von Christen angeboten werden. Die jüdische Gemeinde müsse eine »persönliche Note« kultivieren und anbieten, sagte sie, und klang dabei mehr wie ein Consultant in der Geschäftswelt als wie ein Berater in geistigen Dingen. Ihr Versuch, das Judesein zu definieren, zeigte, wie wenig Ahnung die organisierte jüdische Gemeinde heute hat.

»Es gibt viele Mittel und Wege, mit denen man das Judesein identifizieren kann«, sagte Frau Cardin, »ob durch Kunst, Literatur, formale und informale Erziehung, oder ein Besuch des Holocaust-Museums.«

Die vielen jüdischen Verbände dienen einem doppelten Zweck. Sie befassen sich nicht nur mit Fragen wie Wohltätigkeit und Hilfe für Israel, sie wecken auch bei ihren Mitgliedern ein Gefühl für jüdische Identität. Aber die Lähmung, unter der die organisierte Judenheit leidet, ist nicht zuletzt auf die Verbreitung dieser Organisation selbst zurückzuführen. Interessanterweise ist die Vielfalt gleichermaßen hingebungsvoller und sogar gleich benannter Organisationen auf die vielen Versuche in der Vergangenheit zurückzuführen, Gruppen zu bilden, die als Nabel für verschiedene jüdische Organisationen dienen.

»Deswegen haben wir das American Jewish Committee, den American Jewish Congress und die Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations unter buchstäblich Hunderten von anderen, sowie den Council of Jewish Federations (CJF)«, sagt der jüdische Journalist J. J. Goldberg. Die rund 300 landesweit operierenden jüdischen Organisationen, 200 Wohlfahrtsverbände auf Gemeindeebene und 3000 Synagogen »verleihen der jüdischen Gemeinde ihr komisches Image, daß sich bei ihr zehn Stimmen auf einmal lautstark erheben«, behauptet Goldberg. »Die meisten amerikanischen Juden, so geht aus Meinungsumfragen hervor, betrachten die organisierte jüdische Gemeinde als irrelevant für ihr alltägliches Leben.«

Das Tohuwabohu jüdischer Organisationen in den USA und das Gewebe von miteinander verflochtenen Vorständen verschwende Millionen von Dollar an doppelten Bemühungen, wettern Kritiker. Derzeit werden Anstrengungen unternommen, um die Entscheidungsfindung zu zentralisieren, in der Hoffnung, die Dollars der jüdischen Spender weiter zu strecken, zu einer Zeit, in der das Auftreiben von Geldern unter der Wirtschaftsflaute leidet. Man spricht auch davon, mehrere Organisationen miteinander zu fusionieren und andere abzuspecken. Diese Vorschläge haben die alteingesessenen Verbände in Harnisch gebracht.

Der Leiter der ADL, Abraham Foxman, widersetzt sich dem Prinzip der Zentralisierung. »Ich will, daß sich der Kongreßabgeordnete oder Regierungsbeamte mit drei verschiedenen Punkten der gleichen Ansicht befaßt. Ich will es ihm nicht leicht machen«, sagt er. Darüber hinaus, behauptet er, ist für viele in Gemeindegruppen aktiven Juden »eben dies ihr Judesein. Wenn wir Verbände miteinander fusionieren, dann würden Professionelle ihren Job behalten oder verlieren, aber die jüdische Gemeinde würde Laien verlieren«. □

Vertrauliches

Orthodoxer Bogen soll Balkan-Länder und Rußland überspannen

Die Bildung eines »orthodoxen Bogens von Zypern nach Rußland, über Albanien verlaufend«, ist außenpolitischer Kernpunkt des Wahlkampfprogramms der neuen Partei Politischer Frühling in Griechenland, die am 30. Juni 1993 durch Außenminister Antonis Samaras gegründet wurde, schrieb die Pariser Tageszeitung »Le Monde«. Samaras, der im April 1992 von Ministerpräsident Constantin Mitsotakis gefeuert worden war, stellt den »Bogen« als notwendig zur Bekämpfung der Bedrohung aus der Türkei dar. Er sagte, die Erreichung dieses Zieles müsse mit einer »Verstärkung der führenden Rolle der Griechisch-Orthodoxen Kirche« einhergehen.

Samaras identifiziert seine »höchste Priorität« als die Zypern-Frage, die Mazedonian-Frage und die Frage der griechischen Minorität in Albanien, die zur Zeit Massenausweisungen ausgesetzt sei. Um solche Ziele zu erreichen, will er, daß Griechenland seine Beziehungen zu Serbien, Iran und den Kurden verstärkt.

Samaras stellt seinen »Politischen Frühling« als die dritte Partei in Griechenland dar, die die von Mitsotakis »Neue Demokratie« und Andreas Papandreous PASOK definierte »Bipolarisierung« durchbricht. Er behauptet, seine Partei appelliere nicht nur an die zehn Millionen Griechen, die in Griechenland selbst wohnen, sondern an Griechen in aller Welt, etwa 20 Millionen an der Zahl.

»Le Monde« gab auch einen Überblick über die Ergebnisse des Besuchs des russischen Präsidenten Boris Jelzin in Griechenland, und zitierte dessen Erklärung, daß Rußland und Griechenland in Zukunft auf dem Balkan enger zusammenarbeiten wollen, zumal die beiden Länder »durch die christlich-orthodoxe Religion geeint sind«. □

Vatikan kritisiert US-Politik in Somalia

Die vatikanische Tageszeitung »Osservatore Romano« nahm in einem Artikel zu der »abscheulichen Ermordung« dreier italienischer Soldaten in Somalia Stellung und vertrat die Ansicht, das Blutvergießen sei zum Teil auf die multinationalen Streitkräfte der Vereinten Nationen selbst zurückzuführen. »Anweisungen für Aktionen der Blauhelme scheinen nicht von den Vereinten Nationen, sondern aus dem amerikanischen Oberkommando zu kommen«, schrieb das Blatt. »Einmischungen finden daher statt, die eine Militäraktion präjudizieren.«

In einer damit zusammenhängenden Entwicklung, schrieb der afrikanische Analyst Rodolfo Casadei in der katholischen Monatszeitschrift »30 Days«, daß Somalias General Aidid »durch die Bombenanschläge, die den antiwestlichen Gefühlen in der Bevölkerung Auftrieb geben, nur gewinnen kann«. Casadei meint, daß die Strategie der multinationalen Streitkräfte anscheinend nicht darin besteht, Aidid gefangenzunehmen. »Wenn der General gefangengenommen würde, wäre es leichter, über eine gewaltlose Entwaffnung seiner Parteiung zu verhandeln, mit gemäßigteren Habr-gedir-Führern, und für andere angehende Aidids wäre dies ein unmißverständliches Signal«. □

König Hussein warnt vor religiösen Konflikten

Jordaniens König Hussein warnte vor wachsenden Spannungen unter den drei großen monotheistischen Religionen, was wegen der Bemühungen des Westens, den Islam zu verteufeln, besonders gefährlich sein könnte.

In seiner Ansprache vor dem Royal United Services Institute in London erklärte der König: »Es entwickelt sich eine Kluft, welche den Zusammenhang ... und die Toleranz zwischen den drei großen monotheistischen Religionen, nicht nur in der Region, sondern auch in der Welt bedroht.« Er sagte, die Kluft führe zu einem Mangel an Verständnis, besonders was den Islam betrifft. Er versprach, den Islam gegen ein immer negativer werdendes Image in der Welt verteidigen zu wollen.

Er hob hervor, daß viele Moslems die Bombardierung des Irak durch die Amerikaner als zynischen Mißbrauch der Macht ansehen, der dem Volk des Iraks nur unermeßliches Leid und der irakischen Führung, wenn überhaupt, nur geringen Schaden zugefügt habe. Jede Veränderung im Irak müsse durch das irakische Volk selbst erfolgen. Vor einer weiteren Anwendung von Gewalt warnend, meinte er: »Wenn weitere Schläge erfolgen, wird das Volk nur noch wütender. Warum, fragen die Leute. Wer leidet? Was wird damit erreicht? □

AIDS verschlingt einen Großteil des südafrikanischen Haushalts

Das AIDS-Problem wird einen Großteil der zukünftigen Budgets für öffentliche Gesundheitspflege der Republik Südafrika absorbieren, heißt es in einem vom staatlichen Forschungsrat freigegebenen Bericht. Darin wird warnend darauf hingewiesen, daß bis zum Jahr 2000 75 Prozent der Staatsausgaben für medizinische Zwecke in den Kampf gegen AIDS fließen werden.

Der Bericht vermittelt ein verheerendes Bild von dem Anstieg an Infektionen mit AIDS unter der schwarzen Jugend – vorwiegend junge Frauen –, der Bevölkerung ganzer Regionen und der dramatischste Anstieg in der Zahl der AIDS-Fälle unter neugeborenen Kindern. Die Hälfte der AIDS-Fälle in der Welt sind Afrikaner, speziell in Ländern, die mit ernsthaften Wirtschaftsproblemen, politischen Unruhen und Bürgerkrieg zu kämpfen haben, heißt es in dem Bericht. □

USA fallen hinter die Dritte Welt zurück

Bei Investitionen in Forschung und Entwicklung fallen die Vereinigten Staaten hinter die Entwicklungsländer zurück, wetterte der Abgeordnete George Brown im Verlauf einer Debatte im amerikanischen Repräsentantenhaus über die Finanzierung für Space Station Freedom. »Wenn man die in Forschung und Entwicklung investierten Prozentzahlen als Vergleich heranzieht«, sagte Brown, »dann hat Japan schon vor zehn Jahren die Vereinigten Staaten übertroffen, als amerikanische Investitionen auf zwei Prozent herabfielen. Wenn wir nun den Superconducting, Super-Collider und die Raumstation annullieren, dann werden wir die zivile Forschung und Entwicklung um volle zehn Prozent beschneiden, so daß die Gesamtinvestitionen als prozentualer Anteil am Bruttosozialprodukt auf 1,9 Prozent sinken werden.«

Zu dem Zeitpunkt, errechnete Brown, werden die Vereinigten Staaten nicht nur von Japan und Deutschland, sondern auch von Taiwan, Südkorea und Hongkong überholt. Brown meinte, seine Kriterien zur Vorlage von Programmen, zunächst vor das die Genehmigung erteilende Science, Space and Technology Committee, dann vor den US-Kongreß als Ganzes, seien auf der Finanzierung und der Art von Projekten begründet, die erforderlich sind, um die wirtschaftliche Lebenskraft des Landes zu erhalten. Die rückläufige Wirtschaft über die letzten zehn Jahre hinweg, hob er hervor, stimme

zeitlich mit der stetigen Verringerung der Investitionen in Forschung und Entwicklung überein. □

Kroatien will UNO nach Hause schicken

Der kroatische Rat für Verteidigung und nationale Sicherheit stimmte ab, und wies damit ein Ersuchen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Butros-Ghali zurück, das Mandat der sogenannten friedenserhaltenden Streitkräfte der Vereinten Nationen, Unprofor, um drei Monate zu verlängern.

In dem Bericht von Radio Kroatien über die Sitzung heißt es: »Unter Berücksichtigung der Gesamtsituation bezüglich der internationalen Lage ... und der Resolution des kroatischen Parlaments, sowie der berechtigten negativen Stimmung unter dem kroatischen Volk in bezug auf die bisherige Rolle der Unprofor – auf Grund der unhaltbaren Zerstückelung und der völligen Blokkierung der Kommunikationen innerhalb des kroatischen Territoriums und der Unmöglichkeit der Rückkehr kroatischer Flüchtlinge in ihre Häuser – kam der Rat zu der Schlußfolgerung, daß Kroatien die Verlängerung des Mandats der Unprofor mit den gleichen Vollmachten nicht akzeptieren kann.«

Der Vermittler der Vereinten Nationen Cyrus Vance hatte Kroatien dazu gewzungen, mit den serbischen Besatzungsstreitkräften eine Vereinbarung zu unterzeichnen, die die serbische Eroberung jener Territorien garantiert.

Der Rat für Verteidigung und nationale Sicherheit schlug vor, daß das Mandat als »Versuchsperiode« um einen Monat verlängert werden könne, und in dieser Zeit müßten die Versprechen der Vereinten Nationen in die Tat umgesetzt werden und die Serben sich zurückziehen. Am Ende der Versuchsperiode werde Kroatien nur noch mit den Vereinten Nationen – und nicht mit Unprofor – verhandeln, und nur dann, wenn die Serben ihr Versprechen, abzuziehen auch einhalten. Andernfalls werde die UNO offiziell aufgefordert, das Land zu verlassen und außer Landes zu bleiben. □

Mexikanische Kirche soll sich aus der Politik heraushalten

Der Sekretär der mexikanischen Regierung Patrocinio González Garrido äußerte gegenüber der katholischen Kirche eine scharf formulierte Warnung, ihre Kampagne gegen die Regierung um den Fall der Ermordung des Kardinals Juan Jesús Posadas Ocampo herum fallen zu lassen.

Der Kardinal wurde im Mai dieses Jahres ermordet, und die Regierung verkündete sofort, dies sei ein Fall von Personenverwechslung, daß er von Drogenlords ermordet worden sei, die ihn für jemand anders gehalten hatten. Die katholische Kirche und andere Beobachtern standen dieser Beurteilung der Sachlage äußerst skeptisch gegenüber.

Ohne Posadas namentlich zu nennen, und seinen Angriff in einem Brief an »die Kirchen« tarnend, sagte der Regierungssekretär, daß »die Funktion der Kirche darin besteht, das Evangelium zu verkünden«, und daß sie das Justizwesen, die Institutionen der Republik, respektieren muß und »nicht in Bereiche eingreifen darf, die ausschließlich dem Staat und der politischen Gesellschaft vorbehalten sind«. Er forderte die katholische Hierarchie speziell dazu auf, »auf ihre revanchistische und unverantwortliche Haltung, sowie auf ihr Mißtrauen gegen die Version der Regierung und auf Ressentiments zu verzichten«. □

Es besteht eine furchtbare Bedrohung für Europa

Es besteht die drohende Gefahr einer »Entstabilisierung des gesamten Kontinents« Europa, als Folge des Unvermögens des Westens, im ehemaligen Jugoslawien einzugreifen, schreibt die einflußreiche Schweizer Tageszeitung »Neue Zürcher Zeitung« in einem Kommentar auf der Titelseite des Blattes.

»Was auf dem Balkan geschehen konnte, kann und wird als Beispiel gesehen werden. Und es gibt Anzeichen dafür, daß dies in Osteuropa schreckliche Ausmaße annehmen könnte. Dies ist nicht nur so, weil der Wahnsinn in Belgrad sich noch nicht erschöpft hat, solange wie die Moslems des Sandjak, die Kosovo-Albaner und die Ungarn der Wojwodina das serbische Konzept eines einheitlichen Volksstaates untergraben. Auch nicht, weil ein erneuter serbisch-kroatischer Kampf um die Festlegung von Territorien bevorsteht. Und was noch viel mehr ist: Es ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß die Tatsache, daß ein Großteil der Gewalttätigkeit straflos ausgeführt, oder schlimmer noch, belohnt worden ist, wird unweigerlich ihre Auswirkung auf diejenigen an anderen Orten haben, die vom Nationalismus besessen sind. Aber logisch betrachtet, was sich dort draußen in Bosnien abgespielt hat, könnte jede Regierung auf den Gedanken bringen, eine Minderheit, die für sie ein Dorn im Fleisch ist, zu vertreiben. Das Gegenteil trifft jedoch ebenso zu. Radikale in den Reihen von Minderheiten sind von nun an der Versuchung ausgesetzt, auf das Beispiel des serbischen Kraina in Kroatien zu verweisen und innerhalb des Bereichs, wo sich ihre eigene Volksgruppe niedergelassen hat, eine eigene Republik auszurufen.«

Die Zeitung kommt zu dem Schluß, daß die Situation das Potential zur »Entstabilisierung des ganzen Kontinents« in sich berge. □

Lord Owen vertritt serbische Propaganda

Britanniens Lord Owen, der »Vermittler« der Europäischen Gemeinschaft im Krieg auf dem Balkan, gab in einem Interview mit der britischen »Sky News« und dem französischen »Le Journal de Dimanche« serbische Propaganda von sich. Owen wurde gefragt, ob das, was in Bosnien geschieht, nicht ethnische Säuberung sei. »Ethnische Säuberung«, fragte er zurück. »Wenn wir über ethnische Säuberung reden, dann sollten wir auch über die ethnische Säuberung sprechen, die die Serben in den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts erfuhren, die schlimmste nach der von den Juden erlittenen.«

Über den Fünf-Mächte-»Friedensplan« befragt, der die territoriale Vergrößerung Serbiens bestätigt, meinte Owen: »Sie reden jetzt über eine Landkarte, und wenn Sie sagen: ›Dies ist ein moslemisches Dorf‹, dann wird Ihnen ein Serbe sagen: ›Dies war in den vierziger Jahren kein moslemisches Dorf‹.«

Wie die bosnische Presse berichtete, sind diese Feststellungen faktisch falsch. Während des Zweiten Weltkriegs starben sechs Prozent der serbischen Bevölkerung, aber der Prozentsatz an moslemischen Verlusten im ehemaligen Jugoslawien war höher. Die serbischen Behörden präsentierten Belgrad den Nazis als erste »judenfreie« europäische Stadt.

Owen sagte auch, bei seinen Verhandlungen habe er festgestellt, daß »sie alle lügen ... mit zwei Ausnahmen, aber ich will keine Namen nennen«. Einer der Nichtgenannten soll der serbische Diktator Slobodan Milosevic sein, dem Owen mehrmals öffentlich seine Sympathie bekundet hat. Was den zweiten Mann betrifft, spekulierte die bosnische Presse, dies sei der Führer der bosnischen Serben Radovan Karadzic. □



Briefe

Betr.: Deutschland »Phantasie ist am Arbeitsplatz gefragt«, Nr. 10/93.

Mit Phantasie am Arbeitsplatz alleine wird dieser eventuell etwas länger erhalten; neue Arbeitsplätze werden dadurch sicher nicht geschaffen. Ich meine der Denkansatz zur Überwindung unserer Wirtschaftskrise in unserem Land ist grundsätzlich falsch. Nicht das Bruttosozialprodukt, die Ex- und Importbilanzen, die Gewinnmaximierung oder die Unterstützung maroder, anderer Volkswirtschaften durch Arbeitsplatz-Export sind von primärer Wichtigkeit.

Der Denkansatz muß sein: Wieviel Arbeitsplätze braucht eine Nation wie Deutschland, um in sozialem Frieden leben zu können! 33 oder 35 Millionen? Empirisch gesehen, kann man den Umkehrschluß machen: Die Arbeitslosigkeit darf drei Prozent nicht überschreiten.

Als Konsequenz aus dieser Grundeinsicht ergibt sich die Aufgabe, Arbeitsplätze durch Subventionen zu erhalten, die für eine minimale, nationale Unabhängigkeit unseres Staates unerläßlich sind, wie Bergbau, Schiffbau, Stahl- und Rüstungsindustrie und Landwirtschaft.

Außerdem sind Arbeitsplätze zu schützen, die nur durch das niedrige Lohnniveau des Auslandes, oder durch zu vorauseilende Umweltauflagen ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren oder schon verloren haben. Dazu zählen die Textil- und Veredelungs-Industrie, die Automobil- und Zubehör-Industrie und zum Teil auch schon das produzierende Handwerk. Um diese Arbeitsplätze zu sichern und wieder neue zu schaffen, muß eine branchenspezifische Import-Ausgleichs-Abgabe und Import-Kontingentierung herangezogen werden. Natürlich auch ein striktes Verbot, daß sogenannte EG-Kontingent-Importe über die Partnerländer wieder zentral in Deutschland auf den Markt kommen.

Die Ausgleichsabgaben und Kontingentierungen, die je nach Arbeitsplatz-Angebot und Nachfrage flexibel zu handhaben wären, könnten subventionierten Arbeitsplätzen, neuen Übergangs-ABM-Stellen und Forschungsaufgaben zugute kommen.

Natürlich gehört zu einem derartigen Arbeitsplatz-Sicherungsprogramm auch eine unterdurchschnittliche Lohnentwicklung und eine erhöhte Zumutbarkeitsregelung für Arbeitslose. Es ist schließlich unerläßlich, unseren Kosten- und Lebenshaltungs-Standard zumindest den wichtigsten Industrie-Nationen gegenüber langfristig näher anzugleichen.

Ich meine, auch die Ansicht der Industrie ist falsch, daß Massenproduktionen mit niedrigem Anspruchspotential der Arbeitnehmer ins Ausland zu verlagern seien. Im Gegenteil, gerade solche Arbeitsplätze, wo sich auch höhere Lohnkosten durch die Menge eher relativieren lassen, brauchen wir unbedingt für das immer größer werdende Potential ungelernter Arbeitnehmer – zum Beispiel zwei bis drei Millionen Analphabeten in Deutschland –.

Auch die Betriebe, die inländische Arbeitsplätze zugunsten ausländischer Standorte vernichten, müßten zu Ausgleichszahlungen verpflichtet werden. Gerade die Industrie, die der Allgemeinheit die Gastarbeiter-Strukturkosten aufgebürdet hat, darf sich jetzt nicht wieder durch Arbeitsplatzvernichtung am Steuerzahler schadlos halten.

Bei meinen Vorschlägen schwingt sicher ein gut Teil Dirigismus mit; ich halte aber dagegen: Eine völlig ungeschützte Volkswirtschaft von 80 Millionen Einwohnern und dem teuersten Lebensstandard, wird in einem völlig freien Welthandel zuerst im wirtschaftlichen und damit auch im politischen Chaos untergehen. Es mag vielleicht im Interesse der Staaten liegen, die immer noch dem Hegemonial-Gedanken nachhängen; nicht nur für alle europäischen Entwicklungsländer wäre dies wohl aber eine Katastrophe.

Und letztendlich, schauen wir uns doch die sich seit Jahren dahinschleppenden GATT-Verhandlungen an. Die Staaten, die sich für den grenzenlosen und völlig freien Welthandel am stärksten machen, kämpfen am verbissensten für jeden nationalen Arbeitsplatz. Mit Maastricht haben wir uns schon die eigene Grube gegraben – mit einer weiteren liberalistischen Arbeitsplatz Politik schaufeln wir unser Grab auch noch selbst zu.

Siegfried K. Dieck, Heitersheim

Betr.: Deutschland »Aufbruch '94 – Deutscher Freier Wählerbund«, Nr. 7/93.

Seit November 1991 verfolge ich mit Interesse die Beiträge Ihres Mitarbeiters, Professor Emil Schlee, ganz besonders jedoch seit dem Artikel »So kommt in Bonn die politische Wende«.

CODE lüftete dann das Geheimnis mit der Ankündigung der neuen Partei: »Aufbruch '94 – Deutscher Freier Wählerbund«, avisiert für den 13. August 1993 – historisches Datum!

Ohne jegliche öffentliche Resonanz – weder in CODE noch in den Medien – ging dieses Datum vorüber, umso verstärkter wurde allerdings die Frage nach »Bruder Emil« laut. Darum gestatten Sie mir heute die Frage an Sie, sind wir – Sie und Ihre Leser – im Falle Schlee einem Trugschluß aufgesessen?

Nachdem dieser neue Wählerbund in Ihrem Magazin lange schon angekündigt und folglich größtes Interesse in Ihrer Leserschaft geweckt wurde, angesichts der unglücklichen Verhältnisse in unserem Land, dürfen wir wohl jetzt die entsprechende Fortsetzung oder Aufklärung erwarten.

Außerhalb Ihres Leserkreises wurde die Nachricht verbreitet, Herr Schlee und wahrscheinlich Herr Konteradmiral a.D. Poser seien zur Feier in Sieges Manier – demnach mit entsprechenden Gästen – auf dem Zugspitzhaus zusammengekommen.

Was ist daran wahr? Und welche Leute stehen hinter Herrn Schlee?

Mit großem Interesse erwarte ich Ihre diesbezügliche Mitteilung, damit alle die Leser, die mit großer Hoffnung dieser Neugründung oder eines Zusammenschlusses befähigter Patrioten entgegensehen, die reine Wahrheit erfahren und nicht falsch-geleitet werden; das würde unser Verhängnis noch vergrößern.

Marianne Oeder, Köln

Betr.: Deutschland »Der Preis der Abrüstung«, Nr. 8/93.

Gebetsmühlenhaft bejammern Politiker, Landräte und natürlich Betroffene den Teilabzug ausländischer Streitkräfte und die angeblich damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen.

Offenbar fällt hierzulande niemandem mehr auf, daß es Besatzungstruppen sind, die jetzt, nach 48 Jahren, wenigstens teilweise deutschen Boden verlassen. Diese Truppen europäischer, jedoch auch raumfremder Mächte werden ausnahmslos vom deutschen Steuerzahler unterhalten. Von einer »Arbeitgeberfunktion« fremder Heere in Deutschland kann daher absolut keine Rede sein.

Würde man die jetzt freiwerdenden Mittel für die bisherigen Stationierungskosten direkt zur wirtschaftlichen Rekultivierung der betroffenen Gebiete einsetzen, kostete das den deutschen Steuerzahler keinen Pfennig mehr.

Ein tabuisiertes Thema sind auch die von 1945 bis heute durch fremde Streitkräfte angerichteten gigantischen ökologischen Verwüstungen, insbesondere auf dem Gebiet der Ex-DDR. Welche ungeheuren Kosten dadurch auf die heutige und künftige Generationen zukommen, kann derzeit noch nicht einmal grob abgeschätzt werden. Zur Sanierung werden jedenfalls weder die NATO-Freunde noch die heutigen GUS-Staaten, geschweige denn die EG auch nur eine Mark beitragen.

Die Alliierten planten eine 50jährige Besetzung Deutschlands; diese sollte somit 1995 ablaufen. Nun wird die Stationierung von 50000 Mann sogar bis zur Jahrtausendwende ausgedehnt, natürlich mit einer Option auf eine weitere beliebige Verlängerung. Die »souveräne« BRD hat hierauf keinen Einfluß; daher kann man die Republik derzeit immer noch als GmbH (Germany mit beschränkter Hoheit) ansehen.

Die Hälfte aller Deutschen wurde nach 1945 geboren. Für sie wurden in der Nachkriegszeit die Koordinatensysteme für die Bewertung politischer Konstellationen offenbar so verdreht, daß diese Generation auch mit den Jahrzehnten der Siegerpräsenz »happy« wurde.

Freilich, wie sagte einst Freifrau Marie v. Ebner-Eschenbach so treffend: »Die erbittertsten Feinde der Freiheit sind glückliche Sklaven.«

Dr. Kurt Dannhäuser, Ettlingen

Betr.: Neue Weltordnung »Die Folgen tragen alle, von dem, was in Europa passiert«; Nr. 10/93.

Auch wenn ich nicht mit allen Autoren übereinstimmen kann, zum Beispiel in der Frage der Homosexualität – wie hinlänglich bekannt sein dürfte, war gleichgeschlechtliche Liebe im klassischen Griechenland und in Rom vor der Christianisierung in der Gesellschaft akzeptiert –, kann ich der Konklusion von Ivor und Joan Benson nur zustimmen.

»Die Gefechtslinien in dem großen Ringen sind gezogen worden, ... Einerseits eine höchst aggressive Macht ... Geld ..., und andererseits eine empörte menschliche Natur ...«

Die Innenpolitik der jetzigen Bundesregierung ist in vielen Aspekten ein Beleg hierfür. Und zum Beispiel das Ergebnis der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft die verdiente Quittung.

Solange wir noch denken und wählen dürfen, ist der Kampf nicht verloren.

Helmut Schibath, Hamburg

